

WIRKUNGEN LANDWIRTSCHAFTLICHER
MARKTORDNUNGEN IN DER EWG

Dargestellt am Beispiel des deutschen
Braugerstenmarktes und der nachgelagerten
Märkte für Malz und Bier

Klaus-Peter Krause

1966

WIRKUNGEN LANDWIRTSCHAFTLICHER MARKTORDNUNGEN
IN DER EWG

Dargestellt am Beispiel des deutschen Braugerstenmarktes und
der nachgelagerten Märkte für Malz und Bier

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der wirtschaftswissenschaftlichen Doktorwürde
der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Philipps-Universität zu Marburg

vorgelegt von

Klaus-Peter K r a u s e

Diplomvolkswirt aus Lübeck

M a r b u r g

1 9 6 7

Druck von Cl. VOGT in Frankfurt

Als Dissertation von der Rechts- und Staatswissenschaft-
lichen Fakultät angenommen am 2. Juli 1966

Berichterstatter : Professor Dr. H a m m

Mitberichterstatter : Professor Dr. H o p p m a n n

Tag der mündlichen Prüfung : 15. Juli 1966



Berichtigungen

Seite 10, 2. Zeile : Statt 1962 muß es 1952 heißen.

Seite 23, 19. Zeile : Statt (3) muß es (4) heißen.

Seite 30, Fußnote (1), 2. Zeile :
Dort muß es "(Arbeitsgemeinschaft
zur Förderung des Qualitätsgersten-
baues im Bundesgebiet)" heißen.

Seite 55, Fußnote (1), 4. Zeile :
Dort muß es 21. März 1959 heißen.

Seite 59, Fußnote (1), 5. Zeile :
Dort muß es Seite 16-18 heißen.

Seite 83, 4. Zeile : Statt 39 DM/dz muß es 30 DM/dz
heißen.

Seite 94, Fußnote (4), 2. Zeile :
Dort muß es Ziffer 5d heißen.

Seite 102, Fußnote (3), 10. Zeile :
Statt 336,60 DM/t muß es 337,60 DM/t
heißen.

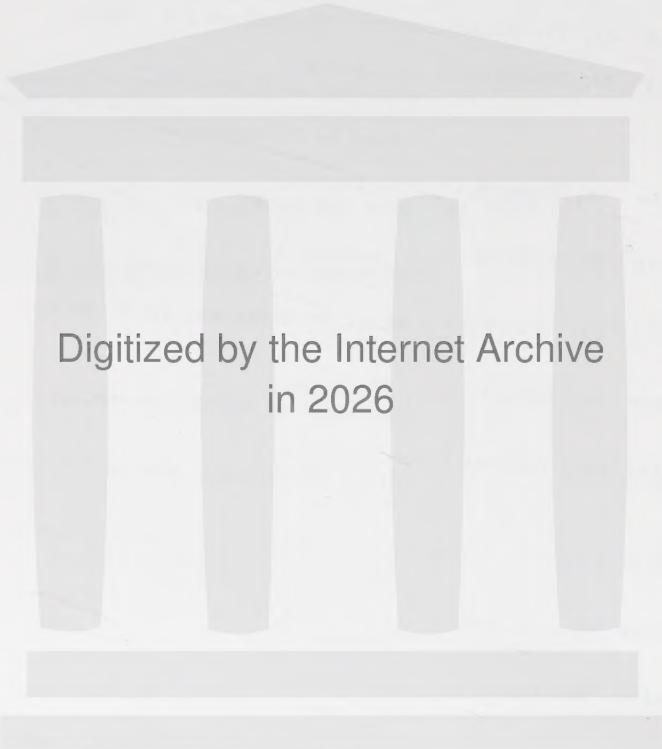
Seite 111, 18. Zeile : Statt Figur 12, Seite 104 muß es
Figur 12, Seite 109 heißen.

Seite 119, 1. Zeile : Statt $(=\overline{B_o C_o})$ muß es $(=\overline{B_o D_o})$
heißen.

Seite 154, Fußnote (1), 3. Zeile :
Dort muß es Figur 18 d heißen.

Seite 170, Fußnote (1):Dort muß es "Vgl. Fußnote 2 und 3
auf Seite 135" heißen.

Seite 193, Fußnote (1):Dort muß es "Vgl. Seite 130" heißen.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554426_0027

I N H A L T

	<u>Seite</u>
VERZEICHNIS DER ABBILDUNGEN	7
VERZEICHNIS DER TABELLEN	10
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN	13
I. EINFÜHRUNG : WIRTSCHAFTSPOLITISCHER HINTERGRUND UND EINGRENZUNG DES THEMAS	15
II. DER MARKT FÜR BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIC : VORAUSSETZUNGEN, BESCHAFFENHEIT UND EINSTIGE ORDNUNG	20
1. Was bedeutet Braugerstenqualität ?	20
2. Substituierbarkeit von Braugerste	24
3. Relativ hohe Preiselastizität des Braugerstenangebots	26
4. Relativ geringe Preiselastizität der Braugersten- nachfrage	30
5. Angaben zur Marktstruktur	32
6. Die Marktentwicklung seit 1950	39
7. Ordnung durch Wettbewerb oder durch Wettbewerbs- beschränkung ? - Die beiden unterschiedlichen Auffassungen	47
8. Staatliche Interventionsinstrumente zwischen 1950 und 1962	50
III. BINNENWIRTSCHAFTLICHE INSTRUMENTE DER EWG-MARKTORDNUNG FÜR GERSTE	55
1. Grundrichtpreis	57
2. Abgeleitete Richtpreise	58
3. Monatsreports	58
4. Interventionspreis	59
5. Qualitätszu- und -abschläge	60
6. Einfuhr- und Vorratsstelle	61

	<u>Seite</u>
IV. AUSSENWIRTSCHAFTLICHE INSTRUMENTE DER EWG-MARKTORDNUNG FÜR GERSTE	63
1. Schwellenpreis, Pauschbetrag und Ausgleichs- koeffizienten zum EWG-Standard	63
2. Frei-Grenze-Preis	65
3. Cif-Preis und Ausgleichskoeffizienten zum Weltmarktstandard	66
4. Abschöpfung, Vorausfixierung und Prämie	68
5. Einfuhrlizenzen und Kautio	71
6. Ausfuhrlicenzen, Kautio und Erstattungen	72
V. WIRKEN UND FOLGEMASSNAHMEN DER GERSTEN- FREISETZUNG AUF DEM MARKT FÜR MALZ UND BIER	74
1. Schutz vor Malzeinfuhren : Vom Einfuhrzoll bis zur Abschöpfungsregelung	74
2. Wahrung der Ausfuhrmöglichkeiten für Malz : Aktiver Veredelungsverkehr, abschöpfungsfreie Gersteneinfuhr und Barerstattung	82
3. Schutz vor Biereinfuhren : Maßnahmen blieben aus	88
4. Wahrung der Ausfuhrmöglichkeiten für Bier : Unvollkommene Maßnahmen brachten ungleiche Wettbewerbsbedingungen	98
VI. INWIEFERN HAT SICH DIE EWG-MARKTORDNUNG GEGENÜBER DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN MARKTORDNUNG GEÄNDERT ?	107
1. Größere Bewegungsfreiheit für den Gerstenpreis	107
2. Standortunterschiede nicht mehr nivelliert ("überregionale" Standortwirkungen)	108
3. Interventionspreis als Mindestpreis des Handels ("regionale" Standortwirkungen)	111
4. Gerste statt Braugerste : Grundsätzlich soll der Markt das Braugerstenaufgeld bestimmen	113
5. Liberalisierung des Imports - aber Beschränkun- gen sind möglich	114

	<u>Seite</u>
6. Pauschale statt individuelle Abschöpfung erleichtert und belebt den Einfuhrhandel	116
7. Verlagerung der Handelsströme	119
8. Malz innerhalb, Bier außerhalb der Marktordnung	121
9. Ansatzpunkt der Marktordnung unverändert	122
 VII. MARKTORDNUNG FÜR BRAUGERSTE - EIN BEISPIEL STAATLICHER PREISSETZUNGSPOLITIK	 124
1. Aufwendiger Mitteleinsatz und die Häufung von Verordnungen	124
2. Trotz "Perfektionismus" keine Perfektion : Der Hang zur vollständigen Regelung	125
 VIII. DIE ÖKONOMISCHE UNZWECKMÄSSIGKEIT DER GERSTENMARKTORDNUNG	 133
1. Die allgemeine Gefahr der Überproduktion	135
2. Die Sonderregelung für Braugerste	144
a. Der Braugerstenpreis ist mit "natürlichen" Garantien ausgestattet	145
b. Der Abschöpfungsmechanismus läßt einen Preisdruck ausländischer Braugerste auf inländische Braugerste zu	147
c. Denkmöglich ist ein Preisdruck des Auslands nur in einem einzigen Fall	148
d. Daß der einzige Fall vorübergehend eintreten kann, ist nicht ausgeschlossen	150
e. Aber : Ein Druck auf die Inlandspreise ist theoretisch nur sehr begrenzt möglich und praktisch bisher nicht eingetreten	151
f. Die Sonderregelung ist technisch entbehrlich und ökonomisch verfehlt	169
3. Beschränkter Leistungswettbewerb verhindert die optimale Braugerstenversorgung	179
4. Mangelhafter Interessenausgleich beeinträchtigt die wirtschaftliche Sicherheit und Handlungsfreiheit der Braugerstenverarbeiter	183
5. Zusammenfassung und Ergebnis	185

	<u>Seite</u>
IX. MÖGLICHE NEUORIENTIERUNG	188
1. Anstelle manipulierter Preise offene, zeitlich befristete Anpassungssubventionen : Verzicht auf Ausnahmeregelung	188
2. Zusätzliche Ordnungsmaßnahmen	189
3. Mögliche Ordnung, falls der Verzicht auf Ausnahmeregelung politisch nicht durchsetzbar ist	191
ANHANG (Tabellen und Ableitungen)	195
VERZEICHNIS DER LITERATUR	235

SCHAUBILDER

1.	Die wesentlichen Bestimmungsfaktoren des Angebots an Braugerste.	27
2.	Die wesentlichen Bestimmungsfaktoren der Nachfrage nach Braugerste.	31
3.	Die Absatzwege der Sommergerste in der Bundesrepublik und die Anteile der Marktbeteiligten an der jährlichen Erntemenge im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1964 (in v.H.) - Ein schematischer Überblick.	33
4.	Die jährlichen Anbauflächen von Sommergerste in der Bundesrepublik im Jahresdurchschnitt von 1961 bis 1964 (in 1000 ha).	35
5.	Der Anteil der Bundesländer an der Sommergerstenernte (im Jahresdurchschnitt von 1961 bis 1964) und am Braugerstenbedarf (1964).	38
6.	Schematischer Überblick über den Abschöpfungsmechanismus der EWG-Marktordnung.	69

FIGUREN

1.	Getreidepreisrelationen in der Bundesrepublik von 1950/51 bis 1962/63 - Erzeuger-Durchschnittspreise ausgewählter Getreidearten im Verhältnis (Futterhaferpreis = 100).	28
2.	Braugerstenerzeugung und Braugerstenbedarf in der Bundesrepublik - Mengenindexentwicklung von 1950 bis 1963 (1950 = 100).	40
3.	Die Einfuhr von Braugerste in die Bundesrepublik nach EWG- und Drittländern - Entwicklung der Anteile von 1956 bis 1964 (in v.H. der Einfuhr).	42
4.	Die Einfuhr von Malz in die Bundesrepublik nach EWG- und Drittländern - Entwicklung der Anteile von 1956 bis 1964 (in v.H. der Einfuhr).	42
5.	Einfuhr von Braugerste und Malz in die Bundesrepublik - Anteil der Einfuhr am Braugerstenbedarf von 1950/51 bis 1963/64 (in v.H.).	44

6.	Braugerste in der Bundesrepublik - Inlandsaufkommen und Einfuhr in v.H. des Braugerstenbedarfs von 1950/51 bis 1963/64.	44.
7.	Braugerste in der Bundesrepublik - Ihr Anteil an der inländischen Sommergerstenernte von 1950/51 bis 1963/64 (in v.H.).	45
8.	Sommergerste und Braugerste in der Bundesrepublik - Ihr Anteil an der jährlichen Getreideernte im Bundesgebiet von 1950 bis 1963 (in v.H.).	45
9.	Mengenindexentwicklung von Getreide, Sommergerste und Braugerste in der Bundesrepublik bis 1964 (1950 = 100).	46
10.	Braugerstenpreise in der Bundesrepublik - Der staatliche Preisrahmen, Erzeuger-Durchschnittspreise und effektive Einkaufspreise Münchener Brauereien von 1951/52 bis 1963/64.	51
11.	(a) Einfuhrzoll auf Malz in der Bundesrepublik - Die Zollbelastung beim gleitenden Mischzoll von 1954 bis 1960 (in DM/dz).	77
	(b) Einfuhrzoll auf Malz in der Bundesrepublik - Die Zollbelastung 1962 gegenüber EWG-Ländern und Drittländern im Vergleich (in DM/dz).	77
12.	Staatlich gesetzte Preise für Gerste (Standard- bzw. Futtergerste) in der Bundesrepublik - Ehemalige und jetzige Preise im Vergleich. 1961/62 gegenüber 1965/66.	109
13.	Staatlich gesetzte Preise für Braugerste in der Bundesrepublik - Ehemalige und jetzige Preise im Vergleich. 1961/62 gegenüber 1965/66.	115
14.	Schematische Darstellung des Abschöpfungsverfahrens der bis 1962 gültigen deutschen Marktordnung.	118
15.	Schematische Darstellung des Abschöpfungsverfahrens der ab 1962 gültigen EWG-Marktordnung.	118
16.	Schematische Darstellung zum Verfahren der Vorausfixierung des Abschöpfungssatzes.	120
17.	Sommergerste in den EWG-Ländern - Index der Erntemengen von 1957 bis 1964 (1957 = 100).	138
18.	Schematische Darstellung der Bedingungen, unter denen der "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" sinken kann.	149

	<u>Seite</u>
18. Geometrische Darstellung zur theoretischen Modellanalyse (Variation a und b).	152
Geometrische Darstellung zur theoretischen Modellanalyse (Variation c und d).	155
19. (a) Geometrische Darstellung zur Lage der "Gefährdungsgrenze" bei alternativen Versorgungsgraden.	156
(b) Geometrische Darstellung zur Lage der "Gefährdungsgrenze" bei alternativen Inlandspreisen.	156
(c) Geometrische Darstellung zur Lage der "Gefährdungsgrenze" bei alternativen Frachtsätzen.	158
20. (a) Geometrische Darstellung zur Bestimmung des "Gefährdungsbereichs".	160
(b) Geometrische Darstellung zur Bestimmung des "Gefährdungsbereichs".	160
21. Die jährliche Schwankungsspanne monatsdurchschnittlicher Marktpreisnotierungen für Braugerste an einigen deutschen Börsenplätzen in den Jahren 1962/63, 1963/64 und 1964/65.	164
22. Die Marktpreisnotierungen für Braugerste an einigen deutschen Börsenplätzen im Monatsdurchschnitt Dezember 1962, Oktober 1963 und Dezember 1964 im Vergleich zum entsprechenden Durchschnittspreis für drittländische Braugerste.	166
23. Die Marktpreisnotierungen für Braugerste an einigen deutschen Börsenplätzen im Monatsdurchschnitt für November 1963, Dezember 1963 und Februar 1965 im Vergleich zum entsprechenden Durchschnittspreis für drittländische Braugerste.	168
24. Schematische Darstellung zum Wirken eines Sonderinterventionspreises für Braugerste.	178

VERZEICHNIS DER TABELLEN

1. Sommergerste in der Bundesrepublik - Die jährlichen Anbauflächen nach Bundesländern von 1962 bis 1964 (in 1000 ha).
2. Sommergerste in der Bundesrepublik - Die jährlichen Erntemengen nach Bundesländern von 1952 bis 1964 (in 1000 t).
3. Sommergerste in der Bundesrepublik - Die jährlichen Hektarerträge nach Bundesländern von 1950 bis 1964 (in dz/ha).
4. Braugerste in der Bundesrepublik - Ihr Anteil an der Sommergerstenernte und am Braugerstenbedarf der Bundesrepublik von 1950/51 bis 1964/65 (in v.H.).
5. Braugerste in der Bundesrepublik - Die jährlichen Versorgungsbilanzen von 1950/51 bis 1963/64 (in v.H.).
6. Sommergerste und Braugerste in der Bundesrepublik - Ihr Anteil an der jährlichen Getreideernte im Bundesgebiet von 1950 bis 1964 (in v.H.).
7. Getreide, Sommergerste, Braugerste, Braugerstenbedarf, Bierausstoß sowie Einfuhr von Braugerste und Malz - Mengenindexentwicklung in der Bundesrepublik von 1950 bis 1964 (1950 = 100).
8. Einfuhr von Braugerste in die Bundesrepublik nach Herkunftsländern von 1956 bis 1964 (in v.H.).
9. Einfuhr von Malz in die Bundesrepublik nach Herkunftsländern von 1956 bis 1964 (in v.H.).
10. Daten des Braugerstenmarktes in der Gegenüberstellung - Anteile der Bundesländern an Sommergerstenernte, Braugerstenbedarf, Zahl der Braustätten, Bierausstoß und Zahl der Handelsmälzereien (in v.H.).
11. Getreidepreisrelationen in der Bundesrepublik von 1950/51 bis 1962/63 - Erzeuger-Durchschnittspreise ausgewählter Getreidearten im Verhältnis (Futterhafer = 100).
12. Malz in der Bundesrepublik - Mengenindexentwicklung von Bedarf, Produktion, Einfuhr und Ausfuhr von 1956 bis 1962 (1956 = 100).
13. Malz in der Bundesrepublik - Die jährlichen Versorgungsbilanzen von 1956 bis 1962 (in v.H.).
14. Gerstenpreise in der Bundesrepublik - Die staatlichen Mindest- und Höchstpreise von 1951/52 bis 1961/62 (in DM/t).
15. Der deutsche Malzzoll (Einfuhrzoll) von 1930 bis 1962.
16. Das Preisniveau für Malz inländischer Erzeugung in der Bundesrepublik von 1950/51 bis 1964/65 (in DM/t).

17. Einfuhren von Malz in die Bundesrepublik nach Menge und Wert sowie das Preisniveau für ausländisches Malz frei deutsche Grenze von 1951 bis 1963.
18. Das Preisniveau für ausländisches Malz unverzollt und unbesteuert frei deutsche Grenze oder cif Nordseehäfen nach Herkunftsländern von 1952 bis 1963 (in DM/t).
19. Das Preisniveau für Importmalz verzollt und besteuert ab deutsche Grenze oder cif Nordseehäfen gegenüber dem deutschen Malzpreisniveau von 1951 bis 1962 (in DM/t).
20. (a) Die Biereinfuhr aus den EWG-Ländern in die Bundesrepublik von 1955 bis 1962 - Wert, Menge, durchschnittlicher Preis frei Grenze und Zollbelastung.
(b) Die Biereinfuhr aus Drittländern in die Bundesrepublik von 1955 bis 1962 - Wert, Menge, durchschnittlicher Preis frei Grenze und Zollbelastung.
21. (a) Die Braugerstenpreise in der EWG (Erzeugerpreise ab Hof im Jahresdurchschnitt) von 1954/55 bis 1960/61 (in DM/t).
(b) Die durchschnittliche Weniger-Belastung bei den Braugerstenkosten der belgischen, französischen und niederländischen gegenüber den deutschen Mälzereien von 1954/55 bis 1960/61 (in DM/t).
(c) Die durchschnittliche Weniger-Belastung bei den Braugerstenkosten der belgischen, französischen und niederländischen gegenüber den deutschen Brauereien von 1954/55 bis 1960/61 (in DM/hl).
(d) Die relativen Braugerstenkostenunterschiede bei der Bierherstellung zwischen Belgien, Frankreich, den Niederlanden und der Bundesrepublik von 1954/55 bis 1960/61 (BRD = 100).
22. Rohstoffkostenvergleich beim Bierimport aus EWG-Ländern in die Bundesrepublik 1964/65.
23. Marktpreise für Futtergerste - Notierungen ausgewählter Börsenplätze von Juli 1962 bis Juni 1965 im Vergleich (Monatsdurchschnitte in DM/t).
24. Marktpreise für Braugerste - Notierungen ausgewählter Börsenplätze von Juli 1962 bis Juni 1965 im Vergleich (Monatsdurchschnitte in DM/t).
25. Futtergerste in der Bundesrepublik - Die durchschnittlichen Differenzen zwischen örtlichem Richtpreis und örtlichem Marktpreis von August 1962 bis Juni 1965 (in DM/t).
26. Sommergerste in den EWG-Ländern - Jährliche Anbauflächen, Hektarerträge und Erntemengen von 1957 bis 1964.

27. (a) Gerste in den EWG-Ländern - Inlandsaufkommen und Inlandsbedarf in der Gegenüberstellung von 1959/60 bis 1963/64 (in 1000 t).
(b) Der Braugerstenbedarf in den EWG-Ländern von 1957/58 bis 1963/64 (in 1000 t).
28. Cif-Preis-Vergleich zwischen Standardgerste und Braugerste an Hand der Braugersteneinfuhren nach Menge und Wert aus Drittländern von August 1962 bis Juli 1965.
29. Die Malzausfuhren der Bundesrepublik in EWG-Länder und Drittländer von 1956 bis 1965.
30. Die Bierausfuhren der Bundesrepublik in EWG-Länder und Drittländer von 1956 bis 1965.

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

AB	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
BAnz	Bundesanzeiger
BGBI	Bundesgesetzblatt
BML	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMW	Bundesministerium für Wirtschaft
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BZBl	Bundeszollblatt
CBMC	Communauté de Travail des Brasseurs du Marché Commun
DBB	Deutscher Brauer-Bund e. V., Bad Godesberg
DLG	Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft m. b. H.
DMB	Deutscher Mälzerbund e. V., Bad Godesberg
EVSt	Einfuhr- und Vorratsstelle
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWG-V	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirt- schaftsgemeinschaft
GeschBerDBB	Geschäftsbericht(e) des Deutschen Brauer-Bundes e. V., Bad Godesberg
HdSW	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
RGBI	Reichsgesetzblatt
StatBerDBB	Statistischer Bericht des Deutschen Brauer-Bundes e. V., Bad Godesberg
StatJbBML	Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirt- schaft und Forsten
StatJbBRD	Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutsch- land
TfB	Tageszeitung für Brauerei
ZMP	Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle

I. EINFÜHRUNG : WIRTSCHAFTSPOLITISCHER HINTERGRUND UND EINGRENZUNG DES THEMAS

Bei Gründung und Vorbereitung der EWG schien die Annahme nicht abwegig, die Gemeinschaft würde auch zu einer grundlegenden Neuordnung der landwirtschaftlichen Märkte führen, ausgerichtet an den für eine Wettbewerbsordnung wesentlichen Prinzipien.

Die bisherige Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik läßt erwarten, daß das Gewicht agrarpolitischer Maßnahmen im bisherigen Verhältnis auf Struktur- und Preissetzungspolitik verteilt bleiben wird. Das verringert die Aussicht auf eine Abkehr von globalen Subventionen über den Preis zu offenen und gezielten Subventionen als Anpassungs- und Umstellungshilfe.

Es ist auch fraglich, ob ein solcher Schritt mehreren Regierungen gemeinsam gelingen wird, wenn schon die einzelnen Regierungen für sich allein dazu nicht willens oder in der Lage waren. Das um so mehr, als die politische Integration hinter der wirtschaftlichen weiterhin zurückstehen wird, wenn nicht gänzlich als Illusion zu werten ist.

Die Landwirtschaft schrittweise einer Wettbewerbsordnung zu unterstellen und sie stärker zu marktwirtschaftlichem Denken und Handeln zu bewegen, ist darum eher eine Forderung der agrarökonomischen Wissenschaft geblieben als ein konsequent verfolgtes Ziel der angewandten Agrarpolitik geworden.

Diese Feststellung trifft weniger eine Agrarpolitik der "Grünen Pläne" als eine Agrarpolitik der direkten Marktinterventionen. Solange derartige Interventionen wesentlicher Bestandteil auch der EWG-Agrarpolitik sind, werden sie Anlaß zu ökonomischer Kritik geben. Die vorliegende Arbeit greift einen solchen Anlaß heraus.

Wenn die Wirtschaftsordnung der EWG grundsätzlich eine Wettbewerbsordnung sein soll, dann sind die landwirtschaftlichen Märkte in diese Wirtschaftsordnung nicht oder nur wenig integriert. Die angewandte Agrarpolitik hat diese Märkte von den marktwirtschaftlichen Prinzipien, insbesondere dem der Wettbewerbspreisbildung, weitgehend ausgenommen und damit die Landwirtschaft zu einem wirtschaftspolitischen Ausnahmebereich erklärt.

Die Ordnung der Landwirtschaft unterscheidet sich von der Ordnung anderer

Wirtschaftsbereiche durch die Ausnahmeregelung. Die Wettbewerbsordnung dort ist durch eine wettbewerbsmindernde Ordnung hier ersetzt. Die Ausnahmeregelung der landwirtschaftlichen Märkte pflegt man als "landwirtschaftliche Marktordnung" zu bezeichnen.

Landwirtschaftliche Marktordnungen gibt es in allen Ländern der Gemeinschaft. Seit 1962 sind diese Ordnungen koordiniert. Zu wesentlichen Teilen unterstehen sie bereits der Weisungsbefugnis der EWG-Behörden. Der Ordnungsrahmen ist einheitlich, unterschiedlich mit Rücksicht auf nationale Belange sind nur noch die technischen Einzelheiten. Man spricht daher von EWG-Marktordnungen der Übergangszeit.

Doch sind die Marktordnungen nicht nur eine zeitlich befristete wirtschaftspolitische Regelung. Sie werden auch für die Phase des gemeinsamen Agrarmarktes bestimmend sein.

Charakteristisch für diese Marktordnungen ist ihr Preissystem : Da sie als Ausnahmeregelung eine Wettbewerbspreisbildung verhindern sollen, müssen sie die Preise, die auf Grund bestimmter Zielvorstellungen als erwünscht gelten, autoritativ festlegen und unter ständiger Kontrolle halten. Zu diesem Zweck bestimmen sie Richt-, Interventions- und Schwellenpreise, die die Grundlage für alle übrigen Regulierungen der Marktordnungen abgeben. Insofern sind die Marktordnungen nichts anderes als staatliche Preissetzungssysteme.

Die Gefahren staatlicher Preissetzung sind bekannt. Kann die EWG mit ihren Marktordnungen diesen Gefahren entgehen ? Welche Wirkungen haben die Marktordnungen bisher gehabt, mit welchen ist in der Zukunft zu rechnen ? Das sind die Fragen, denen wir nachgehen wollen.

Die Marktordnungen bedienen sich der Mindestpreissetzung. Der Mindestpreis ist ein Schutzpreis für die Anbieter und wird demgemäß über dem (potentiellen) Wettbewerbspreis liegen. Er läßt sich am Markt um so leichter durchsetzen, je geringer die Konsumferne des Gutes ist, je weniger Substitutionsmöglichkeiten für dieses Gut vorhanden sind, je preiselastischer die Nachfrager reagieren, je geringer die Zahl der nachgelagerten Märkte ist.

Trotz derartiger für eine Intervention günstiger Umstände aber wird es selten gelingen, den staatlichen Eingriff auf den Preis zu beschränken. Wirksam ist die Mindestpreissetzung in der Regel nur, wenn nachfolgend oder zugleich in andere Marktvariablen ebenfalls eingegriffen wird, insbesondere in die Ein- und Ausfuhr. Und da ein Mindestpreis tendenziell zu An-

gebotsüberschüssen und damit ohnehin zu einer Regulierung der Mengen führt, bedeutet Preisintervention gewöhnlich und im weitesten Sinn auch Mengenintervention.

Hinzukommt, daß über die Interdependenz der Märkte Preissetzungen sowie Komplementär- und Folgemaßnahmen immer auch auf andere Märkte überzugreifen drohen. Sie lassen sich häufig innerhalb des Ausnahmebereichs nicht isolieren und weiten sich aus auf Nicht-Ausnahmebereiche. Bei Mindestpreissetzungen neigen sie dazu, auf die nachgelagerten Märkte überzugreifen.

Damit wird das ursprünglich spezielle zu einem allgemeinen Ordnungsproblem. Es wird es deswegen, weil die Marktordnung des Ausnahmebereichs das grundlegende Ordnungsprinzip der Nicht-Ausnahmebereiche untergräbt : das Prinzip der Wettbewerbspreisbildung. Denn in der Marktwirtschaft soll der Preis umfassende Funktionen ausüben (1), und sie lassen sich ökonomisch sinnvoll nur dann wahrnehmen, wenn der Preis Ausdruck der tatsächlichen Knappheitsverhältnisse ist. Das ist er auf die Dauer - so der Ordnungsgedanke • allein bei Wettbewerbspreisbildung.

Die Ausnahmeregelung beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit des Preissystems. Sie vermag nicht nur jenes Ordnungsprinzip zu untergraben, sondern die gewollte Wettbewerbsordnung selbst. Darin liegt die wirtschaftspolitische Problematik solcher Ausnahmeregelungen. Und in den unmittelbaren Wirkungen dieser Regelungen auf den einzelnen Märkten des Ausnahmebereichs sowie auf den nachgelagerten Märkten der Nicht-Ausnahmebereiche wird sie sichtbar.

Dabei handelt es sich in aller Regel um ursprünglich nicht gewollte, also unerwünschte Wirkungen. Darunter finden sich einmal die für staatliche Preissetzung typischen Wirkungen wie organisatorische Schwierigkeiten, Folgeinterventionen, Marktstörungen; zum anderen können sich negative Wirkungen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ergeben, auf die Güterversorgung, auf den Interessenausgleich zwischen den beiden Marktseiten und auf anderes mehr.

Wirkungen von Ausnahmeregelungen, hier von landwirtschaftlichen Marktordnungen, aufzuzeigen, darum geht es. Ob diese Wirkungen dann, falls unerwünscht, in Kauf genommen werden sollen, muß letztlich die politi-

(1) Vgl. z. B. K. P. Hensel. Die Funktionen der Preise in der Marktwirtschaft und in der zentralen Planwirtschaft. In : Handelsblatt. Sonderdruck aus "Europäische Volksrepubliken". Juli 1961 (o.O.).

sche Führung entscheiden. Ihre Entscheidung läßt sich erleichtern, wenn ihr diese Wirkungen bewußt gemacht werden.

Herausgegriffen wird lediglich ein Beispiel. Nur so läßt sich die Fülle des Dargebotenen bewältigen. Eine ins einzelne gehende Untersuchung aller Märkte stößt auf zu viel Schwierigkeiten. Sie wäre überdies wenig sinnvoll, wenn die Erscheinungen hier stellvertretend stehen können für die Erscheinungen dort.

Der Markt für Braugerste ist als Beispiel aus zwei Gründen geeignet: Einmal untersteht Braugerste einer landwirtschaftlichen Marktordnung, derzeit der EWG-Marktordnung für Getreide, und ist der allgemeinen Wettbewerbsordnung entzogen. Die nachgelagerten Märkte für Malz und Bier dagegen sind voll in die Wettbewerbsordnung eingegliedert, so daß zwei verschiedene Ordnungen aufeinanderstoßen, ein Umstand, aus dem sich die wettbewerbspolitischen Komplikationen sichtbar machen lassen, die mit Ausnahmeregelungen entstehen können.

Zum anderen ist Braugerste ein Gut, für das es erstens nur zwei Verarbeitungsstufen gibt, das zweitens kaum substituierbar ist und das drittens als relativ konsumnah gelten darf, Eigenschaften, mit denen die Wirkungen der Marktordnung vergleichsweise leicht zu verfolgen und einigermaßen überschaubar sind.

Im übrigen ist der Braugerstenmarkt - abgesehen von einem Fehlen ähnlicher Übersichtlichkeit - ein landwirtschaftlicher Markt wie jeder andere. Das erlaubt *cum grano salis* eine Übertragung der am Beispiel gewonnenen, allgemeinen Erkenntnisse auf Märkte, die der gleichen oder einer ähnlichen Marktordnung zugehören. Umstände, die die Mindestpreissetzung auf diesen Märkten weniger begünstigen als auf dem Braugerstenmarkt, sprechen dann dafür, daß die festgestellten oder zu erwartenden Wirkungen hier verstärkt auftreten können.

Die Untersuchung beschränkt sich der umfassenderen Informationsmöglichkeiten wegen auf den deutschen Braugerstenmarkt. Aber auch sachlich ist dieses Vorgehen gerechtfertigt: Gegenüber den Braugerstenmärkten der übrigen EWG-Länder steht der deutsche dem mengenmäßigen Umfang nach mit Abstand an erster Stelle (1). Und der Schwerpunkt des gemeinsamen Braugerstenmarktes wird ebenfalls in der Bundesrepublik liegen.

Die EWG-Marktordnungen sind eine Fortführung und Weiterentwicklung

1) Zum Braugerstenbedarf der EWG-Länder siehe Tabelle 27 b.

der einzelstaatlichen Marktordnungen. Es ist darum zweckmäßig, von der ehemals rein nationalen Marktordnung auszugehen und an ihr relativ starkes interventionistisches Instrumentarium zu erinnern. Dies um so mehr, als die Gefahr besteht, daß die EWG-Marktordnung in absehbarer Zeit jenes Instrumentarium wieder hervorholen muß. So lassen sich die Wirkungen derartiger Marktordnungen greifbarer und gegenständlicher vor Augen führen sowie Abweichungen und Gemeinsamkeiten herausstellen, die die Beurteilung der jetzigen Marktordnung erleichtern. Und schließlich trägt es zur sachlichen Geschlossenheit und Beweiskräftigkeit der Untersuchung bei, wenn sie auf Erfahrungen zurückgreifen kann, die über einen längeren Zeitraum hin bereits gesammelt wurden.

Einstiges Instrumentarium und Entwicklung des Gerstenmarktgeschehens sind vor dem Hintergrund der ordnungspolitischen Grundentscheidung zu sehen. In der Bundesrepublik fiel sie mit dem Getreidegesetz von 1950. Darin verwirklichten sich Ordnungsvorstellungen, die in der damaligen Diskussion keineswegs allseits geteilt wurden. Die geteilten Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Ordnung durch Wettbewerb oder durch Wettbewerbsbeschränkung nachträglich noch einmal herauszustellen, erscheint nützlich : Die gleichen Überlegungen sind heute mehr denn je aktuell.

II. DER MARKT FÜR BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK : VORAUSSETZUNGEN, BESCHAFFENHEIT UND EINSTIGE ORDNUNG

1. Was bedeutet Braugerstenqualität ?

Gerste ist für Maiz- und Brauwirtschaft der wichtigste Rohstoff. Aber nicht jede Gerste ist zum Verbrauen geeignet. Braufähig ist so gut wie ausschließlich (zweizeilige) Sommergerste. Wintergerste, die in der Regel mehrzeilig ist, besitzt im allgemeinen nur Futterwert (1).

Aber auch für Sommergerste ist die Bezeichnung "Braugerste" nur berechtigt, wenn sie bestimmte Qualitätsvoraussetzungen mitbringt. Erkennbar ist die Qualität an äußeren (= subjektiven) Kornmerkmalen sowie an physikalischen und chemisch-physiologischen (= objektiven) Merkmalen (2).

Äußere Merkmale sind : Kornfarbe, Geruch, Spelzenfeinheit, Spelzenverletzungen, gebrochene Körner, Kornausbildung, Besatz, Auswuchs, Verunreinigungen.

Physikalische Merkmale sind : Sortierung (Vollgerstenanteil), Hektolitergewicht, Tausendkorngewicht.

Zu den chemisch-physiologischen Merkmalen gehören : Wassergehalt, Eiweißgehalt, Keimfähigkeit, Keimenergie (3).

Hervorzuheben ist die Bedeutung des Eiweißgehalts, des neben der Keimfähigkeit wichtigsten Merkmals für die Brauerei : Er bestimmt im wesent-

(1) Vgl. K. Winkler. Welche betriebswirtschaftlichen Fragen ergeben sich für den Braugerstenbau in der Bundesrepublik ? In : Braugersten-Fibel. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Qualitätsgerstenbaues im Bundesgebiet (Braugerstengemeinschaft). München o. J., S. 3 : (Mehrzeilige) Wintergerste besitzt u. a. zu grobe Spelzen; sie behindern den Mälzungsverfahren, beeinträchtigen die Sudhausausbeute und die Qualität des Bieres. Zwar hat man "heute auch schon zweizeilige Wintergersten, die sich zur Vermälzung eignen. Ihr Anteil an der gesamten Wintergerstenfläche ist aber noch klein, weil sie ertraglich nicht an die mehrzeiligen Wintergersten herankommen".

(2) Vgl. E. Ullonska. Die Braugerste - Qualitätsforderungen für Anbau und Absatz. Frankfurt/M. 1959, S. 32 ff.

(3) Vgl. ebenda.

lichen die Extraktergiebigkeit der Gerste und die Bierqualität (1). Daneben ist er wichtig für die Verarbeitung der Gerste in Mälzerei und Sudhaus (2). Als Regel gilt : Je größer der Eiweißgehalt, desto geringer u.a. die Extraktergiebigkeit (3) und desto weniger haltbar das Bier.

Brauer und Mälzer sind also vor allem an einem niedrigen Eiweißgehalt interessiert; die Erzeuger dagegen an möglichst hohen Hektarerträgen. Da sich aber hohe Hektarerträge im allgemeinen nur mit vermehrter Stickstoffdüngung erzielen lassen, sind den Erzeugern bei Braugerste Grenzen gezogen; denn je stärker die Stickstoffgabe, desto höher der Eiweißgehalt.

Soll also die Gerste Braugerstenqualität aufweisen, muß sich der Erzeuger mit der Stickstoffdüngung zurückhalten, auf mögliche Ertragssteigerungen mithin verzichten (4). Das würde zugleich eine Erlöseinbuße bedeuten, es sei denn, er gäbe den Braugerstenanbau auf und wendete sich dem Anbau weniger anspruchsvoller Gersten zu.

Um das zu vermeiden, sind Brauer und Mälzer gezwungen, für braufähige Gerste einen höheren Preis zu zahlen, als ihn der Markt Futtergersten zubilligt. Denn Braugerste ist eine Spezialkultur-Pflanze; sie verlangt besondere Anbaumethoden, besondere Wartung, Pflege und Erfahrung (5). Dazu gehören : Verwendung von Hochzuchtsaatgut, Einhaltung bestimmter Düngungsvorschriften, Saatzpflege, richtige Vorfruchtwahl und Sorgfalt bei Ernte und Drusch, von der Bodenqualität ganz abgesehen (6).

Die Ansprüche, die Malz- und Brauwirtschaft an eine Braugerste stellen, sind hoch. Neben einem niedrigen Eiweißgehalt ist folgendes zu beachten (7) :

-
- (1) Vgl. u. a. G. Krauss, Welche Qualitätswünsche haben die Verarbeiter von Braugerste ? In : Braugersten-Fibel, a. a. O., S. 12.
 - (2) Zum Beispiel : "Eiweißreiche Gersten sind hitzig auf der Tenne. Sie atmen also sehr intensiv, das führt zu größerem Verlust." (Ebenda).
 - (3) "Im Sudhaus gehen nämlich 3/4 des Malzgewichts in Lösung, aber vom Eiweiß löst sich nur ein gutes Drittel." (Ebenda).
 - (4) Vgl. hierzu u. a. V. Brandenburger, Der Einfluß verschiedener Düngungskombinationen auf Ertrag und Qualität der Braugerste unter besonderer Berücksichtigung von Klima und Jahreswitterung, Boden und Vorfrucht, Diss. Bonn 1961.
 - (5) Nach G. Schade . Das Absatzproblem im deutschen Braugerstenbau, Diss. Jena 1932, S. 19 : die "Intelligenzprüfung für Landwirte".
 - (6) Vgl. auch K. Winkler, a. a. O., S. 10.
 - (7) Vgl. G. Krauss, a. a. O., S. 11 ff und E. Ulonska, a. a. O., S. 32 ff.

Der Geruch soll strohartig, die Kornfarbe einheitlich gesund sein und Glanz zeigen. Bevorzugt wird eine feingekräuselte Spelze.

Der Spelzengehalt ist wichtig bei den enzymatischen Vorgängen im Mälzungsprozeß, bestimmt den Biergeschmack mit und ist im Sudhaus bei der Abläuterung von Bedeutung.

Spelzenverletzungen führen zur "Totweiche" in der Mälzerei; das Gerstenkorn keimt nicht mehr und wird für den Brauer unbrauchbar. Ähnliches gilt für Bruchkorn.

Die Kornausbildung soll vollbauchig, die Bauchfurche geschlossen sein. Vollbauchige Wölbung des Korns "ist nach einem niedrigen Eiweißgehalt der beste Anhaltspunkt für eine hohe Extraktausbeute im Malz" (1).

Hinsichtlich Ausputz, Korn- und Schwarzbesatz sowie Auswuchs strebt man nach möglichst niedrigen Anteilen. Je größer sie sind, um so mehr leidet darunter der Vollgerstenanteil und damit die "gleichmäßige Verarbeitbarkeit der Gerste zu Malz und Bier" (2).

Praktisch weniger bedeutsam sind Hektolitergewicht und Tausendkorngewicht. Zwar geben auch sie Aufschluß über Kornqualität und Extraktgehalt, werden als Merkmal aber eher ergänzend herangezogen (3).

Wesentlich ist dagegen der Wassergehalt. Zwar beeinflusst er nicht den Extraktgehalt der Gerste, Dagegen die Malzausbeute um so stärker : "Wenn eine Gerste 1 % mehr Wasser hat als eine andere, so ist das ungefähr dasselbe, wie wenn die wasserärmere mit einem Untergewicht von 1, 2 kg pro dz geliefert würde" (4).

Und schließlich geht es dem Mälzer um eine gute Keimfähigkeit der Gerste : Soll Gerste Malz werden, muß er sie zuvor zum Keimen bringen. Dabei kommt es ihm nicht allein darauf an, daß sie keimt, sondern daß die Keimung bei allen Körnern gleichmäßig ist. Je größer der Anteil der "Ausbleiber", desto größer die Wertminderung des gesamten Malzes.

Welche Gerste keine, geringe, gute oder hohe Braufähigkeit besitzt, kann

(1) E. Ulonska, a. a. O., S. 35.

(2) V. Brandenburger, a. a. O., S. 7.

(3) Das liegt vor allem an der geringen Vergleichbarkeit dieser Merkmale zwischen Gersten verschiedener Sorten und verschiedener Gebiete (vgl. E. Ulonska, a. a. O., S. 37).

(4) G. Krauss, a. a. O., S. 14.

man heute eindeutig beurteilen. Letzte Zweifel lassen sich mit Hilfe der Kleinmälzung beseitigen (1).

Der internationale Getreidehandel stellt derzeit an eine Braugerste von durchschnittlicher Beschaffenheit folgende Mindestansprüche (2) :

Keimfähigkeit	mindestens	98,0 v.H.
Eiweißgehalt	nicht mehr als	10,5 v.H.
Feuchtigkeitsgehalt	weniger als	16,0 v.H.
Vollgerstenanteil	mindestens	90,0 v.H.
Ausputz	höchstens	2,0 v.H.

Sommergerste, die von diesen Mindestanforderungen abweicht, gilt im allgemeinen nicht als Braugerste. Sie verwendet man hauptsächlich zu Futterzwecken, zumeist gleich in den Erzeugerbetrieben selbst; in relativ seltenen Fällen wird derartige Gerste auch in der Industrie verbraucht, und zwar zur Herstellung von Nahrungsmitteln, Backhilfsmitteln und Nahrungsstärke (3).

Nicht jeder Boden, nicht jedes Klima ist für den Braugerstenbau geeignet. Aber : "Die Fortschritte in der Braugerstenzüchtung haben es inzwischen ermöglicht, auch dort Braugerste zu bauen, wo nach früheren Anschauungen die Voraussetzungen in bodenmäßiger und klimatischer Beziehung nicht gegeben waren" (3) (so z.B. in Niedersachsen).

Eine Verlagerung der marktfernen Erzeugung in eine marktnähere wäre technisch also bedingt möglich. Ob aber solche Gersten auf die Dauer jenen von prädestinierten Böden ökonomisch überlegen sein werden, bleibt abzuwarten.

(1) Vgl. G. Krauss, a. a. O., S. 16.

(2) Diese Bedingungen enthält der Anhang zum Deutsch-Niederländischen Vertrag Nr. 3, der schon 1913 geschlossen und 1958 durch Zusatzbestimmungen geändert und erneuert wurde. Die Vertragsparteien sind das Het Comité van Graanhandelaren, Rotterdam, und der Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e. V., Hamburg. Die hier ausgehandelten Bedingungen hat der übrige Getreidehandel übernommen (Schreiben Direktor F. Schmidt, Tivoli-Werke AG, Hamburg, vom 20. April 1965).

(3) Vgl. hierzu StatJbBML (1961), S. 157, Tab. 238.

(4) K. Winkler, a. a. O., S. 9. - Zu den günstigsten Klima- und Bodenverhältnissen siehe K. Göpp. Welche Maßnahmen sind geeignet, Ertrag und Qualität im Braugerstenbau zu verbessern ? In : Braugersten-Fibel, a. a. O., S. 17 und G. Schade, Das Absatzproblem ..., a. a. O., S. 19, sowie E. Ulonska, a. a. O., S. 76 ff.

Von Bedeutung ist - in diesem wie in jenem Fall - die Wahl der richtigen Sorte. Rund dreißig Sorten stehen derzeit zur Verfügung (1). Da sich aber die einzelnen Sorten "in der Keimschnelligkeit, im Keimverlauf, in der Enzymaktivität und in den Auflösungsvorgängen deutlich voneinander unterscheiden" (2), ist ein Verschneiden nicht möglich. Brauer und Mälzer verlangen darum nach großen einheitlichen und sortenreinen Partien und drängen zum Anbau von Einheitsorten.

Alles in allem : Braugerste ist Qualitätsgetreide. Aus technischen und betriebswirtschaftlichen Gründen muß sie eine bestimmte Mindestqualität haben. Jede Besser- oder Minderbeschaffenheit einer aufgenommenen Braugerste führt in Mälzerei und Brauerei zu Vor- und Nachteilen in den betrieblichen Kosten (3). Der Braugerstenanbau stellt daher relativ hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Erzeugers.

2. Substituierbarkeit von Braugerste

Gerste und das aus ihr gewonnene Malz sind nicht die einzigen Rohstoffe, die sich zur Bierherstellung verwenden lassen. Es bestehen technische Substitutionsmöglichkeiten mit Hilfe von Weizen, Rohfrucht (4) und Zucker (5).

Aber das deutsche Biersteuergesetz (6) hat sie so gut wie verbaut (7). In

- (1) Auskunft von Mälzereidirektor F. Schmidt, Tivoli-Werke AG, Hamburg. Die als Braugerste anerkannten Sorten wurden auf acht beschränkt, die der hauptsächlich angebauten auf zwei.
- (2) E. Ulonska, a. a. O., S. 60.
- (3) Auskunft von Direktor F. Schmidt.
- (4) Ungemälztes Getreide. Verwendet werden z. B. Reis, Mais, Tapioka, Sorghum.
- (5) Einschließlich Sirup, Süßstoff und Rohrmelasse. Vgl. z. B. H. Olbrich. Melasse als Braustoff seit der Kolonisation Nordamerikas. TFB (1965) Nr. 59/60, S. 380 ff.
- (6) Biersteuergesetz in der Fassung vom 14. März 1952. BGBl I 1952/S. 149. Spätere Neufassungen haben den betreffenden Passus nicht verändert.
- (7) Hierzu ausführlicher U. Paulsen. Durch staatliche Eingriffe ausgelöste Wettbewerbsprobleme der deutschen Brauwirtschaft im Gemeinsamen Markt, Schriftenreihe "Agrarpolitik und Marktwirtschaft". Hrsg. W. Albers und H. H. Herleimann. Heft 1, Hamburg und Berlin 1963, S. 75 ff. (Im folgenden zitiert : U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ...).

seinem Paragraphen 9 enthält es jene als "Reinheitsgebot" bekannte Vorschrift, nach der Bier nur aus Wasser, Gerste, Hopfen und Hefe gebraut werden darf, eine ursprünglich lebensmittelrechtliche Vorschrift, die auf eine bayrische Verordnung von 1516 zurückgeht.

Allerdings, eine totale Substitution ist ohnehin irrelevant (1); nicht dagegen eine partielle: Will man eine fühlbare Qualitätsveränderung des Bieres vermeiden, kann sich die Substitution immer nur auf einen bestimmten, relativ geringen Beimischungssatz beschränken.

Niederländische und französische Brauereien beispielsweise verwenden Rohfrucht in Höhe von etwa 20 v.H. der Schüttungsmenge (2). Da dieser Rohfruchteinsatz geringere Kosten als die Verwendung von Gerstenmalz verursacht, liegt in dieser Rohstoffkostenersparnis ein sicher nicht unbeachtlicher finanzieller Reiz (3). Und auch ein gewisser technischer Anreiz scheint vorhanden zu sein; denn die Verwendung von Rohfrucht soll das Bier haltbarer werden lassen (4).

Was also technisch möglich und vielleicht auch technisch erwünscht ist, wird der ökonomischen Nutzung - zumindest teilweise - vorenthalten. Es besteht mithin für die deutschen Brauereien keine Möglichkeit, auf billigere Braustoffe auszuweichen, wenn der Braugerstenpreis relativ hoch ist - selbst wenn diese Braustoffe nur bedingt (Geschmacksrücksichten!) verwendbar wären (5).

-
- (1) Mit Ausnahme von Weizenmalz allerdings (Weizenbier, Weißbier!).
 - (2) Errechnet aus Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften, Reihe Agrarstatistik, Getreidebilanzen, Aufteilung des Industrieverbrauchs an Getreide, Heft 1/1965.
 - (3) Bei der Mitverwendung von 25 v.H. Mais schätzt Paulsen die Kostenersparnis (errechnet für 1962) auf bis zu 1,50 DM/hl (U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ..., a. a. O., S. 81). Das sind etwa 2 v.H. des Gebindebierpreises ab Brauerei.
 - (4) Vgl. Ebenda.
 - (5) Frage ist allerdings, ob die Brauereien eine solche Substitution überhaupt als wünschenswert ansehen (vgl. ebenda, S. 81 f.). Bislang scheint die Mehrzahl von ihnen das Reinheitsgebot beibehalten zu wollen. Offenbar versprechen sie sich davon werbepolitische Vorteile, so etwa durch den Hinweis, dieses Bier sei ein reines Naturprodukt. Das trifft ohne Zweifel zu, impliziert aber stillschweigend, die Bierherstellung unter Verwendung von Rohfrucht sei nicht oder weniger "natürlich". Ob sich diese Einstellung auf die Dauer halten läßt, ließe sich bezweifeln. Entscheidend ist schließlich und letztlich der Markt.

3. Relativ hohe Preiselastizität des Braugerstenangebots

Schaubild 1 enthält die wesentlichen Bestimmungsfaktoren für das Angebot an Braugerste. Darum genügt es zu sagen : Bei gegebenen technischen und natürlichen Bedingungen wird der Landwirt sein Verhalten zuerst an den Preis- und Gewinnerwartungen ausrichten. Ob er also Braugerste anbaut, dafür sind (neben den Kostenverhältnissen und den Preisen der Veredelungsprodukte) die Getreidepreisrelationen ausschlaggebend.

Da dem einzelnen Landwirt eigene Preispolitik vor allem infolge der Marktform (1) so gut wie versagt ist, kann er hinsichtlich der Getreidepreise nur als Mengenanpasser handeln. Ihm überlassen bleibt also die Wahl der Getreideart und der Größe der Anbaufläche.

Daß der Braugerstenbau erhebliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Landwirts stellt, darauf wurde hingewiesen. Solange also der Anbau anderer Getreidearten weniger Mühe und weniger Kosten verursacht, wird sich der Landwirt - die technische Möglichkeit dazu vorausgesetzt - dem Braugerstenbau nur so lange zuwenden, wie der Braugerstenpreis einen Anreiz dazu bietet, jene Kosten und Mühen auf sich zu nehmen.

Eine bedeutsame Rolle spielt dabei der Weizenpreis. Er liegt in der Regel an der Spitze der Getreidepreise. Entspräche nun der Braugerstenpreis jenem Preis, der für Weizen gezahlt wird, würden die potentiellen Braugerstenerzeuger grundsätzlich zum Weizenanbau überwechseln : Hier locken höhere Hektarerträge (keine Rücksichtnahme auf einen zu hohen Eiweißgehalt !) und niedrigere Produktionskosten (2) mit demgemäß höheren Erlösaussichten.

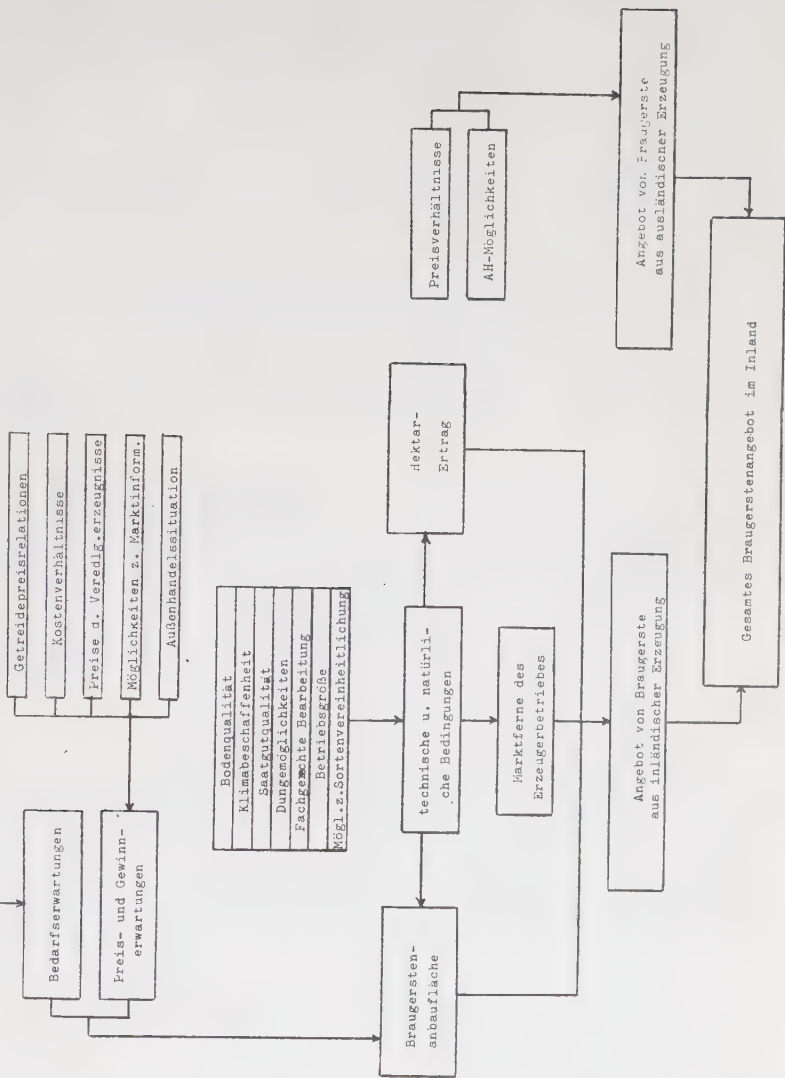
Das gälte erst recht, sollte der Braugerstenpreis auf die Dauer niedriger als der für Weizen sein. Ein für den Landwirt lukrativer Braugerstenpreis muß also auf die Dauer über dem Weizenpreis liegen. Dieser Sachverhalt macht Braugerste zum teuersten Getreide (vgl. Figur 1) (3).

(1) Nach dem StatJbBRD (1963, S. 162, Tab. 10) gab es 1960 über 500 000 landwirtschaftliche Betriebe, die Sommergerste anbauten, also ein Drittel der über 1,5 Mill. Betriebe mit Ackerland.

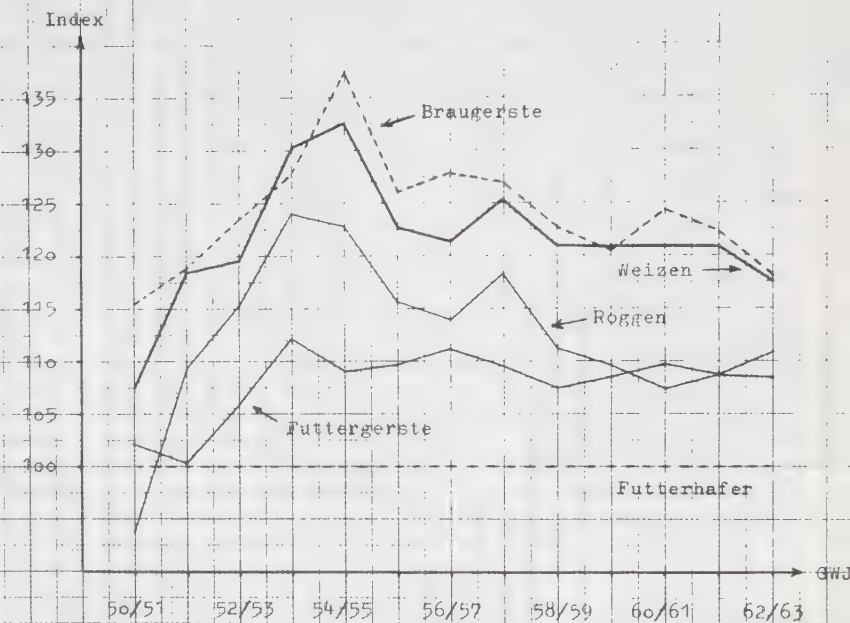
(2) Nach Paulsen, Wettbewerbsprobleme . . . , a. a. O., S. 42, liegen die gesamten Durchschnittskosten je Doppelzentner Braugerste "etwa 15 bis 20 v. H. höher als bei Konsumweizen".

(3) In diesem Zusammenhang wäre sicherlich interessant nach der Kreuzpreiselastizität des Angebots zu fragen, nämlich : Wie ändert sich die Angebotsmenge von Braugerste, wenn sich der Weizenpreis in dem und dem Ausmaß ändert. Ökonometrische Untersuchungen, die über die Höhe des Elastizitätskoeffizienten Aufschluß geben könnten, liegen offenbar noch nicht vor.

Bestimmungsstadien der
der Bearbeitungserwartungen
s. Schaubild 5



Figur 1: GETREIDEPREISRELATIONEN IN DER BUNDESREPUBLIK VON 1950/51 BIS 1962/63 - ERZEUGER-DURCHSCHNITTSPREISE AUSGEWÄHLTER GETREIDEARTEN IM VERHÄLTNIS (Futterhaferpreis = 100)



(Quelle: Tabelle 11)

Ein weiterer wesentlicher Umstand kommt hinzu : Braufähige Gerste läßt sich auch verfüttern. Dazu könnte es kommen, wenn die Preise der betreffenden Veredelungserzeugnisse so hoch sind und das Futtermittelangebot gleichzeitig so niedrig, daß auch Braugerste als Futtermittel für die Veredeler ökonomisch interessant wird (1); oder (und) wenn der erzielbare Braugerstenpreis relativ niedrig ist und der Erzeugerstandort so marktfern liegt, daß eine Eigenverfütterung vorteilhafter erscheint als ein Absatz als Braugerste; oder (und) wenn der Futtermittelpreis kurzfristig so gestiegen ist, daß der Futtermittelbedarf mindestens ebenso günstig durch die Verwendung von Braugerste gedeckt werden kann (2).

In derartigen Situationen also wird der Landwirt sein Braugerstenangebot auch Futterzwecken zuführen. Festzuhalten ist dabei dies : Das Vorhandensein von Betrieben, die braufähige Gerste auch als Futtermittel verwenden können, "sichert der Braugerste ... auch bei völlig freiem Markt eine Preisuntergrenze" (3). "Billiger als Futtergerste kann Braugerste nie werden ..." (4).

So darf man insgesamt also folgern : Die direkte Preiselastizität des Braugerstenangebots seitens der Erzeuger dürfte relativ hoch sein. Denn eine Umdisposition von Braugerste auf Futtergerste läßt sich ungewöhnlich schnell realisieren, eine Umstellung auf den Weizenanbau relativ schnell.

Das bedeutet, daß die Braugerstenerzeuger eine relativ hohe Anpassungsfähigkeit gegenüber Marktänderungen besitzen, also einer ungünstigen Preisentwicklung z.B. nicht auf "Gedeih und Verderb" ausgesetzt sind.

-
- (1) Der Bayrische Brauerbund e. V. (Geschäftsbericht 1951/52 und 1952/53, o. O., S. 29) berichtet von so einem Fall : "Zu dem erhöhten Rohstoffbedarf der Brauereien gesellte sich noch eine außerordentlich starke Nachfrage nach Inlandsgerste, hauptsächlich seitens der Schweinemästereien. Die damaligen Schweinefleischpreise erlaubten es nämlich ohne Schwierigkeiten, bei Gersteneinkäufen bis zu DM 60,- anzulegen."
- (2) Dieser Fall wäre denkbar, wenn der Braugerstenpreis, was kurzfristig möglich ist, nicht mehr über dem Weizenpreis läge.
- (3) U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ..., a. a. O., S. 41.
- (4) A. Bilger, a. a. O., S. 14.

4. Relativ geringe Preiselastizität der Braugerstennachfrage

Schaubild 2 enthält die wesentlichen Bestimmungsfaktoren für die Nachfrage nach Braugerste. Von Bedeutung ist dabei dies : Ob die Braugerstennachfrage sinkt oder steigt, bestimmt vor allem der Bierausstoß. Erhöht er sich, steigt auch die Nachfrage nach Braugerste; bei einem Sinken entsprechend.

Aber die Nachfragebewegung wird sich so gut wie unabhängig von der Entwicklung des Braugerstenpreises vollziehen : Bei sinkenden Braugerstenpreisen dürfte die Nachfrage nach Braugerste nur dann zunehmen, falls zugleich der Bierverbrauch steigt; sie wird sogar sinken, wenn der Bierverbrauch zurückgeht; sie wird unverändert bleiben, wenn der Bierverbrauch stagniert. Umgekehrt desgleichen : Steigende Braugerstenpreise bewirken bei unverändertem Bierkonsum grundsätzlich keinen Rückgang der Braugerstennachfrage. Das träte nur ein, wenn der Bierkonsum abnehmen würde. Steigt er dagegen, wird trotz Braugerstenpreiserhöhung zwangsläufig auch die Nachfrage nach Braugerste steigen.

Erfahrungsgemäß gilt diese Aussage generell. Gleichwohl sind ihr bestimmte Grenzen gezogen : Statt nur der Dependenz der Variablen wäre auch ihre Interdependenz zu berücksichtigen. Insofern ist auch die Frage vernachlässigt, inwieweit eine Änderung des Braugerstenpreises auf den Bierpreis durchschlagen und dann je nach der Preiselastizität der Biernachfrage den Bierverbrauch beeinflussen kann.

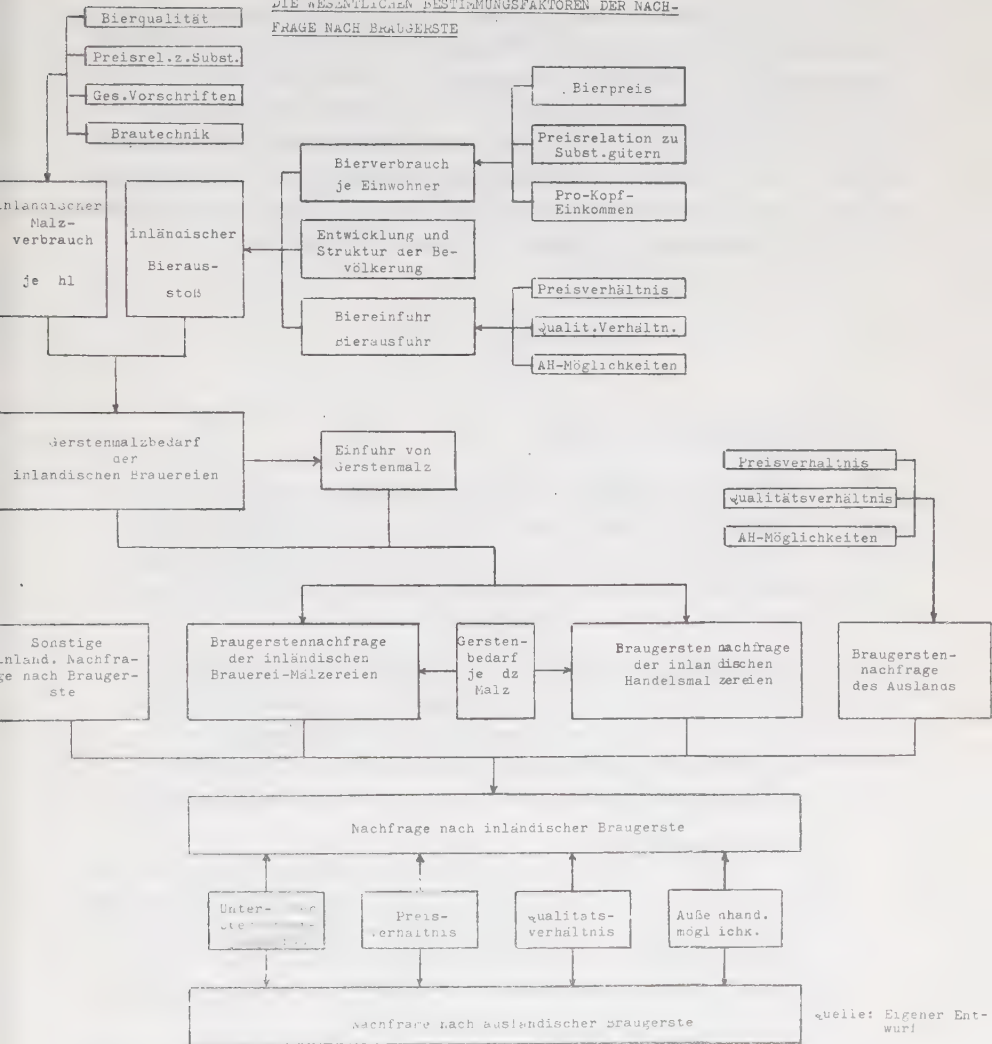
Dennoch läßt sich sagen : Die Nachfrage nach Braugerste ist relativ preisunelastisch; die Verarbeiter sind auf Gerste als Braustoff angewiesen. Entscheidend für dieses Verhalten sind vor allem die gegebenen technischen Koeffizienten. Diese wiederum resultieren zum Teil aus den Konsumgewohnheiten des deutschen Biertrinkers und den verhinderten Substitutionsmöglichkeiten beim Rohstoffeinsatz.

Für die Verarbeiter fühlbar kann die geringe Preiselastizität vor allem dann werden, wenn Importmöglichkeiten fehlen und die Inlandspreise dadurch in die Höhe gehen. Die Verarbeiter werden daher dazu neigen, den Braugerstenbau in Inland anzuregen und zu fördern, um sich im Fall von Importbeschränkungen dennoch eine quantitativ, qualitativ und preislich bestmögliche Versorgung zu sichern (1).

(1) Diese Situation liegt seit langem vor. Die heutige Braugerstengemeinschaft zur Förderung des Qualitätsgerstenbaues im Bundesgebiet),

SCHABILD 2

DIE WIRTSCHAFTLICHE BESTIMMUNGSAKTOREN DER NACHFRAGE NACH BRAUEREI-GERSTENMALZ



Quelle: Eigener Entwurf

Festzuhalten ist, daß die direkte Preiselastizität der Erzeuger größer ist als die der Verarbeiter. Insofern werden staatliche Preisinterventionen auf dem Braugerstenmarkt für die Verarbeiter wirtschaftlich relativ nachteilig sein.

Für das Auseinanderklaffen von Angebots- und Nachfrageelastizität gibt es äußere Indizien, so z.B. die Anbauverträge, die der Verarbeiter mit dem Erzeuger schließt. Auch auf die Förderung der inländischen Braugerstenerzeugung durch die Verarbeiter ließe sich noch einmal hinweisen, z.B. durch Saatgutforschung, Anbauversuche und Anbauberatung, Prämierungen u.ä., Erscheinungen, die offenbar fehlen würden, wenn die Verarbeiter weniger preisunelastisch reagierten und wenn sich die Einfuhr von Braugerste ohne Handelsbeschränkungen vollziehen könnte.

5. Angaben zur Marktstruktur

Über die Absatzwege der Sommergerste gibt Schaubild 3 einen schematischen Überblick, desgleichen über die Anbieter und Nachfrager auf dem Gerstenmarkt. Die Zahlenangaben betreffen den vermutlichen Marktanteil der Beteiligten. Obwohl es sich um Schätzungen handelt, dürften sie den Relationen der Wirklichkeit annähernd entsprechen.

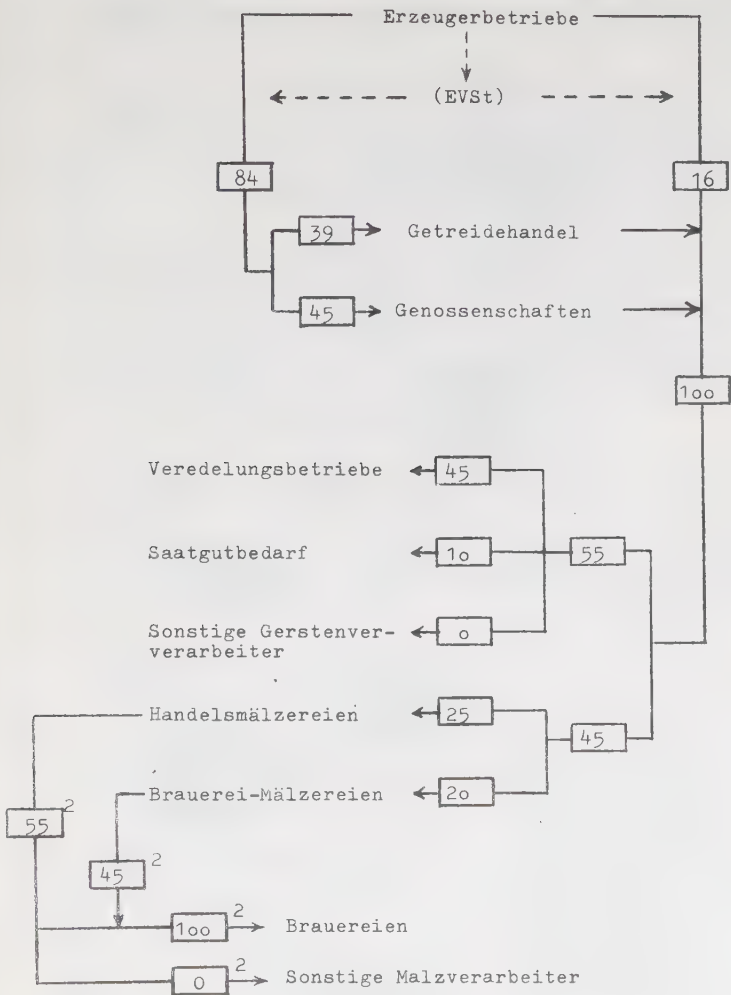
Abgesehen von einem Eingreifen der staatlichen Einfuhr- und Vorratsstelle (EVSt) gehen etwa 16 v.H. der jährlichen Sommergerstenerzeugung vom Erzeuger direkt zum Verarbeiter, der größte Teil dagegen (84 v.H.) erst über den privaten Handel und die Genossenschaften. Daran ist der Handel mit knapp, die Genossenschaften mit gut der Hälfte beteiligt (1).

die von den Verarbeitern wesentlich mitgetragen wird, wurde bereits 1918 ins Leben gerufen. Vgl. A. Steven, Der deutsche Braugerstenbau. Ein Beitrag zur vergleichenden Geographie des deutschen Pflanzenbaues unter besonderer Berücksichtigung der notwendigen öffentlichen und privaten Maßnahmen zur Förderung des heimischen Braugerstenbaues. Diss. Berlin 1927, S. 231.

(1) Nach Ansicht des Zentralverbandes des deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels e.V. soll dieses Verhältnis bei Braugerste eher umgekehrt gelten, "da viele Verarbeitungsbetriebe als gesonderter Betriebszweig einen Braugerstenhandel unterhalten". (Schreiben vom 29. März 1965).

SCHAUBILD 3

DIE ABSATZWEGE DER SOMMERGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK UND DIE ANTEILE DER MARKTBETEILIGTEN AN DER JÄHRLICHEN ERNTEMENGE IM DURCHSCHNITT DER JAHRE 1950 BIS 1964 (in v.H.) - EIN SCHEMATISCHER ÜBERBLICK¹



¹ Quelle: Eigener Entwurf. - Die Zahlenangaben sind überwiegend Schätzungen und beruhen auf persönlichen Informationen.

² In v.H. der inländischen Malzerzeugung.

Ungefähr 45 v.H. der Sommergerstenernte werden jährlich als Braugerste verarbeitet, je zur Hälfte etwa von den Handelsmälzereien und von den Brauerei-Mälzereien. Das Brauereimalz dient ausschließlich, das Handelsmalz so gut wie ausschließlich der Bierherstellung (1). Die restlichen 55 v.H. verwendet man als Futter- und Saatgut sowie für sonstige Industriezwecke (2).

Wieviele von den Sommergerstenerzeugern beständig Ernten mit Braugerstenqualitäten erzielen, ist nicht bekannt. Auch eine amtliche Statistik, die die jährlichen Anbauflächen und Erntemengen von Braugerste enthält, gibt es nicht. Ermittelt werden nur jene von Sommergerste.

So muß man sich mit dem begnügen, was Tabelle 1 (s. Anhang) ausweist: Die mit Abstand größte Anbaufläche ist in Bayern zu finden. Mit weniger als der Hälfte davon folgen Baden-Württemberg, dann - mit größerem Abstand - Niedersachsen und Rheinland-Pfalz; und schließlich Hessen, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen. Die Anbauflächen des Saarlands und der Stadtstaaten Hamburg und Bremen wiegen demgegenüber nicht (Schaubild 4).

Etwa entsprechend fallen die Erntemengen von Sommergerste aus (Tabelle 2). Unterschiede sind in den durchschnittlichen Hektarerträgen zu verzeichnen (Tabelle 3). Das Sommer- und damit auch das Braugerstenangebot konzentriert sich also im süddeutschen Raum, vornehmlich in Unter-, Mittel- und Oberfranken.

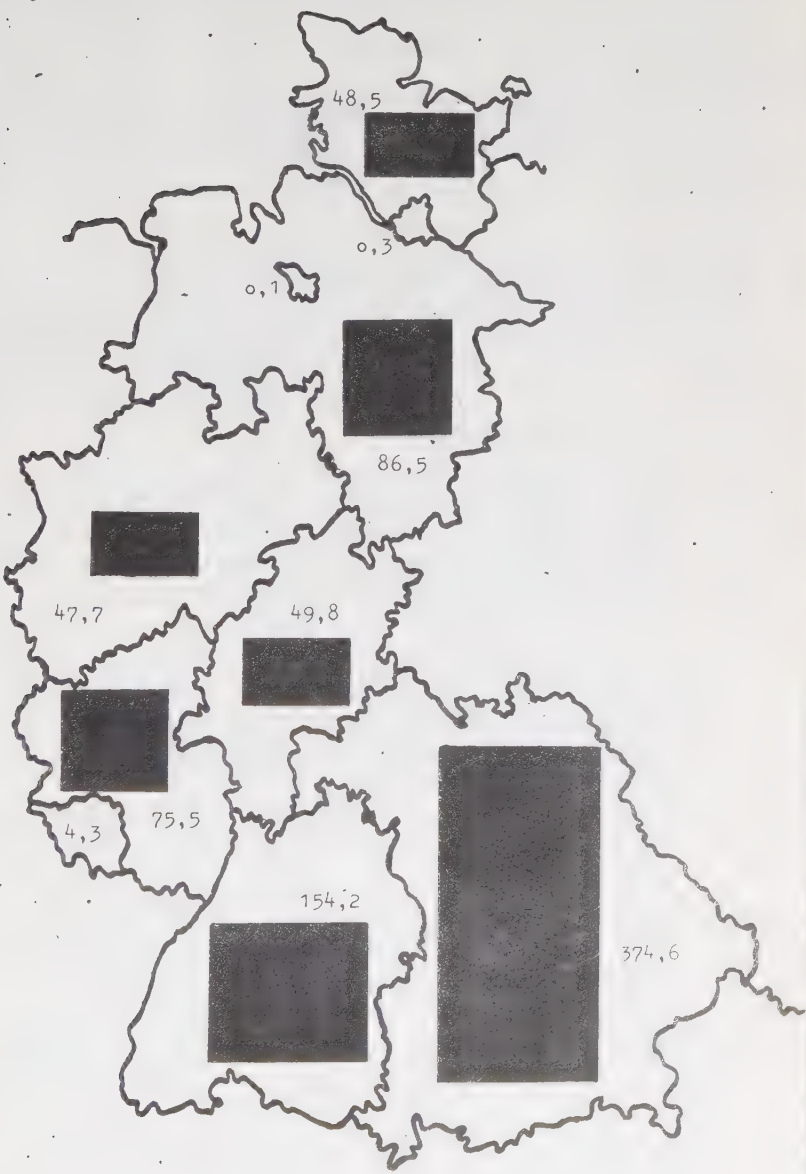
Nachfrager nach Braugerste sind nicht nur Brauereien, sondern auch Handelsmälzereien. Denn nicht alle Brauereien mälzen selbst. Statt dessen decken Sie ihren Malzbedarf auf dem Markt für Handelsmalz.

Allerdings wird nur ein Teil des Handelsmalzes zum freien Kauf angeboten: Etwa zwei Drittel (3) bis drei Viertel (4) der Handelsmalzproduk-

-
- (1) "Vernachlässigungsfähige Mengen gehen - insbesondere in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (Steinhagen !) - an Brennereien." (Schreiben des Deutschen Mälzerbundes e.V. vom 19. Februar 1965).
 - (2) Bis zu 10 v.H. werden als Saatgut zurückgehalten, etwa 45 v.H. in den landwirtschaftlichen Veredelungsbetrieben (in der Regel mit den Erzeugerbetrieben identisch) verfüttert. Der Rest entfällt auf die Nahrungsmittelherstellung und ist unbedeutend.
 - (3) Vgl. Weyermann, Aktuelle Probleme des Mälzereigewerbes, Brauwelt (1962) Nr. 72, S. 1348.
 - (4) Mitteilung von Mälzereidirektor F. Schmidt, Hamburg.

SCHAUBILD 4

DIE JÄHRLICHEN ANBAUFLÄCHEN VON SOMMERGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK
IM JAHRESDURCHSCHNITT VON 1961 BIS 1964 (in 1000 ha)



tion - eine Folge des deutschen Umsatzsteuersystems - sind Lohnmalz (1). Der Rest entfällt auf Kaufmalz.

Bezogen auf den inländischen Malzbedarf der deutschen Brauereien bedeutet das : Nur etwa 13 v.H. ihres Malzbedarfs beziehen die Brauereien als Kaufmalz. Die restlichen 87 v.H. teilen sich Lohnmalz (ca. 39 v.H.), Importmalz (ca. 9 v.H.) und eigenherzeugtes Malz (ca. 39 v.H.) (2).

Die Eigenvermälzung der Brauereien ist im letzten Jahrzehnt zurückgegangen, nämlich von etwa 55 v.H. auf etwa 45 v.H. der inländischen Malzproduktion (3). Über die Hälfte des Inlandsmalzes also erzeugen die Handelsmälzereien, und es ist möglich, daß ihr Anteil tendenziell weiterhin steigt.

Die Zahl der Handelsmälzereien beträgt derzeit etwa 190 (4), die der Brauereien (Braustätten) über 2 100 (5). Wieviele dieser Brauereien selbst mälzen, ist nicht bekannt (6). Etwa 5 v.H. der Brauereien vereinigen rund 56 v.H. des deutschen Bierausstoßes auf sich, etwa 55 v.H. der Brauereien rund 2 v.H. des Ausstoßes. Es gibt also relativ viele Kleinbetriebe und relativ wenige Großbetriebe (7).

-
- (1) Beim Lohnmälzen wird die Gerste von der Brauerei gekauft. Die Handelsmälzerei verpflichtet sich dann lediglich, diese Gerste gegen einen vereinbarten Mälzungslohn zu Malz zu verarbeiten und das fertige Malz der betreffenden Brauerei auszuhändigen.
 - (2) Diese Zahlen orientieren sich an Durchschnittswerten der Jahre 1958-1962. Zugrunde gelegt wurde, daß die Handelsmälzereien an der inländischen Malzproduktion mit 55 v.H. beteiligt sind und daß der Kaufmalzanteil ihrer Produktion 25 v.H. beträgt. Die übrigen Unterlagen für die Berechnung sind dem 6.StatBerDBB (S.86, Tabelle 56) entnommen.
 - (3) Nach Auskunft des DMB. - Amtliche Statistiken fehlen; und die Angaben der Mälzereien gegenüber ihrem Verband, soweit sie überhaupt Mitglieder sind, gelten nicht in allen Teilen als zuverlässig.
 - (4) Schreiben des DMB vom 19. Februar 1965.
 - (5) Nach Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB für 1963 : 2 125 Braustätten.
 - (6) Eine diesbezügliche Untersuchung ist erst in Vorbereitung.
 - (7) Vgl. 6.StatBerDBB, S. 25, Tab. 2. - Näheres zur Unternehmens- und Betriebsstruktur der Brauwirtschaft bei U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ..., a.a.O., S.14 ff. Vom selben Verfasser : Über Zahl und Größe der Braustätten und Brauunternehmen in der EWG 1963. TfB (1963) Nr. 24/25, S. 122 ff.

Die Handelsmälzereien sind wie folgt strukturiert : Rund 25 Betriebe vermälzen jährlich über 10 000 t, 65 Betriebe 2 000 - 10 000 t und 85 Betriebe jährlich weniger als 2 000 t (1). Die größte Mälzerei im Bundesgebiet bestritt 1963 etwa 8 v.H. der Handelsmalzproduktion und 4 v.H. der gesamten deutschen Malzerzeugung (2).

Für die Standortverteilung der Verarbeiter über das Bundesgebiet (Tabelle 10) gilt die Regel : Die Lage der Mälzereien ist rohstoff-, die der Brauereien absatzorientiert (3). Die Mälzereien sind also in der Regel in den Anbaugebieten und Häfen zu finden, die großen Braukapazitäten in den Ballungszentren.

Diese Regel sowie die Tatsache, daß Hauptanbau- und Hauptballungsgebiet nicht zusammenfallen, führen zum Teil zu weiten Transportwegen. So gibt es auch zuweilen Situationen, in denen es ökonomisch sinnvoll wäre, Braugerste von marktfernen Erzeugerstandorten nicht in das Hauptverbrauchsgebiet zu verfrachten, Situationen, die einst mit staatlichen Frachtsubventionen überbrückt wurden (4).

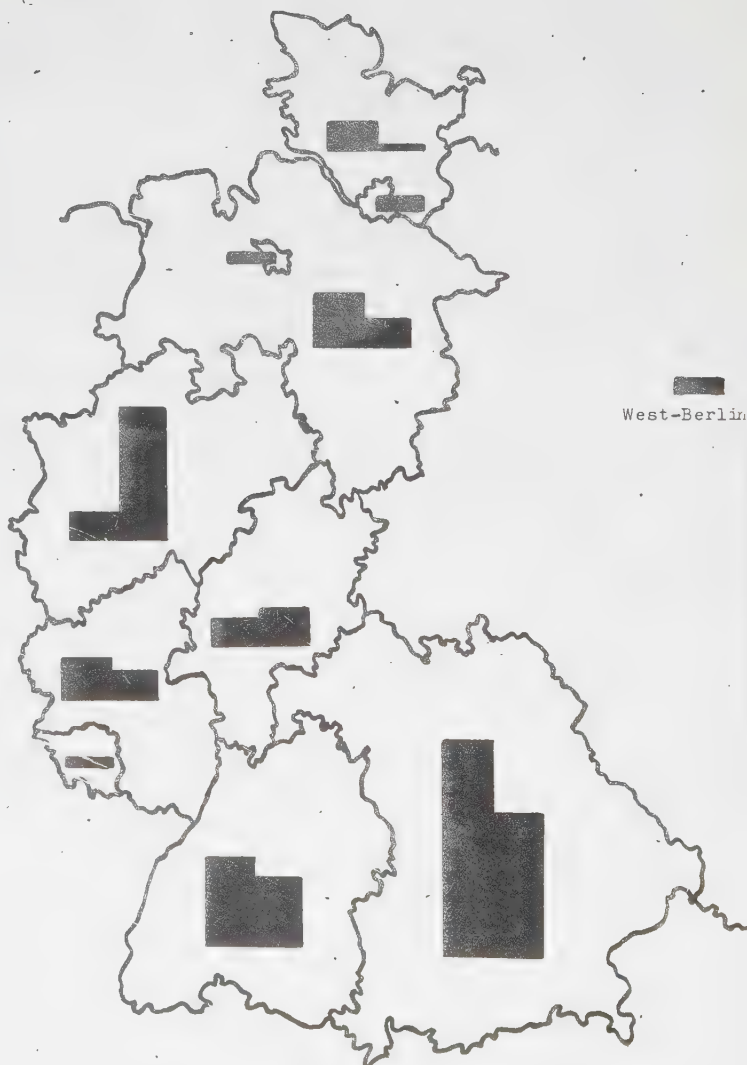
Stellt man die Anteile der Bundesländer an Braugerstenbedarf und Sommergerstenernte einander gegenüber (Schaubild 5), so ist zu erkennen : Am stärksten differieren beide Anteile in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Und da die Sommergerstenanteile der Länder in etwa auch ihre Braugerstenanteile widerspiegeln, läßt sich sagen : Nordrhein-Westfalen zeigt sich als Hauptzuschußgebiet für Braugerste (bzw. Braumalz), Bayern als Hauptüberschußgebiet.

Dieses Strukturmerkmal ist wesentlich : Bayerns Marktferne zum eigentlichen Verbrauchsgebiet macht bayrische Braugerste dort zu einer vergleichsweise teuren Ware. Die hohe Frachtbelastung wird die rheinisch-westfälischen wie auch die norddeutschen Verarbeiter dahin tendieren lassen, ihren Braugerstenbedarf aus der Einfuhr zu decken; diese vor allem aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden - jene aus Dänemark, England und Übersee.

-
- (1) Nach Schätzungen des DMB (Schreiben des DMB vom 19. Februar 1965 und persönliche Auskunft).
 - (2) Aus einer Meldung : "Andernach wurde zum größten Mälzerstandort." "Die Welt" vom 23. Mai 1965.
 - (3) Ob diese Regel auch auf neugegründete Mälzereien zutrifft, ist (lt. Auskunft von Direktor F. Schmidt, Hamburg) wegen der Tarifpolitik der Verkehrsträger allerdings fraglich.
 - (4) Siehe Fußnote 3 auf Seite 50

SCHAUBILD 5

DER ANTEIL DER BUNDESLÄNDER AN DER SOMMERGERSTENERNTE (IM JAHRESDURCH-
SCHNITT VON 1961 BIS 1964) UND AM BRAUGERSTENBEDARF (1964)



BUNDESREPUBLIK

38 DEUTSCHLAND

■ v.H. der Sommergerstenernte
■ v.H. des Braugerstenbedarfs

Quelle: Tabelle 10

Diese Einfuhren wickeln sich fast ausschließlich über den Getreidegroßhandel ab. Nach Abel (1) sind daran etwa 140 Unternehmen beteiligt. Die inländische Braugerste nimmt ihren Weg zu etwa 80 v.H. über den Handel (2). Daran wirken weitere 7 000 Firmen mit (3). Die Preisbildung vollzieht sich an den Produktenbörsen (4). Sie kommen der Vorstellung der Preistheorie von einem vollkommenen Markt relativ nahe. Wöchentlich veröffentlichte Preisnotierungen tragen ebenfalls zu erhöhter Markttransparenz bei.

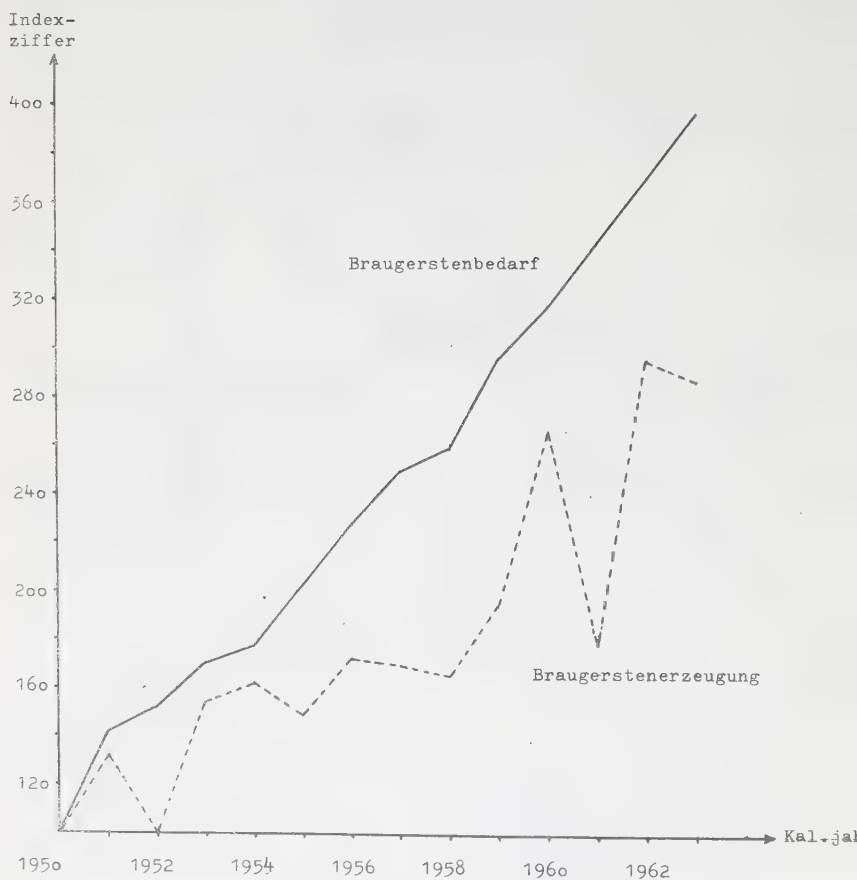
Dies sowie die Marktform deuten darauf hin, daß der Braugerstenmarkt für eine Wettbewerbspreisbildung keineswegs ungeeignet wäre.

6. Die Marktentwicklung seit 1950

Wachsender Bierverbrauch pro Kopf der Bevölkerung (5), bedingt vor allem durch ein ständig steigendes Pro-Kopf-Einkommen (6), hat den in-

- (1) W. Abel, Der Landwarenhandel in der deutschen Volkswirtschaft. In : Franz-Abel-Cascorbi, Der deutsche Landwarenhandel, Hannover 1960, S. 154 f.
- (2) Vgl. Schaubild 3, S. 33. - Anzumerken ist, daß es sich nur um eine globale Angabe handelt. Saisonal und regional pflegt dieser Anteil zu differieren (s. W. Abel, a. a. O., S. 173 ff.). Im übrigen wird das Braugerstengeschäft keineswegs von allen Handelsfirmen betrieben.
- (3) Davon nach W. Abel, a. a. O., S. 152, 138 Unternehmen des reinen Binnengroßhandels, etwa 4 500 Landhandelsunternehmen und rund 2 200 ländliche Absatzgenossenschaften. (Die Zahl der Genossenschaften ist dem StatJbBML (1963), S. 155, Tab. 222 entnommen).
- (4) In der Bundesrepublik insgesamt 29 (vgl. Geschäftsbericht des Zentralverbandes des deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels e. V., 1963, S. 31 ff.).
- (5) Vgl. 6. StatBerDBB, S. 66, Tab. 37 und 5. StatBerDBB, S. 64, Tab. 41. Danach hat sich der Literverbrauch pro Kopf von 1958 bis 1965 (abgerundet) wie folgt entwickelt : 86 - 92 - 95 - 102 - 107 - 113 - 122 - 122 (die letzten drei Zahlen lt. Mitteilung des DBB vom 1. Juni 1966).
- (6) Der Koeffizient der Einkommenselastizität belief sich 1950 auf 1,09 und 1960 auf 1,03. Vgl. U. Paulsen und W. Krone, Über die Einkommensabhängigkeit des Bierverbrauchs. Sonderdruck aus "Die Brauerei" (1959), S. 72/73. S. 592 ff. und U. Paulsen, Das Bier in der Ökonometrie. "Die Brauerei" (1959), Nr. 28/29, S. 191 ff.

Figur 2: BRAUGERSTENERZEUGUNG UND BRAUGERSTENBEDARF IN DER BUNDESREPUB-
LIK - MENGENINDEXENTWICKLUNG VON 1950 BIS 1963 (1950 = 100)



ländischen Bierausstoß fortwährend steigen lassen (Tabelle 7). Nicht ganz im gleichen Umfang hat der Braugerstenbedarf zugenommen. Hier hat sich durch höhere Ausbeuten infolge verbesserter Sudhaustechnik (1) der technische Fortschritt ausgewirkt, denn der durchschnittliche Malzverbrauch je Hektoliter Bierausstoß ist im gleichen Zeitraum etwas zurückgegangen (2).

Doch ist der Braugerstenbedarf stärker gestiegen als das Inlandsaufkommen an Braugerste (Figur 2). Das hat die Einfuhr von Gerste und Malz entsprechend beeinflußt (Tabelle 7).

Die wichtigsten Lieferländer von Braugerste sind seit 1956 Frankreich, die Niederlande, Dänemark, Großbritannien und Australien. Die Höhe ihrer Anteile an der Einfuhr jedoch wechselte häufig (Tabelle 8).

Im allgemeinen stand Dänemark an führender Stelle, die es aber nunmehr, da der EWG nicht angeschlossen, zugunsten Frankreichs scheitern aufgeben zu müssen (Tabelle 8). Der Einfuhranteil der EWG-Länder jedenfalls hat eine steigende, jener der Drittländer eine fallende Tendenz (Figur 3).

Wichtigstes Lieferland für Gerstenmalz war zwischen 1956 und 1964 Belgien (Tabelle 9). Ab 1960 tritt Frankreich verstärkt als Malzlieferant auf. Es folgen Großbritannien, die Tschechoslowakei, Dänemark. Auch beim Malzimport ist zu beobachten: Der Einfuhranteil der Drittländer sinkt, der der EWG-Länder steigt (Figur 4).

Die Ausfuhr von Gerste und Malz ist gering (Tabelle 5). Der Gerstenexport ist gänzlich unbedeutend, die Malzausfuhr belief sich zwischen 1959 und 1962 durchschnittlich auf knapp 6 v. H. der deutschen Handelsmalzproduktion (3). Wichtigste Empfängerländer waren die Schweiz und Italien (4).

Ein abschließendes Bild mag die Braugerstenversorgungsbilanz vermitteln (Tabelle 5). Sie zeigt: Der Bedarf läßt sich aus dem Inlandsaufkommen

(1) Vgl. auch U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ..., a. a. O., S. 41.

(2) Vgl. 6. StatBerDBB, S. 89, Tab. 59. - Allerdings vollzog sich diese Entwicklung nicht für alle Bundesländer einheitlich (vgl. ebenda, S. 90, Tab. 60).

(3) Berechnet nach Angaben des 6. StatBerDBB, S. 86, Tab. 56 und S. 88, Tab. 58. Danach betrug die durchschnittliche Malzausfuhr 31 517 t, die inländische Malzproduktion 998 150 t und die Produktion der Handelsmälzereien, wenn man ihren Anteil an der inländischen Malzproduktion mit 55 v. H. bemißt, 547 332 t.

(4) Vgl. 6. StatBerDBB, S. 83, Tab. 52 (Anmerkung) und S. 88, Tab. 58.

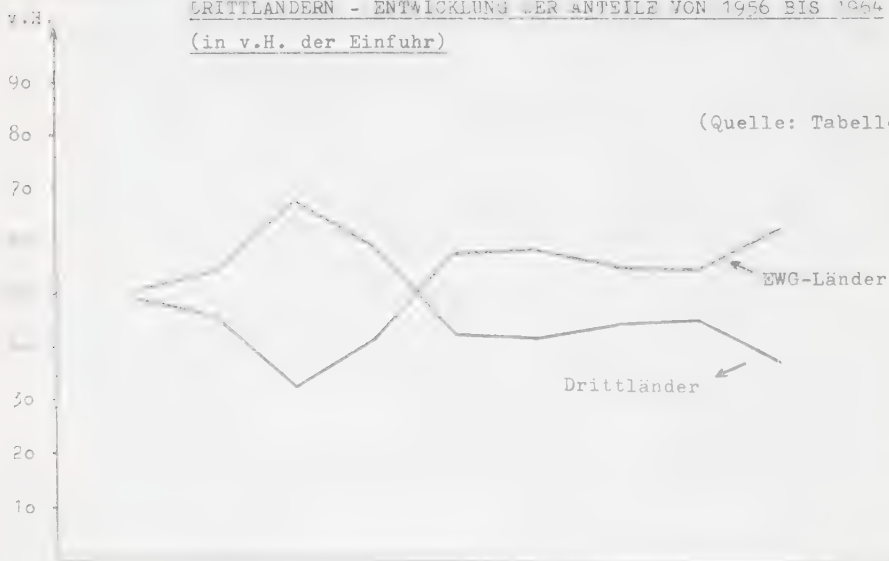
Figur 3 : DIE EINFUHR VON BRAUERGESTE IN DIE BUNDESREPUBLIK NACH EWG- UND DRITTLÄNDERN - ENTWICKLUNG DER ANTEILE VON 1956 BIS 1964 (in v.H. der Einfuhr)

(Quelle: Tabelle 8)



Figur 4 : DIE EINFUHR VON MALZ IN DIE BUNDESREPUBLIK NACH EWG- UND DRITTLÄNDERN - ENTWICKLUNG DER ANTEILE VON 1956 BIS 1964 (in v.H. der Einfuhr)

(Quelle: Tabelle 9)



allein nicht decken; die Bundesrepublik hat einen jährlichen Zuschußbedarf, ist also auf die Einfuhr von Braugerste oder Malz angewiesen.

Dabei ist die Braugersteimport in Relation zum Braugerstenbedarf immer wesentlich größer gewesen als (ebenfalls auf den Braugerstenbedarf bezogen) die Malzeinfuhr. Auch trug die Braugersteimport zur Bedarfsbefriedigung sehr viel unetlicher bei als die Malzeinfuhr (Figur 5).

Aber auch die Bedarfsücke selbst unterlag von Jahr zu Jahr nicht unerheblichen Schwankungen (Figur 6); so in den Jahren 1956/57 - 1963/64 zwischen maximal 52 v.H. und minimal 22 v.H. Doch darf der hohe Einfuhrbedarf von 52 v.H. als Ausnahme gelten. Im allgemeinen kann man mit einem Inlandsaufkommen von 60 - 70 v.H. des Bedarfs rechnen.

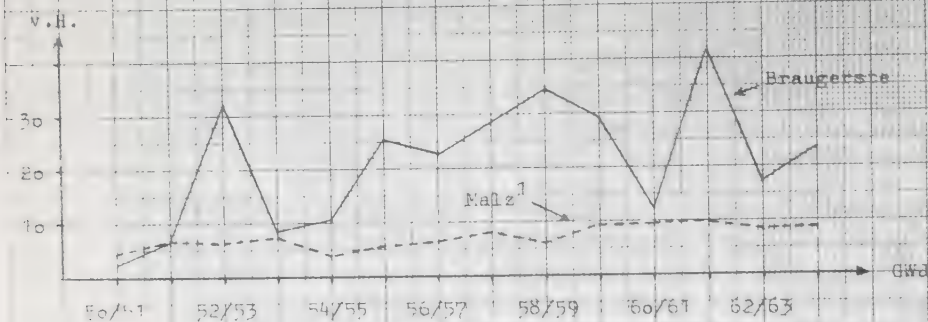
Der Anteil der Braugerste an der jährlichen Sommergerstenernte bewegte sich zwischen 1950 und 1964 zwischen minimal 36 v.H. und maximal 51 v.H. (Figur 7), der Anteil der Sommergerste an der jährlichen Getreideernte zwischen 10,9 und 18,9 v.H. (Figur 8). Bei beiden Anteilen ist eine leichte tendenzielle Steigerung wahrzunehmen.

Dabei hat die Braugersterzeugung nach der Mengenindex-Entwicklung (1950 = 100) um einiges mehr zugenommen als die Erzeugung von Sommergerste und diese wiederum stärker als die Getreideproduktion insgesamt (Figur 9). Es ist möglich, daß preislicher Anreiz und Förderung des Anbaus von Qualitätsgerste zu dieser Entwicklung beigetragen haben.

Fast unverändert geblieben ist die Malzversorgungsbilanz (Tabelle 13). Die Inlandsproduktion deckte den Bedarf zu gut 90 v.H. Exportiert wurden 1962 3,5 v.H., importiert knapp 9 v.H. des Malzbedarfs.

Produktion und Bedarf haben sich erhöht; von 1956 bis 1962 um mehr als die Hälfte (Tabelle 12). Zu beobachten ist, daß der Bedarf etwas stärker stieg als die Produktion. Die Malzeinfuhr unterlag Schwankungen, ist aber der Tendenz nach gestiegen; die Malzausfuhr hat sich gegenüber 1956 verachtacht.

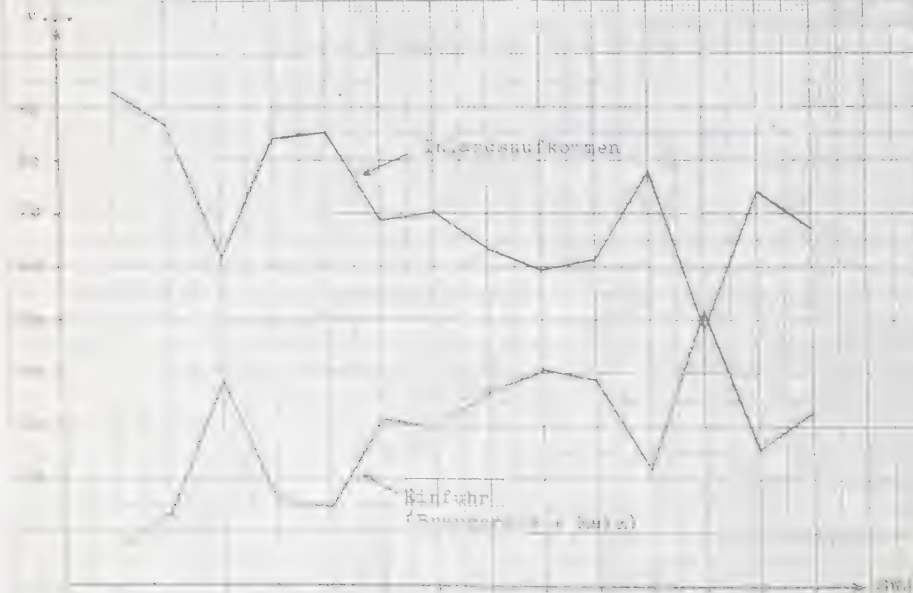
FIGUR 3: EINFUHR VON BRAUGERSTE UND MALZ IN DIE BUNDESREPUBLIK - ANTEIL DER EINFUHR AM BRAUGERSTENBEDARF VON 1950/51 BIS 1963/64 (in v.H.)



(Quelle: Tabelle 5)

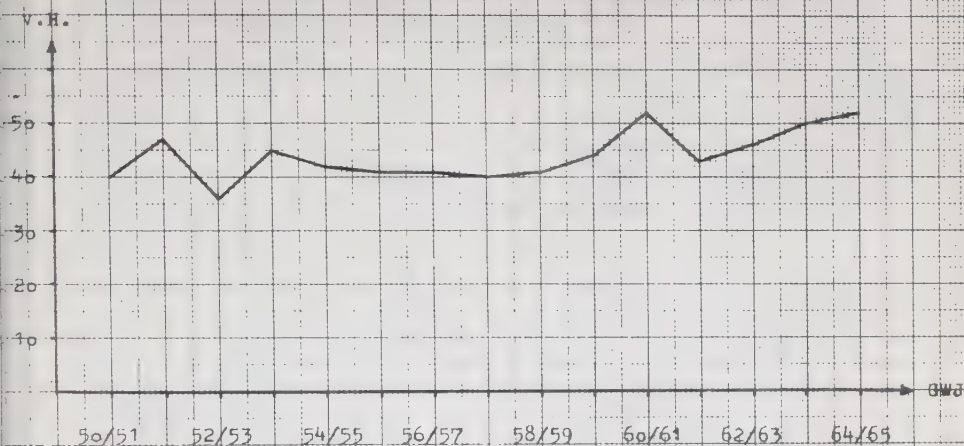
7 Ungerechnet in Getreidewert

FIGUR 4: BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - INLANDSAUFKÖRFE UND EINFUHR IN V.H. DES BRAUGERSTENBEDARFS VON 1950/51 BIS 1963/64



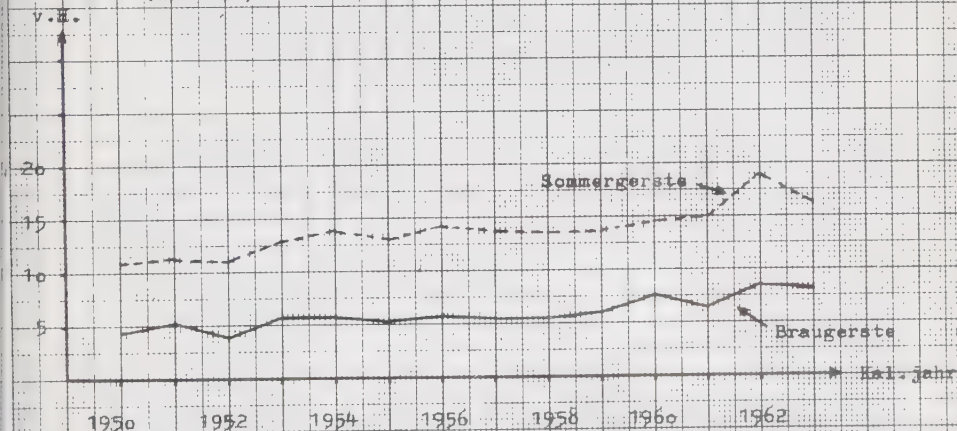
Quelle: Tabelle 5

Figur 7: BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - IHR ANTEIL AN DER INLANDISCHEN SOMMERGERSTENERNTE VON 1950/51 BIS 1963/64 (in v.H.)



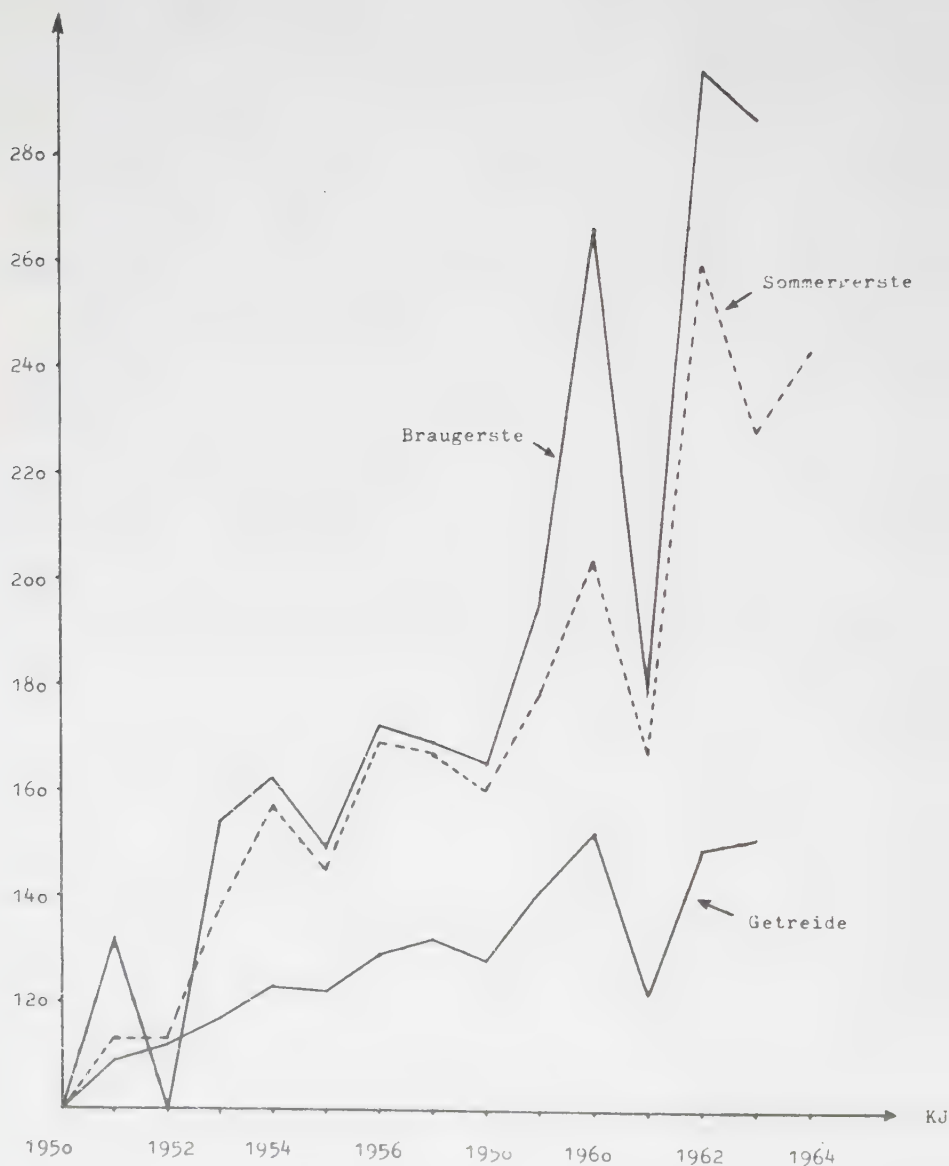
(Quelle: Tabelle 4)

Figur 8: SOMMERGERSTE UND BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - IHR ANTEIL AN DER JÄHRLICHEN GETREIDEERNT IM BUNDESGBEIT VON 1950 BIS 1963 (in v.H.)



Figur 9: MENGENINDEX-ENTWICKLUNG VON GETREIDE, SOMMERGERSTE UND BRAUGERSTE
IN DER BUNDESREPUBLIK BIS 1964 (1950 = 100)

Index-
Ziffer



7. Ordnung durch Wettbewerb oder durch Wettbewerbsbeschränkung ? -
Die beiden unterschiedlichen Auffassungen

Das erste Gesetz nach dem Krieg, das eine Neuregelung des Getreidemarktes brachte, wurde 1950 verkündet (1). Das Gesetz sollte der Anfang einer Marktordnung sein. Aber bei den Vorstellungen über die Art dieser Ordnung hatte es keine Einhelligkeit gegeben. Die beiden damals vertretenen Grundauffassungen stehen sich in der agrarpolitischen Diskussion auch heute noch gegenüber.

Im Leitsatzgesetz (2) von 1948 hieß es : Grundsätzlich sollte die Freigabe der Bewirtschaftung ihrer Beibehaltung, grundsätzlich die Freigabe der Preise ihrer behördlichen Festsetzung vorgezogen werden. Damit war die künftige Wirtschaftspolitik im Sinne des Abbaus staatlicher Interventionen generell festgelegt.

Dem konnten sich, so schien es zunächst, auch die landwirtschaftlichen Märkte schwerlich entziehen. Das Gutachten A eines Teils des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung (3) bejahte die Wettbewerbsordnung gleichfalls für die Landwirtschaft (4) und gedachte, sie dort schrittweise einzuführen (5); so durch eine ökonomisch fundierte regionale und saisonale Preisabstufung (6); so durch das Einführungen beweglicher Einzelpreise bei gleichzeitig stabilem Priesniveau (7); so durch eine allmähliche Beseitigung des Importausgleichs (8).

- (1) Vgl. Gesetz über den Verkehr mit Getreide und Futtermitteln (Getreidegesetz), Vom 4. November 1950. BGBl 1950/S. 1115.
- (2) Gesetz über die Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform. Vom 24. Juni 1948. Gesetz- und Verordnungsblatt des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1948/Nr. 12 vom 7. Juli 1948, S. 59.
- (3) Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, März 1950.
- (4) Vgl. Ebenda, S. 9.
- (5) Vgl. Ebenda, S. 22.
- (6) Vgl. Ebenda, S. 13 f.
- (7) Vgl. Ebenda, S. 11 ff.
- (8) Vgl. Ebenda, S. 21. - Einzelheiten und weitere Empfehlungen s. S. 11-24. - Es sei daran erinnert, daß sich der damalige "Importausgleich" gegenüber heute in umgekehrter Richtung vollzog. Der Weltmarktpreis für Getreide mußte anfangs auf das Inlandspreisniveau herabgeschleust werden.

Dauernde Festpreispolitik lehnte das Gutachten ab; desgleichen "soziale" Preise (1), landwirtschaftliche "Autarkie-Politik" sowie Bilateralismus, Regionalismus und Mengenkontingentierung im Außenhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (2). Staatliche Vorratswirtschaft und Schutzzölle empfahl es nur bedingt (3).

Ähnlich und in der Sache gleich hatte es einige Monate zuvor schon der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums formuliert (4): Grundsätzlich sei eine Anpassung des deutschen Agrarpreisniveaus an das Niveau der Weltmarktpreise anzustreben. Und gleichfalls bekannte er sich zu der "Verwirklichung eines Wettbewerbs auf multilateraler Basis in West-europa" (5). Damit hätte die Richtung festgelegt sein können.

Anders dagegen äußerte sich das Gutachten B der restlichen Mitglieder des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung (6). Es knüpfte an die Marktregulierungen der Vorkriegszeit an und zielte letztlich auf eine weltweite, umfassende Regulierung der landwirtschaftlichen Märkte ab. Bis dahin sollte eine nationale Markt- und Preisregulierung betrieben werden. Vom Ziel einer Wettbewerbsordnung war dabei nicht die Rede.

Bezeichnend ist, daß das Gutachten B statt von Marktordnung nur von Marktregulierung sprach. Doch könnten, so meinte es, die Regulierungen einfacher ausfallen als vor dem Krieg, da die Überschusssituation des Vorkriegsdeutschlands der Zuschusssituation eines Rumpfdeutschlands gewichen sei.

Vor allem plädierte es für eine Einfuhrschleuse, die unter Umständen allein als Instrument ausreichen könne (7). Als "historisch wichtiges Zwischenstadium" visierte es eine europäische Marktregulierung an. Alles in

(1) Vgl. Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung, a. a. O., S. 15.

(2) Vgl. Ebenda, S. 18.

(3) Vgl. Ebenda, S. 17 und 21 f.

(4) Der Wissenschaftliche Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Gutachten 1948 bis Mai 1950, Hrsg. vom Bundeswirtschaftsministerium, Göttingen 1950. Gutachten vom 20. Oktober 1949: "Agrarpolitik in der sozialen Marktwirtschaft", S. 69 ff.

(5) Ebenda, S. 71.

(6) Vgl. Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung, a. a. O., S. 25-36.

(7) Vgl. Ebenda, S. 33.

allem war es von dem liberalen Ordnungsdenken des Gutachten A nicht getragen (1). Damit standen sich zwei Ansichten gegenüber :

- Grundsätzliche Eingliederung der Landwirtschaft in die Wettbewerbsordnung.
- Grundsätzliche Ausnahme der Landwirtschaft von der Wettbewerbsordnung.

Die zweite Ansicht setzte sich durch : "Die Bundesregierung distanzierte sich ... von den theoretischen Befürwortern einer uneingeschränkten Wettbewerbswirtschaft ... Die Möglichkeit einer staatlichen Beeinflussung von Überfluß und Mangel sollte aus sozialen Gründen gegenüber Erzeuger wie Verbraucher erhalten bleiben" (2). Und : "Allgemein herrschte die Auffassung vor, daß infolge anhaltender Importabhängigkeit der Bundesrepublik an Grundnahrungsmitteln die Einfuhr- und Marktregulierungsorgane nicht mehr zu entbehren sind. Deshalb wurde auch eine zeitliche Befristung derselben nicht in Betracht gezogen" (3).

Zur agrarpolitischen Diskussion jener Tage innerhalb der Gesetzgebungsorgane schreibt Hördemann (4) : "Eine einheitliche Grundkonzeption für die zu beschließende Marktordnung als Glied in der marktwirtschaftlichen Gesamtordnung läßt sich aus den Debatten der legislativen Organe nicht herauslesen. Das ständige Aushandeln der Beschlüsse in den Ausschüssen auf der Basis gegenseitiger Kompromisse läßt aber auch nicht den Schluß zu, daß im Bundestag eine klare Vorstellung von dem Funktionieren einer Marktordnung bestanden hat, sondern deutet viel eher auf die Durchsetzung besonderer Interessen."

- (1) Wie Teichmann schreibt, gab das Gutachten des Ausschusses für landwirtschaftliche Marktordnung den Anstoß für seine kritische Untersuchung zur Politik der Agrarpreisstützung (U. Teichmann, Die Politik der Agrarpreisstützung, Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland, Köln-Deutz 1955, S. 9). Es ist zu vermuten, daß gerade die Spaltung in ein Gutachten A und in ein Gutachten B diesen Anstoß bewirkte.
- (2) H. Haushofer, Ideengeschichte der Agrarwissenschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet, Band II, Vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, München-Bonn-Wien 1958, S. 369. - Anzumerken ist freilich, daß das Gutachten A die soziale Zielsetzung keineswegs unberücksichtigt lassen, sondern nur mit anderen Mitteln erreichen wollte.
- (3) H. Hördemann, Die Arbeit der Einfuhr- und Vorratsstellen in der Bundesrepublik, Diss. Freiburg 1957, S. 51.
- (4) Ebenda, S. 50.

8. Staatliche Interventionsinstrumente zwischen 1950 und 1962

Das Getreidegesetz von 1950 stellte die bis dahin provisorischen Regulierungen auf eine einheitliche Grundlage ;

- Ein jährlicher Versorgungsplan, aufgestellt vom BML, hatte für jedes Getreidewirtschaftsjahr Inlandsbedarf und Inlandsaufkommen an Getreide festzustellen. Daraus ergab sich, was notfalls zu importieren war.
- Eine Einfuhr- und Vorratsstelle (EVSt), unter Aufsicht und gebunden an die Weisungen des BML, sollte das Marktgeschehen lenken und kontrollieren sowie je nach Marktlage Vorratshaltung betreiben.
- Jährlich sollte ein Bundesgesetz für jedes Getreidewirtschaftsjahr die Getreidepreise im voraus festlegen.

Das erste Getreidepreisgesetz erschien im Juli 1951 (1). Zehn weitere schlossen sich in den folgenden Jahren an. Sie unterschieden zwischen Futtergerste, Industriergerste und Braugerste.

Für alle drei Gerstenarten setzten sie Erzeugermindest- und -höchstpreise fest (Tabelle 14, Figur 10), die für eine durchschnittliche Qualität frei Übergabeort oder frei Verladestelle galten. Eine Preisgebieteinteilung wie bei Weizen und Roggen gab es für Gerste nicht. Ebenso wenig zunächst eine saisonale Preisstaffelung (2).

Damit der gesteckte Preisrahmen vom Markt eingehalten wurde, bestimmten die Getreidepreisgesetze : Wenn der Erzeuger den garantierten Mindestpreis nicht erziele, sei die EVSt verpflichtet, das ihr vom Erzeuger angebotene Getreide zu dem Mindestpreis anzukaufen (3). Dagegen habe die EVSt Getreide zum Höchstpreis aus ihren Beständen abzugeben, wenn eine Versorgung im freien Verkehr nur zu einem oberhalb des Höchstpreises liegenden Marktpreis möglich sei. Vorratshaltung, Recht und Pflicht, Auf-

(1) Getreidepreisgesetz 1951/52. BGBl I 1951/S.451.

(2) Diese erst ab 1960/61 mit dem Getreidepreisgesetz vom 28. Juli 1960. BGBl I 1960/S.597.

(3) Ab 1955/56 konnte die EVSt unter Fortfall dieser Verpflichtung auch eine Frachtbeihilfe zahlen, wenn das Getreide anderweitig zum Mindestpreis abzusetzen war (Getreidepreisgesetz vom 4. Juli 1955. BGBl I/1955/S.373).

Figur 10: BRAUERGISTENPREISE IN DER BUNDESREPUBLIK - DER STATTLICHE
PREISRAHME, ERZEUGER-DURCHSCHNITTSPREISE UND EFFEKTIVE
EINKAUFSPREISE MÜNCHENER BRAUEREIEN VON 1951/52 BIS 1961/62



Quelle: Tabelle 14

6. StatBerDBB, Tab 55, S. 85

käufe zu tätigen, oder sonstige geeignete Maßnahmen (1) sollten die staatlichen Preise durchsetzen helfen.

Jedes Getreidepreisgesetz wurde durch eine Reihe von Durchführungsverordnungen des BML ergänzt und diese wiederum durch Richtlinien und Anordnungen der EVSt (2). Derartige Verordnungen setzten auch drei Qualitätsklassen für Braugerste fest und regelten Höhe und Art der Zu- und Abschläge für höhere oder mindere Qualität. So unterschieden sie zwischen Braugerste durchschnittlicher Beschaffenheit (Standardqualität), feine Braugerste und Ausstichgerste mit anfangs folgenden Merkmalen (3) :

	durchschnittl. Braugerste	feine Braugerste	Ausstichgerste
Keimfähigkeit mindestens	95 v. H.	98 v. H.	98 v. H.
Eiweißgehalt nicht mehr als	-	11,5 v. H.	11 v. H.
Feuchtigkeitsgeh. bis einschl.	16 v. H.	16 v. H.	16 v. H.
Ausputz etc. höchstens	7 v. H.	2 v. H.	2 v. H.
Vollgerstenanteil mindestens	80 v. H.	90 v. H.	95 v. H.
Aussehen, Farbe	gesund	einheitlich strohgelbe Farbe	einheitlich strohgelbe Farbe

Die staatliche Regelung wich erheblich von den Leistungsanforderungen der Verarbeiter ab. Der Gesetzgeber deklarierte als durchschnittliche Braugerste, was bei den Verarbeitern und im internationalen Handel nur als Futter-

- (1) Ergänzend s. W. Boerckel, Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik, Zweck, Methoden und Kritik, Diss. Mainz 1959, S. 50 f.
 (2) Zur Kritik an der Tätigkeit der EVSt s. H. Hördemann, a. a. O., S. 168 ff.
 (3) Vgl. Zweite Verordnung zur Durchführung des Getreidepreisgesetzes 1952/53. Vom 8. August 1962, BAnz 1952/Nr. 155. - Die Klassenmerkmale wurden jährlich neugeregelt und haben sich im Lauf der späteren Jahre zugunsten der Verarbeiter etwas verändert.

gerste galt. Selbst die Qualitätsklassen "feine Braugerste" und "Ausstichgerste" kamen teilweise (Eiweißgehalt !) an den internationalen Standard nicht heran.

Ein weiteres Instrument war die Meldepflicht. Danach mußten die Mälzereien und Brauereien der EVSt die übernommene in- und ausländische Gerste melden, die verarbeitete Gerstenmenge, die Vorräte an Gerste und die Vorräte an Malz.

Im übrigen unterlag jede importierte Gerste dem Andienungszwang. Übernommen wurde sie von der EVSt, die den Importeur gleichzeitig verpflichten mußte, die Gerste zu einem von ihr festgesetzten Preis zurückzukaufen. Lehnte sie die Übernahme ab, durfte der Importeur die Gerste nicht in den inländischen Verkehr bringen (1).

Aber nicht nur dadurch waren die Einfuhrmöglichkeiten beschnitten. Auf Grund des jährlichen Versorgungsplans bestimmten BML und EVSt alljährlich die Kontingentmenge der einzuführenden Gerste. Dieses Jahreskontingent wurde je nach Marktentwicklung in Form einzelner Tranchen ausgeschrieben (zeitliche Kontingentierung). Hatten die Importeure die ausgeschriebene Menge überzeichnet, was regelmäßig der Fall war, mußte die EVSt repartieren.

Kontingentiert aber war die Einfuhr nicht nur mengenmäßig und zeitlich, sondern auch nach Lieferländern, was vor allem auf bilaterale Handelsabkommen zurückzuführen war. So konnten, wie ein Bericht der CBMC (2) schildert, Malz- und Brauwirtschaft "nicht dort Braugerste kaufen, wo in dem betreffenden Jahr eine qualitativ hochstehende Ware erzeugt wurde", sondern mußten "sich den handelspolitischen Absichten und Verpflichtungen der Bundesregierung bis zu einem gewissen - häufig sehr unangenehm fühlbaren - Grade unterwerfen" (3).

(1) Ausführlicher zur Technik H. Hördemann, a. a. O., S. 58 ff.

(2) Communauté de Travail des Brasseurs du Marché Commun (CBMC). Die Braugersten- und Braumalzversorgung in den sechs Ländern und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bearbeitet im Deutschen Brauerbund e. V., Bonn, von U. Paulsen. Als Manuskript vervielfältigt. Amsterdam 1960, S. 32. (Im folgenden zitiert : CBMC-Bericht).

(3) Wie sich die Kontingentierung und ihre Handhabung auf dem Braugerstenmarkt auswirkten und zu welchen verwirrenden und unsicheren Situationen sie führten, dazu vgl. die Geschäftsberichte des DBB von 1961 bis 1961 (Kapitel "Rohstoffversorgung").

Neben den "Mengenausgleich" trat der "Preisausgleich". Da der Preis für ausländische Ware niedriger war als der für inländische, schleuste die EVSt die Importgerste mittels einer Abschöpfung auf das deutsche Preisniveau hinauf. Diese Abschöpfung erhob sie beim Importeur, und zwar als "Differenz zwischen einem täglich bei Importeuren und Maklern ermittelten durchschnittlichen cif-Preis (1) und einem festgesetzten Inlandsabgabepreis" (2), wobei der Abgabepreis in der Regel dem mittleren Preis des gesetzlichen Preisrahmens entsprach (3).

Ab 1959/60 wurde die Abschöpfung mit Qualitätszuschlägen versehen, eine Belastung, die an sich nur für bestimmte Qualitätsgersten des Weltmarkts gedacht war. Aber: "Da diese Zuschläge für alle aus den betreffenden Ländern eingeführten Partien - auch solche anderer Sorten - gezahlt werden mußten, waren diese Zuschläge in Wirklichkeit Sonderbelastungen, die aus handelspolitischen Gründen in unterschiedlicher Höhe festgesetzt wurden, bestimmte Herstellungsländer also diskriminierten" (4).

(1) Übernahmepreis der EVSt.

(2) J. Krumhoff. Die sechs Partner des Gemeinsamen Getreidemarktes. Hrsg. von A. C. Toepfer. Hamburg 1959, S. 40.

(3) Ergänzend zur Abschöpfung und zum Einfuhrverfahren s. W. Boerckel, a. a. O., S. 40 ff. - Zum Begriff Abschöpfung s. H. G. Schlotter, Die Erhebung von Abschöpfungsbeträgen bei der Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln. Diss. Göttingen 1956, S. 3 ff. und CBMC-Bericht, a. a. O., S. 33.

(4) CBMC-Bericht, a. a. O., S. 33.

III. BINNENWIRTSCHAFTLICHE INSTRUMENTE DER EWG-MARKT- ORDNUNG FÜR GERSTE

In ihrem ersten Entwurf zur Getreidemarktordnung (1) wollte die Kommission zwischen einer Organisation des Weizenmarktes und einer Organisation des Futtergetreidemarktes (2) unterscheiden : Der Markt für Futtergetreide könne einfacher gestaltet werden; denn hier sei der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft mit 81 v.H. wesentlich geringer als jener bei Weizen mit 96 v.H.; auch käme nur ein Drittel der Inlandsernte an Futtergetreide auf den Markt. Die restlichen zwei Drittel würden beim Erzeuger oder im Erzeugungsgebiet verfüttert (3).

So sah der Entwurf für Futtergetreide vor allem keine monatlich gestaffelten Preise vor. Festgesetzt werden sollten sie in einer bestimmten Relation zu dem am Ende des Wirtschaftsjahres geltenden Weizenrichtpreis. Und : Um diese Preise zu stützen, sollte zwar das künftige Getreideamt in den Marktablauf stabilisierend eingreifen, wenn der Marktpreis nach der Ernte einen unteren Interventionspreis unter- oder während des Erntejahres einen oberen Interventionspreis überschritte, aber eine generelle Abnahmeverpflichtung jetziger Prägung war nicht geplant. (Auch bei Weizen sollten Stützungskäufe erst in den letzten drei Monaten des Erntejahrs einsetzen). Im übrigen :

"Das allererste Konzept eines Richtpreissystems ging davon aus, nur ... am Handelsplatz in dem Gebiet mit dem größten Zuschußbedarf einen Getreidepreis zu garantieren, also auch nur einen Grundrichtpreis festzusetzen. An allen anderen Märkten hätten sich dann ... die Preise frei gebildet" (4).

-
- (1) Der sogenannte vorläufige Mansholt-Plan (Dokument VI/Kom (59) 140 vom 11.Dezember 1959). Über seinen Inhalt berichtet ausführlich die EWG-Kommission in ihrem Dritten Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft ("1.März 1959 bis 15.Mai 1960).Brüssel 1960, S.176-196.
 - (2) Unter die Bezeichnung "Futtergetreide" fällt auch Braugerste, eine statistisch bedingte Einordnung.
 - (3) Vgl.Dritter Gesamtbericht ... der Kommission, a.a.O., S.188.
 - (4) G.Rusche und D.Grupe (Hrsg.), Agrarmarktgeseetze und Verordnungen für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland. Texte und Kommentare. Teil I. Getreide. Unter Mitarbeit von X.Strzybny und H.Bartsch, Hannover 1962, Stand vom 18. August 1965. Abschnitt B/s, S.18 (im folgenden zitiert : Kommentar Rusche/Grupe). - "Demgegenüber", so führt der Kommentar fort, "war jedoch

Diese relativ liberale Fassung aber setzte sich nicht durch. Bereits der endgültige Mansholt-Plan (1) sah eine für Weizen und Futtergetreide einheitliche Regelung vor. Präzisiert wurde sie in dem Verordnungsvorschlag zur schrittweisen Errichtung einer gemeinsamen Getreidemarktordnung (2). Mit einer Verordnung Nr. 19 (3) ist der Rat diesem Vorschlag nachgekommen.

Diese Verordnung ist das für die EWG-Getreidemärkte grundlegende Rahmengesetz, nicht allein für die Übergangszeit, sondern im wesentlichen auch für die Phase des gemeinsamen Getreidemarktes. Ergänzt und durchgeführt wird es von einer Fülle nationaler und übernationaler Einzelregelungen. Rahmengesetz und Einzelregelungen sind das, was man kurz als "EWG-Marktordnung" zu bezeichnen pflegt. Ihr unterliegt auch der deutsche Braugerstenmarkt.

Grundlage der Marktordnung sind zwei fixierte Preise : der Grundrichtpreis und der Grundinterventionspreis. Von ihnen leiten sich eine Reihe örtlicher Richt- und Interventionspreise ab. Monatsreports sowie Preiszu- und -abschläge für abweichende Qualitäten ergänzen diese Preise. Die EVSt wurde als Marktregulierungsorgan beibehalten.

zu berücksichtigen, daß Interventionen gerade in den Überschußgebieten notwendig werden können. Außerdem mußte dafür Sorge getragen werden, daß unter Berücksichtigung des auf die gesamte Bundesrepublik verteilten Lagerraumes überflüssige Transporte vermieden werden." Gleichwohl wird man diese einst erwogene Regelung, wenn auch von einer "freien" Preisbildung im Sinne einer Wettbewerbspreisbildung nicht die Rede sein kann, als vergleichsweise freizügig ansehen dürfen.

- (1) Vgl. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission, Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brüssel, den 30. Juni 1960 (Dokument VI/Kom (60) 105).
- (2) Vgl. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission, Verordnungsvorschläge der Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik, Vorschlag einer Verordnung über die Einführung einer Abschöpfungsregelung und die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktordnung für Getreide, Juli 1961 (o. O.), S. 16 ff. (als Broschüre veröffentlicht).
- (3) Verordnung Nr. 19 des Rates über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Getreide, Vom 4. April 1962, AB 1962/S. 933 (im folgenden zitiert : Verordnung Nr. 19).

1. Grundrichtpreis

Die Bundesregierung setzt jährlich einen Grundrichtpreis fest, der für eine Gerste von durchschnittlicher Beschaffenheit (Standardgerste) gilt (1). Doch darf sie ihn nicht in beliebiger Höhe fixieren. Der Ministerrat bestimmt eine obere und untere Grenze, die der Grundrichtpreis nicht über- bzw. nicht unterschreiten darf (2).

Damit der Erzeuger seinen Anbauplan rechtzeitig aufstellen kann, muß die Regierung den Grundrichtpreis jeweils vor der Winteraussaat bekanntgeben, die dem betreffenden Getreidewirtschaftsjahr vorausgeht (3).

Der Grundrichtpreis ist auf die Einkaufsphase des Großhandels bezogen, also nicht als Erzeugerpreis definiert. Er gilt für den Handelsplatz der Zone, die den größten Zuschußbedarf an Gerste aufweist. Das ist - auch für die anderen Getreidearten - Duisburg.

Der Grundrichtpreis hat eine marktpolitische und eine "technische" Aufgabe : Einmal soll er dazu führen, daß sich im Raum Duisburg der Marktpreis für Gerste um den Grundrichtpreis einspielt; zum anderen dient er als Grundlage für die Berechnung der abgeleiteten Richtpreise und des Schwellenpreises. Daneben ist er Zielobjekt : Die einzelstaatlichen Grundrichtpreise sollen schrittweise einander angeglichen werden. Derartiges ist in der Bundesrepublik - im Gegensatz zu den übrigen EWG-Ländern - bis einschließlich 1966/67 allerdings nicht geschehen.

-
- (1) In der Bundesrepublik erstmals mit dem Durchführungsgesetz zur Verordnung Nr. 19, BGBl I 1962/S. 455. - Auf die Verordnung Nr. 19 als Hauptquelle für das Folgende wird im einzelnen nicht weiter verwiesen.
 - (2) Für 1965/66 gibt es nur eine obere Grenze (vgl. Verordnung Nr. 84/65/EWG, AB 1965/S. 1904).
 - (3) Eine Bestimmung, der die Bundesregierung formell bisher nicht nachgekommen ist, da alle betreffenden Veröffentlichungen erst im Juli erschienen sind.

2. Abgeleitete Richtpreise

Für alle sonstigen, regional wichtigen Handelsplätze (1) bestimmt die Regierung ebenfalls Richtpreise. Sie liegen unter dem Grundrichtpreis, und zwar um die Höhe der (niedrigsten) Frachtkosten, die beim Gerstentransport zwischen dem betreffenden Handelsplatz und Duisburg entstehen. Sie sind, wie man sagt, vom Grundrichtpreis abgeleitet. Die unterschiedliche Höhe der örtlichen Richtpreise ist also allein durch das Frachtgefälle zum Handelsplatz Duisburg definiert, d.h. mit zunehmender Entfernung von Duisburg werden die Richtpreise niedriger.

Auch hier ist der Gedanke : Die örtlichen Marktpreise sollen sich um den örtlichen Richtpreis einspielen. Der Marktteilnehmer soll einen Anhaltspunkt für den möglichen Marktpreis haben.

3. Monatsreports

Die Richtpreise - einschließlich Grundrichtpreis - gelten nicht in gleicher Höhe für das ganze Wirtschaftsjahr. Die Ernte wird, wenn sie anfällt, nicht gleich voll aufgenommen und verarbeitet. Einen Teil müssen Erzeuger und Handel daher lagern. Dabei entstehen zusätzliche Aufwendungen. Sie sollen, damit der Markt während des laufenden Jahres gleichmäßig versorgt wird, in den Richtpreisen berücksichtigt werden.

Darum sind die Richtpreise - als Ausgleich für Lager- und Kreditkosten - monatlich gestaffelt, erhöhen sich also von Monat zu Monat um sogenannte Reports (Monatszuschläge). Die Zahl der Reports ist auf mindestens fünf und höchstens zehn beschränkt, wird im übrigen aber von der Bundesregierung selbst bestimmt. Die Staffelung setzt beim Grundrichtpreis an und schlägt damit automatisch auf die abgeleiteten Richtpreise durch.

Die ersten und letzten Monate bleiben ohne Reports : einmal, um den Angebotsdruck in den Erntemonaten auf die Monate nach der Ernte zu vertei-

(1) In der Bundesrepublik etwa zweihundert (vgl. das Durchführungsgesetz zur Verordnung Nr. 19, a. a. O. und seine Änderungssetze).

len; zum anderen, um den Übergang zum nächsten Wirtschaftsjahr zu erleichtern (1).

Die Zahl der deutschen Reports beträgt seit 1963/64 fünf, beginnend im September (2, 10 DM/t) und endend im Januar (für ihn und die vorangegangenen Monate 3, 60 DM/t).

4. Interventionspreise

Jeder Richtpreis wird durch einen Interventionspreis ergänzt. Die EVSt ist während des ganzen Jahres verpflichtet, die ihr angebotene Inlandsgerste (Interventionsgerste) zu diesem Preis anzukaufen (2). Der Interventionspreis gilt frei Handelsplatz, also ebenfalls für die Großhandelsstufe. Er soll den Richtpreis stützen und dem Erzeuger eine bestimmte Preisgewißheit geben (3). Zu diesem Zweck darf er nur möglichst wenig vom Richtpreis abweichen. Deshalb ist der Bereich, innerhalb dessen der Interventionspreis unter dem Richtpreis liegen muß, auf 5-10 v.H. des Richtpreises beschränkt. Berechnet wird der Interventionspreis also immer nach einem Hundertsatz vom Richtpreis. Frachtgefälle und Reports kehren demnach im Interventionspreis wieder.

Der Interventionspreis am Handelsplatz Duisburg ist der Grundinterventionspreis. Er setzt sich zusammen aus dem Erzeugermindestpreis der einstigen nationalen Marktordnung und einer durchschnittlichen Spannen- und Frachtkostenpauschale von 23, 50 DM (4). Er liegt knapp 7 v.H. unter dem Grundrichtpreis.

Alle übrigen Interventionspreise sind - parallel zur Richtpreisterminologie - abgeleitete (örtliche) Interventionspreise. Infolge ihrer Berechnung stehen

-
- (1) Wenn die letzten Monate ohne Reports bleiben, wird der Handel bemüht sein, seine Lager schnell zu räumen, da die Lagerkosten für diese Monate im Interventionspreis staatlich nicht mehr garantiert werden. So werden die Lager frei für die neue Ernte. Näheres hierzu s. Kommentar Rusche/Grupe (D 1), S. 18-18 und (B 2), S. 19.
 - (2) Die Mindestinterventionsmenge beträgt aber 100 t je Kaufvertrag und Lager (§ 5 Erste Durchführungsverordnung Getreide 1965, BGBl I 1965/ S. 594).
 - (3) Vgl. den Verordnungsvorschlag, a. a. O. (Begründung), S. 20.
 - (4) Vgl. Kommentar Rusche/Grupe, a. a. O., B/2, S. 21.

auch sie zu ihren Richtpreisen in einer bestimmten Relation. Diese Relation ist aber, obwohl es die Regel sein soll, nicht die gleiche wie zwischen Grundinterventions- und Grundrichtpreis; ebenso ist sie nicht für alle Handelsplätze gleich. Die Verordnung Nr. 19 hat auf Drängen der Bundesrepublik (1) eine Ausnahme zugelassen.

Danach hat die Bundesregierung die Relationen so festgelegt, daß die Differenz zwischen Interventions- und Richtpreis mit zunehmender Entfernung von Duisburg geringer wird. Diese Maßnahme zielt auf einen stärkeren Schutz der marktfernen Erzeuger ab. So liegt der Interventionspreis von Simbach/Inn, dem marktfürnsten Handelsplatz der Bundesrepublik, nur etwa 3,5 v.H. statt 7 v.H. unter seinem Richtpreis. Der Interventionspreis ist also höher, als er an sich sein müßte (2).

Einen besonderen Interventionspreis hat in der Bundesrepublik die Braugerste erhalten (3). Gerste, die der Interventionsstelle angeboten wird und in der Qualität den Braugerstenstandard erreicht, erhält auf den Interventionspreis einen Zuschlag von 40 DM/t.

5. Qualitätszu- und -abschläge

Richt- und Interventionspreise beziehen sich nur auf eine Gerste von durchschnittlicher Beschaffenheit (4). Um aber dem Erzeuger einen Anreiz für den Anbau von überdurchschnittlichen Qualitäten zu geben, versieht die EVSt jeden Interventionspreis mit Preiszuschlägen, wenn die angelieferte Qualität über die Standardqualität hinausgeht. Ebenso nimmt sie Abschläge vor, wenn die Standardqualität nicht erreicht wird (5).

(1) Vgl. Kommentar Rusche/Grupe, a. a. O., B/2, S. 27.

(2) Diese Regelung ist zunächst nur für die Übergangszeit vorgesehen (vgl. ebenda, S. 28).

(3) Vgl. § 3, Abs. 3 der Ersten Durchführungsverordnung Getreide 1965. BGBl I 1965/S. 594.

(4) Seit 1963/64 : Eigengewicht je Hektoliter 62-63 kg und Feuchtigkeitsgehalt 15,5 - 16,4 v.H. (§ 2, Abs. 1 der Ersten Durchführungsverordnung Getreide 1965, a. a. O.).

(5) Die Einzelheiten dazu s. §§ 3-4 der Ersten Durchführungsverordnung Getreide 1965, a. a. O.

Neben dem Gerstenstandard gibt es wegen des Sonderinterventionspreises auch einen Standard für Braugerste. Er wurde aus der einstigen Markttordnung übernommen und hat sich in den ersten vier Jahren der Übergangszeit nicht verändert :

Keimfähigkeit	mindestens	95,0 v.H.
Eiweißgehalt	höchstens	12,0 v.H.
Feuchtigkeitsgeh.	mindestens	15,5 v.H.
	weniger als	16,5 v.H.
Vollgerstenanteil	mindestens	85,0 v.H.
Ausputz etc.	höchstens	4,0 v.H.

Damit liegt der deutsche Standard weiterhin unter dem internationalen Standard.

Die qualitative Preisstaffelung wird nur bei den Interventionspreisen vorgenommen; eine Differenzierung beim Richtpreis gibt es nicht. Sie erübrigt sich, weil der Markt selbst für sie sorgt und bessere Qualitäten von sich aus zu honorieren pflegt. Zu- und Abschläge sollen den durch die staatliche Mindestpreissetzung beschränkten Leistungsanreiz und Leistungszwang ersetzen.

6. Einfuhr- und Vorratsstelle

Zur Durchführung der Interventionen und zu sonstigem Marktausgleich hat die Verordnung Nr. 19 staatliche Interventionsstellen vorgesehen. Diese Tätigkeit ist in der Bundesrepublik der schon seit dem letzten Krieg bestehenden EVSt übertragen worden. Sie ist zu bestimmten Eingriffen in das Marktgeschehen ermächtigt und gibt auf Anweisung der Bundesregierung jährliche Interventionsrichtlinien heraus.

Auf dem Binnenmarkt für Gerste greift die EVSt in dreierlei Weise ein : Einmal ist sie verpflichtet, die ihr angebotene Gerste zum Interventionspreis zu übernehmen (Aufkaufverpflichtung). Zu diesem Zweck unterhält sie an allen Handelsplätzen Interventionslager. Zum anderen kann sie die übernommenen Gerstenmengen wieder in den Markt bringen (Verkaufsberechtigung), darf sie aber nicht unter dem jeweiligen Richtpreis abge-

ben (1). Eine Verpflichtung zur Abgabe, wenn der Marktpreis den Richtpreis übersteigt, besteht nicht. Und schließlich kann die EVSt (vor allem durch Käufe) immer dann in das Marktgeschehen eingreifen, wenn es die Marktlage erfordert.

Daneben hat die EVSt bestimmte Aufgaben bei der Regulierung des Außenhandels.

(1) Ob die EVSt auch Auslandsgerste (aus der Bundesreserve) in den Markt bringen kann und zu welchen Preis, ist strittig (vgl. Kommentar Rusche/Grupe, a. a. O., B/2, S. 29 ff.).

IV. AUSSENWIRTSCHAFTLICHE INSTRUMENTE DER EWG-MARKT-ORDNUNG FÜR GERSTE

Die Ordnung des Gerstenbinnenmarktes wäre gefährdet und daher unwirksam, würde man nicht auch die Einfuhr von Gerste geregelt haben. Das ist nicht zu umgehen, weil das Preisniveau für Inlandsgerste erheblich über dem für Auslandsgerste liegt. Für die Bundesrepublik trifft das nicht nur gegenüber dem Weltmarkt zu, sondern auch gegenüber den Mitgliedsländern der EWG.

Da die Veredelungserzeuger sowie Malz- und Brauwirtschaft auf die Auslandsversorgung angewiesen sind, kann man auf Importe nicht verzichten, zumal einem Verzicht auch eine Reihe handelspolitischer Zielsetzungen entgegenstehen würde.

Nach dem EWG-Vertrag sollen die Importe weitgehend liberalisiert, d.h. nicht nach Herkunft, Zeitpunkt und Menge kontingentiert sein. Um unter diesen Bedingungen das im Inland angestrebte Preisniveau zu halten, wird die jeweilige Differenz zwischen Inlands- und Einfuhrpreis ausgeglichen. Das geschieht, wie in der Bundesrepublik schon zuvor, mit Hilfe von Abschöpfungsbeträgen. Ihrer Berechnung liegen der Schwellenpreis, der Freigrenze-Preis und der cif-Preis zugrunde. Zur Kontrolle der Importmengen gibt es Einfuhrlizenzen.

Die Einfuhrregelung macht auch eine Ausfuhrregelung notwendig. Die inländischen Exporteure sollen auf den Auslandsmärkten wettbewerbsfähig sein. Instrumente sind Ausfuhrlicenzen, Kautionen und Erstattungen.

1. Schwellenpreis, Pauschbetrag und Ausgleichskoeffizienten zum EWG-Standard

Der Schwellenpreis ist der Einschleusungspreis, auf dessen Niveau der Auslandspreis für Gerste angehoben wird. Er ist also an die Stelle des ehemaligen Abgabepreises der EVSt getreten. Man berechnet ihn für den Grenzübergangsort, der Duisburg am frachtnächsten liegt, also für Emmerich. Damit aber die Einfuhrgerste in Duisburg zum Grundrichtpreis auf den Markt gelangt, sind für die Berechnung des Schwellenpreises zunächst die

Vermarktungskosten (1) Emmerich-Duisburg maßgebend : Sie werden vom Grundrichtpreis abgesetzt und ergeben den vorläufigen Schwellenpreis (2).

Der vorläufige Schwellenpreis gilt, da vom Grundrichtpreis berechnet, für die Gerstenstandardqualität. Dieser Standard allerdings liegt vorerst noch unter jenem, den die Kommission für den Gerstenhandel innerhalb der EWG festgelegt hat (EWG-Standard für Gerste) (3).

Wenn aber der Preis für Einfuhrgerste mit EWG-Standard lediglich auf den Schwellenpreis geschleust würde, der für deutsche Standardgerste berechnet ist, wäre die deutsche Gerste der eingeführten im Preis unterlegen. Die Differenz zwischen beiden Standards überbrückt daher ein Ausgleichskoeffizient (4). Die sich aus ihm ergebende Preisdifferenz wird dem vorläufigen Schwellenpreis zugeschlagen. Man erhält den berichtigten Schwellenpreis.

Diesem schließlich wird - als Preispräferenz gegenüber Einfuhren aus Mitgliedsländern - noch ein Pauschbetrag (5) hinzugefügt (6). Berichtigter Schwellenpreis plus Pauschbetrag ergeben den endgültigen Schwellenpreis, der auf halbe bzw. volle Mark abgerundet wird.

Da der Schwellenpreis auf der Basis des jeweiligen Grundrichtpreises ermittelt wird, unterliegt er ebenfalls der monatlichen Staffelung, erhöht sich also während des Erntejahres um die jeweiligen Reports.

Wie der Grundrichtpreis wird der Schwellenpreis jährlich festgesetzt. Damit der Einfuhrhandel auf längere Sicht disponieren kann, muß er spätestens drei Monate vor Beginn des Getreidewirtschaftsjahres bekannt sein. Zugleich soll durch eine rechtzeitige Verkündung die EVSt die Abschöpfungsbeträge vorausfixieren können. Zu Beginn des Erntejahrs 1965/66 betrug der Gerstenschwellenpreis 415, 50 DM/t.

Dieser Schwellenpreis gilt für die ganze Bundesrepublik, gleichgültig also,

-
- (1) Pauschale für Frachtkosten, Handelsspanne und Umsatzausgleichsteuer. - Einzelheiten s. Kommentar Rusch/Grupe, a. a. O., B/2, S. 14.
 - (2) Rechenbeispiel s. ebenda, S. 15.
 - (3) Vgl. Verordnung Nr. 61 der Kommission, AB 1962/S. 1672.
 - (4) Vgl. ebenda.
 - (5) Kriterien zu seiner Festsetzung s. Verordnung Nr. 48 des Rats, AB 1962/S. 1570. - Höhe des Pauschbetrags 1965/66 s. Verordnung Nr. 60/65/ EWG, AB 1965/S. 1109.
 - (6) Zum Wirksamwerden dieser Preispräferenz siehe S. 68.

ob die Gerste über Bremen, Hamburg, Passau oder sonst einen Grenzübergangsort eingeführt wird. So auch in den anderen Mitgliedsländern, die alle einen eigenen Schwellenpreis haben. In der Bundesrepublik ist er am höchsten, in Italien am niedrigsten. Da er an den Grundrichtpreis gekoppelt ist und dieser schrittweise gesenkt werden soll, wird schließlich auch der Schwellenpreis einheitlich sein.

2. Frei-Grenze-Preis

Der Frei-Grenze-Preis ist der Ausfuhrpreis eines Mitgliedslandes. Es ist der Preis für Gerste aus Mitgliedsländern frei deutsche Grenze. Während der Schwellenpreis die obere Grenze zur Berechnung der Abschöpfung darstellt, ist er für die Einfuhr aus Mitgliedsländern die untere (1).

Ihm zugrunde liegt der tatsächliche Marktpreis im ausführenden Mitgliedsland. Es ist der günstigste Preis jener Märkte, die für die Ausfuhr nach Deutschland repräsentativ sind, in Frankreich für Ausfuhren in die Bundesrepublik beispielsweise Marktplätze des Pariser Beckens (2).

Diesen günstigsten Preis berechnet man wie folgt: Die Preisnotierungen der betreffenden Marktplätze werden einander gegenübergestellt. Ihnen werden Exporteurmarge und Transportkosten bis Duisburg zugeschlagen. Dabei legt man die billigste Transportart und den günstigsten Transportweg zugrunde. Die Ergebnisse werden verglichen, und der niedrigste Preis wird ausgewählt (3). Da aber Duisburg mit dem Grenzübergangsort nicht identisch ist, zieht man von dem so ermittelten Preis die Transportkosten Emmerich-Duisburg wieder ab.

Die niedrigste Preis wird zuvor aber noch berichtigt. Einmal: Liegt die Qualität, für die dieser Preis festgestellt wurde, unter oder über der Standardqualität, die im Ausfuhrland gilt, wird dieser Unterschied preislich be-

-
- (1) Bestimmungskriterien s. Verordnung Nr. 89 der Kommission. AB 1962/ S. 1899.
 - (2) Vgl. A. C. Toepfer. Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG 1962/63. Hamburg im August 1962, S. 12 (als Broschüre für Kunden der Firma Toepfer veröffentlicht).
 - (3) Rechenbeispiel s. Kommentar Rusch/Grupe, a. a. O., B/2, S. 10.

rücksichtigt, und zwar nach den Qualitätszu- und -abschlägen, wie sie im Ausfuhrland bei der Intervention ermittelt werden. Zum anderen : Der niedrigste Preis wird zusätzlich berichtet, wenn der Gerstenstandard des Ausfuhrlandes vom EWG-Standard abweicht. Das geschieht mit Hilfe der schon erwähnten Ausgleichskoeffizienten.

Den so berichtigten und um die Frachtkosten Emmerich-Duisburg verminderten Preis verkündet die Kommission als Frei-Grenze-Preis. Sie ermittelt ihn wöchentlich, da er im allgemeinen weniger schwankt als der Weltmarktpreis. In Entscheidungen legt sie ihn für jedes Mitgliedsland fest. Die Bundesrepublik hat es also mit insgesamt fünf Frei-Grenze-Preisen für Gerste zu tun, vorausgesetzt, daß alle fünf Länder über Angebote exportfähiger Gerste in Richtung Deutschland verfügen. Mit dem Ende der Übergangszeit werden allerdings auch die Frei-Grenze-Preise überflüssig und fallen fort.

3. Cif-Preis und Ausgleichskoeffizienten zum Weltmarktstandard

Der cif-Preis repräsentiert den Weltmarktpreis für Gerste. Analog zum Frei-Grenze-Preis ist er die untere Grenze zur Berechnung der Abschöpfung für Einfuhren aus D r i t l ä n d e r n . Er gilt einheitlich für alle Drittländereinfuhren und ebenfalls für einen einzigen Grenzübergangsort : in der Bundesrepublik wieder für Emmerich, berechnet auf der cif-Preis-Basis Rotterdam, dem Emmerich nächstgelegenen Einfuhrhafen.

Den cif-Preis-Rotterdam ermittelt die Kommission nach den am Weltmarkt günstigsten Einkaufsmöglichkeiten (1). Dabei vergleicht sie alle ihr bekannt gewordenen Preisnotierungen für Gerste cif EWG-Haupteinfuhrhäfen (2).

Diese Notierungen beziehen sich auf die Weltmarkt-Standardqualität, die den EWG-Standard übersteigt. Sie werden daher mit Hilfe besonderer Aus-

(1) Bestimmungskriterien für den cif-Preis s. Verordnung Nr. 37/65/EWG. AB 1965/S. 725.

(2) Für Gerste : Antwerpen, Marseille, Ravenna, Rotterdam.

gleichskoeffizienten (1) berichtigt und dem EWG-Standard angepaßt (2), d.h. um bestimmte Zuschläge (zwischen 5 und 16 DM/t) erhöht. Die günstigste "ursprüngliche" Notierung muß also mit der günstigsten "berichtigten" Notierung nicht übereinstimmen.

Ob aber die günstigste berichtigte Notierung endgültig als cif-Preis-Rotterdam bestimmt wird, hängt wiederum von den Frachtnotierungen ab :

"Sind die (berichtigten) Cif-Notierungen gemessen an den Frachtnotierungen für einen der Haupteinfuhrhäfen billiger, so wird der günstigste Cif-Preis für diesen Hafen festgestellt. Beispiel : Betragen die Frachtnotierungen Atlantik/Rotterdam § 4. -, Atlantik/Ravenna § 7. - je Tonne und die (berichtigten) Cif-Preise für US-Federal-Gerste Nr.3 für Rotterdam § 51.25, für Ravenna § 53.75, dann ist die Ravenna-Offerte auf Grund ihrer günstigeren Cif-Notierung umgerechnet auf Rotterdam um § 0.50 billiger, und der günstigste Cif-Preis ist nicht § 51.25, sondern § 50.75." (3)

Die so berichtigte, günstigste Notierung gilt als cif-Preis-Basis-Rotterdam. Der endgültige cif-Preis (cif-Preis bezogen auf Emmerich) setzt sich dann zusammen aus : dem cif-Preis-Rotterdam, den Umschlagskosten lose/lose von See- auf Binnenschiff und 80 v.H. (4) der Binnenschiffsfracht von Rotterdam bis Duisburg. Diesen cif-Preis legt die Kommission, da der Weltmarktpreis relativ häufig schwankt, täglich fest.

-
- (1) Es handelt sich um andere Koeffizienten als beim Frei-Grenze-Preis (s. Verordnung der Kommission Nr. 70. AB 1962/S.1864 und Verordnung Nr. 107/63/EWG. AB 1963/S.2415). - Ergänzend hierzu Kommentar Rusche/Grupe, a. a. O., B/2, S. 41 f.
 - (2) Ein Beispiel dazu findet sich bei A. C. Toepfer. Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG 1963/64. Hamburg im August 1963, S. 10 (als Broschüre für die Kunden der Firma Toepfer veröffentlicht).
 - (3) A. C. Toepfer. Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG 1963/64, a. a. O., S. 8/9 (Zusätze in Klammern vom Verfasser).
 - (4) Die restlichen 20 v. H. (= Fracht Emmerich-Duisburg) stecken bereits im Schwellenpreis.

4. Abschöpfung, Vorausfixierung und Prämie

Die Abschöpfung ist das rechnerische Produkt aus Abschöpfungssatz und Einfuhrmenge und soll die Preisdifferenz zwischen Einfuhr- und Inlandsgerste ausgleichen. Zu unterscheiden ist der innergemeinschaftliche Abschöpfungssatz und der Drittländer-Abschöpfungssatz. Dieser wird für Einfuhren aus Drittländern erhoben, jener für solche aus Partnerländern (1).

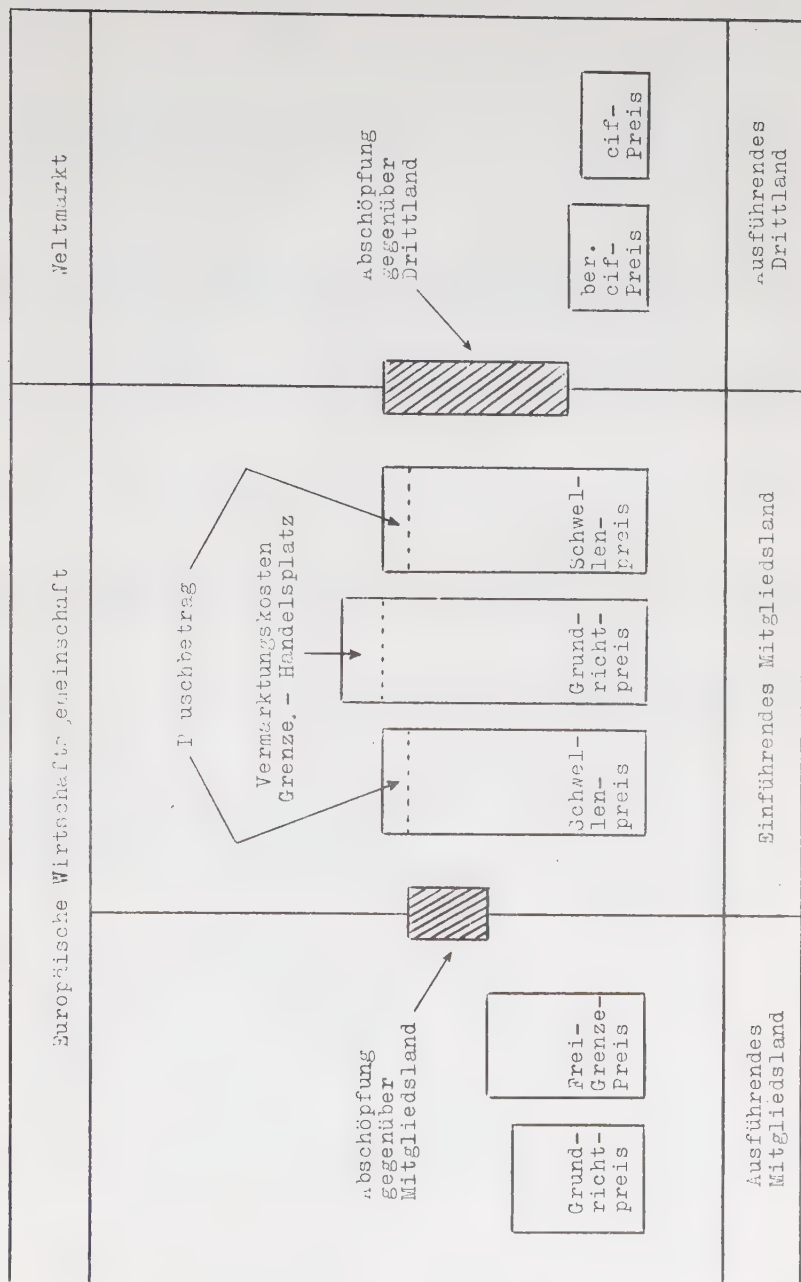
Der innergemeinschaftliche Abschöpfungssatz ist die Differenz zwischen Schwellenpreis und Frei-Grenze-Preis, abzüglich jenes (im Schwellenpreis steckenden) Pauschbetrags (2); der gegenüber Drittländern die Differenz zwischen Schwellenpreis und cif-Preis (Schaubild 6).

Beide Abschöpfungssätze gelten für jede Art von Importgerste. Hat also eine Importgerste, da qualitativ hervorstechend, einen höheren Preis als jene Qualität, für die der Frei-Grenze-Preis und der cif-Preis berechnet wurde, kommt dieser höhere Preis im Inland voll zur Geltung, schlägt also auf dem deutschen Gerstenmarkt voll durch.

Der Abschöpfungssatz verändert sich, wenn sich mindestens eine seiner Bestimmungsgrößen bewegt. Dabei ist der Schwellenpreis relativ starr. Er gilt für das ganze Wirtschaftsjahr und erhöht sich nur schrittweise um die monatlichen Reports. Beweglicher sind dagegen der Frei-Grenze-Preis und der cif-Preis. Der erste kann sich von Woche zu Woche, der zweite täglich ändern. Im gleichen Rhythmus schwankt also auch - abgesehen von einer gleichzeitigen Reportaufstockung des Schwellenpreises - der Abschöpfungssatz. Die EVSt berechnet und verkündet ihn.

Die Abschöpfung wird an dem Tag erhoben, an dem die Importgerste in der Bundesrepublik eintrifft. Grundsätzlich ist also der am Tag der Einfuhr geltende Abschöpfungssatz maßgeblich. Würde aber dieser Grundsatz streng

- (1) Rechtliche Grundlagen außer der Verordnung Nr. 19 sind vor allem die Verordnung Nr. 67 der Kommission, AB 1962/S.1860, und das deutsche Abschöpfungserhebungsgesetz, BGBl I 1962/S.453, samt seiner Änderungsgesetze und Durchführungsbestimmungen.
- (2) Somit ist, da man den Pauschbetrag auf 4,40 DM/t festgesetzt hat, jede Einfuhr aus Mitgliedsländern um mindestens diese 4,40 DM/t billiger als die Einfuhr aus Drittländern. Auf diese Weise also kommt jene (auf Seite 64 genannte) Präferenzierung des innergemeinschaftlichen Handels zum Tragen.



¹ Nach: EWG-Kommission. Die erste Stufe des Gemeinsamen Marktes. Bericht über die Durchführung des Vertrages (Januar 1959 - Januar 1962). Brüssel 1962. Anhang 5.

angewandt (1), entfielen für die Importeure die Möglichkeit, Termingeschäfte abzuschließen; denn wie sich der Abschöpfungssatz bis zum Tag der Einfuhr von Terminware entwickelt, ist so gut wie unbekannt, das Risiko für die Importeure wäre also nicht unbedeutend.

Für Termingeschäfte können die Importeure daher den Abschöpfungssatz im voraus festsetzen (vorausfixieren) lassen. Die spätere Einfuhr wird dann nicht mit der am Einfuhrtag geltenden Abschöpfung belastet, sondern mit der vorausfixierten (2).

Die vorausfixierte Abschöpfung wird durch eine Prämie als Aufschlag ergänzt; ursprünglich nur bei Einfuhren aus Drittländern (3), derweilen auch unter bestimmten Bedingungen (4) bei Einfuhren aus Mitgliedsländern. Sie beträgt 10 DM/t, kann unter Umständen (5) aber auch höher oder gleich Null sein. Ihre Aufgabe ist es, "mißbräuchliche Spekulationen und unvorhergesehene Risiken für die Marktordnungsstelle" (6) zu beschränken.

Gegenüber Drittländern ist die Prämienregelung folgende: Festgestellt wird die Differenz zwischen dem am Tag der Beantragung ermittelten cif-Preis und dem cif-Preis für Terminkäufe (7). Ist diese Differenz positiv, also ist der erste cif-Preis höher als der zweite, wird sie dem fixierten Abschöpfungssatz als Prämiensatz hinzugefügt (8). Ergibt sich keine Differenz oder ist sie nur geringfügig (9), ist der Prämiensatz gleich Null. Bei "ernst-

-
- (1) Vgl. den Verordnungsvorschlag der Kommission über die Einführung einer Abschöpfungsregelung und die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktordnung für Getreide, a. a. O. (Begründung), S. 21.
 - (2) Die Verordnung Nr. 19 hatte die Vorausfixierung nur bei Einfuhren aus Drittländern vorgesehen (Art. 17). Die Verordnung Nr. 130 des Rats (AB 1962/S. 2555) bezog dann auch die Einfuhren aus Mitgliedsländern mit ein (Art. 2). Zwei weitere Verordnungen lösten die Verordnung Nr. 130 später ab und ergänzten sie.
 - (3) Vgl. Verordnung Nr. 54 des Rats, AB 1962/S. 1581. Geändert durch die Verordnung Nr. 119/63/EWG, AB 1963/S. 2714.
 - (4) Vgl. Verordnung Nr. 63/65/EWG, AB 1965/S. 1454, Art. 2, Abs. 3.
 - (5) Einzelheiten s. ebenda, Art. 2. - Die Prämie von 10 DM/t gilt nur gegenüber Einfuhren aus Mitgliedsländern. Zum Prämiensatz für Drittlandsimporte s. unten.
 - (6) Verordnungsvorschlag der Kommission über die Einführung einer Abschöpfungsregelung ..., a. a. O. (Begründung), S. 22.
Zur Ermittlung des cif-Preises für Terminkäufe s. Verordnung Nr. 54 des Rats, a. a. O., Art. 3.
 - (7) Doch wird die Abschöpfung nicht verringert, wenn die Differenz negativ ist.
 - (9) Sie ist dann geringfügig, wenn sie - 50 DM/t nicht übersteigt.

lichen Marktschwierigkeiten" und "in Ausnahmefällen" kann die Kommission den Prämiensatz vorübergehend und innerhalb bestimmter Grenzen erhöhen (1).

Auf Grund der Bestimmungsmodalität des cif-Preises für Terminkäufe gibt es jederzeit einen Prämiensatz für den laufenden Monat sowie für jeden der drei Folgemonate. Diese Prämiensätze sind unterschiedlich hoch. Um nun den Importeur zu veranlassen, den angegebenen Einfuhrmonat einzuhalten, ist zusätzlich bestimmt: Führt der Importeur die Gerste im angegebenen Monat nicht ein und ist der für diesen Monat "geltende Prämiensatz niedriger als der bei Antragstellung für den tatsächlichen Monat geltende Prämiensatz" (2), so wird der höhere Satz angewandt.

Die Wirkung der Prämie: Sie verteuert die Terminware, behindert also die Termingeschäfte. Da der Terminhandel beim Getreideimport die Regel darstellt, ist diese Behinderung für die Praxis nicht ohne Bedeutung (3).

5. Einfuhrlizenzen und Kautio

Für alle Importe sind Einfuhrlizenzen erforderlich (4). Sie sind bei der EVSt zu beantragen und drei weitere Monate nach dem Monat der Antragstellung gültig. Die EVSt muß jedem Antrag stattgeben und die Lizenzen ohne Beschränkung vergeben.

Die Lizenzerteilung ist davon abhängig, daß der Importeur eine Kautio stellt. Die Lizenz befreit den Importeur nicht nur, die beantragte Menge innerhalb der Gültigkeitsdauer einzuführen, sondern sie verpflichtet ihn auch dazu. Die Kautio soll sichern helfen, daß er dieser Verpflichtung nachkommt. Falls nicht, verfällt sie.

(1) Vgl. Verordnung Nr. 54 des Rats, a. a. O., Art. 5.

(2) Verordnung Nr. 119/63/EWG. AB 1963/S. 2714, Art. 3.

(3) Wenn der Terminhandel gleichwohl noch lukrativ genug ist, so dürfte das nicht zuletzt auch daran liegen, daß der Importeur wenigstens über die Mengen längerfristig disponieren kann. Zum Vorteil des Termingeschäfts s. auch S. 117 f. - Eine ausführliche Darstellung zum Sinn der Prämienregelung findet sich im Kommentar Rusche/Grupe, a. a. O., B 2, S. 63-65.

(4) Hierzu vor allem Verordnung Nr. 102/64/EWG. AB 1964/S. 2125.

Eine strenge Anwendung dieser Vorschrift aber würde den Gepflogenheiten des internationalen Handels nicht gerecht werden. Vertragliche und gelieferte Menge stimmen häufig nicht genau überein. Darum sieht die Kommission einen Spielraum vor, innerhalb dessen der Importeur die lizenzierte Einfuhrmenge über- oder unterschreiten kann.

Die Kautions beträgt 2 DM/t und, wenn der Abschöpfungssatz vorausfixiert wird 20 DM/t (1).

6. Ausfuhrlicenzen, Kautions und Erstattungen

Wie die Einfuhr bedarf auch jede Ausfuhr einer Lizenz. Die Einzelheiten sind nahezu in der gleichen Weise geregelt wie bei der Einfuhrlizenz. Auch die Kautionsregelung ist im wesentlichen keine andere (2).

Da die Bundesrepublik gegenüber dem Ausland Hoch-Preis-Land ist, sind - eine notwendige Folge der Binnenmarktregulierung wie auch des Einfuhrverfahrens - für die Ausfuhr von Getreide Erstattungen vorgesehen. Mit ihnen wird der Inlandspreis auf den Auslandspreis herabgeschleust. Der Erstattungssatz ist also ein Abschöpfungssatz mit umgekehrtem Vorzeichen ("negative" Abschöpfung). Wie bei der Abschöpfung unterscheidet die Marktordnung zwischen Drittlanderstattungen und Erstattungen bei Ausfuhr in Mitgliedsländer.

Da die deutsche Gerstenausfuhr unbedeutend ist, beschränkt sich die Darstellung auf die wichtigsten Regelungen bei der Ausfuhr in Mitgliedsländer (3) :

-
- (1) Vgl. Verordnung über die Höhe der vor der Erteilung der Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen zu stellenden Kautions (Getreide und Mischfuttermittel). Vom 7. Juli 1965. BAnz 1965/Nr. 123, § 1.
 - (2) Vgl. Verordnung Nr. 102/64/EWG, a. a. O., Artikel 7.
 - (3) Einzelheiten zur Erstattungsregelung s. vor allem Verordnung Nr. 90 der Kommission (AB 1962/S. 1902) samt ihren vier Änderungsverordnungen sowie die deutsche Erstattungsverordnung für Getreide und Reis (BGBl I 1964/S. 917).

Bei der Ausfuhr wird eine Barerstattung gewährt. Der Erstattungssatz darf nicht höher sein als der Abschöpfungssatz für Importgerste, der am Tag der Ausfuhr gegenüber Drittländern gilt. Das Exportgut wird also nicht auf das Preisniveau des einführenden Mitgliedslandes hinuntergeschleust, sondern auf das Weltmarktpreisniveau. Der Sinn : Ausführende Mitgliedsländer sollen gegenüber Drittländern nicht diskriminiert werden. Doch unterliegt das Exportgut nun auch der Abschöpfungsregelung im einführenden Mitgliedsland, sein Preis muß also wieder ein Stück hochgeschleust werden.

Bei der Abschöpfungsregelung im Einfuhrland ist wiederum dies zu beachten : Wurde die betreffende Gerste im ausführenden Mitgliedsland geerntet, wird der Pauschbetrag vom Abschöpfungssatz abgezogen, so daß auch hier die EWG-Präferenz zum Tragen kommt. Wurde die Gerste dagegen lediglich reexportiert, so zieht das Mitgliedsland, das importiert, den Pauschbetrag nicht ab. Mit entsprechenden Ursprungszeugnissen ist dann der Kontrolle wegen die Herkunft nachzuweisen, falls der Exporteur in den Genuß der EWG-Präferenz kommen will.

V. WIRKEN UND FOLGEMAßNAHMEN DER GERSTENPREISSETZUNG AUF DEM MARKT FÜR MALZ UND BIER

Einstige und gegenwärtige Marktordnung haben den Braugerstenpreis auf ein Niveau gehoben, das erheblich über dem der Auslandsmärkte liegt. Das muß Mälzereien und Brauereien zunächst in zweierlei Weise benachteiligen ;

- Gegenüber den relativ billigen Malz- und Biereinfuhren können sie auf dem Inlandsmarkt nicht wettbewerbsfähig sein.
- Mit ihren Ausfuhren an Malz und Bier können sie auf den Auslandsmärkten nicht wettbewerbsfähig sein.

Wenn diese Benachteiligung nicht wirksam werden sollen, sind Ausgleichsregelungen notwendig. So kommt es zwangsläufig zu Komplementärmaßnahmen.

Solche Maßnahmen pflegen sich anfangs als unvollkommen zu erweisen, oder sie verlieren im Wechsel des Marktgeschehens ihre Wirksamkeit. Folgemaßnahmen lösen sie darum in der Regel ab oder ergänzen sie. Malz- und Biermarkt geben für diese Beobachtung Beispiele.

Ausgeblieben sind Folgeinterventionen mit direkter Preis- und Mengenbeeinflussung auf beiden Märkten. Wegen der verhinderten Substitutionsmöglichkeiten für Braugerste und wegen der relativ geringen Preiselastizität der Braugerstennachfrage waren sie entbehrlich.

Auch der Umfang von Folgemaßnahmen hätte sich in Grenzen halten lassen, wenn nicht ab 1962 das Nebeneinander von EWG-Agrar- und EWG-Zollpolitik zu Marktstörungen geführt hätte.

1. Schutz vor Malzeinfuhren : Vom Einfuhrzoll bis zur Abschöpfungsregelung

Seit jeher wurde die Malzeinfuhr durch einen Schutzzoll reguliert. Er unterlag, wenn seine Schutzwirkung den Erwartungen nicht entsprach, häufigen Änderungen (1). Auch die Zeit nach 1950 brachte eine jahrelange

(1) Vgl. z. B. A. Bilger, Gerste- und Malzzölle mit besonderer Berücksichtigung der Brauindustrie. Diss. München (o. J.), S. 5 ff.

Auseinandersetzung über den richtigen Zollsatz. Kontrahenten waren die Landwirtschaft und die Mälzereien einerseits und die Brauwirtschaft andererseits. Alle drei Interessengruppen bemühten sich um entsprechenden Einfluß auf die Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung. Der Erfolg ihrer Bemühungen läßt sich aus Tabelle 15 ablesen. Danach kann man insgesamt drei Phasen unterscheiden :

- 1) 1950-1961 : Stückzoll, Wertzoll, Gleitzoll.
- 2) 1961-1962 : Andienungszwang, Abschöpfung.
- 3) Ab 1962 : EWG-Abschöpfungsregelung.

Der erste Zoll war ein Stückzoll, stammte mit seinem Zollsatz aus dem Jahr 1930 (1) und gehörte noch zum Bülow-Tarif von 1902 (2). Er wurde, zumal er prohibitiv wirkte (3), mit dem Zolltarifgesetz von 1951 durch einen Wertzoll (Satz 20 v. H.) abgelöst (4).

Auch den neuen Zollsatz sah das Braugewerbe zunächst als überhöht an (5) : Die Versorgungslage auf dem Braugerstenmarkt war 1951/52 sehr angespannt, die Braugerstenpreise hatten ihren gesetzlichen Höchststand überschritten, und Braugersteneinfuhren wurden wegen mangelnder Reaktionsfähigkeit von BML und EVSt stark verzögert. Und in dieser Notlage versagte auch das Regulativ der Malzimporte : Wegen des relativ hohen Zollsatzes konnten die Brauereien bis auf einige Notkäufe nicht auf Importmalz ausweichen.

Doch wendete sich die Lage bald. Seit dem Spätherbst 1952 waren die Weltmarktpreise für Gerste ungewöhnlich stark gesunken, so daß das Auslands-

-
- (1) Vgl. Gesetz über Zolländerungen bei Malz, Kartoffeln, Mehl und Kleie. Vom 26. März 1930 (RGBl I 1930/S. 88) und Verordnung über Änderungen der Zollsätze für Weizen, Spelzen und Gerste. Vom 25. Oktober 1930 (RGBl I 1930/S. 480). - Zollsatz / 34, 67 DM/dz.
 - (2) Vgl. Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1901, RGBl 1902/S. 75.
 - (3) Der Preis für Inlandsmalz betrug etwa 65 DM/dz, der für Auslandsmalz frei Grenze - so für tschechisches Malz - etwa 50 DM/dz (nach Angaben des Nordwestdeutschen Mälzerbundes e. V., Bonn, Schreiben vom 10. September 1965).
 - (4) Vgl. Zolltarifgesetz vom 16. August 1951, BGBl I 1951/S. 527. - Zum Zustandekommen des Zollsatzes vgl. GeschBerDBB 1950/51 (S. 17) und 1951/52 (S. 28). - Zuvor hatte es einen Übergangszollsatz von 12 und 11 DM/dz gegeben (vgl. Zollbegünstigungsliste vom 6. Juli 1951, BZBl 1951/Nr. 21).
 - (5) Vgl. GeschBerDBB 1951/52, S. 11 ff.

malz in seinem Preis ebenfalls sank (1) und sich vom deutschen Malzpreis deutlich abhob (2). Jetzt lag in der Tat ein Schutzbedürfnis der deutschen Handelsmälzereien vor. Dem aber trug der Malzzoll, da Wertzoll, keine Rechnung (3).

Daher drangen Mälzer und Landwirtschaft auf eine befristete Entliberalisierung von Malz (4). So unterlagen die Malzeinfuhren zeitweilig wieder mengenmäßigen Beschränkungen (5). Bestrebungen, den Malzhandel einer dauerhaften Beschränkung zu unterwerfen (Andienungszwang für Malzimporte), schlugen dagegen fehl. (6).

Statt dessen trat ein gleitender Mischzoll in Kraft (7). Sein Satz belief sich auf 20 v.H. des Wertes, jedoch mindestens 60 DM/dz abzüglich 70 v.H. des Wertes (seine Funktionsweise s.Figur 11). Obwohl der Zoll "Ausnahmecharakter" hatte, wurde er, da die Gerstenpreisdifferenz zwischen In- und Ausland unverändert blieb, auch für die folgenden Jahre beibehalten (8). Dabei erhöhte er sich einmal, veranlaßt durch die für 1958/59 beschlossene Gerstenpreiserhöhung (9).

(1) Vgl. Tabelle 17 (Anhang).

(2) So im Schreiben des Nordwestdeutschen Mälzerbundes e.V., Bonn, vom 10. September 1965.

(3) Bekanntlich bleibt beim Wertzoll, wenn sich der Preis des Zollgutes ändert, zwar die relative, nicht aber die absolute Zollbelastung gleich. Sinkt also der Preis, steigt das Schutzbedürfnis, doch die Schutzkraft des Zolls wird geringer.

(4) Vgl. Bundestagsdrucksache Nr. 4560 (1. Wahlperiode) vom 30. Juni 1953. Antrag Dr. Dr. Müller (Bonn) ... und Genossen.

(5) Malz wurde aus der Liste der liberalisierten Waren herausgenommen: Fünfte Berichtigung und Änderung der Liste der Waren, die ohne mengenmäßige Beschränkungen ... eingeführt werden können. Vom 14. Juli 1953. BAnz 1953/Nr. 133.

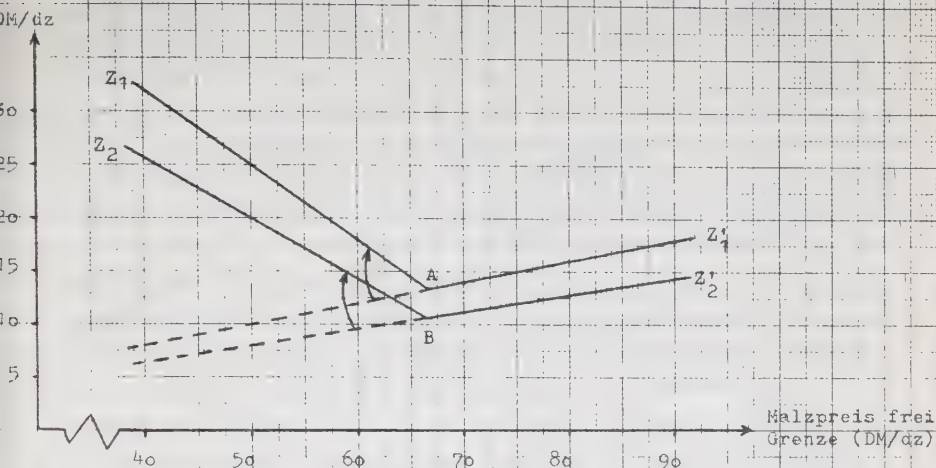
(6) Bgl. Bundestagsdrucksache Nr. 4423 (1. Wahlperiode) vom 3. Juni 1953. Antrag der Abgeordneten Struve, Dr. Horlacher ... und Genossen.

(7) Vgl. Gesetz zur Änderung des Zollltarifs. Vom 22. Dezember 1953. BGBl I 1953/S. 1568.

(8) Vgl. Gesetz zur Verlängerung des Gesetzes zur Änderung des Zollltarifs. Vom 26. November 1954. BGBl I 1954/S. 357. - Zum im wesentlichen unveränderten Preisniveau für Auslandsmalz s. Tabelle 17 (Anhang).

(9) Vgl. Zollltarifgesetz vom 27. Juli 1957 (mit Wirkung ab 1. Januar 1958). BGBl I 1957/S. 1395. - Zur Gerstenpreiserhöhung s. Tabelle 14 (Anhang).

Figur 11: EINFUHRZOLL AUF MALZ IN DER BUNDESREUBLIK - DIE ZOLLBELASTUNG
BEIM GLEITENDEN MISCHZOLL VON 1954 UND 1966 (in DM/dz)

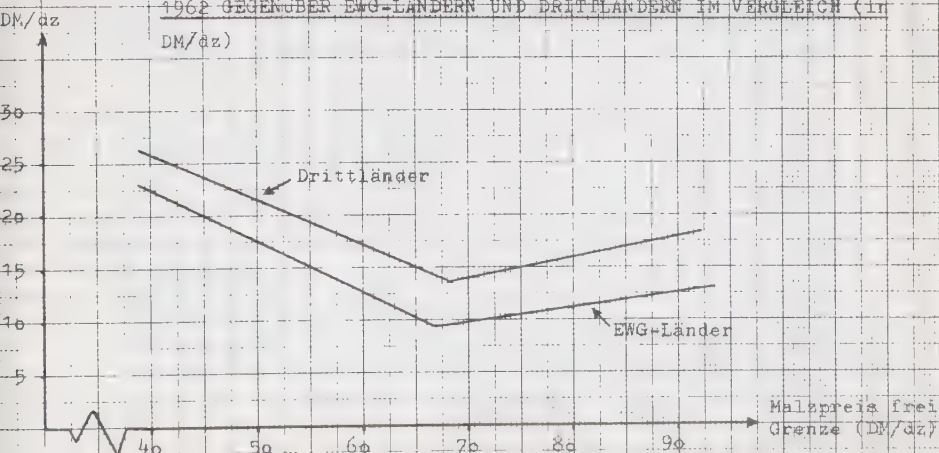


$Z_1 Z'_1 = 20$ v.H. des Wertes, aber mind. 60 DM/dz abzgl. 70 v.H. des Wertes
 $Z_2 Z'_2 = 16$ v.H. des Wertes, aber mind. 48 DM/dz abzgl. 56 v.H. des Wertes

Es ist zu sehen: Bei sinkendem Zollwert setzt ab A und B (etwa ab 66,70 DM/dz) die Wirkung des Mindestzolls ein; die Kurve der absoluten Zollbelastung knickt "nach oben" ab. Das Minimum der absoluten Zollbelastung liegt in A bzw. B.

(Quelle: Tabelle 15)

Figur 11a: EINFUHRZOLL AUF MALZ IN DER BUNDESREUBLIK - DIE ZOLLBELASTUNG
1962 GEGENÜBER EWG-LÄNDERN UND DRIITLÄNDERN IM VERGLEICH (in
DM/dz)



(Quelle: Tabelle 15)

Die nächsten Störungen auf dem Malzmarkt brachte der EWG-Vertrag mit seinen innergemeinschaftlichen Zollsenkungen ab 1. Januar 1959; denn unter diese Senkungen fiel auch der Malzzoll. Da aber den schrittweisen Zollsenkungen keine Gerstenpreisangleichung im gleichen Rhythmus folgte, wurde belgisches, französisches und niederländisches Importmalz im Preiswettbewerb auf dem deutschen Malzmarkt begünstigt; Belgien, Frankreich und die Niederlande besaßen nicht nur niedrigere Braugerstenpreise; ihre Mälzereien hatten auch die Möglichkeit, die noch billigere Weltmarktgerste abschöpfungs- bzw. zollfrei einzuführen, wenn sie sie in Form von Malz (z.B. in die Bundesrepublik) wieder ausführen (1).

Hinzu kam: Die erste Zollsenkung sollte 10 v.H. des am 1. Januar 1957 angewandten Zollsatzes betragen. Da man diesen Satz in der Bundesrepublik aber 1958 erhöht hatte, wurde der deutsche Zollsatz (bezogen auf den Zoll von 1958) effektiv um etwa 16 v.H. gesenkt (2).

Ein Versuch der Regierung, lediglich auf den alten Zollsatz von 1957 zurückzugehen (3), gelangt nicht. Daher griff sie zu einer Möglichkeit, die Artikel 44 EWG-V einräumt, und ließ einen Mindestzoll von 65 DM/dz erheben (4). Wie es heißt (5), haben die übrigen Mitgliedsländer dieses Vorgehen stillschweigend gebilligt.

Schon am 17. Juli 1959 wurde die Mindestzollregelung wiederaufgehoben (6). In Knokke (Belgien) hatten die belgischen und niederländischen Mälzereien unter Mitwirkung der Regierungen eine Begrenzung ihrer Aus-

-
- (1) Zu den unterschiedlichen Braugerstenpreisen der EWG-Länder s. Tabelle 21 a; zu den unterschiedlichen Braugerstenkosten der Mälzereien in der EWG s. Tabelle 21 b (Anhang).
 - (2) Bei einem durchschnittlichen Auslandspreis für Malz frei deutsche Grenze von 57, 50 DM/dz (Tabelle 17) hätte die Zollbelastung 1958 durchschnittlich 21, 47 DM/dz betragen, 1959 dagegen nur 17, 77 DM/dz.
 - (3) Vgl. Bundestagsdrucksache Nr. 595 (3. Wahlperiode) vom 29. Oktober (Fußnote auf Seite 6) und den Deutschen Zolltarif 1959. (BGBl II 1958/S. 751).
 - (4) Vgl. Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 64/58. BAnz 1958/Nr. 249. - Der schon verabschiedete Zollsatz von 1957 wurde rückwirkend wieder geändert (Erste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Malzzoll). Vom 20. Februar 1959. BGBl II 1959/S. 122).
 - (5) Vgl. GeschBerDBB 1957/58 - 1958/59, S. 18.
 - (6) Vgl. BAnz 1959/Nr. 134.

führen in die Bundesrepublik zugesagt (1). Belgien kontingentierte bis zum 30. Juni 1960 auf 30 000, die Niederlande auf 5 000 Tonnen. Um die Zusage zu bekräftigen, führte Belgien zugleich eine Lizenzpflicht für Malzausfuhren ein (2).

Ein Jahr später verlängerten die Beteiligten das Knokke-Abkommen (3). Gleichzeitig erhöhten sie die vereinbarten Kontingente um 12 v.H. Da aber Frankreichs Teilnahme auch diesmal ausblieb, wurde das Abkommen wiederum als wenig glückliche Lösung empfunden (4), und zwar deswegen, weil Frankreich "mit ständig steigenden Preisunterbietungen" den deutschen Malzmarkt zu gewinnen versuchte (5).

Dies alles ließ die Einfuhrregelung als unzulänglich erscheinen, zumal am 30. Juni 1960 die zweite Zollsenkung bevorstand. Im November 1960 stellte die Bundesregierung darum einen Schutzantrag bei der Kommission nach Artikel 46 EWG-V (6). Dieser Artikel billigt den Mitgliedsländern zu, eine Ausgleichsabgabe auf Einfuhren zu erheben, wenn eine einzelstaatliche Marktordnung eines anderen Vertragspartners die Wettbewerbslage zwischen zwei gleichen Erzeugnissen beeinträchtigt.

Die Kommission verabschiedete den Antrag erst Ende April 1961 und genehmigte die Ausgleichsabgabe (7). Doch kam ihre Entscheidung zu spät : Die Bundesrepublik hatte das Importmalz derweilen dem Andienungszwang und

-
- (1) Vgl. GeschBerDBB 1957/58 - 1958/59, S.19. - Der Bericht bemerkt dazu (ebenda) : "Leider scheint dieses Gentleman Agreement in der Praxis dahin zu führen, daß der Wettbewerb der ausländischen Lieferanten auf dem Inlandsmarkt gedämpft wird." Deutlicher wird der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien in seinem Geschäftsbericht 1959, S.18 : Das Kontingentsystem "beschränkte den Wettbewerb, der Preis für Auslandsmalz erhöhte sich um 3 bis 4 DM/dz auf über 80 DM/dz".
- (2) Vgl. CBMC-Bericht, a. a. O., S. 34, und GeschBerDBB 1957/58-1958/59, S. 19.
- (3) Vgl. Die Brauerei (1960) Nr. 39, S. 305.
- (4) Vgl. Die Brauerei (1960) Nr. 39, S. 305.
- (5) GeschBerDBB 1959-1961, S. 13. - So stiegen die Malzeinfuhren aus Frankreich von rund 6 000 t im Jahr 1959 auf 29 000 t im Jahr 1960 (vgl. Tabelle 9).
- (6) Schreiben der Bundesregierung an die Kommission vom 11. November 1960 (lt. Schreiben der Kommission vom 21. Oktober 1965).
- (7) Vgl. Entscheidung vom 28. April 1961. AB 1961/S. 825).

und dem Abschöpfungsverfahren unterworfen (1).

"Es wurde ein Abgabepreis von 77 DM/dz festgelegt. Die sich daraus ergebenden Abschöpfungsbeträge wurden wöchentlich von der Einfuhr- und Vorratsstelle bekanntgegeben." (2)

Doch als die Entscheidung der Kommission gefallen war, zeigte sich die Bundesregierung nicht bereit, die Entscheidung anzuwenden (3). Trotz mehrfachen Schriftwechsels und einer unter den Mitgliedsländern geführten Besprechung ist es der Kommission nicht gelungen, ihre Entscheidung durchzusetzen (4).

Der umstrittene Zustand war beendet, als die Verordnung Nr. 19 in Kraft trat. Sie unterstellte der Marktordnung auch alle Getreideerzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe. Zu ihnen gehört Malz (5).

Doch greift die Marktordnung nur in den Außenhandel ein; Binnenhandel und Preisbildung sind weiterhin frei (6).

Jede Malzeinfuhr ist lizenzpflichtig. Die erteilte Lizenz berechtigt und verpflichtet zur Einfuhr. Sie gilt für den Monat, in dem sie gewährt wurde, und vier weitere Monate darüber hinaus. Die Einfuhr ist mengenmäßig nicht beschränkt.

Vorm Erwerb der Lizenz hat der Importeur eine Kautions zu stellen. Sie ist genau so hoch wie bei der Gersteneinfuhr.

Auf jede Malzeinfuhr wird eine Abschöpfung erhoben. Sie besteht aus einem beweglichen und einem festen Teilbetrag. Der bewegliche Teilbetrag soll die Gerstenpreisdifferenz gegenüber dem Ausland ausgleichen. Er

-
- (1) Vgl. Fünftes Gesetz zur Änderung des Getreidegesetzes. Vom 23. Februar 1961 (BGBl I 1961/S. 117) und Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 14/61 vom 17. März 1961 (BANz 1961/Nr. 57).
 - (2) U. Paulsen. Die Grundzüge der neuen Gerstenmarktordnung. Brauwelt (1962) Nr. 49, S. 970).
 - (3) Lt. Schreiben der Kommission vom 21. Oktober 1965.
 - (4) Ebenda. - Im Grunde ging es um die Höhe des Abgabepreises, den die Kommission für überhöht hielt. Daneben beanstandete sie den Berechnungsmodus für diesen Preis.
 - (5) Vgl. Verordnung Nr. 19, a. a. O., Art. 1, Buchstabe d.
 - (6) In folgenden wird auf eine ausführliche Zitierung aller einschlägigen Verordnungen und Bestimmungen verzichtet. Die rechtlichen Grundlagen finden sich in der Verordnung Nr. 19.

orientiert sich daher am Abschöpfungssatz, der für Gerste gilt, und verändert sich entsprechend mit ihm. Der feste Teilbetrag hat ausschließlich eine Schutzzollfunktion, wird aber gegenüber Mitgliedsländern jährlich um zwei Fünftel des Anfangsbetrages (1) verringert. Er ist also ein spezifischer Zoll und in allen Mitgliedsländern einheitlich.

Der bewegliche Teilbetrag wird so berechnet : Für 100 kg eingeführtes Malz ist der bewegliche Teilbetrag innerhalb eines gegebenen Monats gleich dem mittleren Abschöpfungssatz für 133 kg Gerste. Dieser "mittlere Abschöpfungssatz" ist für Malzimporte aus Mitgliedsländern ein anderer als für solche aus Drittländern.

Bei der Einfuhr aus Drittländern geht man von der Differenz zwischen dem Schwellenpreis für Gerste im Einfuhrmonat und den durchschnittlichen cif-Preisen für Gerste im Vormonat aus (2). Diese Differenz wird mit 1,33 multipliziert. Das Ergebnis ist der bewegliche Teilbetrag der Abschöpfung auf 100 kg Importmalz aus Drittländern.

Entsprechend geht man bei der Einfuhr aus Mitgliedsländern vor. Zugrunde liegt ebenfalls der Schwellenpreis des Einfuhrmonats. Dem wird der durchschnittliche Frei-Grenze-Preis der ersten 25 Tage des Vormonats gegenübergestellt (3). Die Differenz zwischen beiden Preisen wird mit 1,33 multipliziert und ergibt den beweglichen Teilbetrag der Abschöpfung auf 100 kg Importmalz aus Mitgliedsländern. Der Pauschbetrag wird nicht berücksichtigt (4).

Beide Teilbeträge werden in bestimmter und umständlicher Weise berichtet, wenn sich cif-Preis und Frei-Grenze-Preis des Einfuhrmonats verändert haben (5). Ihre Berechnungsfaktoren ermittelt die Kommission und teilt diese der EVSt mit. Die EVSt rechnet den Teilbetrag aus.

Eine Vorausfixierung der Malzabschöpfung ist ebenfalls möglich, und zwar für vier weitere Monate, die auf den Monat des Lizenzantrags folgen. Sie

-
- (1) Der Anfangsbetrag belief sich auf 36 DM/t.
 - (2) Als durchschnittlicher cif-Preis gilt das arithmetische Mittel aller cif-Preise, die im Vormonat gegolten haben.
 - (3) Dieser Durchschnitt ist gegebenenfalls in bestimmter Weise zu berichtigen (s. Verordnung Nr. 141/64/EWG, AB 1964/S. 2666, Art. 2, Abs. 2, Buchstabe b).
 - (4) Begründung s. Präambel zur Verordnung Nr. 141/64/EWG, a. a. O.
 - (5) Näheres hierzu s. Verordnung Nr. 141/64/EWG (a. a. O.) und Verordnung Nr. 83/65/EWG (AB 1965/S. 1903).

wird im wesentlichen gleich gehandhabt wie die Vorausfixierung der Gerstenabschöpfung. Eine Prämie wird nur bei Einfuhren aus Drittländern erhoben.

Es ist also zu sehen : Bei Malz haben die EWG-Organen aus der Unverträglichkeit zweier verschiedener (nämlich agrarpolitischer und zollpolitischer) Maßnahmen die Konsequenz gezogen und die Schutzregelung gegenüber Gersteneinfuhren "systemgemäß" auf die Malzeinfuhren übertragen.

Dabei hält die jetzige Regelung anders als zuvor beim deutschen System den Schutz vor der Gerstenpreisdifferenz und den Schutz vor der ausländischen Malzindustrie deutlich auseinander. Dabei wird der zweite Schutz im innergemeinschaftlichen Malzhandel schon jetzt schrittweise abgebaut. Das erste Schutzbedürfnis wird sich gegenüber Mitgliedsländern durch die Getriedepreisangleichung von selbst erledigen.

Die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen, unter denen die deutsche Malzindustrie zu leiden hatte (erhöhtes Risiko, wirtschaftliche Unsicherheit), sind also im wesentlichen beseitigt. Dafür mußte anderes (Lizenzen, Kautions, Prämie sowie mehrere technische Unvollkommenheiten einzelner Maßnahmen) in Kauf genommen werden, wovon vor allem die Brauindustrie betroffen ist.

Der schrittweise Abbau des festen Teilbetrages gegenüber Einfuhren aus Mitgliedsländern hat den innergemeinschaftlichen Handel mit Malz wachsen lassen und handelsumlenkende Wirkungen gehabt; jedenfalls soweit es die Malzimporte der Bundesrepublik betrifft : Der Drittländeranteil an den Malzeinfuhren ist zugunsten der EWG-Länder zurückgegangen (Tabelle 9).

2. Wahrung der Ausfuhrmöglichkeiten für Malz : Aktiver Veredelungsverkehr, abschöpfungsfreie Gersteneinfuhr und Barerstattung

Um das deutsche Exportmalz im Preiswettbewerb auf den Auslandsmärkten nicht zu benachteiligen, müßten Mälzereien oder Malzexporteure so gestellt werden, als ob die Gerstenpreisdifferenz zum Ausland nicht bestünde.

Das ist möglich, wenn der Staat diese Preisdifferenz bei jeder Malzausfuhr wieder ausgleicht. Ein solcher Vorgang ließe sich kurz als "Restitution" bezeichnen, stellt er doch lediglich eine Situation her, wie sie beim Feh-

len der Gerstenpreisunterschiede im In- und Ausland ohnehin bestehen würde.

Dazu ein schematisches Beispiel : Der Inlandspreis für Braugerste betrage 40 DM/dz, der Braugerstenpreis im Ausland 30 DM/dz. Werden unter diesen Umständen 100 kg Malz ausgeführt, erhält der Exporteur für die rund 133 kg Braugerste, die in diesem 100 kg Malz verarbeitet sind, einen Restitutionsbetrag von 13,30 DM/dz zugesprochen.

In der Praxis ist allerdings fraglich, ob sich mit einem solchen Restitutionsbetrag jene Gleichheit erreichen läßt, wie sie sich unter freien Marktbedingungen (also ohne Preisabhebung) ergeben würde. Bei aller möglichen Genauigkeit der Berechnung wird man immer nur auf eine pauschale Restitution kommen. Denn die Braugerstenpreise sind nicht nur im Einkaufszeitpunkt schon unterschiedlich hoch, sondern verändern sich dazu im Zeitablauf. Welche Preise aber sollen der Berechnung zugrunde gelegt werden ?

Und da man das Verfahren möglichst einfach gestalten muß, damit der finanzielle und sonstige Aufwand für die bürokratische Organisation in einem angemessenen Verhältnis zum beabsichtigten Erfolg der Maßnahme steht, wird man letztlich immer zu Durchschnittsberechnungen Zuflucht nehmen müssen. Und dann wird es immer relativ Begünstigte und relativ Benachteiligte bei der Restitution geben. Insofern also wird ein echter Ausgleich der Preisdifferenz nie zu erwarten sein.

Im übrigen hat es lange gedauert, ehe es eine Restitution der beispielhaft gezeigten Art (unbegrenzte Restitution) überhaupt gab. Denn die Barerstattung für jede Malzausfuhr kam erst mit der EWG-Marktordnung.

Bis 1952 gab es nur die Möglichkeit zur begrenzten Restitution mittels des aktiven Zollveredelungsverkehrs. Importierte Braugerste, die im Inland zu Malz veredelt werden sollte, blieb abschöpfungsfrei, wenn das aus ihr hergestellte Malz wieder ausgeführt wurde. Zu diesem Zweck mußte die Mälzerei die Nämlichkeit der Importware sichern, also nachweisen, daß die abschöpfungsfrei eingeführte Braugerste im ausgeführten Malz tatsächlich verarbeitet war.

So setzte nicht nur jeder Malzexport immer eine vorangegangene Gersteneinfuhr voraus - damit war inländische Braugerste von der Verarbeitung zu Exportmalz praktisch ausgeschlossen -, sondern die betrieblichen Nachteile der gesonderten Verarbeitung und Lagerung kamen hinzu. Sie waren sehr lästig und stellten sich bald als nicht zumutbar heraus. Darum konnte die

Zollbehörde später den Nämlichkeitsnachweis unter bestimmten Umständen erlassen (Verfahren des sogenannten zollrecht fremden Veredelungsverkehrs) (1).

Im Herbst 1952 trat neben dem aktiven Veredelungsverkehr ein zweites Verfahren in Kraft : die abschöpfungsfreie Einfuhr begrenzter Mengen von Gerste (2). Von dem ersten Verfahren unterschied es sich darin, daß der Nämlichkeitsnachweis entfiel und es gleichgültig war, ob Brau- oder Futtergerste eingeführt wurde. Trotz der Erleichterung war die Restitution weiterhin begrenzt, da immer an Importe gebunden (3).

1956 wurde das Verfahren der abschöpfungsfreien Gersteneinfuhr noch attraktiver, weil die EVSt den Umrechnungsschlüssel geändert hatte (z.B. bei Pilsener Malz von 133 : 100 auf 143 : 100). So konnten die Mälzereien bis zu 11 kg Gerste je 100 kg Exportmalz mehr abschöpfungsfrei einfuhren.

Inwieweit diese Änderung auf Grund der Gerstenpreisdifferenz berechtigt war, ist heute nur schwer nachzuprüfen. Sie wäre es gewesen, wenn das Verfahren die Preisdifferenz nur unvollkommen ausgeglichen hätte. Die Begründung des DMB (4) soll dafür sprechen : Wenn einer deutschen Mälzerei beispielsweise englische Gerste abschöpfungsfrei zur Verfügung stehe, könne diese Mälzerei mit einem englischen Konkurrenten etwa auf dem südamerikanischen Markt nicht wettbewerbsfähig sein. Sie trage nämlich nicht den gleichen Preis wie ihr englischer Konkurrent, sondern zusätzlich die Gerstenfracht von England nach Deutschland sowie die Kosten des zweimaligen Umschlags. Bei dem hohen Rohstoffkostenanteil am Malzwert sei diese Zusatzbelastung beträchtlich, vor allem im Wettbewerb auf den überseeischen Märkten. Aber es ist schwer einzusehen, daß diese Begründung zutrifft. Es scheint eher so zu sein, daß man unterschiedliche Standortlagen zu nivellieren trachtete. Die staatlich gesetzten Gerstenpreise gaben lediglich das Argument ab, dieses Verlangen als "ökonomisch gerechtfertigt" zu stützen.

-
- (1) Lt. Schreiben des Nordwestdeutschen Mälzerbundes e. V., Bonn, vom 10. September 1965.
 - (2) Nach Angaben des Nordwestdeutschen Mälzerbundes (vgl. ebenda) durch Verfügung des BML an die EVSt. Später war Lt. Schreiben der EVSt vom 14. Februar 1966 ein nicht veröffentlichter Kabinettsbeschuß vom 26. Februar 1955 maßgebend.
 - (3) Ab 1957 mußte der Export dem Import vorangehen (Verfügung der EVSt vom 13. November 1956).
 - (4) Vgl. Schreiben des DMB vom 7. Dezember 1965.

Wesentliche Änderungen oder Ergänzungen beider Verfahren traten bis 1962 nicht ein (1). Erst im April 1962 wurde als Übergangsregelung zur EWG-Marktordnung ein Barerstattungsverfahren eingeführt (2). Erstattet wurde die Differenz zwischen dem gültigen Erzeugerhöchstpreis für Braugerste und dem Weltmarktpreis für Braugerste (Abladung August 1962) cif Nordseehäfen oder frei deutsche Grenze. Dabei wurde der Umrechnungsschlüssel von 1956 bei Ausfuhren in Drittländer bis zum 31. Dezember 1962 beibehalten.

Die EWG-Marktordnung sieht grundsätzlich das Barerstattungsverfahren vor, so wie es oben als "unbegrenzte Restitution" bezeichnet wurde. Damit sind die Nachteile für die deutschen Mälzereien beim Malzexport im wesentlichen ausgeräumt (3).

Das Verfahren (4) : Berechnungsfaktoren der Barerstattung bei der innergemeinschaftlichen Ausfuhr sind der deutsche Schwellenpreis für Gerste und

- (1) Lediglich im Zollveredelungsverkehr kam unter bestimmten Voraussetzungen ein Anteilzoll hinzu. Doch hatte und hat der Anteilzoll für den Malzmarkt so gut wie keine Bedeutung, da der Veredelungsverkehr für die Mälzer ohnehin uninteressant war. Näheres über den Anteilzoll siehe Kapitel 4 in diesem Abschnitt.
- (2) Aushang der EVSt vom 13. April 1962.
- (3) Als ungleich werden z. B. noch die Wettbewerbsbedingungen mit Drittländern auf überseeischen Märkten empfunden (vgl. die Begründung des DMB auf Seite 84. eingerückter Text). Daher gibt es "Bestrebungen, für den Export nach überseeischen Ländern eine Zusatzerstattung zu gewähren, die die Differenz zwischen cif- und fob-Preisen der Weltmarktgerste ausgleicht" (Schreiben des DMB vom 7. Dezember 1965). - Allerdings wird man sich immer vor Augen führen müssen : Zwar soll die Barerstattung lediglich als k o m p e n s a t o r i s c h e Exportsubvention wirken; infolge der unumgänglichen Durchschnittsberechnung aber dürfte sich diese Absicht gänzlich kaum erfüllen lassen. Werden die Gerstenpreisunterschiede vom Barerstattungssatz unterkompensiert, liegt eine relative Benachteiligung der inländischen Mälzer vor, werden sie überkompensiert, eine relative Begünstigung. In beiden Fällen kann es - volkswirtschaftliche gesellen - zu Produktionsfehllenkungen kommen.
- (4) Stand vom 18. August 1965. - Zwar sind seit 1962 eine Reihe von Änderungen in einzelnen Techniken eingetreten, doch haben sie am Kern der Bestimmungen nicht gerührt. Auf die Zitierung der einschlägigen Verordnungen wird wegen ihrer Vielzahl verzichtet.

der Gerstenschwellenpreis des Einfuhrlandes (1). Beide Preise werden mit 1,33 multipliziert, und die Differenz zwischen den beiden Produkten ist der Erstattungssatz für Malz. Wie bei der Abschöpfung ist auch hier eine Vorausfixierung möglich, und zwar für den Monat der Antragstellung und für die elf folgenden Monate. Bei der Malzaufuhr in Drittländer ist die Regelung folgende :

Der Erstattungsbetrag für 100 kg Malz innerhalb eines gegebenen Monats muß dem durchschnittlichen Erstattungsbetrag für 133 kg Gerste entsprechen, der bei der Ausfuhr von Gerste im Verlauf der ersten 25 Tage des Vormonats hätte gewährt werden dürfen. Dieser Erstattungsbetrag für Ausfuhrmalz wird, wenn sich der deutsche Gerstenschwellenpreis des Ausfuhrmonats gegenüber dem des Vormonats verändert hat, um die betreffende Differenz erhöht.

Sollte sich der deutsche cif-Preis für Gerste innerhalb des gegebenen Monats so sehr verändern, daß die Differenz zwischen ihm und dem deutschen Gerstenschwellenpreis (abzüglich jenes mittleren Erstattungsbetrages) 1 DM/dz übersteigt, dann wird der mittlere Erstattungsbetrag um diese (auf- oder abgerundete) Differenz erhöht.

Sollte sich danach und während desselben Monats der cif-Preis wiederum ändern, so daß die Differenz zwischen ihm und dem Schwellenpreis nunmehr von dem neuen mittleren Erstattungsbetrag um 1 DM/dz oder mehr abweicht, so wird dieser Erstattungsbetrag um die (auf- oder abgerundete) Differenz erhöht bzw. verringert. Dieser (zweite) neue mittlere Erstattungsbetrag darf aber nicht niedriger sein als der ursprüngliche, am ersten Tag des Monats festgesetzte Erstattungsbetrag.

Auch bei Ausfuhr in Drittländer ist eine Vorausfixierung der Barerstattung möglich.

Neben der Barerstattung gibt es weiterhin das Verfahren des Veredelungsverkehrs und der abschöpfungsfreien Gersteneinfuhr, aber nur für Exporte in Drittländer. Beide Verfahren sind für die Mälzer wenig interessant, obwohl die auf diese Weise importierte Gerste nicht in der Mälzerei verarbeitet werden muß (Frachtkostenproblem !), sondern im Einfuhrhafen verkauft werden darf.

-
- (1) Falls der cif-Preis für Gerste im Einfuhrland höher ist als der Gerstenschwellenpreis in diesem Land, tritt der cif-Preis an die Stelle des Schwellenpreises.

"Der Nachteil der Eigenveredelungsverkehre (1) liegt vor allem in der größeren Abhängigkeit der gesamten Gersteneinkaufsdisposition vom Exportgeschäft sowie in der Tatsache, daß in aller Regel die Differenz zwischen dem Schwellenpreis und dem cif-Preis für Gerste größer ist als die Differenz zwischen deutschen und englischen bzw. dänischen Braugerstenpreisen" (2).

Im letzten Fall also ist die Barerstattung ohne Zweifel finanziell günstiger.

Gegenüber dem Veredelungsverkehr hat die abschöpfungsfreie Gersteneinfuhr zwar einen Vorteil : Statt nur Braugerste kann auch Futtergerste importiert werden. Aber :

"Der wesentliche Nachteil dieses Verfahrens besteht - neben der Umsatzausgleichsteuer, die hier für die Gersteneinfuhr zu zahlen ist (umgerechnet auf 1 t Malz ca. 5, - DM) - in der Tatsache, daß Einfuhr und Ausfuhr innerhalb von 120 Tagen durchgeführt sein müssen" (3). Es "bietet sich aber in den ersten Wochen des Getreidewirtschaftsjahres als Alternative zur Barerstattung insofern an, als bei noch festen cif-Preisen (und damit noch niedrigen Barerstattungen) der im September/Okttober nachgebende Weltmarkt für Futtergerste antizipiert werden kann" (4).

Man sieht also, wie sich die Praxis der jeweils günstigsten staatlichen Regelung zu bedienen weiß. Im übrigen aber bevorzugen die Mälzereien eindeutig das Barerstattungsverfahren, weil es den Bedingungen, die bei freien Gerstenpreisen bestehen würden, ohne Zweifel am nächsten kommt. Insofern ist das Verfahren grundsätzlich ökonomisch gerechtfertigt.

Ein anderes dagegen ist weniger einleuchtend : Auch der Export von Malz ist lizenzpflichtig. Die Lizenz ist elf Monate über den Antragsmonat hinaus gültig und muß ebenfalls jederzeit erteilt werden. Auch sie verpflichtet zur Ausfuhr. Wie beim Export von Gerste ist eine Kautionsstellung zu stellen. Hier entstehen vermeidbare Zinskosten (z.B. für Avalkredite). Darüber

(1) Eigenveredelungsverkehr = bestimmte Form der Zollveredelung.

(2) D. Kuhn, Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1963, Tfb (1963) Nr. 106/107, S. 693.

(3) Ebenda.

(4) D. Kuhn, Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1965, Tfb (1965) Nr. 101/102 S. 658.

hinaus sind die Malzexporteure mit zusätzlicher Verwaltungsarbeit belastet.

Dennoch könnte die Ausfuhrlizenz samt Kautionsorganisatorisch berechtigt sein: Bei ihrem Fehlen würden Malzexporte nur in Zeiten höchster Erstattungsbeträge stattfinden (z.B. bei der Vorausfixierung würde der angegebene Einfuhrmonat kaum eingehalten werden, wenn der Erstattungsbetrag relativ niedrig geworden ist). Dagegen spricht aber, daß die Lizenz immerhin für ganze zwölf Monate gilt, die Exporteure also ohnehin die Möglichkeit haben, sich die Zeit des günstigsten Erstattungsbetrages auszusuchen. So darf man die Berechtigung von Lizenz und Kautions (1) anzweifeln (2).

3. Schutz vor Biereinfuhren: Maßnahmen blieben aus

Der Einfuhrzoll auf Bier - seit 1951 ein Wertzoll von 20 v.H. (3) - ließ sich zunächst kaum als zwangsläufige Konsequenz des staatlich gesetzten Braugerstenpreises, also nicht als bewußte Ausgleichsmaßnahme ansprechen. Sein Satz stammte aus jenen Tagen, als die Weltmarktpreise für Gerste noch über dem deutschen Gerstenpreis lagen. Ähnlich wie anfangs der Malzeinfuhrzoll war der Biereinfuhrzoll darum nur eine Fortsetzung herkömmlicher Schutzzollpolitik.

Zu einem wirklichen Ausgleichszoll wurde er erst, als die Gerstenpreise im Ausland erheblich unter das deutsche Niveau fielen; "teilweise" darum, weil der Zollsatz die Gerstenpreisdifferenz zum Weltmarkt längere Zeit mehr als ausgeglichen haben muß.

So belief sich die durchschnittliche Zollbelastung bei Einfuhren von Flaschenbier aus EWG-Ländern bis einschließlich 1958 auf etwa 9 DM/hl, von Faßbier auf etwa 5 DM/hl (Tabelle 20 a). Demgegenüber lag die Ger-

-
- (1) Zur Begründung der Kautions s. Präambel zur Verordnung Nr. 102/64/EWG, AB 1964/S. 2125.
 - (2) Ob die Marktordnung bei der Malzausfuhr handelsumlenkende Wirkungen zur Folge gehabt hat, wird sich nur schwer feststellen lassen, da auch andere Faktoren die Exporte beeinflussen haben können. Zur Entwicklung der Exporte (aufgeteilt nach EWG- und Drittländern) s. Tabelle 29. 1964 und 1965 ist die Gesamtausfuhr zurückgegangen.
 - (3) Vgl. Zolltarifgesetz vom 16. August 1951, BGBl I 1951/S. 527.

stenkostendifferenz zwischen diesen Ländern und der Bundesrepublik bei etwa 3-4 DM/hl (Tabelle 21 c) (1).

Noch deutlicher war das Mißverhältnis zwischen Zollbelastung und Kostenunterschieden bei Einfuhren aus Drittländern : Dort betrug die durchschnittliche Zollbelastung im gleichen Zeitraum rund 14 DM/hl bei Flaschenbier und über 9 DM/hl bei Faßbier. Da die Weltmarktpreise für Braugerste zudem u n t e r den Preisen der EWG-Länder lagen, muß eine Überkompensation der Gerstenpreisdifferenz hier in noch ausgeprägterem Maße bestanden haben.

Bei den Drittländereinfuhren dürfte die Überkompensation noch heute vorhanden sein (2). Gewandelt dagegen hat sich die Situation gegenüber den Biereinfuhren aus den EWG-Ländern. Denn wie der Malzzoll wurde ab 1959 auch der Einfuhrzoll auf Bier schrittweise gesenkt. Seit 1. Januar 1965 beträgt der Zollsatz nur noch 6 v.H. des Wertes.

Unterstellt man, daß die errechneten Durchschnittszahlen (Tabelle 20 a und 21 c) die wirklichen Verhältnisse im großen und ganzen richtig wiedergeben, dürfte sich der Zollabbau für die deutschen Brauereien bei Flaschenbier frühestens ab 1962, bei Faßbier u.U. schon ab 1961 in wettbewerbsverzerrender Weise bemerkbar gemacht haben.

Einwenden ließe sich freilich, ob die jährliche Biereinfuhr aus dem EWG-Raum, da lediglich ein Bruchteil des deutschen Bierausstoßes (3), nicht zu gering sei, um für die deutsche Brauindustrie insgesamt von Bedeutung zu sein. Und in der Tat werden auch nicht alle Brauereien der Bundesrepublik von dem Preisdruck unmittelbar betroffen, dafür aber einzelne Brauereien in grenznahen Gebieten um so stärker. Dieses grenznahe Gebiet ist zudem mit jenem Bundesland identisch, das nach Bayern den höchsten Anteil am deutschen Bierausstoß hat (Nordrhein-Westfalen) (4), so daß immerhin ein

-
- (1) Allerdings dürfte die Differenz in Wirklichkeit höher gewesen sein. Denn ihrer Berechnung liegen verschiedene Annahmen zugrunde, die nicht zutreffen, u.a. die, daß das ausländische Bier nur aus Gerste gebraut wurde und nicht, wie geschehen, mit Zusätzen von Gerstensubstituten.
 - (2) Der Zollsatz ist sogar auf 24 v.H. erhöht worden, eine Folge des Angleichens an den EWG-Außentarif.
 - (3) Bierausstoß der Bundesrepublik 1962 : 62 160 000 hl.
Biereinfuhr aus dem EWG-Raum 1962 : 188 915 hl.
(Vgl. 6. StatBerDBB, S. 35, Tab. 12 und S. 61, Tab. 31).
 - (4) Vgl. 6. StatBerDBB, S. 38, Tab. 15. Danach beträgt dieser Anteil für 1962 rund 26 v.H. des Ausstoßes.

bedeutender Teil der Industrie im Einflußbereich jener Niedrig-Preis-Importe liegt.

Nach einem Memorandum des DBB (1) setzt sich der Rohstoffkostenvorsprung der drei in die Bundesrepublik exportierenden EWG-Länder (Belgien/Luxemburg, Frankreich und die Niederlande) in jüngster Zeit aus drei Bestandteilen zusammen (2) :

- 1) Aus dem unterschiedlichen Gerstenpreis. Das entspricht einem Kostenunterschied von 2, 10 - 2, 30 DM/hl.
- 2) Aus Subventionen, "soweit sie im Zusammenhang mit den Rohstoffen gewährt werden". Das sind in Belgien/Luxemburg und den Niederlanden 2 - 3 DM/hl.
- 3) Aus der Berücksichtigung des festen Teilbetrages der Malzabschöpfung und des angeblich (3) im Malzabschöpfungsbetrag enthaltenen Gerstenpauschbetrages (4). Das sind gegenüber allen drei Ländern -, 54 DM/hl.

Im einzelnen belaufen sich die Rohstoffkostenvorteile der französischen Brauereien auf 2, 81 DM/hl, die der belgischen auf 5, 60 DM/hl und die der niederländischen auf 4, 93 DM/hl (Tabelle 22).

Wie Paulsen schreibt (5), sind diese Vorteile zuungunsten der Bundesrepu-

-
- (1) Die deutsche Brauwirtschaft und der Kommissionsentwurf vom 9.6. 1964. Maschinenschriftliches Manuskript vom 5. November 1964, Bad Godesberg.
 - (2) Vgl. Ebenda, S. 1. - Errechnet für das Wirtschaftsjahr 1964/65.
 - (3) Nach der Präambel zur Verordnung Nr. 141/64/EWG (AB 1964/S. 2666) ist jener Pauschbetrag in der Malzabschöpfung nicht enthalten : "Um Verkehrsverlagerungen zu verhindern ... wird der Pauschbetrag nicht berücksichtigt."
 - (4) Und zwar deswegen zu berücksichtigen, "weil in der Praxis in der Regel mit Malzpreisen kalkuliert werden muß. Diese enthalten nicht nur die Gerstenpreisdifferenzen, sondern zusätzlich auch die durch den festen Teilbetrag der Malzabschöpfung geschützten unterschiedlichen Lohnmälzungssätze", die in der Bundesrepublik höher sind als in den Partnerländern (GeschBerDBB 1961-1964, S. 23). Dabei "wird unterstellt, daß Gerste des Weltmarkts verwandt wird ... " (Schreiben des DBB vom 7. Februar 1966).
 - (5) Vgl. U. Paulsen. Aktuelle Gersten- und Zollprobleme des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Bier in der EWG-Brauwelt (1964) Nr. 1/2, S. 6.

blik teilweise noch größer, weil die Preisdifferenz zwischen Brau- und Futtergerste in den drei Ländern niedriger zu sein pflegt als in der Bundesrepublik (1). Denn jene Berechnung beruht lediglich auf einem Vergleich der Schwellenpreise, die ja für F u t t e r gerste gelten.

Bei einem vergleichenden Blick fällt die Höhe des belgischen Kostenvorsprungs auf (2). Dazu scheint noch ein anderer Umstand zu kommen :

"Es besteht offenbar ferner die Möglichkeit, daß für belgisches Faßbier, das in Holland in Flaschen umgefüllt wird, zusätzlich die holländische Drittlandserstattung erlangt werden kann" (3).

Es versteht sich, daß der Zoll unter diesen Umständen nicht mehr hinreichte. Darum suchte man nach entsprechenden Maßnahmen, um eine Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen wenigstens annähernd herbeizuführen (4).

Konkrete Schutzmöglichkeiten boten die Artikel 44 - 46 EWG-V. Ihr Inhalt war aber nur für landwirtschaftliche Erzeugnisse bestimmt sowie für "die mit diesen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe" (5). Welche Erzeugnisse das sein sollten, führte der Vertrag in seinem Anhang II auf. Bier befand sich nicht darunter (6).

-
- (1) Das Braugerstenaufgeld in der Bundesrepublik beträgt in der Regel 40-50 DM/t, dagegen z. B. in Frankreich 10-20 DM/t (ebenda).
 - (2) Hierzu ausführlich Tfb (1964) Nr. 54/55, S. 310 ff.: "Betrachtungen zur deutschen Biereinfuhr aus der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion" (o. Verf.).
 - (3) GeschBerDBB 1961-1964, S. 23. - Die Vermutung, daß belgisches Bier über die Niederlande in die Bundesrepublik gelangt, stammt vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Vgl. das Schreiben des Bundesamts an den DBB vom 28. Februar 1964, abgedruckt in : Tfb (1964) Nr. 54/55, S. 312.
 - (4) Die erste Maßnahme bestand lediglich darin, daß die Bundesregierung ab 1. Januar 1960 den Satz für die Umsatzausgleichsteuer von 4 auf 6 v. H. erhöhte. - Zu den "möglichen und voraussichtlichen Folgen der Rohstoffkostendifferenzen" s. U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ..., a. a. O., S. 62 ff.
 - (5) Artikel 38, Abs. 1 EWG-V.
 - (6) "Um die Aufnahme des Bieres in die Liste der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist in Brüssel bei den Vorverhandlungen hart gerungen worden. Frankreich setzte sich entschieden dafür ein, die Bundesrepublik nicht dagegen, jedoch lehnten die Beneluxstaaten Bier als landwirtschaftliches Erzeugnis ab. Den Ausschlag hat dem Vernehmen nach

Allerdings schloß der Vertrag eine Aufnahme anderer Waren in den Anhang II nicht aus. Doch hatte das BMW, wie der DBB berichtet (1), den Antrag, Bier in die Erweiterungsliste aufzunehmen, abgelehnt, da eine solche Aufnahme "Anträge anderer Partner auf uferlose Erweiterung ausgelöst" hätte (2).

Damit war dem Bier die Inanspruchnahme der Artikel 44 - 46 EWG-V versagt. Nebenbei : Ob diese Artikel auf Bier überhaupt anwendbar gewesen wären, war ohnehin fraglich. Biergans (3) kommt zu dem Schluß, daß alle drei Artikel Voraussetzungen enthalten, die (zumindest dem Wortlaut nach) auf Bier nicht zutreffen. Sollte sich möglicherweise Artikel 44 eignen, so sei darüber hinaus gleichfalls fraglich, ob Mindestpreise überhaupt zweckmäßig seien : "Die Möglichkeit ihrer Umgehung ist groß und läßt sich kaum ausschließen" (4).

So blieb nur übrig, sich auf Schutzklauseln allgemeiner Art zu berufen. In Frage kamen die Artikel 226 und 235 EWG-V. Nach Artikel 226 hätte die Bundesrepublik bei der Kommission die Genehmigung für Schutzmaßnahmen beantragen können. Voraussetzung : Es müssen Schwierigkeiten bestehen, die die Brauwirtschaft "erheblich und voraussichtlich anhaltend treffen oder welche die wirtschaftliche Lage eines Gebietes beträchtlich verschlechtern können" (5).

Ob und inwieweit ein solcher Nachweis zu führen gewesen wäre, darauf wollte man es offenbar nicht ankommen lassen. So griff man zu Artikel 235. Seine Fassung ist wesentlich allgemeiner gehalten. Er bestimmt : Wenn es darum ginge, ein Ziel des Gemeinsamen Marktes zu verwirklichen, und wenn zu diesem Zweck ein Tätigwerden der Gemeinschaft notwendig erscheine, ohne daß der Vertrag entsprechende Befugnisse vorgesehen habe, so könne der Rat auf Vorschlag der Kommission einstimmig die geeigneten Vorschriften erlassen.

Italien gegeben, das Konsequenzen für die Behandlung des Wermutweines befürchtete ..." (R. Biergans, Betrachtungen über aktuelle Probleme, die sich aus dem Vertrag zur Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für das bundesdeutsche Braugewerbe ergeben. Brauwelt (1958) Nr. 49/50. S. 927). Man darf daraus wohl schließen, daß die Nichtaufnahme des Biers anfangs eher eine Entscheidung des Zufalls gewesen ist als der planvollen Überlegung.

- (1) Vgl. GeschBerDBB 1959-1961, S. 26.
- (2) Näheres zu den damaligen Vorgängen s. ebenda.
- (3) R. Biergans, Betrachtungen ..., a. a. O., S. 929 f.
- (4) Ebenda, S. 930.
- (5) Artikel 226, Abs. 1 EWG-V.

Der entsprechende Ratsbeschluß erschien am 4. April 1962 (1). Danach durfte die Bundesrepublik auf Biereinfuhren aus Mitgliedsländern eine Ausgleichsabgabe erheben (2). Doch durfte sie das nur unter einer Bedingung: Die Brauindustrie mußte durch diese Einfuhren "gefährdet" sein.

Wann eine solche Gefährdung vorlag und anzuerkennen war, darüber sagte der Beschluß nichts. Aber trotz der bestehenden Rohstoffkostendifferenzen (3) muß der Gefährdungsnachweis erst dann als erbracht gegolten haben, wenn die ersten Brauereien dem Konkurs nahe waren (4). Jedenfalls hat diese Bedingungen den DBB vorerst davon abgehalten, den Antrag auf Erhebung jener Ausgleichsabgabe zu stellen (5). Er versuchte es aber dann, als feststand, daß es genügte, "das Vorliegen einer regionalen Gefährdung" nachzuweisen (6). Das BML hat diesen Antrag abgewiesen, "und zwar vor allem mit der Begründung, daß

- 1) Subventionen und Schwellenpreisdifferenzen nicht beide mit Art. 235 bekämpft werden können, sondern daß für die Subventionen die Art. 92 ff. anzuwenden seien.
- 2) die verbleibende Differenz (nämlich die um 5 % des Betrages des Wertzolles gekürzte Schwellenpreisdifferenz) nicht ausreiche, um den Aufwand für eine Ausgleichsabgabe zu rechtfertigen" (7).

-
- (1) Beschluß des Rats vom 4. April 1962. AB 1962/S. 999. - Auf welche Waren der Beschluß angewendet werden durfte, sagte ein zweiter Beschluß (AB 1962/S. 1000). Bier bezog er ein.
 - (2) Zur Berechnung der Abgabe s. ebenda, S. 999 (Art. 2, Abs. 1).
 - (3) Wie es bei U. Paulsen (Zur staatlichen Regulierung des Gerstenmarktes. Brauwelt (1962) Nr. 48/49, S. 915) heißt, sprechen die Juristen der Kommission hier nur von einer Vermutung der Gefährdung. Hinzukommen müsse also eine Reihe weiterer ökonomisch-statistischer Untersuchungen. Höheres hierzu s. ebenda.
 - (4) GeschBerDBB 1961-1964, S. 24: "... man wird sie (die Gefährdung) erst dann nachweisen können, wenn 'das Kind schon in den Brunnen gefallen' ist." (Klammerzusatz vom Verf.).
 - (5) Vgl. ebenda.
 - (6) Ebenda.
 - (7) Memorandum "Die deutsche Brauwirtschaft und der Kommissionsentwurf vom 9. 6. 1964", a. a. O., S. 2.

Der DBB hielt diese Argumentation für unzureichend (1); dennoch blieb jener Ratsbeschluß auf Bier unangewandt (2).

Daß sich der Ratsbeschluß vom 4. April 1962 als ein reichlich unvollkommenes Instrument für die ihm zugedachten Aufgaben herausstellte, erkannte auch die Kommission. Denn am 14. Oktober 1963 legte sie dem Rat einen Bericht vor (3). In ihm wies sie umfänglich und eingehend auf die Mängel des Ratsbeschlusses hin (4), setzte sich mit den verschiedenen diskutierten Lösungsversuchen auseinander und schlug eine "Gesamtlösung" vor (5). Dabei handelte es sich vor allem um zwei Versuche : um das sogenannte "System der inneren Preise" und das "System der angeglichenen Preise" (6). In ihrem Bericht hatte sich die Kommission für das erste Sy-

-
- (1) Zum ersten Argument : Das Memorandum (ebenda) bemängelt, das Argument sei deswegen nicht stichhaltig, weil auch der neue Kommissionsentwurf (dazu s. später) auf dem Artikel 235 beruhe und sich dennoch mit den Subventionen befasse. - Zum zweiten Argument : Dazu vermerkt das Memorandum (ebenda), das BML habe den Wert der über 3 % hinausgehenden Zollbelastung (der Bierzoll betrage 8 %) der Schwellenpreisdifferenz gegengerechnet. Auf diese Weise ergäbe sich nur eine Ausgleichsabgabe von weniger als 1 DM/hl; nachgewiesen (vgl. Tab. 22) seien aber 2,12 - 2,27 DM/hl. Hier wäre allerdings einzuräumen, daß sich das BML lediglich an den vom Rat festgelegten Berechnungsmodus für die Ausgleichsabgabe gehalten hat (vgl. Ratsbeschluß vom 4. April 1962, a. a. O., Art. 2).
 - (2) Gleiches traf eine Reihe anderer Ernährungsgüter der zweiten Verarbeitungsstufe.
 - (3) Vgl. Bericht der Kommission an den Rat über die Durchführung seiner Entscheidung vom 4. April 1962, in dem für bestimmte Waren die Einführung eines Handelssystems vorgeschlagen wird, das sich auf die Anwendung der Inlandspreise gegenüber den Erzeugnissen stützt, die zu anderen Waren verarbeitet werden (Dokument III/S/02913/63, Brüssel, den 14. Oktober 1963).
 - (4) Vgl. den Abschnitt III des Berichts "Schwierigkeiten, die bei der Durchführung des Ratsbeschlusses aufgetaucht sind". Dort (unter Ziffer 5 c) stellt die Kommission auch fest, daß die Beurteilung des Gefährdungstatbestandes ständig "heikle Probleme" aufwerfe.
 - (5) Vgl. Abschnitt V des Berichts "Notwendigkeit einer Gesamtlösung", insbesondere Ziffer 19-23.
 - (6) Hierzu ausführlich U. Paulsen. Zur staatlichen Regulierung des Gerstenmarktes, a. a. O., S. 915.

stem entschieden (1).

In einem zweiten Bericht an den Rat (2) erschien am 9. Juni 1964 der diesbezügliche Entwurf einer Grundverordnung (3). Freilich besaß dieser Entwurf einen Fehler: Bier hatte er ausdrücklich von der Verordnung ausgenommen (4); im Gegensatz also zum Ratsbeschluß vom 4. April 1962, der Bier mitauführt. Das Argument der Kommission:

"Angesichts des niedrigen Kostenanteils des landwirtschaftlichen Grunderzeugnisses in der Preisgestaltung dieser Waren, für die überdies ein außergewöhnlich hoher Schutz gilt (konsolidierter Zollsatz von 30 v. H.) (5) dürfte die Anwendung des geplanten Systems in diesem Fall nicht erforderlich sein." (6)

In der Tat ist der Anteil der Braugerstenkosten am Bierpreis gegenüber anderen betroffenen Ernährungsgütern relativ niedrig. Für Vollbier dürfte er bei 15 v. H. liegen (7). Aber so richtig die Feststellung also ist, die Benachteiligung (zumindest einiger) deutscher Brauereien räumt sie nicht beiseite. Immerhin sind die Einfuhren aus EWG-Ländern nicht unwesentlich gestiegen, und zwar (8)

-
- (1) Zur Wirkungsweise dieses Systems s. U. Paulsen, Getreidepolitik und Braugewerbe 1964/65. Mit einem Rückblick in Zahlen auf 1963/64. TfB (1964) Nr. 99/100, S. 670.
 - (2) Zweiter Bericht der Kommission an den Rat über die Durchführung der Entscheidung vom 4. April 1962 zur Erhebung von Ausgleichsabgaben auf bestimmte landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse (Dokument III/Kom (64) 178 endg., Brüssel, den 9. Juni 1964, Orig.: F).
 - (3) Vgl. Vorschlag einer Verordnung des Rats zur Regelung des Handels mit einzelnen landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen, Ebenda, S. 16 ff. der Begründung.
 - (4) Vgl. Vorschlag einer Verordnung ..., a. a. O., S. 5 der Begründung.
 - (5) Gemeint ist der gemeinsame Außentarif. Die Kommission erkennt hier, daß dieser Tarif ja keinen Schutz vor innergemeinschaftlichen Einfuhren darstellt.
 - (6) Vorschlag einer Verordnung ..., a. a. O., S. 5 der Begründung.
 - (7) Unter der Annahme eines Gebindebierpreises von 78 DM/hl und eines Einstandspreises für Braugerste von 460 DM/t. Doch ist dieser Braugerstenpreis bewußt niedrig gewählt, so daß der Anteil eher höher als 15 v. H. ist.
 - (8) Berechnet nach Angaben des 6. StatBerDBB, S. 61, Tab. 31 und des Statistischen Bundesamtes (Außenhandel, Reihe 2, Spezialhandel nach Waren und Ländern).

1959	um	135 v.H.	gegenüber dem Vorjahr	
1960	um	12 v.H.	"	"
1961	um	7 v.H.	"	"
1962	um	60 v.H.	"	"
1963	um	47 v.H.	"	"
1964	um	22 v.H.	"	"

Die absoluten Steigerungen der letzten drei Jahre liegen dabei zwischen 60 und 90 000 hl, sind also so hoch wie der Jahresausstoß einer mittelgroßen deutschen Brauerei. Und alles spricht dafür, daß diese nicht eben häufigen Zuwachsraten zuallererst auf die bestehenden Gerstenkostendifferenzen zurückgehen. So meldete z.B. die "Brauwelt" (1): "Zur Zeit betragen die Unterwanderungen des Bierpreises im Bundesgebiet durch Importe aus den EWG-Ländern bis zu 25 DM/hl", fügte aber hinzu, ein Teil dieser Marge gehe auf die Verwendung von Maisgries zurück. Nicht zu unterschätzen ist auch das Gefühl bedrohter Brauereien, statt ökonomischem Leistungszwang staatlicher Willkür ausgeliefert zu sein. Schon insofern wäre die Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen von Vorteil.

So äußerte denn auch der DBB, er werde sich um eine Aufnahme auch des Bieres in den Kommissionsentwurf vom 9. Juni 1964 bemühen (2). Doch hat er dieses Bemühen derweilen eingestellt (3). Denn u. a. hielt er

"den Kommissionsentwurf bei Bier nur insoweit für zweckdienlich, als es sich um den innergemeinschaftlichen Warenverkehr handelte. Gegenüber dritten Ländern hätte dieser Entwurf jedoch einen festen Wertzoll sowie eine variable Abschöpfung der Rohstoffkostendifferenz mit sich gebracht. Der bisherige Wertzoll gegenüber Drittländern wäre also fortgefallen." (4)

Und an der Beibehaltung dieses Wertzolls war dem DBB mehr gelegen, zumal eine Neuregelung gegenüber Importen aus Mitgliedsländern nur für die Übergangszeit sinnvoll sein konnte und diese am 30. Juni 1967 bereits enden soll.

(1) Brauwelt (1965) Nr. 18, S. 315.

(2) Vgl. U. Paulsen, Getreidepolitik und Braugewerbe 1964/65. Mit einem Rückblick in Zahlen auf 1963/64, a. a. O., S. 670.

(3) Lt. Schreiben des DBB vom 7. Dezember 1965.

(4) Ebenda, -Ausführlich zu den Vor- und Nachteilen des Entwurfs äußert sich der DBB in seinem schon erwähnten Memorandum vom 5. November 1964, S. 3 ff.

Im übrigen aber ist der Kommissionsentwurf immer noch in der Beratung (1). Eine Entscheidung ist also ohnehin noch nicht gefallen. Man wird sich darum fragen müssen, ob der Entwurf, wenn einmal verabschiedet, noch seinen Sinn erfüllt. Geht er doch von Voraussetzungen aus (unterschiedliche Gerstenpreise innerhalb der EWG), die in absehbarer Zeit überholt sind. Selbst dann also, wenn man die Aufnahme des Biers in den Entwurf hätte erreichen können, wäre das Bemühen darum dem damit verfolgten Zweck nach bis jetzt vergeblich gewesen. So darf man festhalten, daß die deutsche Brauwirtschaft vor den Wirkungen der Marktordnung (hier : unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen gegenüber den in die Bundesrepublik exportierenden Brauereien der übrigen EWG-Länder) ungeschützt geblieben ist.

Paulsen (2) hat untersucht, welche absatzpolitischen Möglichkeiten die Brauereien der Partnerländer mit Hilfe der Rohstoffkostendifferenz haben und wahrnehmen können und welche Folgen sich daraus für den deutschen Biermarkt und die deutsche Brauwirtschaft ergeben. Einmal sei eine Konzentration zu erwarten, vor allem "dann, wenn die Inlandsnachfrage nach Bier stagniert oder gar rückläufig werden sollte" (3). Gefährdet seien insbesondere die mittelgroßen Brauereien (4). Im übrigen sei mit einem rückläufigen Bierpreisniveau mit sinkenden Gewinnen zu rechnen.

Alles in allem scheint die deutsche Brauwirtschaft aber die Folgen der Gerstenpreisdifferenz, abgesehen von entgangenen Absatzmöglichkeiten und damit von entgangenem Gewinn sowie abgesehen vom erhöhten wirtschaftlichen Risiko, bisher überstanden zu haben. Dafür dürfte vor allem ein Umstand entscheidend gewesen sein : die "Präferenz-Barriere für deutsche Biere" (5) gerade im Inland selbst.

(1) Lt. Schreiben der Kommission vom 21. Oktober 1965.

(2) U. Paulsen, Wettbewerbsprobleme ..., a. a. O., S. 62-74.

(3) Ebenda, S. 74.

(4) Genauer, wie Paulsen (vgl. ebenda) sagt : "Firmen der Gruppe b". Das sind "mittlere und größere Unternehmen mit regionalem Charakter" (ebenda, S. 63). Dieser Gruppe ist es "nicht gelungen, ihrem Bier erhebliche Präferenzen zu schaffen ... Es dürfte sich um etwa 500 Firmen handeln." (Ebenda).

(5) Ebenda, S. 64. - Näheres zu diesen Präferenzen siehe dort.

4. Wahrung der Ausfuhrmöglichkeiten für Bier : Unvollkommene Maßnahmen brachten ungleiche Wettbewerbsbedingungen

Was einleitend zum Kapitel über die Malzausfuhr gesagt wurde (1), trifft auch hier zu. Ebenfalls *mutatis mutandis* das Verfahren des aktiven Zollveredelungsverkehrs. Eine besondere Darlegung an Hand der Bierexporte verhülfe also zu keinen neuen Aspekten. Eine "unbegrenzte Restitution" (Barerstattung) hat es nur vorübergehend 1962 gegeben, teilweise beschränkt auf Bierexporte in Drittländer (2). So behilft man sich bis heute weiterhin mit dem Veredelungsverkehr (3).

Ab 1. Januar 1961 wurde das Zollveredelungsverfahren durch einen sogenannten Anteilzoll bereichert und damit komplizierter (4). Dieser Zoll war dann zu erheben, wenn Gerste und Malz aus Drittländern importiert und das daraus hergestellte Bier in Mitgliedsländer exportiert wurde.

Der Anteilzoll war die Folge der schrittweisen Bierzollsenkungen im Binnenhandel der Partnerländer und hätte, genau genommen, schon ab 1959 erhoben werden müssen. Doch hatte die Kommission in zwei Entscheidungen (5) von seiner Erhebung (nicht zulässt wegen Geringfügigkeit) vorerst abgesehen. Das änderte sich, als die Binnenzollsenkung ein größeres Ausmaß erreicht hatte.

Dem durch jede solche Zollsenkung erhielt eine (hier : deutsche) Brauerei, die

- (a) Bier in ein Mitgliedsland exportierte,
- (b) die dafür benötigten Rohstoffe im Veredelungsverkehr abschöpfungs-frei bezog und
- (c) diese Rohstoffe aus Drittländern einfuhrte,

gegenüber den Brauereien des betreffenden Mitgliedlandes einen preislichen Wettbewerbsvorteil (6). Dazu ein Beispiel :

- (1) Vgl. S. 11.
- (2) Lt. Aushang der EVSt vom 13. April 1962 und vom 7. August 1962.
- (3) Entziffern dazu : S. U. Paulsen, Getreidepolitik und Braugewerbe. Unter Mitwirkung von F. Meyer. Tfb (1965) Nr. 101/102, S. 653 f.
- (4) Vgl. Anteilzollgesetz vom 27. Dezember 1960. BGBl I 1960/S. 1082.
- (5) Entscheidung der Kommission vom 16. Dezember 1958 (AB 1958, S. 694) und vom 28. Juni 1960 (AB 1960/S. 933).
- (6) Hierzu ergänzend R. Zimmermann, Zollbelastung im Veredelungsverkehr, Neuregelung ab 1. Januar 1961. Brauwelt (1960) Nr. 69, S. 1381 ff.

Der Preis für englische Braugerste cif EWG-Außengrenze betrage 30 DM/dz. Diese Gerste werde von einer französischen und einer deutschen Brauerei erworben. Die französische Brauerei braut daraus Bier für den Inlandsbedarf und muß die Gerste daher verzollen. Die deutsche Brauerei dagegen braut daraus Bier für den Export nach Frankreich und darf daher die Gerste im Veredelungsverkehr abschöpfungsfrei einführen. Damit erlangt sie mit ihrem Bier auf dem französischen Markt gegenüber dem Bier jener französischen Brauerei einen Rohstoffkostenvorteil. Dieser Vorteil wirkt sich für die französische Brauerei um so nachteiliger aus, je geringer der Zollschatz gegenüber Importbier an der französischen Grenze ist. Und da Frankreich diesen Zollschatz schrittweise abbauen muß, würde sich der deutsche Kostenvorsprung, falls entsprechende Maßnahmen ausgeblieben wären, voll auf Frankreichs Biermarkt ausgewirkt haben. (Beim Veredelungsverkehr mit Malz desgleichen).

Um diesen Auswirkungen vorzubeugen, wurde auf derartige Gersten- oder Malzimporte eine Abgabe erhoben, die in ihrer Höhe den jeweiligen Binnenzollsenkungen entsprach. jenen Vorteil also gar nicht erst entstehen ließ. Diese Abgabe war ein bestimmter Prozentsatz vom gemeinsamen Außenzoll und wurde darum anteiliger Zoll oder kurz Anteilzoll genannt. Je tiefer der Binnenzollsatz sank, desto höher stieg der Anteilzollsatz. Bei einem Binnenzollsatz von Null hätte der Anteilzollsatz dann dem Außenzollsatz entsprechen müssen.

Dem Anteilzoll unterlagen Braugerste und Malz, je nach dem, für welchen Rohstoff sich die Brauereien bei Anwendung des Veredelungsverkehrs entschieden. Doch fiel die Entscheidung eindeutig zugunsten der Gerste aus. Die folgende Übersicht begündet das (1). Sie stellt die (bis 31. Dezember 1963) zu zahlenden Anteilzollbeträge für Braugerste und Malz in Abhängigkeit vom Preis frei deutsche Grenze (unverzollt und unversteuert) einander gegenüber und zeigt für beide Fälle die Anteilzollbelastung bei der Herstellung eines Hektoliters Bier :

(1) Entnommen bei U. Paulsen, Aktuelle Gersten- und Zollprobleme des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Bier in der EWG, a. a. O., S. 3, Tab. 2.

Braugerste

Preis DM/t	Anteilzollbetrag DM/t	DM/hl (1)
200	14,30	0,36
220	15,73	0,39
240	17,16	0,43
260	18,59	0,46
280	20,02	0,51
300	21,45	0,54

Braumalz

Preis DM/t	Anteilzollbetrag DM/t	DM/hl (2)
500	55,00	1,03
520	57,20	1,08
540	59,40	1,12
560	61,60	1,16
580	63,80	1,20
600	66,00	1,24

Es ist zu sehen : Bezog die Brauerei im Veredelungsverkehr Malz statt Gerste, war die Anteilzollbelastung je Hektoliter Bier über doppelt so hoch, als wenn sie Gerste zu Bier veredelt hätte (3). Es war daher naheliegend, daß die Brauereien, falls dazu in der Lage, immer zu dem Rohstoff Gerste neigten. Es leuchtet ein, daß dadurch die Brauereien ohne eigene Mälzerei gegenüber den Brauereien mit Mälzerei benachteiligt waren. Das machte den Anteilzoll zu keinem vollkommenen Instrument. Im übrigen :

"Der Anteilzollsatz ... reichte in der Regel nicht aus, um die Gersten- bzw. Malzpreisdifferenzen zwischen dem Weltmarkt und dem einführenden Mitgliedstaat voll auszugleichen, so daß sogar den deutschen Brauereien gelegentlich ein gewisser Rohstoffkostenvorteil verblieb." (4)

Dies deswegen, weil der gemeinsame Außenzoll für Gerste und Malz, auf den sich der Anteilzoll bezog, spätestens ab 30. Juli 1962 nur ein fiktiver Zoll war. Tatsächlich wurde ja in den EWG-Ländern auf die Einfuhren eine Abschöpfung erhoben, die je nach den Weltmarktpreisen höher oder niedri-

- (1) "Unter Zugrundelegung von 25 kg Braugerste je hl Bier" (ebenda).
- (2) "Unter Zugrundelegung von 18,8 kg (25 : 1,33) Braumalz je hl Bier" (ebenda).
- (3) Zurückzuführen ist das darauf, daß sich der gemeinsame Außenzollsatz für Gerste auf 13 % und für Malz auf 20 % belief. "Er ist", wie Paulsen (ebenda) schreibt, "rein zufällig aus den z.T. gar nicht angewendeten, historisch gewachsenen Zollsätzen der vier Zollgebiete (Bundesrepublik, Benelux, Frankreich, Italien) durch Bildung des einfachen arithmetischen Mittels zustande gekommen und aus diesem Grunde nicht gerade eine sehr sinnvolle Konstruktion."
- (4) U. Paulsen. Aktuelle Gersten- und Zollprobleme ..., a.a.O., S. 4. - Bedenkt man, daß derartige Vorteile auftraten, obwohl die Mitgliedsländer die Importbiere rohstoffmäßig zusätzlich behinderten (vgl. GeschBerIDBB 1961-1964, S. 21 f.), müssen jene (trotz Anteilzoll verbliebenen) Gersten- und Malzpreisdifferenzen relativ hoch gewesen sein.

ger war, aber keineswegs ein fester Wertzollsatz.

Darum wurde der Anteilzoll am 1. Januar 1964 durch die Anteilabschöpfung abgelöst (1). Und zwar ermittelt die Kommission den Durchschnitt der Drittlandsabschöpfungen aus den vergangenen drei Monaten, über die entsprechende Unterlagen vorhanden sind. Auf diesen Durchschnittsbetrag wird dann der Satz der Anteilabschöpfung für die darauffolgenden drei Monate angewandt.

Diesen Satz hat die Kommission für 1964 mit 60 % der durchschnittlichen Drittlandsabschöpfung festgesetzt (2). Er entsprach der bis dahin vollzogenen Binnenzollsenkung. Ab 1. Februar 1965 erhöhte ihn die Kommission auf 65 % (3). Mit dem Sinken der EWG-Binnenzölle steigt er entsprechend weiter, bis er sich am Ende der Übergangszeit auf 100 % beläuft.

Nach den Unterlagen für das II. Quartal 1964 beispielsweise wurde die mittlere Drittlandsabschöpfung mit 113, 20 DM/t für Gerste und mit 186, 56 DM/t für Malz berechnet (4). Danach betrug die Anteilabschöpfung (5) für Gerste 67, 92 DM/t und für Malz 111, 94 DM/t (6).

An diesem Zahlenbeispiel läßt sich zeigen, daß das Malz im Veredelungsverkehr nach wie vor benachteiligt ist (7), wenn auch etwas weniger als

-
- (1) Vgl. Entscheidung der Kommission Nr. 63/637/EWG und 63/638/EWG vom 14. Oktober 1963. AB 1963/S. 2782 und 2786. - Hierzu auch : Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Siebenter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1963 - 31. März 1964). Juni 1964 (o. O.), Ziffer 15.
 - (2) Vgl. Entscheidung der Kommission Nr. 63/638/EWG, a. a. O.
 - (3) Vgl. Entscheidung der Kommission Nr. 65/82/EWG vom 29. Januar 1965. AB 1965/S. 423.
 - (4) Vgl. Entscheidung der Kommission Nr. 64/588/EWG vom 21. September 1964. AB 1964/S. 2625. - Formel für Malz : $(113, 20 \times 1, 33) + 36, 00 = 186, 56$.
 - (5) Offiziell spricht man nach wie vor vom anteiligen Zoll. Der besseren Unterscheidung wegen weichen wir von diesem Sprachgebrauch hier ab.
 - (6) Gerste : 60 % von 113, 20 = 67, 92 DM/t.
Malz : 60 % von 186, 56 = 111, 94 DM/t.
 - (7) Der DBB (GeschBerDBB 1961-1964, S. 23) berichtet: "Von der Kommission wurde empfohlen, Gerste zu importieren und im Inland vermälzen zu lassen, um diesen Nachteil zu entgehen. Aber auch dieser Weg ist für die Brauereien ohne eigene Mälzerei wegen der im Vergleich zum benachbarten Ausland zu hohen Lohnmälzungssätze nicht sonderlich erfolgversprechend."

beim Anteilzoll. Die Umrechnung (1) nämlich ergibt : Die Anteilabschöpfung bei Verwendung von Gerste belastet die Bierherstellung mit 1,70 DM/hl, bei Verwendung von Malz dagegen mit 2,10 DM/hl. Danach also ist der Veredelungsverkehr mit Gerste um 0,40 DM/hl (2) günstiger als jener mit Malz.

Diese Differenz ist auf folgenden Tatbestand zurückzuführen : In der mittleren Drittlandsabschöpfung für Malz ist jener feste Teilbetrag von 36 DM/t enthalten, so daß die Anteilabschöpfung für Malz bei einem Satz von 60 % immer um 21,60 DM/t höher ist als das 1,33-fache der Anteilabschöpfung für Gerste.

Insofern also hat die Anteilabschöpfung eine Gleichheit zwischen Gerste und Malz nicht hergestellt, wenn auch die Ungleichheit etwas verringert. Wichtiger ist ein anderer Nachteil : Ergaben sich beim Anteilzollsystem für die deutschen Exportbrauereien sogar gelegentliche Rohstoffkostenvorteile, so fielen diese jetzt weitgehend fort und wurden überdies zu Nachteilen.

Allerdings, die Anteilabschöpfung ist an dieser Erscheinung nur indirekt beteiligt; sie hat sie nur ausgelöst : Wohl blieben wie beim Anteilzoll gewisse Gersten- und Malzpreisdifferenzen zwischen dem Weltmarkt und den einführenden Mitgliedstaaten bestehen (3), doch waren sie nicht mehr so hoch,

- (1) Unter der Annahme, daß 25 kg Gerste (bzw. 18,8 kg Malz) 1 hl Bier ergeben.

$$\text{Formel bei Gerste : } \frac{67,92 \times 25}{1000} = 1,698 \text{ DM/hl}$$

$$\text{Formel bei Malz : } \frac{111,94 \times 18,8}{1000} = 2,104 \text{ DM/hl}$$

- (2) Paulsen (U. Paulsen, Aktuelle Gersten- und Zollprobleme ..., a.a.O., S.5) rechnet mit einer Differenz von 0,54 DM/hl.
- (3) U. Paulsen (Aktuelle Gersten- und Zollprobleme ..., a.a.O., S.7) zeigt das gemessen an den Schwellenpreisen für den Monat Januar 1964, also für den ersten Monat, in dem die Anteilabschöpfung in Kraft war : Eine deutsche Exportbrauerei führt im Veredelungsverkehr abschöpfungsfreie Gerste zum cif-Preis vom 6.12.1963 (= 257,40 DM/t) ein und zahlt dazu eine Anteilabschöpfung von 48,78 DM/t, insgesamt also 306,18 DM/t. - Diesem "fiktivem Einkaufspreis" wird, da stellvertretend für das Gerstenpreisniveau der einzelnen Partnerländer, der im Januar gültige Schwellenpreis der Niederlande (316 DM/t), Belgien/Luxemburgs (336,60 DM/t), Frankreichs (337,49 DM/t) und Italiens (263,60 DM/t) gegenübergestellt. - Der Vergleich ergibt einen (außer gegenüber Italien) Rohstoffkostenvorteil der deutschen Brauereien zwi-

daß sie die Sonderbelastungen des deutschen Importbiers in den Mitglieds-
ländern und die Subventionen des Inlandsbiers dieser Länder (1) kompensier-
ten, geschweige denn wie teilweise beim Anteilzoll überkompensierten(2).

So konnte denn Paulsen (3) feststellen, "daß die Einführung der Anteilsab-
schöpfungsregelung die deutschen Exportbrauereien erheblich belastet". Der
DBB hat diesen Nachteil zu quantifizieren versucht, um wenigstens eine
Vorstellung von der Größenordnung des Nachteils zu erhalten (4).

Danach hatten die deutschen Exportbiere gegenüber den heimischen Bieren
des importierenden Mitgliedslandes bei einem (angenommenen) cif-Preis
für Gerste von 230 DM/t bei den Rohstoffkosten folgende Nachteile (-) oder
Vorteile (+) :

	<u>bei Gerste</u>	<u>bei Malz</u>
gegenüber den Niederlanden	+ 0,26 DM/hl	- 0,19 DM/hl
gegenüber Belgien/Luxbg.	- 1,74 DM/hl	- 2,19 DM/hl
gegenüber Frankreich	+ 1,00 DM/hl	+ 0,55 DM/hl
gegenüber Italien	- 0,68 DM/hl	- 1,13 DM/hl

Legt man dagegen einen höheren cif-Preis (z.B. 250 DM/t) zugrunde, wie
er 1964 auch zu beobachten war, besteht nur noch gegenüber Frankreich
ein Rohstoffkostenvorteil (bei Gerste 0,50 DM/hl, bei Malz 0,05 DM/hl.)
Diese Angaben dürften in der Größenordnung auch noch heute (1965/66)
gelten.

Aber wohlgermerkt : Die aufgezeigte Benachteiligung ist nicht der Unzuläng-
lichkeit des Instruments Anteilabschöpfung zuzuschreiben, somit auch nicht

schen 0,25 und 0,79 DM/hl. - Nach einer späteren Berechnung des
DBB (Memorandum "Die deutsche Brauwirtschaft und der Kommissions-
entwurf ...", a.a.O., Anhang, Tabelle 2) beliefen sich diese Vorteile
für 1964/65 auf 1,00 - 1,20 DM/hl bei Gerste und 0,55 - 0,75 DM/hl
bei Malz.

- (1) Zu diesen Belastungen und Subventionen s., ausführlich GeschBerDBB
1961-1964, S. 21 f. - Nach jenem DBB-Memorandum (a.a.O., Anhang,
Tabelle 2, Fußnote) betrug diese "gerstenpolitische Importbehinderung"
des deutschen Exportbiers in den Beneluxländern 1964/65 bis zu 2,10 DM/hl.
- (2) Vgl. das Berechnungsbeispiel bei U. Paulsen, Aktuelle Gersten- und Zoll-
problem ..., a.a.O., S. 7, Tab. 7.
- (3) Ebenda, S. 5.
- (4) Vgl. Memorandum "Die deutsche Brauwirtschaft und der Kommissionsent-
wurf ...", a.a.O., Anhang, Tabelle 2.

unmittelbar der staatlichen Gerstenpreissetzung, sondern lediglich dem Bestehen jener Subventionen und Sonderbelastungen durch die Mitgliedsländer. Im Gegenteil, die Unzulänglichkeit der Anteilabschöpfung hat deren volles Wirksamwerden sogar verhindert.

Somit zeigt gerade dieser Wechsel vom Anteilzoll zur Anteilabschöpfung eines recht beispielhaft: Er sollte ungleiche Wettbewerbsbedingungen (resultierend aus unterschiedlichen Gerstenpreisen und Zollsenkungen) beseitigen. Das aber gelang ihm erstens nur unvollkommen (zum Segen deutscher Exportbrauereien), und zweitens ließ er andere ungleiche Wettbewerbsbedingungen jetzt erst recht zur Wirkung kommen (zum Nachteil dieser Brauereien). So zog also die erste Maßnahme die zweite nach sich, wodurch neue Störungen im Marktablauf entstanden, die vorher nicht da waren und nun ihrerseits auf Beseitigung drängen (1).

So hat es denn auch an Vorschlägen zur Beseitigung nicht gefehlt. Und da sich auch die Kommission der ungleichen Wettbewerbsbedingungen bewußt war, griff sie die Vorschläge auf und erörterte sie gleichfalls in dem schon erwähnten Bericht vom 14. Oktober 1963 (2). In ihm hatte sie sich - auch das wurde bereits erwähnt - für das "System der inneren Preise" entschieden, unter das auch der Problemkreis "Zollveredelungsverkehr mit Drittlandsrohstoffen" fiel.

Danach wäre das zolltechnische Verfahren des Veredelungsverkehrs abgelöst worden. Statt dessen sollte beim Bierexport in die Mitgliedsländer eine Barerstattung gewährt werden. Diese Erstattung sollte der Differenz zwischen dem deutschen Gerstenpreinsniveau und dem (niedrigeren) Niveau des einführenden Mitgliedslandes entsprechen. Demzufolge hätten die deutschen Exportbrauereien deutsche Rohstoffe, EWG-Rohstoffe oder Drittlandsrohstoffe verwenden können, diese dann aber in Höhe des deutschen Preisniveaus einkaufen müssen. Einkauf also auf Grund der "inneren" Preise und Verkauf zu den Preisen des importierenden Mitgliedslandes (3), eine

(1) Zwar: "Der Anteil des Exports am gesamten Bierausstoß der Bundesrepublik ist im Durchschnitt verhältnismäßig klein. Er betrug 1962 1,5 %." (6. StatBerDBB, S. 10). Aber: "Am Export sind ... nur wenige (meist Groß-) Brauereien beteiligt. Die sieben größten Exporteure vereinigen allein 67,2 % des Gesamtexports auf sich. Bei ihnen ist der Ausfuhranteil am Gesamtausstoß natürlich erheblich größer." (Ebenda). Insofern sind jene Störungen für diese Brauereien keineswegs nebensächlich.

(2) Vgl. S. 94 (Fußnote 2).

(3) Weiteres hierzu bei U. Paulsen, Aktuelle Gersten- und Zollprobleme ..., a.a.O., S. 11.

Lösung, die eine Wettbewerbsgleichheit hätte herstellen können (1).

In jenem zweiten Bericht der Kommission vom 9. Juni 1964 (2) legte die Kommission den Verordnungsentwurf dazu (auch für die übrigen betroffenen Ernährungsgüter der zweiten Verarbeitungsstufe) vor. Auf seinen Inhalt im einzelnen einzugehen, erübrigt sich (3), denn die Kommission wollte das Bier der vorgeschlagenen Regelung nicht unterstellen. Auch hat sich der Rat bislang zur Verabschiedung des Entwurfs ohnehin nicht entschlossen (4).

So ist abschließend festzuhalten : Die Maßnahmen zur Wahrung der Ausfuhrmöglichkeiten blieben insofern unvollkommen, als sie die deutschen Exportbrauereien, soweit sie in EWG-Länder ausführen (5), benachteiligen (6). Hierzu gehört auch, wie der DBB schreibt (7), daß das Verfahren des eigentlichen Veredelungsverkehrs und damit auch jener Anteilzoll bzw. jene Anteilabschöpfung von den P a r t n e r ländern für Biereinfuhren in die Bundesrepublik nicht angewandt wurden und wird, das Anteilzollverfahren also die deutschen Brauereien allein und zusätzlich belastet.

Erwähnt sei auch, worauf Paulsen hinweist (8), ein weiterer Nachteil der

(1) Vgl. GeschBerDBB 1961-1964, S. 25.

(2) Vgl. S. 95 (Fußnote 2).

(3) Verwiesen sei auf das Memorandum "Die deutsche Brauwirtschaft und der Kommissionsentwurf ...", a. a. O., S. 4 ff. - Es schildert ausführlich die vorgesehene Exportregelung und setzt sich mit den Vor- und Nachteilen des Entwurfs auseinander. - Ebenso s. U. Paulsen. Getreidepolitik und Braugewerbe 1964/65 ..., a. a. O., S. 670.

(4) Lt. Schreiben der Kommission vom 21. Oktober 1965.

(5) Zum Bierexport in Drittländer : "Der Rohstoffkostenausgleich durch den Zollveredelungsverkehr dürfte beim Bierexport in Drittländer zum größten Teil ausgereicht haben, um die Rohstoffkosten zu vereinheitlichen." (Schreiben des DBB vom 7. Februar 1966).

(6) Doch scheint das diese Exporte nicht sonderlich beeinträchtigt zu haben : Immerhin sind die Bierausfuhren in EWG-Länder (anders als die in Drittländer) von 1956 bis 1965 ohne Unterbrechung gestiegen (s. Tabelle 30), wenn auch z. T. mit abnehmenden Zuwachsraten. Bezogen auf das jeweilige Vorjahr betrugen diese Raten von 1957 bis 1965 : 16,9 - 19,0 - 14,4 - 8,5 - 7,2 - 5,0 - 7,7 - 8,0 - 6,7 v. H. (berechnet nach Tabelle 30).

(7) Vgl. GeschBerDBB 1961-1964, S. 23. - Alle näheren Einzelheiten s. dort.

(8) Vgl. U. Paulsen, Aktuelle Gersten- und Zollprobleme ..., a. a. O., S. -1.

Ausführregelung, der nach wie vor besteht : Will eine Brauerei im Veredelungsverkehr Gerste oder Malz einführen, muß sie ebenfalls eine Lizenz beantragen und eine Kautions stellen. Dazu Paulsen (1) :

"Diese an sich wohl nur für die Einfuhr zur Versorgung des Inlandsmarktes gedachte Bestimmung wird von der EVSt-G auch auf die im Rahmen des Veredelungsverkehrs importierten Mengen bezogen, obwohl das zur Sicherung des Marktordnungsgebäudes als völlig unnötig erscheint. Den Exportbrauereien, die sich in einem außerordentlich scharfen Wettbewerb befinden, entstehen dadurch vermeidbare Zinskosten."

Und schließlich ; Dadurch, daß die Restitution nur begrenzt ist (der Veredelungsverkehr läßt nur ausländische Rohstoffe zur Verarbeitung zu), sind einige Brauereien mehr belastet als andere, so daß auch die Möglichkeit zur Barerstattung aus diesem Grund erwünscht wäre :

Das Barerstattungsverfahren "eignet sich grundsätzlich besser für Betriebe, die wenig exportieren, weil es sich bei kleinen Exportmengen natürlich nicht lohnt, waggonweise Rohstoffe einzuführen. Es kommen hier unter Umständen nur 'einige Sack' in Betracht, deren Bezug dann verständlicherweise verhältnismäßig teuer ist." (2)

(1) Vgl. U. Paulsen. Aktuelle Gersten- und Zollprobleme ..., a. a. O., S. 4.

(2) Derselbe. Getreidepolitik und Braugewerbe. Unter Mitwirkung von F. Meyer. Tfb (1965) Nr. 101/102, S. 654. - Zur ökonomischen Problematik der Barerstattung s. Fußnote 3 auf Seite 85 (nach dem Gedankenstrich). Der Hinweis dort gilt mutatis mutandis auch hier.

VI. INWIEFERN HAT SICH DIE EWG-MARKTORDNUNG GEGENÜBER DER EHEMALIGEN DEUTSCHEN MARKTORDNUNG GEÄNDERT ?

Die Instrumente der einstigen Marktordnung sind durch Instrumente der jetzigen Marktordnung abgelöst, ersetzt oder ergänzt worden. Daher die Fragestellung : Worin liegen die Unterschiede ihrer Wirkungsweise, welches sind die Gemeinsamkeiten ?

1. Größere Bewegungsfreiheit für den Gerstenpreis

Als erstrebenswertes Ziel und als Leitfaden für die Marktbeteiligten setzt die EWG-Marktordnung den Richtpreis. Die Tatsache, daß dieser Preis unverbindlich ist, und der Wunsch, der Markt möge sich nach diesem Preis "richten", könnten zunächst vermuten lassen, man habe sich vom System der Höchst- und Mindestpreise entfernt. Aber wie noch zu zeigen sein wird, kümmert sich der Marktpreis um den Richtpreis so gut wie nicht. Wenn er dennoch innerhalb einer bestimmten Spanne um ihn schwankt, so ist das dem Vorhandensein von Interventions- und Schwellenpreis zu verdanken.

Zum Interventionspreis kauft die EVSt die ihr angebotene Inlandsgerste jederzeit auf. Damit begrenzt der Interventionspreis die Schwankungen des Marktpreises nach unten (1). Er hat also, zumal aus ihm hervorgegangen, die gleiche Funktion wie der einstige Mindestpreis, wenn auch mit der Modifikation, daß er nicht einen Erzeuger-, sondern einen Großhandelspreis garantiert.

Der Schwellenpreis dagegen stellt die obere Grenze des Marktpreises dar. Zu diesem Schwellenpreis kommt die Importgerste auf den Inlandsmarkt. Stiege also der Marktpreis über den Schwellenpreis, würde immer, da preisgünstiger, dieser Importgerste der Vorzug gegeben werden, so daß der Marktpreis mindestens wieder auf das Schwellenpreisniveau sinken müßte, wenn die Inlandsgerste Abnehmer finden soll. Für die vom Hauptzuschußgebiet entfernt liegenden Märkte erhöht sich diese obere Grenze um die Frachtbelastung Duisburg/Regionalmarkt. Damit ist der Schwellenpreis mit dem einstigen Höchstpreis vergleichbar.

-
- (1) Was allerdings nicht ausschließt, daß eine Notierung zuweilen nicht auch unterhalb des Interventionspreises zu finden sein kann, z.B. dann, wenn es sich um einen Nachfragepreis handelt, dem kein Abschluß gefolgt ist.

Insofern ist es bei Höchst- und Mindestpreisen geblieben. Doch hat sich das Niveau, da beide Preise für die Großhandelsstufe gelten, gegenüber vordem nach oben verschoben (1). Aber nach wie vor liegen diese Preise oberhalb des potentiellen Wettbewerbspreises. Nach wie vor also kann man von einem "Mindestpreis mit Schwankungsspanne nach oben" sprechen.

So hat sich, ökonomisch gesehen, nicht geändert. Aber : Es gibt keinen für das Bundesgebiet einheitlichen Abstand zwischen Höchst- und Mindestpreis mehr. Die Preisregionalisierung bringt es mit sich, daß die Spanne zwischen unterer (Interventionspreis) und oberer Begrenzung (Schwellenpreis plus Frachtkosten) von Handelsplatz zu Handelsplatz unterschiedlich ist. Und zwar wird die Spanne mit zunehmender Entfernung von Duisburg größer. Figur 12 stellt diesen Sachverhalt schematisch dar. Je marktferner der Handelsplatz, desto stärker kann der Marktpreis schwanken : In Duisburg um maximal 32 DM/t, in Simbach/Inn - dem marktfürnsten Handelsplatz - um maximal 64 DM/t (2).

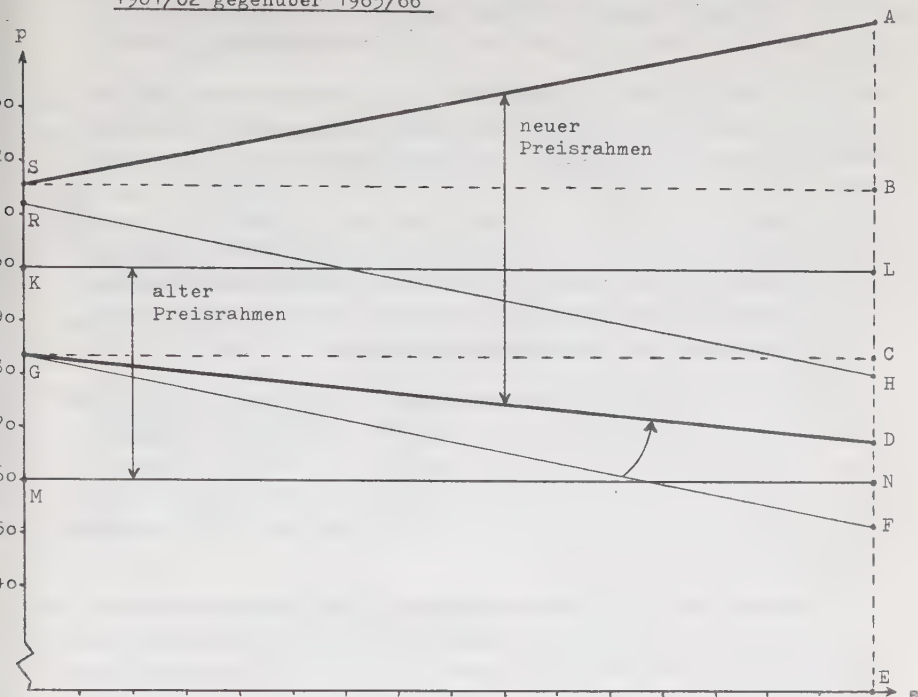
So hat also der Marktpreis einen größeren Spielraum als zuvor, kann insofern also seine Lenkungsfunktion sinnvoller erfüllen (vom ü b e r dem echten Knappheitspreis fixierten Preisniveau natürlich abgesehen). Mithin wäre die neue Regelung angesichts der ehemaligen vom ökonomischen Standpunkt aus zu begrüßen.

2. Standortunterschiede nicht mehr nivelliert ("überregionale" Standortwirkungen)

Die Preisstaffelung nach der Lage der Handelsplätze zum Handelsplatz Duisburg soll das selbständige Abfließen der Gerste aus dem Hauptüberschuß- in das Hauptzuschußgebiet sichern. Die einstige Regelung dagegen kannte nur einen für das ganze Bundesgebiet einheitliche Preisspanne. Ohne Rücksicht auf seine Standortlage erhielt der Erzeuger im marktfürnen Bayern die gleiche Preisgarantie wie im marktnahen Nordrhein-Westfalen. Standortvor-

-
- (1) Und zwar ist - so wenigstens für den Raum Duisburg - die untere Grenze (jetzt Grundinterventionspreis) relativ stärker angehoben worden als die obere Grenze (jetzt Schwellenpreis), diese nämlich um 4,5 v.H., jene um 8,1 v.H.
 - (2) Bezogen auf Standardgerste.

zur 12: Staatlich gesetzte Preise für Gerste (Standard- bzw. Futtergerste) in der Bundesrepublik - Ehemalige und jetzige Preise im Vergleich. 1961/62 gegenüber 1965/66¹



P = Preis in DM/t

E = Entfernung

S = Schwellenpreis

R = Grundrichtpreis

K = ehemaliger Höchstpreis

G = Grundinterventionspreis

M = ehemaliger Mindestpreis

E = Entfernung Duisburg/Simbach

A = obere Preisgrenze für Inlandsgerste

H = Richtpreisgefälle

O = Interventionspreisgefälle

EA = obere Preisgrenze für Inlandsgerste in Simbach

EB = Schwellenpreis in Simbach (=OS)

EL = OK in Simbach

EC = OG in Simbach

EH = Richtpreis in Simbach

ED = Interventionspreis in Simbach

EN = OM in Simbach

EF = Interventionspreis in Simbach bei ursprünglich angestrebtem Preisgefälle

GF = ursprünglich angestrebtes Preisgefälle

Genau genommen ist das Preisgefälle stufenförmig. Doch wurde der besseren Übersicht wegen diese Darstellungsweise vorgezogen. Die Preise beziehen sich auf die Monate Juli/August (also ohne Reports).

und -nachteile waren mithin beseitigt. Überschüsse, die in staatliche Läger zu wandern drohten, wurden, falls dort absetzbar, mit staatlichen Frachtsubventionen in die Bedarfsgebiete Nord- und Westdeutschlands gebracht.

Die neue Regelung hat den Mindestpreis (jetzt Interventionspreis genannt) nach der Marktferne des einzelnen Handelsplatzes gegenüber dem Raum Duisburg differenziert. (Figur 12 veranschaulicht das Preisgefälle und die Preisrelationen). Der Staat garantiert dem Handelsplatz einen um so geringeren Mindestpreis, je weiter der Handelsplatz vom Hauptbedarfsgebiet entfernt ist. Damit bekommt der marktferne Erzeuger den ökonomischen Nachteil, der marktnahe Erzeuger den ökonomischen Vorteil seiner Standortlage erstmals zu spüren (1). Immerhin erhält der Preis damit, obwohl staatlich fixiert, einen Teil seiner Auslesefunktion zurück.

Vor- und Nachteil der Standortlage des Erzeugers zum Raum Duisburg schlagen sich nieder in einer höheren oder niedrigeren Grundrente. So kann sich jetzt eine Lagerente bilden. Denn es müßte tendenziell zu einer Anbauintensivierung in marktnahen und zu einer Anbauextensivierung in marktfernen Regionen kommen, Wirkungen, wie sie sich auch unter Wettbewerbsbedingungen einstellen würden.

Aber : Diese (da auf das Hauptbedarfsgebiet bezogen : überregionale) Preisdifferenzierung ist nur schematisch vorgenommen. Übersehen oder vernachlässigt wurde (organisatorische Hindernisse !), daß es auch andere Zuschußräume für Gerste im Bundesgebiet gibt (2). Liegt ein solches Zuschußgebiet relativ weit von Duisburg entfernt, dann sind die dort geltenden Interventionspreise relativ niedrig. Diese Preise aber sind für den ansässigen Erzeuger mittelbares Plandatum. Demgemäß wird er seine Anbaupläne so ausrichten, als befände er sich in einem Überschußgebiet. Dann lenkt der Preis zwar die Erzeugung, aber in ökonomisch geradezu widersinniger Weise. Insofern ist die Schematisierung des Preisgefälles, da sie die interregionalen Preisrelationen verfälscht, ökonomisch verfehlt.

(1) Der Nachteil allerdings ist zugleich wieder abgemildert worden : Für die Übergangszeit hat man (vgl. Figur 12) vom beabsichtigten Interventionspreisgefälle $\overline{GF}$ abgesehen und das weniger ausgeprägte Gefälle $\overline{GD}$ gewählt. In Simbach (E) also wurde der Interventionspreis um $\overline{DF}$ wieder angehoben.

(Anmerkung zu Figur 12 : Da der Punkt O den Grundrichtspreisort versinnbildlicht, müßte - genau genommen - der Punkt S mit dem Punkt R zusammenfallen; denn Importgerste kommt in Duisburg ja zum Grundrichtspreis und nicht zum Schwellenpreis auf den Markt).

3. Interventionspreis als Mindestpreis des Handels ("regionale" Standortwirkungen)

Der ehemalige Mindestpreis war ein Preis auf der Erzeugerstufe, diente also dem Erzeuger als unmittelbares Plandatum. Diese Form eines Mindestpreises paßte in das von der Kommission entwickelte System nicht mehr hinein. Die Begründung :

"Als indirekter Berechnungsfaktor für die Abschöpfung muß der für einheimisches Getreide festgesetzte Richtpreis mit den Importgetreidepreisen vergleichbar sein; demzufolge muß er auf einer Handelsstufe festgesetzt werden, die den Vergleich mit derjenigen zuläßt, auf der sich die Importe vollziehen und die es außerdem ermöglicht, die Preise in den Importzentren, d.h. im Großhandelsstadium, festzustellen." (1)

Der Richtpreis wiederum muß mit dem Interventionspreis vergleichbar sein, so daß dieser ebenfalls für die Großhandelsstufe festzusetzen war.

Das ist geschehen, und zwar durch eine pauschale Aufstockung des ehemaligen Mindestpreises um die Vermarktungskosten. Diese Pauschale beläuft sich in Duisburg auf 23,50 DM/t (Figur 12, S.104 : $\overline{GM}$). Sie besteht aus Transportkosten (2) plus Handelsspannen, wird mit zunehmender Entfernung von Duisburg um die Transportkosten (3) geringer und beträgt in Simbach nur noch 7,50 DM/t (Figur 12 : $\overline{DN}$). In jedem örtlichen Interventionspreis sind also die bis zur Einkaufsphase des Großhandels aufgelaufenen Vermarktungskosten pauschaliert enthalten. Das bedeutet : Sie "stellen nur eine rechnerische Größe dar; sie können über- oder unterschritten werden. Ein Anspruch auf die darin enthaltenen Spannen ist nicht gegeben." (4) Wie wirkt dieser Sachverhalt auf die Erzeugung ?

Es ist anzunehmen, daß der einzelne Erzeuger mit seinem Ab-Hof-Preis (loco-Preis) kalkuliert und daß er dabei von dem Preis ausgeht, den er mindestens erhalten kann (Mindest-loco-Preis). Dieser Mindest-loco-Preis ist mit dem staatlichen Garantiepreis nicht mehr identisch. Für die Höhe des Mindest-loco-Preises maßgebend ist nunmehr die Standortlage des Erzeugers

-
- (1) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission, Verordnungsvorschläge der Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik, a.a.O., S.19.
 - (2) Transportkosten vom Hof des Erzeugers bis zum Handelsplatz
 - (3) Transportkosten vom jeweiligen Handelsplatz bis Duisburg.
 - (4) A.C.Toepfer, Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG, a.a.O., S.5.

zu "seinem" (d.h. ihm nächstgelegenen) Handelsplatz. Bestimmt wird dieser Preis durch den am betreffenden Handelsplatz geltenden Interventionspreis abzüglich der tatsächlichen (individuellen) Vermarktungskosten vom Hof des Erzeugers bis zu diesem Handelsplatz.

Tatsächliche und pauschalierte Vermarktungskosten aber müssen nicht identisch sein. Das gilt besonders für die in den Vermarktungskosten enthaltenen Transportkosten. Sind die tatsächlichen Kosten niedriger als die pauschalierten, ist der Erzeuger durch seine Standortlage zum Handelsplatz relativ begünstigt (höherer Mindest-loco-Preis), sind sie größer, ist er relativ benachteiligt (niedrigerer Mindest-loco-Preis). Damit gibt es also auch innerhalb der einzelnen Regionen selbst Lagevor- und -nachteile, Wirkungen, die die einstige Marktordnung nicht aufwies.

Allerdings, die Höhe des Mindest-loco-Preises steht nicht genau fest. Nur zwei seiner Berechnungsfaktoren sind "gegeben": Interventionspreis und die Transportkosten; nicht aber die Handelsspanne; ihre Höhe richtet sich nach der Intensität des Wettbewerbs der Handelsfirmen untereinander. Diese Intensität scheint höher geworden zu sein. Die Handelsspanne ist nicht mehr so unbeweglich ("zementiert") (1) wie einst (2). Damit bewegt sich auch der Mindest-loco-Preis. Wenn diese Bewegung Änderungen der Bedarfslage anzeigt, könnte der Erzeuger dadurch, daß der Interventionspreis nunmehr ein Mindestpreis auf der Handelsstufe ist, veranlaßt werden, mehr nach dem Bedarf zu produzieren.

Noch eine andere mögliche Erscheinung wäre zu registrieren: Es hieß, die pauschalierten Vermarktungskosten seien mit zunehmender Entfernung von Duisburg niedriger angesetzt. Je marktferner also der Handelsplatz, desto näher offenbar muß der Erzeugerstandort diesem Handelsplatz liegen, damit die pauschalierten Vermarktungskosten die tatsächlichen des Erzeugers decken können. Oder mit anderen Worten: Ist ein Erzeugerstandort von einem marktnahen Handelsplatz ökonomisch genau so weit entfernt wie ein anderer Erzeugerstandort von einem marktfernen, dann müßte der Mindest-loco-Preis des ersten Erzeugers größer sein als der des zweiten.

(1) A.C. Toeplitz. Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG, a.a.O., S.4.

(2) Drei Umstände sind dafür verantwortlich:

- 1) Die Mindest-loco-Preise der Erzeuger sind nicht mehr konstant.
- 2) Die Mindest-loco-Preise der Erzeuger sind nicht mehr gleich hoch.
- 3) Die Erzeuger können ihre Produkte nicht mehr selbst den Interventionsstellen anbieten (100-Tonnen-Grenze!).

Oder wiederum anders : Um den gleichen Mindest-loco-Preis zu erzielen, muß ein marktferner Erzeuger seinem Handelsplatz relativ nahe liegen; ein marktnaher (1) Erzeuger dagegen kann von seinem Handelsplatz relativ weit entfernt sein. Das könnte dazu führen, daß sich die marktferne Erzeugung um den zugehörigen Handelsplatz stärker konzentriert als die marktnahe um ihren Handelsplatz. Ob und inwieweit es wirklich dazu kommt, hängt von weiteren Umständen ab; die Neigung dazu ist jedenfalls gegeben.

4. Gerste statt Braugerste : Grundsätzlich soll der Markt das Braugerstenaufgeld bestimmen

Die EWG-Bestimmungen kennen nur den Begriff "Gerste". Eine begriffliche Dreiteilung in Futter-, Industrie- und Braugerste gibt es nicht mehr. Und alle in der Marktordnung relevanten Preise beziehen sich auf eine einzige Gerstenstandardqualität. Sinn der Regelung ist : die Preisbildung für Gerste mit besserer Qualität soll dem Markt überlassen bleiben. Ob also die Nachfrage die gewünschten Qualitäten erhält, hängt davon ab, welchen Preis sie ihnen zubilligt. So entscheidet die Nachfrage letztlich darüber, ob Qualitätsgersten angebaut und angeboten werden. Die EWG-Bestimmungen eröffnen den Marktkräften insoweit ein Betätigungsfeld.

Diesen Kräften hat man in der Bundesrepublik wenig getraut. Man befürchtete zu niedrige Braugerstenpreise; ein hinreichender Abstand zum Futtergerstenpreis schien nicht garantiert. Darum schrieb man für Braugerste einen Sonderinterventionspreis vor.

Die Tatsache, daß Braugerste grundsätzlich wie Gerste der Standardqualität behandelt wird, hat die staatlich festgesetzten Qualitätsklassen abgelöst. Damit fiel die Entscheidung, welche Braugerste besserer Beschaffenheit und welche Ausstichtergerste sei, wieder dem Markt anheim. Wie diese Entscheidung mindestens zu honorieren sei, war dem Staat damit ebenfalls entzogen. Dagegen blieb es bei den Vorschriften für die Merkmale für Braugerste von durchschnittlicher Beschaffenheit. Sie waren notwendig, um wissen zu lassen, für welche Qualität der Braugersten-Interventionspreis gelten sollte.

(1) "Marktnah" und "marktfern" immer auf das Hauptbedarfsgebiet bezogen.

Hervorzuheben ist, daß der EWG-Grundsatz "Gerste statt Braugerste" einen für jede Gerste einheitlichen Schwellenpreis bedeutete. Preisdifferenzen von Importgersten, die auf Qualitätsunterschieden beruhen, schlagen daher voll auf dem Inlandsmarkt durch und können somit preisregulierend auf inländische Gersten vergleichbarer Qualität wirken.

Der Braugersten-Interventionspreis folgt dem Interventionspreisgefälle der Standardgerste, wenn auch auf einem um 40 DM/t höheren Niveau, in gleicher Weise (Figur 13 : $\overline{TW}$). Stellt man ihm den einstigen Mindestpreis ($\overline{PV}$) gegenüber und berücksichtigt zudem, daß dieser Mindestpreis auf der Erzeugerstufe galt, dann ist zu erkennen, daß der jetzige Garantiepreis niedriger liegt als der ehemalige. Insofern wäre eine (bescheidene) Annäherung an den potentiellen Wettbewerbspreis zu verzeichnen.

Eine untere Preisgrenze also gibt es weiterhin; desgleichen, wenn auch nicht mehr starr, eine obere : Für eine Begrenzung der Inlandspreise nach oben sorgen die Preise für importierte Braugerste. Da diese Preise infolge der Abschöpfungstechnik beweglich sind, läßt sich jedoch eine so scharfe Grenze wie bei Standardgerste ($\overline{SA}$) nicht ziehen.

5. Liberalisierung des Imports - aber Beschränkungen sind möglich

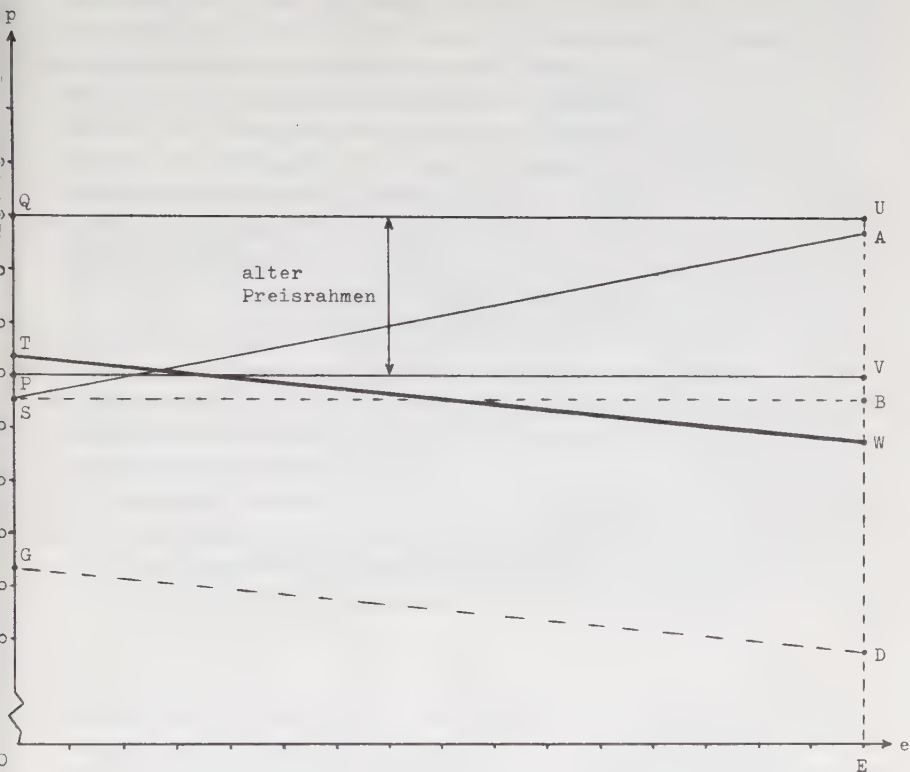
Die Einfuhr ist mengenmäßig frei. Behinderungen bestehen noch in dem Lizenzzwang, in den Kauttionen und in der Vorausfixierung (Prämienregelung). Hinderlich, da preiserhöhend, wirken sich auch die Ausgleichskoeffizienten aus.

Dafür ist die Kontingentierung mit ihren Begleitinstrumenten fortgefallen.

Allerdings sind Beschränkungen jederzeit wieder möglich. Artikel 22 (Absatz 1) der Verordnung Nr. 19 räumt diese Möglichkeit ein, Paragraph 9 des deutschen Durchführungsgesetzes (1) spezifiziert ihren Inhalt : Erhöhung des Abschöpfungssatzes, Verwendungsbeschränkungen, Andienungszwang u. a. Zwar ist die Klausel des Artikel 22 nur für die Übergangszeit gedacht, aber es erscheint wenig wahrscheinlich, daß sie in die Phase des gemeinsamen Agrarmarktes nicht mitübernommen wird.

(1) Gesetz zur Durchführung der Verordnung Nr. 19 (Getreide) des Rates der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Vom 26. Juli 1962, RGBl I 1962/S. 455.

Figur 13: Staatlich gesetzte Preise für Braugerste in der Bundesrepublik
- Ehemalige und jetzige Preise im Vergleich. 1961/62 gegenüber
1965/66¹



OQ = ehemaliger Höchstpreis

OT = Interventionspreis in
Duisburg

OP = ehemaliger Mindestpreis

OS = Schwellenpreis (Standard-
gerste)

OG = Grundinterventionspreis
(Standardgerste)

TW = Interventionspreisgefälle

SA = obere Grenze des Preises für
inländische Standardgerste

GD = Interventionspreisgefälle
(Standardgerste)

EU = OQ in Simbach

EA = obere Preisgrenze für inländi-
sche Standardgerste in Simbach

EV = OP in Simbach

EB = Schwellenpreis (Standardgerste)
in Simbach

EW = Interventionspreis in Simbach

ED = Interventionspreis für Stan-
dardgerste in Simbach

¹ Wie Fußnote 1 zu Figur 12

Das stille Bereithalten vorsorglicher Beschränkungsmaßnahmen für "auf Grund der Einfuhren ernstliche Störungen" (1) läßt vermuten, daß die Marktordnung keineswegs für a l l e Marktlagen geschaffen wurde. Sollte sie dennoch für wechselnde Marktlagen gedacht sein, fragt sich, ob man darunter nur alle "normalen" Situationen versteht oder aber auch ungewöhnliche, von der Norm abweichende. Die Frage könnte aktuell werden, wenn aus dem heutigen Zuschußbedarf eine Bedarfsdeckung oder eine Überschußproduktion geworden ist, eine bei Braugerste für den gemeinsamen Agrarmarkt, wie noch zu zeigen sein wird, keineswegs unrealistische Annahme. Wenn dann größere Mengen vom Markt nicht aufgenommen werden und in die staatlichen Vorratslager fließen, besteht durchaus die Gefahr, daß diese Marktlage als "außergewöhnlich" proklamiert wird und daß damit Importstopp, Koppelungskäufe u.ä. wiederaufleben.

In diesen Zusammenhang lassen sich auch die Importlizenzen stellen : Zwar muß die EVSt jedem Lizenzantrag stattgeben, aber wenn sie "zu größeren Käufen auf dem Markt ... veranlaßt" wird oder der Gerstenmarkt "ernstlichen Störungen ausgesetzt" ist (2), kann sie die Erteilung der Lizenzen für Einfuhren aus Drittländern aussetzen, bis die Störung beseitigt ist. Damit ist die Einfuhrlizenz nichts anders als eine latente Importbeschränkung, die schnell und wirksam eingesetzt werden kann, da in dem Lizenzverfahren ein bereits eingespielter Apparat zur Verfügung steht.

6. Pauschale statt individuelle Abschöpfung erleichtert und belebt den Einfuhrhandel

Ehemals unterlagen die Einfuhren dem Andienungszwang. Da die EVSt den Abgabepreis für jede importierte Qualität gesondert festsetzte, desgleichen auch den Übernahmepreis (cif-Preis plus Vermarktungskosten einschließlich Importeurmarge) bestimmte, war die Abschöpfung "individualisiert". Der jetzige Abschöpfungssatz ist für alle Gersteneinfuhren einheitlich; die Abschöpfung ist "pauschaliert". Damit hat sich auch die Wirkungsweise bei-der Verfahren geändert.

(1) Artikel 22, Absatz 1 der Verordnung Nr.19, a.a.O.

(2) Ebenda, Absatz 5. Diese Bestimmung betrifft ausdrücklich die Phase n a c h der Übergangszeit.

Figur 14 schematisiert das alte Verfahren. Die Linie $\overline{D_0 D_7}$ stellt die Bewegung der ausländischen Futtergerstenpreise cif deutsche Grenze im Zeitraum t_0 bis t_7 dar; entsprechend die Linie $\overline{C_0 C_7}$ für ausländische Braugerste. Angenommen, der Übernahmepreis der EVSt entspräche diesen cif-Preisen und ihr Abgabepreis dem inländischen Höchstpreis. Im Zeitpunkt t_1 wäre dann der Abschöpfungssatz für Futtergerste gleich $\overline{B_1 D_1}$, der für Braugerste gleich $\overline{A_1 C_1}$. Beide Sätze sind unterschiedlich. Verfolgt man die ausländischen Preisbewegungen im Zeitablauf weiter, so ändern sich zwar die Abschöpfungssätze, aber die Preisbewegungen wurden auf dem Inlandsmarkt nicht wirksam.

Das jetzige Abschöpfungsverfahren läßt die relativen Preisbewegungen zwischen ausländischer Futter- und Braugerste auf dem Inlandsmarkt durchschlagen. In Figur 15 ist der Vorgang schematisch dargestellt: Der einheitliche Abschöpfungssatz für Futter- und Braugerste im Zeitpunkt t_0 ist gleich $B_0 D_0$, wobei $B_0 D_0 = A_0 C_0$ ist (im Zeitablauf entsprechend). Der Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste liegt also immer um die Preisdifferenz zwischen Preis-frei-Grenze für Importbraugerste und cif-Preis für Futtergerste über dem Gerstenschwellenpreis (also $\overline{A_0 B_0} = \overline{C_0 D_0}$ usw.). Zu sehen ist: Preisniveauänderungen am Weltmarkt bei konstantem Preisabstand zwischen Futter- und Braugerste bleiben auf den Preis-ab-Grenze für Importbraugerste ohne Einfluß; er ändert sich erst und nur, wenn sich der Preisabstand ändert.

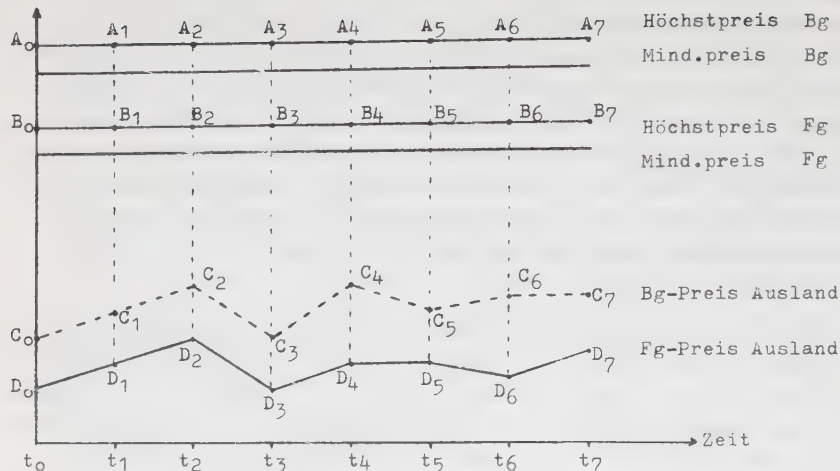
Damit ist es für den Importeur vorteilhaft geworden, gute Braugerstenqualitäten relativ billig einzukaufen. Denn der relativ günstige Preis passiert nunmehr die Grenzschleuse, ohne daß er von der EVSt vereinheitlicht wird, und wirkt sich zugunsten des Importeurs auf dem Inlandsmarkt aus. So gibt also die jetzige Regelung dem Importeur einen höheren Leistungsanreiz und verbessert insofern zugleich die qualitative Versorgung im Inland.

Berücksichtigt man, daß sich der Schwellenpreis von Zeit zu Zeit um die Reports erhöht (vgl. Figur 16), ist hinzuzufügen, daß trotz unveränderten Preisabstands zwischen Futter- und Braugerste am Weltmarkt der Preis-ab-Grenze für Importbraugerste dann nicht gleichbleibt, wenn zugleich der Schwellenpreis gestiegen ist (t_0 bis t_3), daß er sich dann aber nur um die Schwellenpreisaufstockung erhöht. Entsprechend gilt bei gleichzeitig verändertem Preisabstand (t_3 bis t_4): Der Preis-ab-Grenze steigt oder sinkt um die geänderte Differenz, steigt aber zusätzlich um die Schwellenpreisaufstockung.

Wie wirkt unter diesen Umständen die Vorausfixierung des Abschöpfungssatzes? Im Zeitpunkt t_0 (Figur 16) beträgt der Abschöpfungssatz für importier-

Figur 14

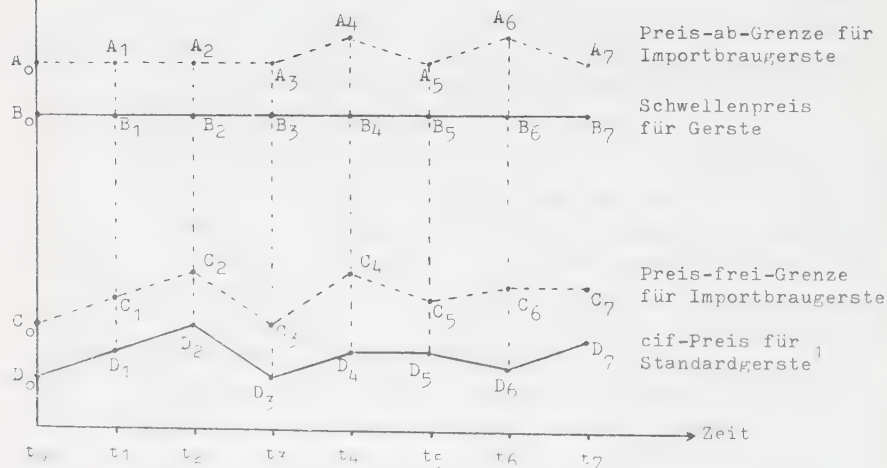
Preis



Bg = Braugerste
Fg = Futtergerste

Figur 15

Preis



¹ bzw. Frei-Grenze-Preis für Standardgerste

te Braugerste $\overline{A_0C_0}$ ($= \overline{B_0C_0}$). Angenommen nun, ein Importeur wolle ein Termingeschäft abschließen, wobei die Einfuhr in t_2 erfolgen soll. Der Abschöpfungssatz in t_2 ist diesem Importeur unbekannt. Ob also sein Terminkauf günstig oder ungünstig für ihn ausfällt, steht noch nicht fest. Das wäre erst in t_2 möglich. Damit der Importeur aber mit einem festen Abschöpfungssatz kalkulieren kann, beantragt er dessen Vorausfixierung.

Da sich von t_0 bis t_2 der Schwellenpreis zweimal um die Reports erhöht, wird der in t_0 geltende Abschöpfungssatz um beide Änderungen erhöht. Diesen vorausfixierten Satz (von der Prämie sei hier abgesehen) zahlt der Importeur bei Einfuhr der Terminware in t_2 . Hätte er den Satz nicht vorausfixieren lassen, hätte er den in t_2 geltenden Abschöpfungssatz (A_2C_2) zahlen müssen, der in diesem Fall aber mit dem vorausfixierten übereinstimmt, da sich der Preisabstand zwischen Futter- und Braugerste am Weltmarkt nicht verändert hat.

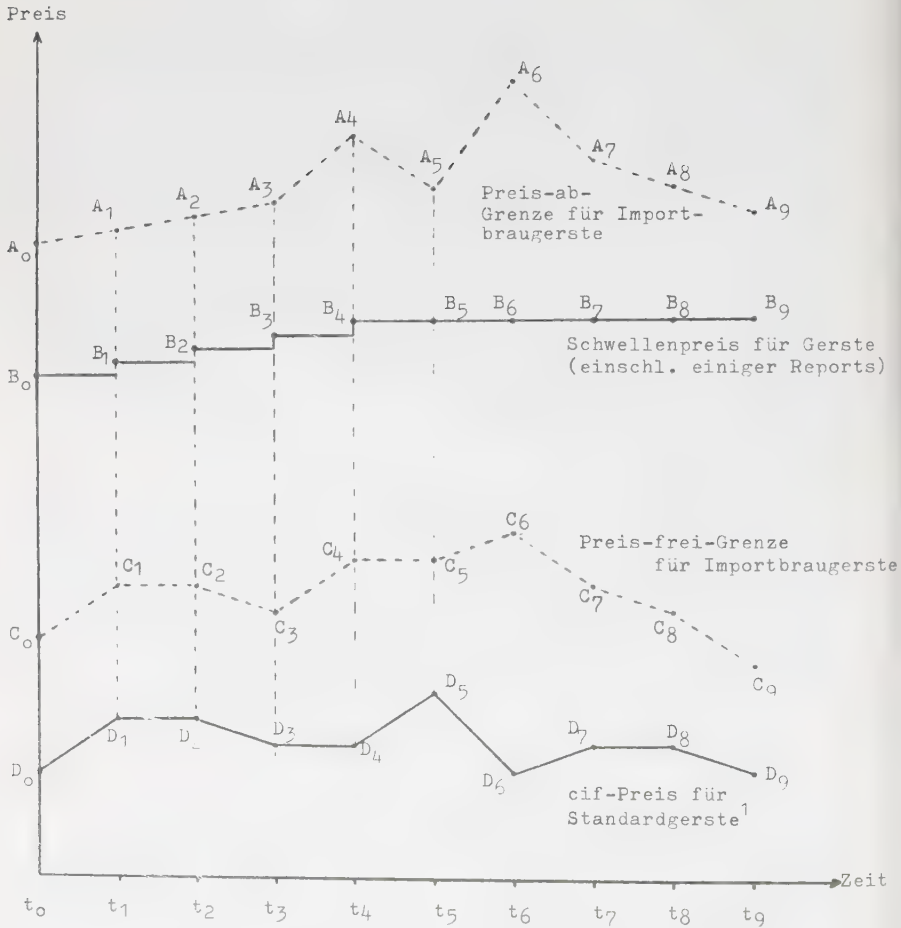
Zu erkennen ist, daß der vorausfixierte Satz dagegen von dem jeweils geltenden abweicht, wenn sich dieser Preisabstand geändert hat (t_3 bis t_9), und daß der vorausfixierte Satz je nach Art dieser Änderung unter oder über dem geltenden Satz liegen kann. Liegt er unter ihm (t_2 auf t_4), hat der Importeur einen finanziellen Vorteil, liegt er darüber (t_0 auf t_4), einen finanziellen Nachteil.

Die Möglichkeit zur Vorausfixierung also erleichtert dem Importeur nicht nur die Disposition über einen längeren Zeitraum, sondern trägt mit der Aussicht auf einen möglichen Vorteil auch zur Förderung des (im internationalen Handel ohnehin üblichen) Termingeschäftes bei. Damit dürfte sie den internationalen Handel nicht nur erleichtert, sondern auch belebt haben.

7. Verlagerung der Handelsströme

Die Braugerstenimporte einst waren teilweise auch nach Herkunftsländern kontingentiert. Die Länderkontingente, ausgehandelt und festgesetzt innerhalb bilateraler Handelsabkommen, bevorzugten das jeweilige Vertragsland gegenüber jenen Ländern, die ebenfalls Braugerste anboten, aber außerhalb eines entsprechenden Vertrages standen oder denen eine geringere Kontingentmenge zugewilligt war. Häufig bedeutete dieses Verfahren, daß nicht die preislich und qualitativ besseren Sorten importiert wurden,

Figur 16



$$\overline{B_0 D_0}, \overline{B_1 D_1}, \dots = \overline{A_0 C_0}, \overline{A_1 C_1}, \dots = \text{Abschöpfungssatz}$$

¹ bzw. preis-frei-grenze-Preis für Standardgerste

sondern weniger gute Qualitäten zu vergleichsweise hohen Preisen. Je nach handelspolitischer Zielsetzung aber änderten sich die Verträge, und mit ihnen wechselten die Präferenzen auf andere Länder über.

Ein solcher Wechsel von Präferenzen findet heute nicht mehr statt. Da die EWG-Marktordnung auch in den Dienst der EWG-Handelspolitik gestellt wurde, begünstigt sie (vor allem über den Pauschbetrag, die Berechnung des cif-Preises, die Ausgleichskoeffizienten zum Weltmarktstandard und über die Prämienregelung bei der Vorausfixierung gegenüber Drittländereinfuhren) den Handel mit den Partnerländern und behindert den Handel mit Drittländern. Die Präferenzen sind also zuungunsten der Drittländer "zementiert" worden.

Die unmittelbare Wirkung der Präferenzen macht sich bereits bemerkbar: Die Einfuhren von Braugerste und Malz haben sich anteilmäßig von den Drittländern auf die EWG-Länder verlagert (vgl. Tabelle 8 und 9). Für die Versorgung ist dieser Umstand insofern nicht unwesentlich, als gerade die drittländischen Braugerstenangebote eine relativ hohe und beständige Qualität aufweisen. Sind beispielsweise also die EWG-Ernten qualitativ gering ausgefallen, wird die Versorgung mit besseren (drittländischen) Qualitäten behindert.

Im übrigen tragen die EWG-Präferenzen - eine mittelbare Wirkung - zur Anbaustimulierung innerhalb der Gemeinschaft bei und fördern damit die Tendenz zur Überschußproduktion.

8. Malz innerhalb, Bier außerhalb der Marktordnung

Die EWG-Marktordnung hat auch Malz einer Abschöpfungsregelung unterzogen. Das Bestreben, Verschiebungen in den Wettbewerbsbedingungen, die auf staatliche Intervention zurückgehen, zu vermeiden oder unwirksam zu machen, spricht für diese Regelung. Daß bei staatlichen Eingriffen in den Wirtschaftsprozess unerwünschte Nebenwirkungen auftreten, ist nicht neu und die Abschöpfung für Malz gegenüber Mitgliedsländern daher konsequent. (Die Abschöpfungsregelung gegenüber Drittländern und ihre Zweckmäßigkeit ist allerdings eine andere Frage).

Weniger folgerichtig ist man beim Bier verfahren. Die unerwünschten Nebenwirkungen von Agrar- und Zollpolitik auf dem Biermarkt sind nicht beseitigt worden. Mag auch der eine oder andere Umstand (z. B.

die "Präferenz-Barriere" gegenüber deutschem Bier oder der relativ geringe Gerstenkostenanteil an der Bierpreisgestaltung) angeführt werden, der die Brauwirtschaft durch die Verschiebung der Wettbewerbsbedingungen weniger gefährdet erscheinen läßt : Das Fehlen eines entsprechenden Ausgleichs bei der Ein- und Ausfuhr bleibt im Grunde inkonsequent.

Allerdings ist diese Inkonsequenz verständlich. Nicht nur Bier ist betroffen, sondern eine ganze Reihe anderer Ernährungsgüter auch. Ein Ausgleich bei Bier also würde den gleichen Anspruch auch für die übrigen Güter schaffen. Das aber müßte zu einer Vielzahl von weiteren Verordnungen führen. Qualitäten wären zu registrieren und zu standardisieren, technische Koeffizienten aufzustellen und zusätzliche Belastungen von Zollstellen und EVSt zu erwarten.

So beruht der fehlende Ausgleich bei Bier letztlich auf Erwägungen verwaltungstechnischer Zweckmäßigkeit. Hinzu mag gekommen sein, daß man die Bierimporte gegenüber dem gesamten inländischen Bierausstoß für zu gering hielt.

9. Ansatzpunkt der Marktordnung unverändert

Das auf den ersten Blick "marktwirtschaftlicher" anmutende Preissystem, das wohlberechnete Ineinandergreifen der einzelnen Instrumente, der Eindruck relativer Geschlossenheit können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EWG-Marktordnung auch weiterhin mit direkter staatlicher Preisfestsetzung arbeitet.

"'Marktordnung' im Sinne der einschlägigen Gesetze bedeutet : Staatliche Intervention in die Preisbildung, in die Ein- und Ausfuhr wie auch in die Absatzpolitik" (1) - diese Feststellung trifft nach wie vor zu.

Alleiniger Zweck der Marktordnung ist es, einen einzigen Preis zu stützen. Dieser Preis, der Interventionspreis, ist ein herkömmlicher Mindestpreis. Dazu der Schwellenpreis; zwar kein Höchstpreis wie zuvor, aber

(1) G. Gutmann, H. -J. Hochstrate und R. Schlüter. Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und ordnungspolitische Grundlagen. Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungs-systeme. Hrsg. von K. P. Hensel. H. 4. Stuttgart 1964, S. 201/202.

ihm doch vergleichbar in der Wirkungsweise wie auch mit ähnlicher Zwecksetzung. Die übrigen Instrumente sind nichts weiter als unumgängliche Komplementärmaßnahmen. So stützt sich das Marktordnungssystem lediglich auf zwei Preise. Die einstige Marktordnung hielt es nicht anders.

Zwar sind gegenüber dieser einstigen Marktordnung nicht unbedeutende organisatorische Abweichungen zu verzeichnen; zwar weist die Marktordnung einige liberalere Züge auf (verbesserte Importmöglichkeiten); zwar enthält sie Bestandteile, die eine gewisse Konzessionsbereitschaft an ökonomische Sachverhalte ahnen lassen (Preisregionalisierung); zwar ist die Marktordnung in ihren Mitteln weniger starr, ihre Eingriffsintensität in den Marktablauf geringer (kein Koppelungszwang, keine Kontingente); zwar ist die Haltung spürbar, den Marktablauf auch von den Marktkräften selbst lenken zu lassen, ihn weniger als zuvor durch improvisatorische Einzeleingriffe zu beeinflussen (keine direkten Frachtsubventionen); aber : Trotz der deutlichen Auflockerung hat die Marktordnung das, was ökonomisch wesentlich ist, nicht geändert; nach wie vor liegt ihr Ansatzpunkt im Preis.

VII. MARKTORDNUNG FÜR BRAUGERSTE - EIN BEISPIEL STAATLICHER PREISSETZUNGSPOLITIK

Braugerste ist ein relativ homogenes Gut. Für Braugerste gibt es, außer daß sie sich verfüttern läßt, so gut wie nur eine Verwendung. Braugerste ist ein relativ konsumnahes Gut; sie hat nur zwei Folgemärkte. Und schließlich reagieren die Braugerstennachfrager relativ preisunelastisch. Umstände also die staatliche Preissetzungspolitik begünstigen und die es gewöhnlich ermöglichen, Komplementär- und Folgemaßnahmen in gewissen Grenzen zu halten. Doch selbst unter diesen Umständen sind die geschilderten Interventionen recht beachtlich. Um so eher können sie beispielhaft illustrieren, was in der Regel von Preissetzungen zu erwarten ist.

1. Aufwendiger Mitteleinsatz und die Häufung von Verordnungen

Jede Preissetzung ist von Komplementär- und Folgemaßnahmen begleitet. Die wichtigsten auf dem Braugerstenmarkt wurden geschildert (1). Alle diese Maßnahmen müssen aber auch im Zusammenhang mit ihrer Realisierung gesehen werden: Eine Fülle von Bekanntmachungen, Erlassen, Verfügungen, Durchführungsverordnungen, Änderungsgesetzen haben sie ergänzt, aufgehoben oder verlängert. Bei den Verordnungen und Entscheidungen der EWG-Behörden ist ein gleiches Anschwellen zu beobachten. Und was auf übernationaler Ebene beschlossen und in die gesetzliche Form gebracht wurde, muß auf nationaler Ebene übernommen und ausgeführt werden (2).

Einige wenige Zahlenangaben mögen den Umfang der Verordnungstätigkeit illustrieren: Ausgehend von der Verordnung Nr. 19 erschienen seitens der EWG-Behörden für 1962/63 und nur für den Getreidemarkt (also ohne Verarbeitungserzeugnisse) etwa fünfzig bis sechzig ergänzende Bestimmungen, seitens der deutschen Behörden (ohne Bekanntmachungen u. ä. der EVSt) über zwanzig. Bis zum Dezember 1964 erließen die EWG-Behörden

(1) Vgl. S. 50-54 und S. 55-73

(2) Vizepräsident der EWG-Kommission S. L. Mansholt (im Zusammenhang mit einer einfacheren Gestaltung des Agrarmechanismus): "Wenn ich an die Hunderte von Durchführungsverordnungen denke, läuft es mir kalt über den Rücken." Entnommen einer Meldung aus "Die Welt" vom 21. Januar 1965.

für den Getreidemarkt etwa vierzig weitere Bestimmungen, die deutschen rund fünfzig. Im Kalenderjahr 1965 kamen etwa 35 europäische und etwa dreißig deutsche Bestimmungen erneut hinzu (1). Und speziell für Gerste und Malz galten 1965 mindestens 37 einzelne Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen oder Richtlinien (2), von denen eine Reihe alljährlich ausgewechselt zu werden pflegt. Hinzukamen die Maßnahmen auf dem Biermarkt und Malzmarkt (3). Allein hinsichtlich Anteilzoll und Anteilabschöpfung sind bis Ende 1965 rund 55 Bestimmungen erlassen worden.

So haben sich die Verordnungen gehäuft, so haben sich die technisch-organisatorischen Einzelheiten vermehrt, und so ist der notwendige Verwaltungsapparat gewachsen. Man darf zu bedenken geben, ob die Zielsetzung den Umfang dieses Mitteleinsatzes wirtschaftlich rechtfertigt.

2. Trotz "Perfektionismus" keine Perfektion : Der Hand zur vollständigen Regelung

Eine Preissetzung ist immer nur wirksam, wenn es mit Hilfe von Komplementärmaßnahmen gelingt, die Marktvariablen unter Kontrolle zu halten. Da jeder Eingriff in den Preisbildungsprozeß auf den Widerstand der Marktkräfte stößt, ist die erste getroffene Maßnahme nicht gleich vollkommen. Häufig haben ihre geistigen Väter eine Reaktion der Wirtschaftssubjekte (z.B. deren Preiselastizität) falsch eingeschätzt oder ihr geringe Bedeutung beigemessen, häufig einige Besonderheiten des betreffenden Marktes (z.B. daß Termingeschäfte die Regel statt die Ausnahme sind) übersehen oder außer acht gelassen. Und nicht selten ist die Maßnahme zu situationsgebunden (z.B. nicht auf Unter- und Überversorgungslage

(1) Als Grundlage für diese Überslagsrechnung diene der Fundstellennachweis für das Recht der Europäischen Gemeinschaften, zusammengestellt von E. Bülow und G. Langner, 1. -4. Auflage, Köln 1963, 1964, 1965 und 1966, Erschienen als Beilage zu verschiedenen Nummern des Bundesanzeigers.

(2) Nach einer Zusammenstellung von D. Kuhn, Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1965. Tfb (1965) Nr. 101/102, S. 655.

(3) Vgl. S. 74-106

zugleich abgestellt), also nicht anpassungsfähig genug, wenn sich die Ausgangssituation geändert hat, und führt zuweilen zu Härten in Einzelfällen (z. B. Behinderung des Exports jener Brauereien, die nur geringe Mengen ausführen). Aus derartigen Gründen besteht daher die Neigung, die vorangegangene Maßnahme durch weitere zu vervollständigen.

Obwohl die äußeren Umstände auf den Märkten für Braugerste, Malz und Bier jene Politik der Mindestpreissetzung eher begünstigt als gehemmt haben, lassen sich ähnliche Beobachtungen auch hier machen. Da es sich um typische Erscheinungen handelt, seien dazu einige Beispiele angeführt :

Das Preissystem für Getreide ist "regionalisiert". Das Getreide (also auch Gerste) soll ungehindert aus dem Hauptüberschußgebiet (Bayern) in das Hauptzuschußgebiet (Nordrhein-Westfalen) abfließen können. Zu diesem Zweck mußten die Standortbedingungen in das System einbezogen werden. Mittels einer regionalen Preisstaffelung geschah das - darauf wurde schon hingewiesen - ganz schematisch : Berücksichtigt wurde lediglich die ökonomische Entfernung von Duisburg zu allen übrigen Handelsplätzen der Bundesrepublik. Praktisch also unterstellte man, daß *a l l e* diese Handelsplätze

- 1) in Überschußgebieten lägen,
- 2) mit Duisburg Gerstenaustausch trieben,
- 3) untereinander keine Gerste austauschten.

Differenzierungen, wie sie sich aus den tatsächlichen Standortbedingungen bei Wettbewerbspreisbildung ergeben müssen, läßt die Preisstaffelung mit- hin gänzlich außer acht. Die Unterschiede von Brot- und Futtergetreide wurden vernachlässigt. Man hoffte, das Abfließen auch von Futtergetreide allein mit niedrigen Preis im Hauptüberschuß- und mit hohen Preisen im Hauptzuschußgebiet zu ermöglichen.

Daß aber Gerste und Braugerste keineswegs einem unwiderstehlichen Sog in Richtung Duisburg ausgesetzt sein müssen, zeigt bereits ein vergleichender Blick auf die Marktpreisnotierungen einiger ausgewählter Börsenplätze : In Tabelle 23 und 24 sind die Börsenplätze Köln, Mannheim, Frankfurt, Würzburg, Stuttgart, Hannover und München der Reihe nach gemäß ihrer (manipulierten) ökonomischen Entfernung von Duisburg aufgeführt, kenntlich gemacht an den abgeleiteten Richt- bzw. Interventionspreisen. (Diese Anordnung soll den Vergleich der dort aufgeführten Marktpreise erleichtern).

Zu sehen ist, daß die Notierungen der relativ marktfernen Plätze sehr häufig (wenn nicht in der Regel) höher sind als jene der relativ marktnahen. Und wenn beispielsweise die Braugerste im Januar 1965 in Würzburg zu

444 DM/t, in Stuttgart zu 457, 50 DM/t und in München zu 452, 50 DM/t verkauft werden konnte, ist es unwahrscheinlich, daß die dort an sich vorhandenen Überschüsse in das Hauptbedarfsgebiet (1) gezogen wurden, wo man sie nur mit 443 DM/t honoriert hätte (Tabelle 24). Ähnliches ist auch für andere Monate und Jahre festzustellen. Diese Beobachtung samt Folgerung hat die ZMP (2) auf Anfrage bestätigt :

"Selbstverständlich ist das Problem des Preisgefälles von Duisburg aus bei Futtergetreide völlig anders als bei Brotgetreide. Während bei letzterem naturgemäß die starke Bevölkerungsballung im Rhein-Ruhr-Gebiet und die bei Weizen große, bei Roggen sogar überreichliche Selbstversorgung dafür sorgen, daß das Preisgefälle weitgehend klappt, ist die Situation beim Futtergetreide völlig anders. Hier haben wir im innerdeutschen Raum differenzierte Zuschuß- und Überschußgebiete. Ein Sog nach Duisburg hin ist gar nicht gegeben. Die relativ geringen regionalen Überschüsse finden auf viel kürzere Entfernung echte Zuschußräume, was sich bereits aus der Tatsache ergibt, daß wir auf dem Futtergetreidesektor ja einen erheblichen Einfuhrbedarf haben."

Wenn aber das angestrebte regionale Preisgefälle zwischen Duisburg und den übrigen Handelsplätzen in den tatsächlichen Preisen (Marktpreisen) nur sehr wenig ausgeprägt ist oder teilweise gar nicht zum Ausdruck kommt, dann widerspricht das der Absicht, die Regionalisierung nach den "natürlichen Bedingungen der Preisbildung"(3) vorzunehmen. Angesichts der tatsächlichen Standortbedingungen wurden in den gestaffelten Richt- und Interventionspreisen regionale Preisrelationen geschaffen, die sich bei Wettbewerbspreisbildung anders bilden würden (4) und es trotz dieses Systems teilweise auch tun.

Um diese Unvollständigkeit auszumerzen, sind bislang noch keine zusätzlichen Maßnahmen erschienen. Aber Pläne gibt es offenbar bereits; so

-
- (1) Hier durch die Kölner Notierung repräsentiert, denn in Duisburg selbst gibt es keine Braugerstennotierungen. Umsatzmäßig ist der Handelsplatz Duisburg ohnehin völlig unbedeutend (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle der DLG. Schreiben vom 21. Juli 1965), also nur eine Fiktion des Preissystems.
 - (2) Ebenda.
 - (3) Artikel 5, Absatz 2 der Verordnung Nr. 19 (a. a. O.).
 - (4) Zur ökonomischen Bedeutung der manipulierten Preisrelationen vgl. S. 110

beispielsweise über die Schaffung zusätzlicher Grenzübergangspunkte (1). Soll also die Preisregionalisierung ihren ökonomischen Sinn erfüllen, darf man bei Gerste nicht allein von dem größten Ballungszentrum der Bevölkerung ausgehen, sondern muß zumindest auch die derzeitigen geographischen Schwerpunkte der Verarbeitungsindustrie berücksichtigen, die nicht alle (das gilt besonders für die Mälzereien) mit dem Ballungszentrum Duisburg zusammenfallen (2).

Ein anderes Beispiel : Nach dem Willen der Kommission soll der Richtpreis "für das Marktgeschehen richtungsweisend" sein (3). Diese Funktion erfüllt er, jedenfalls bei Gerste, nur insoweit (und dies trifft auch nur für den Grundrichtpreis zu), als er die Berechnungsgrundlage für den Schwellenpreis darstellt und so über d i e s e n einen gewissen Einfluß auf das tatsächliche Marktpreisniveau ausüben kann. Im übrigen aber kümmert sich der Marktpreis um den Richtpreis so gut wie nicht.

Die Abweichungen des Marktpreises für Futtergerste vom Richtpreis enthält Tabelle 25 (Anhang). Zu sehen ist, daß sich der Marktpreis fast regelmäßig und teilweise nicht unbeträchtlich u n t e r dem Richtpreis gebildet hat. Es ist also keineswegs so, daß der Marktpreis zum Richtpreis tendierte. Er näherte sich eher dem Interventionspreis (4) und lag nicht

-
- (1) Allerdings : "Einem Preisgefälle ähnlich dem bei Brotgetreide wird aber auch dann die unterschiedliche Ausgangsbasis von Bevölkerungskonzentration einerseits und regionalen Veredelungsschwerpunkten andererseits entgegenstehen" (Schreiben der ZMP vom 21. Juli 1965). - Zu den jüngsten Vorstellungen über eine Abänderung der bisherigen Preisregionalisierung s. A. C. Toepfer, Marktbericht vom 17. Februar 1966.
 - (2) Dazu der Ifo-Schnelldienst (Nr. 31/32 vom 10. August 1962, S. 24) : "Das schematische Verfahren bei der Festsetzung der Interventionspreise aufgrund der jeweiligen Transportkosten nach Duisburg sollte darum in Zukunft daraufhin überprüft werden, ob es nicht zweckmäßiger ist, die Ableitung der örtlichen Interventionspreise für jede Getreideart getrennt durchzuführen. Als Kriterium sollten die sich aus der Versorgungslage ergebenden Marktpreise dienen. Dieses System müßte jedoch in gewissen Zeitabständen immer wieder der tatsächlichen Entwicklung auf den einzelnen Getreidemärkten angepaßt werden."
 - (3) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Verordnungsvorschläge der Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik, a. a. O., S. 19.
 - (4) An der Mannheimer Börse z. B. in der ersten Hälfte von 1963/64, an der Frankfurter und Münchener Mitte 1963/64, an der Würzburger fast während des ganzen Wirtschaftsjahres 1963/64 (Tab. 23).

selten auch unter diesem (1).

So scheint die Aufgabe, für Marktbeteiligte und Marktgeschehen richtungsweisend zu sein, vielmehr der Interventionspreis übernommen zu haben. Wenn "richtungsweisend" bedeutet, der Marktpreis möge sich um den Richtpreis (d.h. ohne größere Abweichungen) einspielen, dann ist das im allgemeinen bisher nicht gelungen. Insofern entspricht das Instrument "Richtpreis" augenscheinlich nicht der ursprünglichen Vorstellung über die Wirkungsweise des Richtpreises. (An irgendwelche Abhilfemaßnahmen ist allerdings nicht gedacht).

Ein drittes Beispiel gibt die Reportregelung. Ihrer vorgegebenen und anfänglichen Zielsetzung nach soll sie dem Ausgleich von Lager- und Kreditkosten dienen. Obwohl sich aber die "richtige" oder "angemessene" Höhe dieser Kosten unschwer ermitteln ließe, wurde um die Reports dennoch heftig gerungen (2).

So sind die Reports in Wirklichkeit ein zusätzliches (weil beweglich handhabbares) Instrument zur Markt- und damit zur Preisbeeinflussung geworden (3). 1962/63 beispielsweise betrug die Zahl der Gerstenreports sechs, ihre Höhe einheitlich 4 DM/t. Im Jahr darauf wurden Zahl und Höhe bereits wieder gesenkt, um das (1962/63 gegenüber 1961/62 gestiegene) inländische Gerstenpreisniveau zu drücken (4). Die Maßnahme sollte den

-
- (1) Eine Beobachtung, die beispielsweise der 7. Gesamtbericht der Kommission (a. a. O., Ziffer 164) auch für Weizen und die übrigen EWG-Länder bestätigt.
 - (2) Vgl. U. Paulsen. Zur staatlichen Regulierung des Gerstenmarktes. Brauwelt (1963) Nr. 48/49, S. 913. Danach diskutierte man für 1963/64 im BML folgende Möglichkeiten: "Das BML machte seinerseits den Vorschlag, auf 5 x 3,30 DM/t zurückzugehen, der Bauernverband schlug 5 x 4 DM/t vor, die Mälzer 8 x 3 DM/t. Der Handel bestand auf der gegenwärtigen Regelung. Der DBB und die Futtermittelindustrie schlugen 5 mal 'so wenig wie möglich' vor (die Mindestzahl 5 ist durch die Verordnung Nr. 19 vorgeschrieben)." Ganz offensichtlich also spielen die tatsächlichen Lagerkosten keine Rolle.
 - (3) Deutlich schon dadurch, daß nur einige Monate des Wirtschaftsjahrs Reports erhielten und für September ein niedrigerer Zuschlag (2,10 gegenüber 3,60 DM/t) gilt. Auch die unterschiedliche Reportregelung bei Weizen und Roggen läßt diesen Sachverhalt erkennen.
 - (4) Vgl. hierzu D. Kuhn, Reports für Gerste. Sonderdruck aus "Ernährungsdienst" (1963) Nr. 50. Siehe auch R. Biergans, Die EWG-Marktordnung der Braurohstoffe in der Bewährung und Kritik. TfB (1963) Nr. 99/100, S. 640.

Schwellenpreis insbesondere für die Monate Februar bis Juni senken und über ihn die Einfuhr von Auslandsgerste begünstigen (1).

Fraglich war allerdings, um wieviel die Reports zu vermindern waren. Hier stießen eine Reihe von Interessengegensätzen aufeinander (2). Die schließlich ausgehandelten Reports wurden zwar bis jetzt beibehalten, werden aber keineswegs von allen Marktbeteiligten als "richtig" empfunden (3). Nicht zuletzt deswegen, weil die EWG-Partnerländer während der Übergangszeit eine andere monatliche Staffelung gewählt haben, was während der Saison zu Änderungen der Gerstenpreisunterschiede führt (4). Nach Paulsen (5) sind die Reports zu hoch :

"Sie veranlassen Handel und Genossenschaft zu dem Versuch, den Markt knapp und damit das Preisniveau hoch zu halten. Sie beschwören damit die Gefahr herauf, daß deutsche Gerste in die Intervention wandert und die Verarbeiter sich mit ausländischer Gerste eindecken. Der Ablauf des letzten Wirtschaftsjahres bestätigt diese These : es wurde nämlich erstmals wieder Braugerste in die Intervention gegeben. Der Landwirtschaft selbst nützen die Reports wenig. Sie verfügt im allgemeinen nicht über Lagermöglichkeiten ... Anders Handel und Genossenschaften : Sie kaufen zu Beginn der Saison und oftmals noch etwas unter dem örtlichen Interventionspreis (der ja nur für Mengen von mindestens 100 t gilt) und hoffen auf Preissteigerungstendenzen, die sie - wie gesagt - durch ihr eigenes Verhalten auch auszulösen suchen. Ein Risiko laufen sie dabei nicht, wenn die Reports ihnen - wie es tatsächlich der Fall ist - einen Mindestgewinn garantieren. Mit Zahl und Höhe der Reports kann das Marktgeschehen also wesentlich beeinflusst werden."

-
- (1) Vgl. auch Bundestagsdrucksache Nr. IV/2231 vom 5. Mai 1964, S. 9.
 - (2) Vgl. Fußnote 2 auf Seite 129.
 - (3) Zur Kritik von der Mälzerseite vgl. D. Kuhn, Reports für Gerste, a. a. O. - Derselbe, Reports und Braugerstenpreise, Sonderdruck aus "Ernährungsdienst" (1964) Nr. 44, - Derselbe, Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1964, Tfb (1964) Nr. 99/100, S. 677. - Zur Kritik von der Brauerseite vgl. U. Paulsen, Zur staatlichen Regulierung des Gerstenmarktes, a. a. O., S. 913. - R. Biergans, Die EWG-Marktordnung der Brauerohstoffe in der Bewährung und Kritik, a. a. O., S. 640.
 - (4) Vgl. Brauwelt (1963) Nr. 78, S. 1431 ("Die Gerstenpreise in der EWG").
 - (5) U. Paulsen, Getreidepolitik und Braugewerbe, Unter Mitwirkung von F. Meyer, a. a. O., S. 652.

Ein viertes Beispiel : Die deutschen Mälzer wünschen eine "Phasenverschiebung des Malzwirtschaftsjahres" gegenüber dem Getreidewirtschaftsjahr (1). Der Grund (2) : Die Mälzereien können, wollen sie ganzjährig beschäftigt sein, in der Regel bis Ende Oktober nur Braugerste aus alter Ernte verarbeiten. Braugerste neuer Ernte unterliegt zunächst der Keimruhe und erreicht vorher nicht die notwendige Keimfähigkeit. "Dadurch sind die Malzfabriken länger belastet (Finanzierung, Lagerungskosten) als andere Zweige der Ernährungsindustrie." (3)

Als Ausgleich dafür wollen die Mälzereien das Malzwirtschaftsjahr auf die Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. September verlegt sehen, "während der die Erstattungen (und Abschöpfungen) noch auf Basis des höheren Juni-Schwellenpreises für Gerste erfolgen sollen" (4). Gemeint sind die Abschöpfungen und Erstattungen für die Ein- und Ausfuhren der Monate Juli bis September. Höhere Malzabschöpfungen sollen also in dieser Zeit die Malzimporte verteuern, höhere Malzerstattungen die deutschen Malzexporte verbilligen.

Allerdings ist die angegebene Begründung für dieses Verlangen nicht sonderlich überzeugend : Einmal stehen die Mälzereien in keinem direkten Wettbewerb mit den anderen Zweigen der Ernährungsindustrie. (Es fällt schwer einzusehen, warum produktionstechnische Sonderbedingungen immer gleich als diskriminierend gelten und darum durch staatliche Maßnahmen neutralisiert werden sollen). Zum anderen müssen die Mälzereien des Auslands in den fraglichen Monaten ebenfalls noch Braugerste alter Ernte verarbeiten, stehen also unter den gleichen Produktionsbedingungen wie die deutschen.

Der wahre Grund für das Verlangen nach Phasenverschiebung dürfte eher in der unzulänglichen Reportregelung zu suchen sein. Denn die deutschen Gerstenreports enden bereits im Januar, die französischen erst im Juni, und Italien und die Niederlande haben bis vor kurzem (5) überhaupt keine Gerstenreports gekannt. Auch ist die Reporthöhe in den Mitgliedslän-

(1) Vgl. TfB (1965) Nr. 58, S. 323 ("Sorgen der Handelsmälzereien in der EWG").

(2) Nach dem Schreiben des Nordwestdeutschen Mälzerbundes e. V. vom 21. Januar 1966.

(3) Ebenda.

(4) Ebenda.

(5) In den Niederlanden ab 1964/65, in Italien ab 1965/66.

dem unterschiedlich geregelt (1). So ist also der deutsche Schwellenpreis am Ende der Saison gegenüber den Schwellenpreisen der übrigen EWG-Länder vergleichsweise "zu niedrig". Insofern also geht es nicht um produktionstechnische Besonderheiten, sondern um die Unvollkommenheit staatlicher Preissetzungspolitik.

Alle weiteren Beispiele, in denen Unvollständiges zu größerer Vollständigkeit drängte und auch seinen Niederschlag in entsprechenden Neuregelungen fand, sind schon erwähnt worden (2). Sie alle genügen, um den fast zwangsläufigen Hang staatlicher Interventionen zu mehr und mehr perfekter Regulierung hinreichend darzutun. Was sich im freien Marktgeschehen "von selbst" zu regeln pflegt, müssen hier die staatlichen Organe (falls dazu überhaupt bereit und in der Lage) bis in kleine Details im voraus bedenken und mit allen denkbaren Variationsmöglichkeiten in entsprechende Verordnungen bringen. Und doch wird es diesen Verordnungen immer wieder an jener Fähigkeit fehlen, die jedem Verhalten der Marktteilnehmer und jeder Wandlung des Marktgeschehens rechtzeitig zu begegnen weiß.

Es überrascht daher nicht, wenn die Marktordnung den Eindruck eines "Perfektionismus ohne Perfektion" vermittelt. Man darf diesen Eindruck als für staatliche Preissetzungspolitik typisch ansehen. Gerade der Hang zur perfekten Regulierung ist für den immer aufwendigeren und komplizierteren Mitteleinsatz nicht zuletzt verantwortlich.

-
- (1) Bundesrepublik = 3, 60; Frankreich = 3, 08; Belgien/Luxemburg = 2, 40; Niederlande = 2, 76; Italien = 2, 56 DM/t.
- (2) Vgl. S. 74-106. - Auch das (hier übergangene) Malzfrachtproblem gehört - das sei der Vollständigkeit halber erwähnt - in diesen Zusammenhang.

VIII. DIE ÖKONOMISCHE UNZWECKMÄSSIGKEIT DER GERSTEN-MARKTORDNUNG

Die Marktordnung für Gerste ist die Ordnung eines Ausnahmebereichs. Daß dieser Ausnahmebereich kein "echter" (1) Ausnahmebereich ist, läßt sich unschwer zeigen (2). Denn die sogenannten Besonderheiten der landwirtschaftlichen Erzeugung begründen einen "echten" Ausnahmebereich nicht (3). Gleiche oder ähnliche Besonderheiten als Zeichen unterschiedlicher Risiken finden sich - mehr oder minder zahlreich - in allen übrigen Wirtschaftsbereichen auch. Wollte man die Landwirtschaft deswegen zum Ausnahmebereich erklären, weil solche "Besonderheiten" vorliegen, wäre es ein "unechter" Ausnahmebereich; d.h. ökonomisch gerechtfertigt wäre er nicht. Hinter der Begründung verbergen sich die Wünsche einer Interessengruppe, Wünsche, die diese Gruppe verwirklichen will zu Lasten anderer Interessengruppen.

Gleichwohl wird verschiedentlich versucht, den Ausnahmecharakter der Landwirtschaft mittels jener "Besonderheiten" zu beweisen (4). Und es ist den landwirtschaftlichen Interessenten nicht zu verdenken, wenn sie sich dieser Besonderheitenargumentation bedienen, um ihre Wünsche durchzusetzen. Auch die staatliche Agrarpolitik scheint sich auf die Besonderheiten berufen zu haben.

Daneben wird das Ausnehmen der Landwirtschaft von der Wettbewerbspreisbildung nicht zuletzt auch durch die Vorstellung erleichtert, mit der

- (1) "Echte" Ausnahmebereiche sind z.B. bestimmte Verkehrsmärkte (wie Bahn, Post, Fernmeldewesen) oder Energiemärkte (Strom, Gas, Wasser), also "natürliche" Monopole und Oligopole, in der Regel bedingt durch eine relativ große optimale Betriebsgröße. Zur Terminologie s. E. Hoppmann, Wettbewerbspolitik und Exportkartelle. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Hrsg. von F. Lütge und E. Preiser, Bd. 173, H. 4, Sept. 1961, S. 343 f.
- (2) Daß es sich bei den landwirtschaftlichen Märkten nicht um "natürliche" Monopole oder Oligopole handelt, dürfte außer Zweifel stehen.
- (3) Vgl. z. B. die Folgerungen in der Arbeit von H. Schmidts, Die Stellung der westdeutschen Landwirtschaft im System der sozialen Marktwirtschaft, Diss. Marburg 1957, besonders die zusammenfassenden Bemerkungen auf S. 81.
- (4) So z. B. W. Schneider, Die Marktordnung als Grundlage der Agrarpolitik, Dissertation aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Hochschule München in Weihenstephan, München-Bonn-Wien 1959, besonders S. 17-37.

Agrarpolitik verfolge man - ökonomische Aspekte bewußt außer acht lassend - besondere staatspolitische Ziele (1), eine Vorstellung, die einen "politischen" Ausnahmebereich begründen könnte.

Aber : Zielsetzungen, die Vorstellungen derart politischen Gehalts ausdrücklich formulieren, finden sich nicht. Der EWG-Vertrag von Rom spricht von Zielen (2), die keineswegs unökonomischen Charakter tragen. Augenfalliger kann man die ökonomischen Aspekte im Grunde kaum darstellen. Insofern läßt sich die Meinung, die Landwirtschaft sei ein "politischer" Ausnahmebereich und d a r u m sei die Ausnahmeregelung gerechtfertigt, mit dem Hinweis auf den Vorrang bestehender staatspolitischer (und daher übergeordneter) Ziele nicht stützen.

Warum die Ausnahmeregelung dann ? Es bleibt die Meinung, mit Hilfe der Ausnahmeregelung ließen sich die agrarpolitischen Ziele - etwa jener Besonderheiten wegen - besser realisieren als mit einer Wettbewerbsregelung. Das aber ist widerlegbar (3). Im übrigen steht es außer Zweifel, daß die landwirtschaftlichen Interessengruppen, da politisch relativ einflußreich, diese Meinung der staatlichen Agrarpolitik aufgezwungen haben. Daher kann es sich nur um einen "unechten" Ausnahmebereich handeln.

"Unecht" bedeutet : Eine Wettbewerbspreisbildung ist möglich, aber die Marktordnung soll sie wegen der angeblichen Besonderheiten - sprich : zugunsten von Einzelinteressen - verhindern. Dann aber ist die Marktordnung *e o i p s o* keine ökonomisch zweckmäßige und sinnvolle Ordnung. Denn ein Maximum wirtschaftlicher Leistungskraft läßt sich in einem Wettbewerbsbereich nur erreichen, wenn dieser Bereich auch unter Wettbewerbsbedingungen *s t e h t*. Worin äußert sich die ökonomische Unzweckmäßigkeit der EWG-Getreidemarktordnung auf dem deutschen Braugerstenmarkt ?

-
- (1) So etwa eine Erhaltung des "freien Bauerntums" um jeden Preis oder das Streben nach nationaler Autarkie (die sogenannte "Ernährungssicherung aus eigener Scholle") in der Ernährung.
 - (2) Vgl. Art. 39, Abs. 2 EWG-V.
 - (3) Heinrich Niehaus. Agrarpolitik (II). HdSW. Band 1. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 88 : "Es ist abwegig, die 'Einkommensparität' über den Weg der Marktregulierungen durchsetzen zu wollen." Siehe auch H. Drinkuth. Interventionen als Ursache von Interventionen. Dargestellt an Agrarmarktregulierungen. Diss. Marburg 1960, S. 150 ff. und H. Stamer. Die Politik der Agrarpreisstützung. Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Kiel. Heft 30 (1961). Kiel 1961. Stamer kommt zu dem Ergebnis, "daß sich die Pro-Kopf-Einkommen der Landwirte durch höhere Agrarpreise nicht wesentlich verbessern lassen ..." (S. 3).

1. Die allgemeine Gefahr der Überproduktion

Anhaltspunkte dafür, um wieviel der gesetzte Gerstenpreis über dem potentiellen Wettbewerbspreis liegt, können die Weltmarktpreise geben (1). Die von der Kommission berechneten cif-Preise bewegten sich vom August 1962 bis zum Juni 1965 durchschnittlich zwischen 202 und 265 DM/t (Tabelle 28). Dem steht der jetzige deutsche Schwellenpreis für Juli/August von 415, 50 DM/t gegenüber. Unterstellt man, daß die Weltmarktpreise dem Wettbewerbspreis am ehesten nahekommen, dann ist der deutsche Gerstenpreis um bis zu 100 v.H. über dem Wettbewerbspreis fixiert.

Ähnlich bei Braugerste : Der durchschnittliche Preis für Braugerste aus Drittländern belief sich 1963/64 bis 1964/65 auf 232 bis 289 DM/t (Tabelle 28). Im gleichen Zeitraum notierte man an deutschen Börsen Braugerstenpreise zwischen 431 und 475 DM/t (Tabelle 24). Hier läge also das deutsche Preisniveau um rund 70 v.H. höher.

Die Anhaltspunkte lassen erkennen, daß der deutsche Gerstenpreis vom potentiellen Wettbewerbspreis relativ weit entfernt ist. Doch wird ab 1. Juli 1967 die Differenz geringer : Der gemeinsame Preis der EWG ist bereits beschlossen (2). Der Grundrichtpreis für Gerste beträgt 365 DM/t (bisher 412), der Grundintventionspreis 340 DM/t (bisher 383, 50) (3). Der gemeinsame Schwellenpreis liegt noch nicht fest. Nach Kuhn (4) ist an 358 DM/t gedacht. Und gemessen an diesem Schwellenpreis betrüge dann der Abstand zum Weltmarktpreisniveau etwa 70 - 100 DM/t, so daß das EWG-Niveau immerhin noch um 25-50 v.H. über den Weltmarktpreisen festgesetzt ist. Was ist aus diesem Sachverhalt für die Gerstenerzeugung der Gemeinschaft zu erwarten ?

-
- (1) Es muß allerdings daran erinnert werden, daß auch die Weltmarktpreise (als Resultat von Exportsubventionen und sonstigen wirtschaftspolitischen Protektionismus) keine echten Wettbewerbspreise sind. Gleichwohl liegen sie diesen näher als die in der EWG. Insofern sind sie als Anhaltspunkte nicht gänzlich verfehlt.
 - (2) Ratsbeschlüsse vom 15. Dezember 1964. Vgl. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Kommission, Achter Gesamtbericht über die Tätigkeit der Gemeinschaft (1. April 1964 - 31. März 1965). Juni 1965 (o.O.), S. 173, Ziffer 161.
 - (3) "Für Braugerste können Qualitätszuschläge zu den Interventionspreisen ... gezahlt werden." Ebenda, S. 174.
 - (4) D. Kuhn, Der europäische Getreidepreis, Tfb (1964) Nr. 151/152, S. 1057.

Für alle EWG-Länder außer der Bundesrepublik e r h ö h t sich der Gerstenpreis. Daraus ergibt sich ein zusätzlicher Produktionsanreiz für die belgischen, französischen, niederländischen und italienischen Erzeuger. Die folgende Übersicht zeigt die Veränderungen (1) :

	Grundinterventionspreis		Differenz	
	bisher	künftig	in DM/t	in v.H.
BRD	383, 50	340, 00	- 43, 50	- 11, 3
Niederl.	322, 10	340, 00	+ 17, 90	+ 5, 5
Belgien	315, 20	340, 00	+ 24, 80	+ 7, 8
Frankr.	284, 30	340, 00	+ 55, 70	+ 19, 7
Italien	259, 84	340, 00	+ 80, 16	+ 30, 8

Aber dabei wird ein (infolge des niedrigeren Preises in der Bundesrepublik) deutscher Produktionsrückgang, der diesen Anreiz kompensieren könnte, nicht zu erwarten sein. Denn Ausgleichszahlungen an den deutschen Erzeuger (2) lassen diesem die Erlöseinbuße einkommensmäßig nicht fühlbar werden, so daß er, wenigstens zunächst, wenig Veranlassung haben wird, seine Produktion einzuschränken. Hinzukommt, daß der Preis in den Partnerländern teilweise relativ stärker gestiegen sein wird als in der Bundesrepublik gesunken.

Besonders stark dürfte der Produktionsanreiz in Frankreich sein, das über sehr erhebliche Produktionsreserven verfügt (3) : Seit 1957, dem Jahr der Vertragsunterzeichnung, hat es seine Erntemenge an Sommergerste bis 1963 und 1964 mehr als verdoppelt (4); nahezu entsprechend die Anbauflächen (Tabelle 26). Gleichzeitig wurde der Anbau intensiviert (5). Auf diese Weise stieg auch der französische Anteil an der Sommergerstenernte der EWG (Tabelle 26).

- (1) Veränderungen 1962/63 gegenüber 1967/68. Die Niederlande und Italien haben erst seit 1965/66 einen Interventionspreis für Gerste. Bei beiden Ländern ist es daher dieser Preis, der dem gemeinsamen gegenübergestellt ist.
- (2) Dabei ist offenbar daran gedacht, einen Preis von 440 DM/t zugrunde zu legen. Vgl. TfB (1964) Nr. 145 ("Über die Angleichung der Getreidepreise").
- (3) Wo und in welcher Form diese Reserven erschlossen werden, dazu s. A. C. Toepfer, Marktbericht vom 11. September 1964, S. 3 f.
- (4) Vgl. Mengenindexentwicklung in Figur 16 a.
- (5) Steigen der Hektarerträge s. Tabelle 26.

Aber auch in den übrigen Partnerländern (1) läßt sich, wenn offenbar auch ohne jene zusätzlichen Erzeugungsmöglichkeiten im Umfang Frankreichs, eine steigende Tendenz der Erzeugung erkennen (2). Und angesichts der kommenden höheren Preise wird man eher damit rechnen müssen, daß diese Tendenz anhält, als daß sie zurückgeht.

Ein weiteres kommt hinzu : Mit der Festlegung der einzelnen Getreidepreise wird nicht nur über das Preisniveau entschieden, sondern zugleich auch über die relative Höhe dieser Preise zu einander, also über das Preisgefüge. Somit ist also dem Markt die Bildung der Getreidepreisrelationen ebenfalls entzogen und damit ein wesentliches Moment der Wirtschaftslenkung.

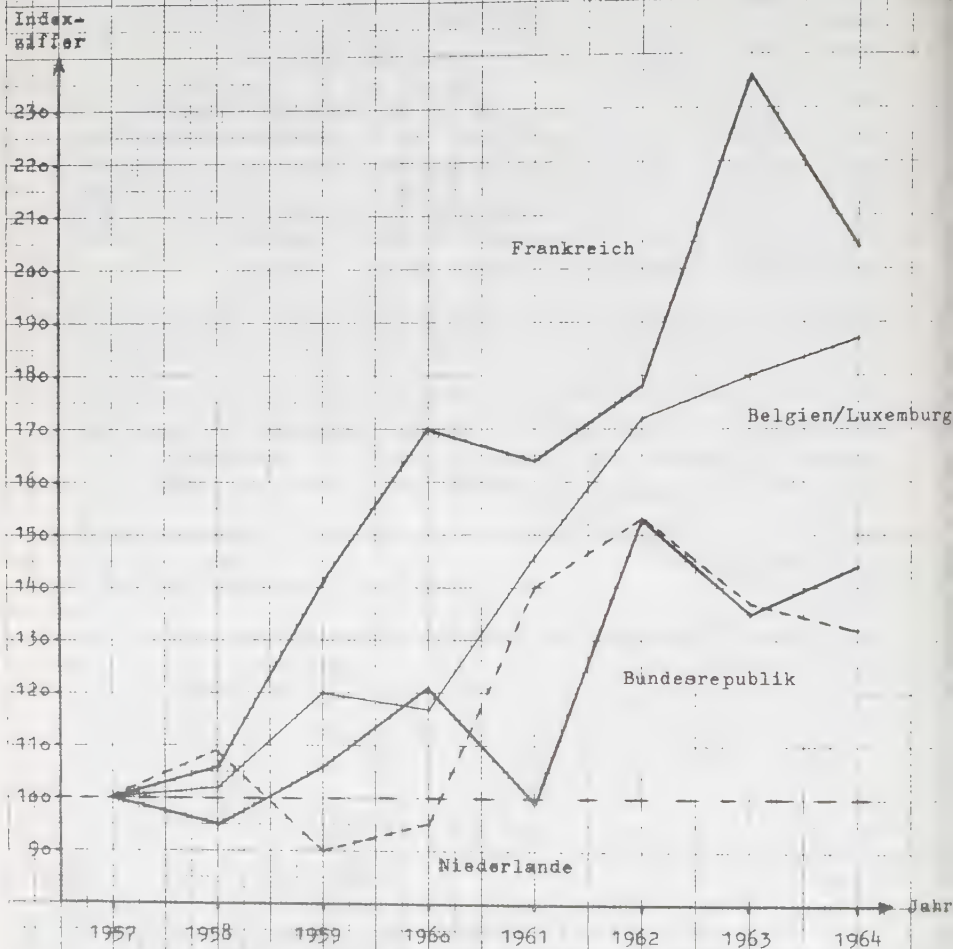
Damit sind die künftigen Produktionsrichtungen praktisch festgelegt, also auch festgelegt, ob und in welchem Umfang Braugerste angebaut wird.

Dieser Umfang ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Braugerstenpreis und Weizenpreis. Und wenn sich der Preis für Braugerste auf Grundlage des staatlich gesetzten Futtergerstenpreises, im übrigen aber frei bilden soll, dann ist das Preisverhältnis Weizen/Futtergerste ausschlaggebend.

Jede Veränderung dieses Verhältnisses führt je nach Ausmaß zu tendenziellen Produktionsverlagerungen. Dabei gilt die Regel : Je weiter Weizenpreis und Futtergerstenpreis auseinander liegen, desto größer wird auch der Abstand des Braugerstenpreises zum Weizenpreis (3). Je näher man dagegen beide Preise zusammenrücken läßt, desto eher wird der Braugersten-

-
- (1) Ausgenommen Italien, da es bislang keine nennenswerte Sommergerstenerzeugung aufweist.
 - (2) Siehe Figur 16 a (Tabelle 26 ergänzend).
 - (3) Es sei daran erinnert, daß die Höhe des Grundrichtpreises für Futtergerste den Gerstenschwellenpreis bestimmt und damit die Abschöpfungssätze für die Gersteneinfuhren. Die Abschöpfung für Futtergerste und Braugerste aber ist bekanntlich gleich hoch. Ein relativ niedriger Preis-ab-Grenze für Einfuhrware wird daher eine Annäherung des Marktpreises für Braugerste an den innergemeinschaftlichen Marktpreis für Weizen um so mehr verhindern, je tiefer der Grundrichtpreis für Gerste unter dem Grundrichtpreis für Weizen liegt. - Dazu D. Kuhn, Der europäische Getreidepreis, a. a. O., S. 1057 : "Je weiter der Futtergerstenpreis unter dem Weizenpreis liegt, um so schwerer hat es die Braugerste, in die Nähe des Weizenpreises zu kommen, und um so größer sind die zyklischen Schwankungen als Folge von Über- oder Minderangebot."

Figure 16a: SOMMERGERSTE IN DEN EWG-LÄNDERN - INDEX DER ERNTEMENGEN VON 1957 BIS 1964 (1957 = 100)



Quelle: Berechnet nach Angaben der Tabelle 26

preis an den Marktpreis für Weizen herankommen (oder ihn übersteigen) und der Braugerstenerzeugung um so mehr Impulse geben.

Entsprechend allerdings wird auch die Produktion von Futtergerste reagieren : Engere oder weitere Preisrelation bedeutet zugleich auch eine vermehrte oder verminderte Ausbringung von Futtergerste.

Wie sich der Grundrichtpreis für Gerste gegenüber dem Grundrichtpreis für Weizen in den einzelnen EWG-Ländern seit Beginn der Übergangsregelung entwickelt hat (Weizenpreis = 100) und welche Relation ab 1967/68 vorgeesehen ist, zeigt die nachfolgende Übersicht (1) :

	Bundes- republik	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien
1962/63	86, 6	81, 2	60, 1	86, 0	82, 6
1963/64	86, 6	82, 6	62, 4	82, 0	82, 9
1964/65	86, 6	82, 8	63, 6	81, 7	85, 1
1965/66	86, 6	83, 6	63, 5	85, 4	85, 5
1967/68	85, 9	85, 9	85, 9	85, 9	85, 9

Dem Vergleich ist zu entnehmen, daß die EWG-Staaten (mit Ausnahme der Bundesrepublik) die Relation jährlich variiert haben. In Frankreich, Italien und Belgien ist der Gerstenpreis dem Weizenpreis angenähert worden, die Niederlande haben die Differenz zunächst vergrößert, dann ebenfalls verringert. Diese Länder haben neben der Preisniveau- also auch Preisrelationenpolitik betrieben (2).

Wesentlich dabei ist, daß in allen vier Ländern der bisherige Grundrichtpreis für Gerste tiefer unter dem Weizen-Grundrichtpreis liegt als für den gemeinsamen Agrarmarkt vorgesehen. In zwei Jahren also kommt es in Frankreich, Italien, den Niederlanden und Belgien neben den absoluten auch zu relativen Preissteigerungen bei Gerste.

-
- (1) Berechnet nach Angaben der ZMP-Berichte : Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle der Deutschen Landwirtschaft GmbH (Hrsg.). Die Agrarmärkte in der Bundesrepublik und im Ausland. Getreide, Futtermittel und Kartoffeln. 1961/62 bis 1964/65 (o.O.).
- (2) Erwähnt sei, daß Frankreich schon vor längerer Zeit die Produktion von Futtergetreide (also auch von Gerste) forciert hat, um seine Weizenüberschüsse in Grenzen zu halten (vgl. auch CBMC-Bericht, a.a.O., S. 61 und 69).

Damit dürfte die Tendenz zu höherer Gerstenproduktion einen weiteren Auftrieb erfahren, so daß es früher oder später innerhalb der EWG zu einer Überversorgung auch mit Braugerste kommen dürfte. Dabei ist des "früher" realistischer als das "später". Denn bereits 1963/64 hat die EWG ihre Selbstversorgungsgrenze bei Gerste (Sommergerste + Wintergerste) überschritten. Die Entwicklung bis zu diesem Zustand zeigt die folgende Übersicht (1) :

	57/58	58/59	59/60	60/61	61/62	62/63	63/64
BRD	62	60	65	.	59	80	76
Frankr.	97	100	117	.	113	128	160
Italien	50	58	50	.	35	26	26
Niederl.	43	42	43	.	82	86	82
Belgien	37	52	63	.	66	72	83
E W G	71	74	84	99	82	94	106

Die Selbstversorgungstendenz ist also ständig aufwärts gerichtet, bei den einzelnen Ländern (außer Italien) wie auch in der EWG gesamt. Diese Tendenz wurde maßgeblich von Frankreich mitgeprägt, das schon 1963/64 einen Überversorgungsgrad von 60 v.H. des eigenen Bedarfs erreichte. Auch bei Braugerste befindet es sich bereits seit längerer Zeit in einer Überschußsituation (2). Und seine jährliche Sommergerstenernte übersteigt die der übrigen Partnerländer bei weitem (Tabelle 26).

Da für Sommergerste und Braugerste hinsichtlich des Versorgungsgrades keine gesonderten Angaben erhältlich sind, muß die Situation ersatzweise ein Mengenindexvergleich zwischen Sommergerstenerzeugung (3) und Braugerstenbedarf (4) beleuchten (1957 = 100). Herausgegriffen sei die Entwicklung der beiden Indexreihen in Frankreich und die in der EWG insgesamt :

	Frankreich	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Sommer- terste	100	106	141	170	164	178	236	204	
Brauger- stenbedarf	100	113	131	94	101	95	85	.	

(1) Inländische Netto-Erzeugung in v.H. des Bedarfs. - Quelle : Statistisches Amt der europäischen Gemeinschaften, Reihe Agrarstatistik, Heft 3/1961, 3/1963, 2/1964 und 1/1965.

(2) Vgl. CBMC-Bericht, a. a. O., S. 71.

(3) Berechnet nach Angaben der Tabelle 26.

(4) Berechnet nach Angaben der Tabelle 27 b.

E W G	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Sommer- gerste (1)	100	103	125	147	139	169	193	179
Brauger- (2) stenbedarf	100	105	117	114	124	129	151	

Daraus geht hervor, daß die Sommergerstenerzeugung in der EWG wesentlich stärker gestiegen ist als der EWG-Braugerstenbedarf, eine Entwicklung, die sich insbesondere auf den divergierenden Verlauf der beiden Indexreihen in Frankreich zurückführen läßt.

Alle diese Anzeichen sind unmißverständlich und deuten darauf hin, daß die EWG in absehbarer Zeit auch bei Sommergerste und Braugerste die Selbstversorgungsgrenze erreicht haben wird.

Da die Bundesrepublik innerhalb der EWG den mengenmäßig höchsten Zuschußbedarf an Gerste (3) und Braugerste (4) aufweist, werden die französischen Gerstenüberschüsse zunächst und vor allem in die Bundesrepublik fließen (5). Das ist höchstens nur so lange möglich, wie der deutsche Gerstenbedarf noch nicht gedeckt ist.

Bei Gerste hätte Frankreich den deutschen Zuschußbedarf bereits 1963/64 allein bestreiten können, und nicht nur diesen, sondern auch den der übrigen Partnerländer, wobei noch ein Überschuß von über 700 000 t zu verzeichnen wäre (6). Hier ist die Grenze also bereits gezogen.

Bei Braugerste scheinen Frankreichs Exportmöglichkeiten gegenüber der Bundesrepublik ebenfalls begrenzt zu sein. Nach einer Schätzung (7) betrug der Anteil der Braugerste an der Sommergerstenernte 1958 in Frankreich 12 v.H., in der Bundesrepublik und den Niederlanden dagegen 41 und 42 v.H.

Wenn wir unterstellen, daß seitdem der Anteil von 12 v.H. unverändert geblieben ist (8), dann würde sich für 1963/64 eine französische Brauger-

-
- (1) Ohne Italien, da Sommergerstenerzeugung dort unbedeutend.
 - (2) Ohne Belgien/Luxemburg, da keine Angaben vorliegen.
 - (3) Vgl. Tabelle 27 a.
 - (4) Zum gesamten Braugerstenbedarf der EWG-Länder s. Tabelle 27 b.
 - (5) Bei Braugerste bestritt Frankreich schon 1964 über 60 v.H. der deutschen Braugersteneinfuhr (Tabelle 8).
 - (6) Vgl. Tabelle 27 a.
 - (7) Vgl. CBMC-Bericht, a. a. O., S. 115, Tab. 44.
 - (8) Vermutlich dürfte er eher gestiegen sein.

stenernte von knapp 730 000 t errechnen (1). Im gleichen Wirtschaftsjahr belief sich der französische Eigenbedarf an Braugerste auf rund 260 000 t (2). Angenommen, dieser Eigenbedarf wurde ausschließlich aus dem eigenen Aufkommen gedeckt, dann betrug der französische Überschuß an Braugerste rund 470 000 t. Dem steht aber nur ein deutscher Zuschußbedarf von durchschnittlich 390 000 t (3) Braugerste gegenüber. Danach verbleibt schon für 1963/64 ein Rest von 80 000 t, der anderweitig unterzubringen wäre. Dabei scheint die Annahme gerechtfertigt, daß dieser Rest in den letzten Jahren (1964 und 1965) gewachsen ist. Es ließe sich mithin davon ausgehen, daß sich die Gemeinschaft auch bei Braugerste schon nahe an der Selbstversorgungsgrenze bewegt.

Eine Überschlagsrechnung bestätigt das : 1958 wurde der Anteil von braufähiger Ware an der Sommergerstenernte für die Niederlande mit 41 v.H. geschätzt, für Belgien/Luxemburg mit 14 v.H. und für Italien mit 0 v.H. (4). Wenn es - das sei unterstellt - bei diesen Anteilen geblieben ist, haben die Niederlande einen jährlichen Braugerstenüberschuß von etwa 70 000 t, Belgien/Luxemburg und Italien einen Zuschußbedarf von etwa 160 000 t und 80 000 t.

	Sommergerste Ø 1962-1964	davon Braugerste	Braugerste in t	Bedarf 1963/64	Überschuß (+) Unterschluß (-)
NE	367 000	42 v.H.	154 000	81 000	+ 73 000 t
BE/L	408 000	14 v.H.	57 000	219 000	- 162 000 t
It	0	0 v.H.	0	82 000	- 82 000 t
Summe	775 000	-	211 000	382 000	- 171 000 t

Den deutschen Zuschußbedarf hatten wir mit 390 000 jährlich angenommen, den französischen Überschuß mit 470 000 t. Dann ergibt sich :

Überschuß Frankreichs	470 000 t
+ Überschluß der Niederlande	73 000 t
- Unterschluß der BRD	390 000 t
- Unterschluß Belgiens	162 000 t
- Unterschluß Italiens	82 000 t
= EWG-Fehlbedarf	91 000 t

-
- (1) Zugrunde liegt die Sommergerstenernte im Drei-Jahres-Durchschnitt von 1962-1964, also 6 058 600 t (vgl. Tabelle 26).
- (2) Vgl. Tabelle 27 b.
- (3) Drei-Jahres-Durchschnitt 1960-1962 (berechnet nach dem 6. StatBer-DBB, S. 84, Tab. 53).
- (4) Vgl. CBMC-Bericht, a. a. O., S. 115, Tab. 44.

Das entspricht - bezogen auf den Braugerstenbedarf der Gemeinschaft 1963/64 in Höhe von 2 400 000 t (Tabelle 27 b) - einem Selbstversorgungsgrad von etwa 96 v.H.

Fraglich ist aber, ob Frankreich über die Versorgungslücken der Partnerländer voll verfügen kann. Wäre das der Fall, müßte es zwangsläufig ein Ende der Lieferungen aus Drittländern bedeuten, die mit ihrem Agrarexporten bekanntlich einen nicht unwesentlichen Teil ihrer deutschen Industriegüterimporte bezahlen. Würden diese Agrarexporte völlig verhindert, ergäben sich, zumal das Überschußproblem nicht für Gerste allein existiert, für die Bundesrepublik entsprechende handelspolitische Konsequenzen.

Es ist nicht abwegig anzunehmen, daß die Bundesrepublik diese Konsequenzen nicht ziehen will. Dann sind die von Frankreich zusätzlich erwarteten Exportmöglichkeiten erheblich eingeschränkt. Die Frage, wohin mit den Mengen, wird sich daher um so eher und dringlicher stellen (1).

Da die Lage auf dem Weltmarkt ebenfalls durch eine Situation der Überversorgung gekennzeichnet ist, werden sich die Möglichkeiten für Exporte in Drittländer kaum finden lassen, es sei denn vielleicht, daß neben den bisherigen Erstattungen noch weitere Exportsubventionen gewährt werden (was wiederum den öffentlichen Haushalt belasten würde).

Die Erfahrung damit, wie sich die staatliche Agrarpolitik in derartigen Lagen bisher zu verhalten pflegte, läßt erwarten, daß man mit umfangreichen Interventionen und Zwangsmaßnahmen versuchen wird, die vorhandenen Überschüsse (z.B. durch Importsperrn aller möglichen Art) loszuwerden und kommende Überschüsse (z.B. durch Anbaubeschränkungen und Prämien für Nichtanbau) zu verhindern.

Zusammenfassend läßt sich feststellen : Die allgemeine Gefahr der Marktordnung heißt Überproduktion. Bei Gerste ist sie innerhalb der EWG bereits aktuell, bei Braugerste wird sie es in Kürze werden. Grundsätzlich also bewirkt die Marktordnung, daß die Erzeuger infolge eines Nicht-Knappheitspreises über den Bedarf hinaus produzieren. So vollzieht sich mit der Marktordnung keine Anpassung an den Bedarf, wie es ökonomisch sinnvoll wäre.

Da die Marktordnung ausschließlich auf eine Zuschußsituation zugeschnit-

(1) Hinzukommt (vgl. Kapitel 2 in diesem Abschnitt), daß durch eine preisliche Sonderregelung für Braugerste die Überschußproduktion beschleunigt wird.

ten ist, läßt sich absehen, wann eine Überschußsituation zu Folgen auf anderen Außenhandelsmärkten führt. Das Bekenntnis zu der in Artikel 29 EWG-V formulierten "Notwendigkeit, den Handelsverkehr zwischen den Mitgliedsländern u n d dritten Ländern zu fordern" (1), nimmt sich daneben wenig überzeugend aus.

Eine grundlegende Umstellung der (bislang noch relativ liberalen) Marktordnung würde unter diesen Umständen nur eine Frage der Zeit sein. Mögliche Steigerungen des Bedarfs könnten diesen Zeitpunkt lediglich hinauszögern, die latente Transformationsgefahr aber nicht beheben.

2. Die Sonderregelung für Braugerste

Die EWG-Organe sprechen in ihren Verordnungen nicht von verschiedenen Gersten a r t e n, sondern von Gerste allgemein. Für jede Gerste sehen sie gleiche Richt- und Interventionspreise vor. Ebenso haben alle Gersten einen gemeinsamen Schwellenpreis und einen einheitlichen Abschöpfungssatz.

So machen jene Verordnungen auch zwischen Futter- und Braugerste keinen Unterschied, bezwecken also für Gersten mit Brauqualitäten keine zusätzlichen oder ergänzenden Preisvorschriften. Was Braugerste ist, soll der Markt bestimmen, desgleichen den Braugerstenpreis.

Dieser Absicht ist die Bundesrepublik von vornherein nicht gefolgt. Seit Beginn der EWG-Marktordnung gibt es den deutschen Sonderinterventionspreis für Braugerste. Daneben stand und steht der Versuch, auch einen gesonderten Schwellenpreis durchzusetzen. Das ist bisher nicht gelungen (2).

Die Braugersten-Sonderregelung geht auf das Betreiben der Erzeuger zurück. Sie entspringt der Besorgnis, der Markt könne den Braugerstenpreis zu nahe

(1) Art. 29, Buchst. a (Sperrung vom Verf.).

(2) Die Bundesregierung hatte für 1962/63 einen Sonderschwellenpreis festgesetzt, der um 25 DM/t über dem Gerstenschwellenpreis lag (vgl. Zweite Durchführungsverordnung zum Durchführungsgesetz der Verordnung Nr. 19. Vom 30. Juli 1962. BGBl I 1962/S. 473). Bereits am 6. August 1962 wurde diese Regelung von der Kommission wieder rückgängig gemacht (Verordnung Nr. 122 der Kommission. AB 1962/S. 2024).

an den Preis für Futtergerste heranbringen. Dabei spielt offenbar die Furcht vor den mengenmäßig unbeschränkten Importmöglichkeiten eine Rolle ; Durch sie könne der Preis für inländische Braugerste unter erheblichen Druck geraten.

Daher verlangen die Erzeuger nach einem staatlich garantierten Preisniveau auch für Braugerste, nach einem garantierten Abstand zwischen Brau- und Futtergerste. Darum auch die immer wieder vorgebrachte (1) Forderung nach einem eigenen Schwellenpreis für Braugerste.

Wir wollen prüfen, ob jene Besorgnis berechtigt ist, ob die Furcht vor den Importmöglichkeiten zu Recht besteht und welche Folgen aus der Sonderregelung für den deutschen Braugerstenmarkt zu erwarten sind.

a. Der Braugerstenpreis ist mit "natürlichen" Garantien ausgestattet

Ob und in welchem Umfang der Erzeuger Braugerste anbaut, richtet sich - die technischen Möglichkeiten vorausgesetzt - vor allem danach, welchen Preis der Erzeuger für Braugerste erzielt. Für die Höhe, in der sich dieser Preis bildet, sind vier (anfangs genannte und begründete) Umstände bestimmend :

- 1) Der Braugerstenanbau ist wirtschaftlich nur dann reizvoll, wenn der Preis für Braugerste den Weizenpreis auf längere Sicht übersteigt.
- 2) Da sich Braugerste auch als Futtergerste verwerten läßt, ist immer eine potentielle Nachfrage der Futtermittelinteressenten vorhanden (2).
- 3) Braugerste als Produktionsmittel ist in der Bundesrepublik praktisch nicht substituierbar, d. h. die Braugerstennachfrage reagiert relativ preisunelastisch.

-
- (1) Vgl. z. B. Tfb (1964) Nr. 138/139, S. 901 ("Wachsam gegenüber Braugerstepreisen. Vor neuen Bemühungen um Erhöhung des Schwellenpreises").
 - (2) Ein nicht nur theoretischer Fall, wie zu sehen ist : "Der Futterbedarf der Landwirtschaft ist bei den guten Fleischpreisen nach wie vor hoch und die teuren Futtermittel veranlassen manche Zurückhaltung bei der Ablieferung braufähiger Ware." H. Beyer. Der Angebotsdruck blieb aus. Ernährungsdienst (1965) Nr. 137. Beilage "Braugerstenland Bayern", S. 5.

4) Das Braugerstenangebot reagiert relativ preiselastisch.

Unter diesen Umständen darf als Preisbildungsgrundsatz gelten, daß der Braugerstenpreis auf die Dauer immer über dem Weizenpreis liegen muß. Die Möglichkeit, er könne sich im Spiel der Marktkräfte auf die Dauer unter dem Weizenpreis einspielen, ist natürlich nicht auszuschließen. Doch wäre eine solche Entwicklung nur denkbar, wenn das Angebot den Bedarf übersteigt, eine Situation, die relativ schnell zu einem Rückgang oder Ausbleiben des Angebots führen müßte.

Dabei werden Tendenzen, die den Preis für Braugerste relativ hoch über den Weizenpreis steigen lassen könnten, nicht dadurch aufgefangen, daß die Nachfragemenge entsprechend zurückgeht. Doch fände ein solches Steigen regelmäßig seine obere Grenze in dem Preis, der für ausländische Braugerste zu zahlen ist.

Damit ist die (obere) Grenze des Braugerstenpreises grundsätzlich determiniert. Doch schließt der Grundsatz auch kurzfristige Bewegungen unter den Weizenpreis nicht aus. Sie sind denkbar, wenn z.B. infolge plötzlichen Ernteanfalls ein konzentriertes Angebot auf den Markt drängt. Aber: Diese Bewegungen haben eine natürliche Untergrenze. Eine zeitweilige Senkung des Braugerstenpreises könnte allenfalls bis zum Marktpreis für Futtergerste gehen. Und zwar dürfte die potentielle Nachfrage derer, die Braugerste als Futtermittel verwenden können, besonders dann wirksam sein, wenn der Preis infolge spekulativer Kaufzurückhaltung gefallen sein sollte: Da die Verarbeiter letztlich auf die Versorgung mit Braugerste angewiesen sind, werden sie kaum zulassen, daß sämtliche Braugerstenqualitäten als Futtergerste aus dem Markt genommen werden.

Im allgemeinen also ist der mögliche (höchstmögliche) Bewegungsspielraum des Braugerstenpreises bestimmbar. Der Braugerstenpreis kann langfristig nicht unter den Weizenpreis, kurzfristig nicht unter den Futtergerstenpreis fallen. Insofern ist der Braugerstenpreis mit "natürlichen" Garantien ausgestattet. Die Notwendigkeit einer Sonderregelung für Braugerste ist darum nicht zwingend; den notwendigen Abstand zwischen Braugersten- und Futtergerstenpreis sichert der Markt von selbst. Können die bestehenden Importmöglichkeiten den inländischen Braugerstenpreis gleichwohl unter Druck setzen?

b. Der Abschöpfungsmechanismus läßt einen Preisdruck ausländischer Braugerste auf inländische Braugerste zu

Die inländische Braugerstennachfrage kann jederzeit und ohne mengenmäßige Beschränkungen auf das ausländische Angebot zurückgreifen. Ob also diese Möglichkeit den Preis für inländische Braugerste zu beeinflussen vermag, hängt (neben der Qualität) offenbar allein vom Preis ab, zu dem die ausländische Braugerste auf den einzelnen Inlandsmärkten der Bundesrepublik angeboten wird (Marktpreis für Auslandsware im Inland).

Dieser Marktpreis für Auslandsware enthält zwei Bestandteile : einmal den Preis-ab-Grenze, zum anderen die Transportkosten, die von der Grenze bis zum jeweiligen Inlandsmarkt entstehen.

Die Transportkosten sind je nach Standortlage des betreffenden Inlandsmarktes höher oder niedriger, führen also dazu, daß der Marktpreis für eine bestimmte Auslandsware von Inlandsmarkt zu Inlandsmarkt unterschiedlich hoch ist. Der Preis-ab-Grenze setzt sich aus dem Preis-frei-Grenze und aus dem Abschöpfungssatz zusammen.

Da wir die Transportkosten für jeden Inlandsmarkt als gegeben ansehen können, wäre also der Preis für inländische Braugerste, der sich auf diesem Markt gebildet hat, nur von jenem Preis-frei-Grenze und dem jeweiligen Abschöpfungssatz beeinflußbar.

Beide Größen sind variabel. Der Abschöpfungssatz hängt von dem Schwanken des cif-Preises (bzw. des Frei-Grenze-Preises) ab. Dieser Preis wird bekanntlich von der Kommission jeweils täglich (oder wöchentlich) ermittelt. Der Preis-frei-Grenze wird, gegebene Frachtraten unterstellt, zum einen davon beeinflußt, wie sich das ausländische Preisniveau für Standardgerste bewegt, zum anderen davon, wie sich der Preisabstand zwischen Standardgerste und Braugerste entwickelt.

Wie der Abschöpfungsmechanismus auf den "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" wirkt, wurde schon dargelegt (1) : Dieser Preis ändert sich immer und nur dann, wenn im Ausland Bewegungen des Preis a b - s t a n d e s zwischen Standardgerste und Braugerste stattfinden. Der "Preis-ab-Grenze für ausländische Standardgerste" dagegen ändert sich nicht; er ist ja identisch mit dem Schwellenpreis für Gerste und bleibt, von den Reports abgesehen, während des ganzen Wirtschaftsjahres konstant.

In ihrer Wirkung auf die inländischen Preise also besteht zwischen Einfuhr-

(1) Vgl. S. 116 ff.

ren von Standardgerste und Einfuhren von Braugerste ein deutlicher Unterschied, der folgendermaßen begündet ist :

- Der "Preis-ab-Grenze für ausländische Standardgerste" (= Schwellenpreis) steht für das jeweilige Wirtschaftsjahr im voraus fest und erhöht sich lediglich um die monatlichen Reports.
- Der "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" dagegen, steht nicht fest. Er folgt den Bewegungen der Auslandspreise, und diese Bewegungen lassen sich nicht vorausberechnen.

Im ersten Fall also ist weder ein Steigen noch ein Sinken des betreffenden Preises zu befürchten. Ein unverhoffter Druck auf den Inlandspreis für Standardgerste kann von ihm ebenso wenig ausgehen, wie dieser Preis eine vom Schwellenpreis (samt Frachtkosten) genau bestimmte Höhe überschreiten kann. Für die Anbieter inländischer S t a n d a r d gerste ergibt sich aus den zeitlich und mengenmäßig unbeschränkten Importmöglichkeiten also k e i n zusätzliches Preisrisiko.

Anders dagegen im zweiten Fall ! Die Anbieter inländischer B r a u - gerste können sich auf einen solchen festen "Schwellenpreis" nicht verlassen. Der "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" ist veränderlich. Würde er also aus irgendwelchen Gründen relativ stark sinken, wäre ein daraus resultierender Preisdruck auf die inländische Braugerste rein abschöpfungstechnisch immerhin möglich.

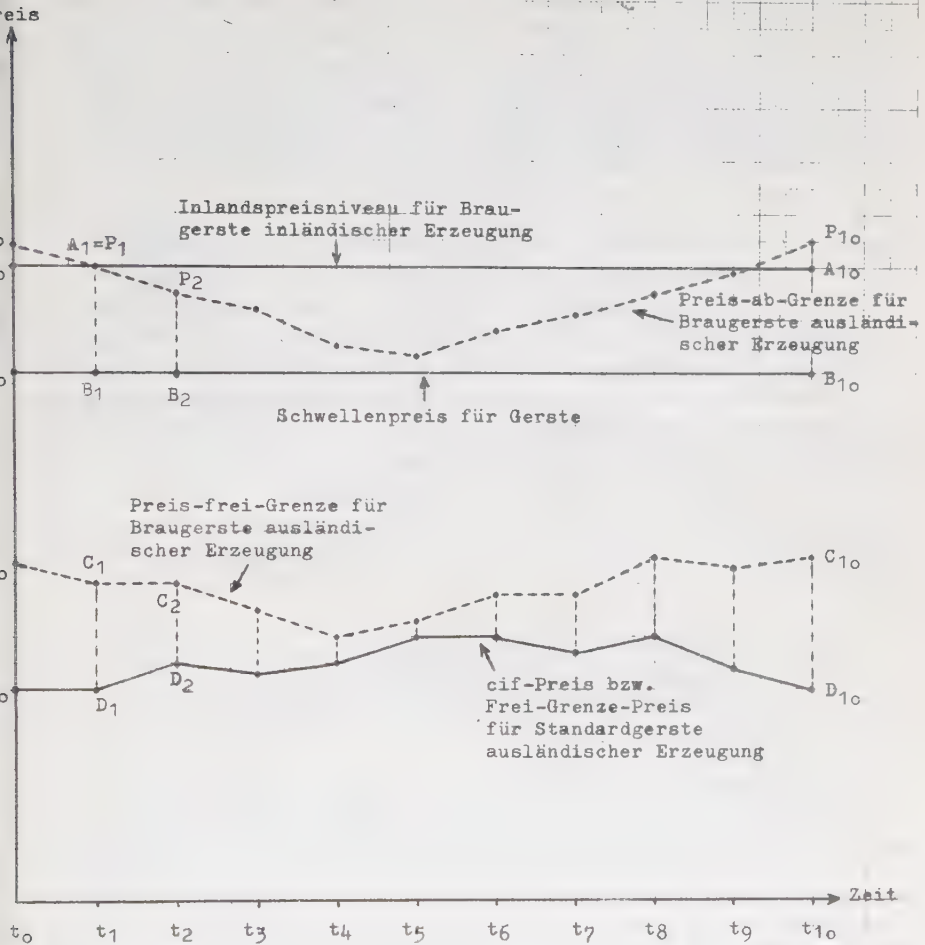
Zu einem solchen Preisdruck könnte es nur dann kommen, wenn jener Preis-ab-Grenze in bestimmter Weise u n t e r den Preis für inländische Braugerste fallen würde. Welche Preisbewegungen müßte das am Auslandsmarkt voraussetzen ?

c. Denkmöglich ist ein Preisdruck des Auslands nur in einem einzigen Fall

Es sei angenommen (Figur 17) : Die Linie $\overline{A_0A_{10}}$ kennzeichne das inländische Braugerstenpreinsniveau, die Linie $\overline{B_0B_{10}}$ den Gerstenschwellenpreis (ohne Reports), und der Abstand $\overline{A_0B_0}$ sei der von den Erzeugern gewünschte Mindestabstand zwischen Brau- und Futtergerstenpreis, wobei das Preisniveau für inländische Futtergerste hier vom Gerstenschwellenpreis repräsentiert werde.

Die Linie $\overline{D_0D_{10}}$ entspreche der Bewegung der (von der Kommission ausge-

Figur 17



$$\overline{A_0 B_0}, \overline{A_1 B_1}, \dots, \overline{A_{10} B_{10}} = \overline{AB}$$

$$\overline{C_0 D_0}, \overline{C_1 D_1}, \dots, \overline{C_{10} D_{10}} = \overline{CD}$$

$$\overline{B_0 P_0}, \overline{B_1 P_1}, \dots, \overline{B_{10} P_{10}} = \overline{BP}$$

rechneten) cif-Preise für Standardgerste (1) im Zeitraum t_0 bis t_{10} , die Linie $\overline{C_0 C_{10}}$ der Bewegung der Preise für ausländische Braugerste frei deutsche Grenze im gleichen Zeitraum. Danach ergeben sich auf Grund des Abschöpfungsverfahrens die Preise-ab-Grenze für ausländische Braugerste als Linie $\overline{P_0 P_{10}}$.

Figur 17 veranschaulicht, daß der "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" nur dann sinken kann, wenn der Abstand zwischen cif-Preis für Standardgerste und "Preis-frei-Grenze für ausländische Braugerste" kleiner wird (t_0 bis t_5), und daß sich die Bewegung des "Preises-ab-Grenze für ausländische Braugerste" unabhängig davon vollzieht, wie hoch oder niedrig das Niveau der Auslandspreise ist.

Gleichfalls ist zu erkennen: Damit das gewünschte Mindestpreisniveau inländischer Braugerste unter einen Preisdruck ausländischer Braugerste geraten kann, setzt das eine ganz bestimmte Bewegung der ausländischen Gerstenpreise voraus, und zwar: Der Abstand zwischen cif-Preis für Standardgerste und Preis-frei-Grenze für Braugerste ($\overline{CD}$) muß kleiner geworden sein als der gewünschte Abstand zwischen Schwellenpreis und Inlandspreis ($\overline{AB}$). Nur wenn diese Bedingung vorliegt (hier: im Zeitraum t_2 bis t_9), wäre es möglich, daß der Import ausländischer Braugerste die Inlandspreise für Braugerste "gefährden" könnte.

Es stellt sich nun die Frage: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, daß diese Bedingung eintritt?

- d. Daß der einzige Fall vorübergehend eintreten kann, ist nicht ausgeschlossen

Als die Bundesregierung 1962 versuchte, für Braugerste einen eigenen Schwellenpreis einzuführen, hatte sie ihn um 25 DM/t über dem Schwellenpreis für Standardgerste festgesetzt. Geht man davon aus, daß sie diesen Abstand auch heute noch für wünschenswert hält, ergäbe das bei dem derzeitigen Schwellenpreis für Standardgerste von 415,50 DM/t (für Juli/August) ein Mindestpreisniveau für inländische Braugerste von rund 440 DM/t. Es sei unterstellt, von diesem Preis befürchte man, daß er durch die Importmöglichkeiten "gefährdet" sei.

- (1) Bei Einfuhren aus Mitgliedsländern sind die Überlegungen die gleichen. Nur wäre statt des cif-Preises der Frei-Grenze-Preis zu nennen. Und die Preise der Linie $\overline{P_0 P_{10}}$ müßten um den Pauschbetrag sinken.

Die "Gefahr" konnte aktuell werden, wenn der "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" die Mindestgrenze von 440 DM/t unterschritte. Wie wir wissen, ist das nur möglich, wenn der Abstand zwischen cif-Preis (für ausländische Standardgerste) und Preis-frei-Grenze (für ausländische Braugerste) geringer wird als 25 DM/t. Wie häufig ist dieser Fall bisher eingetreten (1) ?

Tabelle 28 zeigt, daß die Differenz zwischen Preis-frei-Grenze für drittländische Braugerste und cif-Preis für drittländische Standardgerste in einigen Monaten teils erheblich unter, teils aber auch erheblich über 25 DM/t lag. Als Jahresdurchschnitt betrug die Differenz

1962/63	47 DM/t
1963/64	30 DM/t
1964/65	23 DM/t

Tendenziell hat sie also offenbar abgenommen, aber dennoch bislang dem Mindestabstand entsprochen. Zu erkennen ist jedenfalls : Ein kurzfristiges Unterschreiten des Mindestabstandes ist zuweilen möglich und auch eingetreten. Insofern ist ein vorübergehender Druck auf die Inlandspreise für Braugerste nicht ausgeschlossen. Demnach bleibt zu untersuchen, ob und in welchem Umfang die Inlandspreise von dem vorübergehenden Druck betroffen werden müssen.

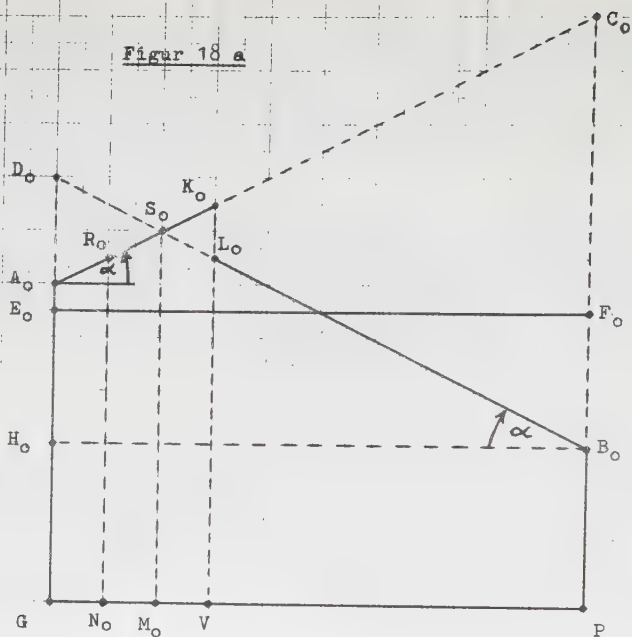
e. Aber : Ein Druck auf die Inlandspreise ist theoretisch nur sehr begrenzt möglich und praktisch bisher nicht eingetreten

Angenommen, der "Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste" würde unter die Mindestgrenze von 440 DM/t sinken. Welchen Einfluß hätte die Senkung auf die inländische Braugerstenpreise ? Es ist das die Frage danach, ob und inwieweit sich eine solche Preissenkung auf den örtlichen Teilmärkten des Inlands tatsächlich bemerkbar macht.

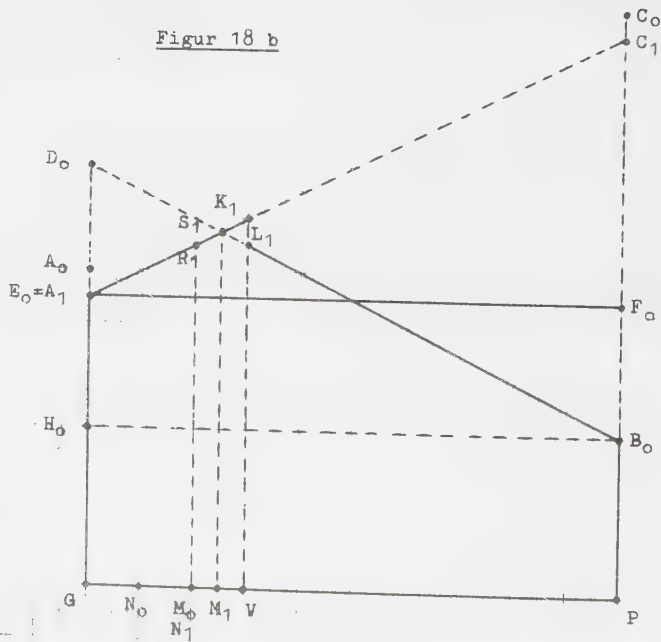
Dabei sei zunächst versucht, die Frage an Hand eines gedanklichen Modells zu beantworten, d.h. von bestimmten, die Wirklichkeit vereinfach-

(1) Da ab 1967 innerhalb nur noch Drittlandereinfuhren interessant sind, in diesem Zusammenhang, genügt eine Orientierung an den Preisen für drittländische Gerste. Zu beachten ist, daß mit allen ihren Unzulänglichkeiten nur Durchschnittswerte zur Verfügung stehen, eine gewisse Vorwarnung gerade den extremen Werten gegenüber angebracht ist.

Figur 18 a



Figur 18 b



chenden Voraussetzungen auszugehen. Mit den dabei gewonnenen Aussagen sollen dann die Folgerungen gezogen werden, die auf die wirtschaftliche Wirklichkeit anwendbar sind. Folgende Annahmen seien gesetzt :

- 1) In- und ausländische Braugerste sind von gleicher durchschnittlicher Qualität.
- 2) Die inländischen Absatzmärkte und das (einzige) inländische Produktionsgebiet sind geographisch voneinander getrennt.
- 3) Der (einzige) Grenzübergangsort für ausländische Braugerste und das inländische Produktionsgebiet sind räumlich derart getrennt, daß am Grenzübergangsort die inländische, im Produktionsgebiet die ausländische Braugerste mit den höchsten Transportkosten belastet ist.
- 4) Die gegebenen Transportkosten steigen mit zunehmender Entfernung direkt proportional zu der zurückzulegenden Strecke. Die geographische Entfernung ist gleich der ökonomischen Entfernung.
- 5) Die inländischen Absatzmärkte sind räumlich gleichmäßig verteilt. Auf jedem dieser Märkte besteht der gleiche mengenmäßige Bedarf, d.h. von einer Nachfragekonzentration an einzelnen Märkten wird abgesehen.
- 6) Der inländische Selbstversorgungsgrad bei Braugerste ist gegeben (z.B. 70 v.H. des Bedarfs). Der Rest wird mit Importen gedeckt.

Zur Veranschaulichung des darzustellenden Sachverhalts diene eine geometrische Figur. Den Ausgangszustand kennzeichne Figur 18 a. Der Punkt G bezeichne den Grenzübergangsort, der Punkt P das inländische Produktionsgebiet. Die Strecke $\overline{GP}$ stelle die räumlich zu überbrückende Entfernung zwischen P und G dar. Jeder Punkt auf dieser Strecke ist annahmegemäß ein örtlicher Teilmarkt mit einem mengenmäßig gleichen Anteil an der Gesamtnachfrage des Inlands. Insofern kann $\overline{GP}$ zugleich diese Gesamtnachfrage versinnbildlichen ($\overline{GP} = 100$ v.H. des Braugerstenbedarfs). Die Strecke $\overline{PV}$ ist dann als Selbstversorgungsgrad zu verstehen. Die Strecke $\overline{GV}$ als Anteil der ausländischen Braugerste an der Inlandsversorgung.

Der Preis-ab-Grenze entspreche der Strecke $\overline{A_0G}$, der Marktpreis für inländische Braugerste im Produktionsgebiet P der Strecke $\overline{B_0P}$. Dies sei der erwünschte Mindestpreis.

Da mit zunehmender Entfernung beide Preise um die Transportkosten steigen, liegt der (als Mindestpreis gewünschte) Marktpreis für inländische Braugerste am Grenzübergangsort in Höhe von $\overline{D_0G}$, der Marktpreis für Auslandsware im Produktionsgebiet in Höhe von $\overline{C_0P}$. Der rechnerische Durchschnitt aller Marktpreise für inländische Braugerste (Mindestpreislevel) wird durch die Linie E_0F_0 dargestellt (in Höhe von $\overline{E_0G} = \overline{F_0P}$).

Es versteht sich, daß unter diesen angenommenen Umständen an den Inlandsmärkten im Raum $\overline{P\overline{V}}$ nur Inlandsgerste, im Raum $\overline{G\overline{V}}$ nur Auslandsgerste abgesetzt wird. Dabei müssen die Nachfrager im Raum $\overline{N_0\overline{V}}$ einen höheren Marktpreis zahlen als alle übrigen Nachfrager. Es ist gleichfalls klar, daß die Inlandsgerste gegenüber der Auslandsgerste preislich auch noch im Raum $\overline{M_0\overline{V}}$ konkurrenzfähig wäre; allein, ihre Menge reicht nicht mehr aus, diesen Raum zu versorgen.

Im übrigen ist die Ausgangssituation dadurch gekennzeichnet, daß der Preis-ab-Grenze ($\overline{A_0\overline{G}}$) und $\overline{A_0\overline{E_0}}$ über dem Mindestpreisniveau liegt, eine Preissenkungsgefahr für Inlandware also nicht besteht und diese Inlandsware mithin auch voll untergebracht werden kann.

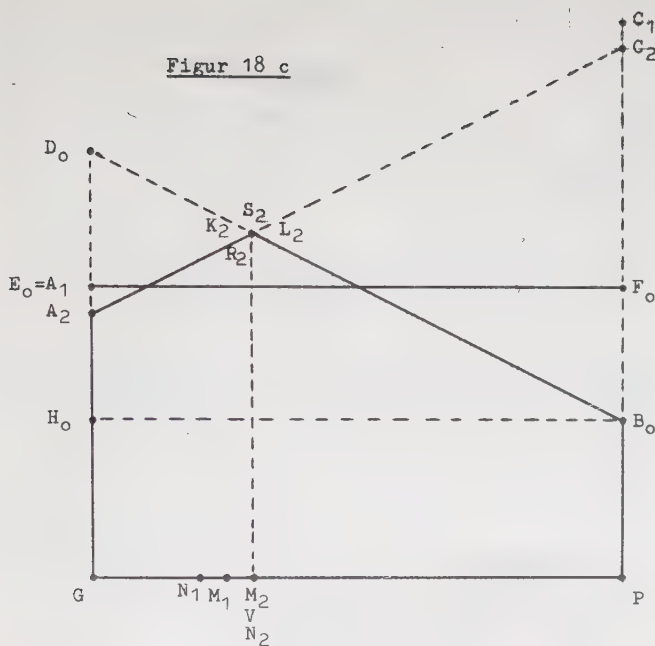
Erste Variation : Der Preis-ab-Grenze ist (Figur 18 b) gesunken, und zwar um $\overline{A_0\overline{A_1}}$ bis auf das Mindestpreisniveau ($\overline{E_0\overline{G}}$). Die Versorgungssituation ändert sich nur insoweit, als der Kreis derer, die ihre Nachfrage nur zu einem höheren Preis als alle übrigen Nachfrager befriedigen können, geschrumpft ist (von $\overline{N_0\overline{V}}$ um $\overline{M_0\overline{N_0}}$ auf $\overline{N_1\overline{V}}$). Zugleich ist für alle Nachfrager im Raum $\overline{G\overline{V}}$ die Versorgung preisgünstiger geworden. Die Marktpreise jener Märkte aber, die nur Inlandware aufnehmen, bleiben unbeeinflusst, das Mindestpreisniveau damit ebenfalls.

Zweite Variation : In Figur 18 c ist der Preis-ab-Grenze um $\overline{A_1\overline{A_2}}$ weiter gesunken und liegt jetzt um $\overline{A_2\overline{E_0}}$ unter dem Mindestpreisniveau. Auch hier ändert sich das Mindestpreisniveau nicht. Doch hat sich die Versorgungssituation der Nachfrager im Raum $\overline{G\overline{V}}$ preislich weiterhin verbessert. Und es gibt nur noch einen einzigen Markt ($\overline{V}$), an dem die Nachfrager einen höheren Preis zahlen müssen als alle übrigen Nachfrager.

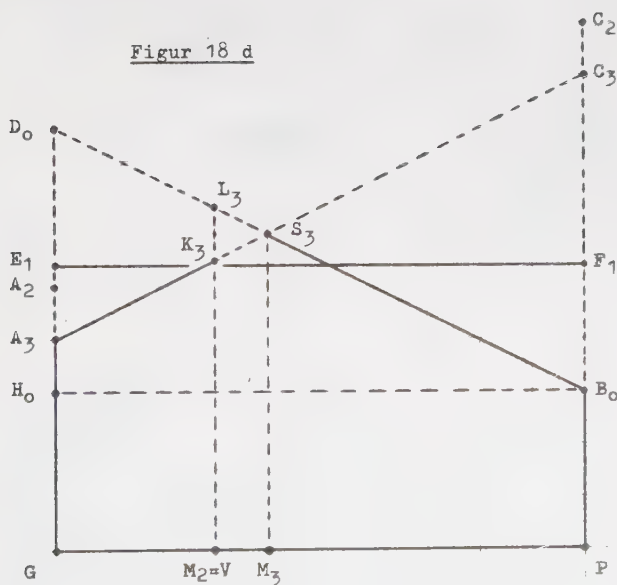
Dritte Variation : Der Preis-ab-Grenze ist erneut gefallen (Figur 18 d), und zwar um $\overline{A_2\overline{A_3}}$ auf $\overline{A_3\overline{G}}$. Aber : Bei unveränderten inländischen Marktpreisen könnte von der Inlandsgerste nur noch die Menge $\overline{M_3\overline{P}}$ abgesetzt werden, während die Nachfrage nach Auslandsgerste um $\overline{M_2\overline{M_3}}$ gleichzeitig steigen würde. Sämtliche Inlandsgerste ($\overline{P\overline{V}}$) ließe sich aber dann absetzen, wenn ihr Preis im Raum $\overline{M_3\overline{V}}$ mindestens auf den jeweiligen Marktpreis für Auslandsgerste in diesem Bereich gesenkt würde, im ungünstigsten Fall also (am Markt $\overline{V}$) um $\overline{K_3\overline{L_3}}$. Die Marktpreise im Raum $\overline{P\overline{M_3}}$ dagegen verändern sich nicht. Doch hat sich das inländische Mindestpreisniveau geringfügig nach unten (auf $\overline{F_1\overline{P}}$) verschoben (1). Anbieter also, die

- (1) Da F_0 und F_1 sehr nahe beieinander liegen, sich daher F_0 von F_1 zeichnerisch zu wenig abheben würde, ist von seiner Einbeziehung in Figur 18 c abgesehen.

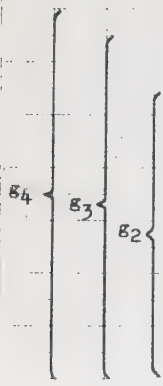
Figur 18 c



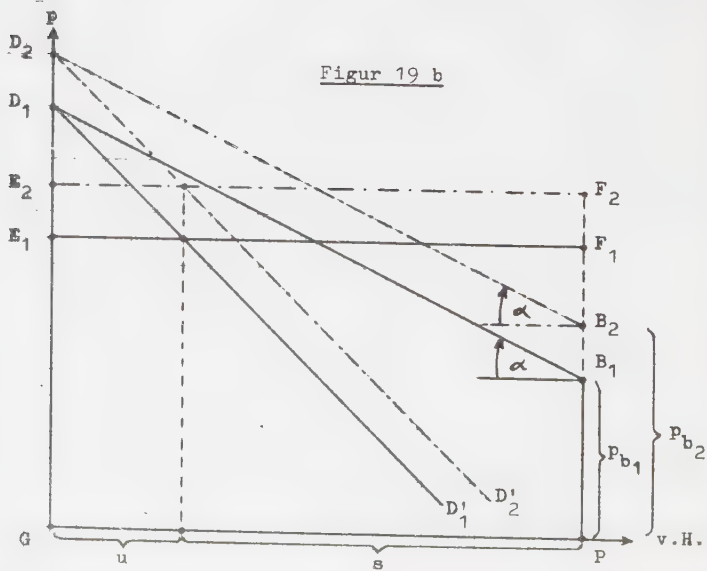
Figur 18 d



The diagram shows a 2D grid of nodes and edges. A path is highlighted with a thicker line, starting from a node at the bottom center and moving upwards. A label 'p' is placed near the bottom center node, with an arrow pointing to it.



Figur 19 b



die Märkte im Raum $\overline{M_3V}$ beliefern, müssen sich mit einem geringeren Preis als $\overline{B_0P}$ abfinden, erhalten also einen niedrigeren Preis als jenen, der als Mindestpreis angesehen wird.

Die drei Variationen lassen erkennen : Wenn der Preis-ab-Grenze sinkt, dann beeinflußt das den gewünschten Inlandspreis

- nur, wenn er dabei eine ganz bestimmte Grenze (Gefährdungsgrenze) unterschreitet;
- nur innerhalb eines bestimmten geographischen Bereichs (Gefährdungsraum), also nicht sämtliche Inlandspreise.

Es liegt nahe zu fragen : Wo liegt diese Grenze, die der Preis-ab-Grenze unterschreiten muß, um einen Teil der Marktpreise für Inlandsgerste zum Sinken zu bringen ? Um wieviel des inländischen Gerstenangebots wird von einem solchen Preisdruck betroffen ?

Zunächst zur ersten Frage : Die Lage der "Gefährdungsgrenze" hängt offenbar von drei Größen ab, nämlich

- 1) von der Höhe des Inlandspreises,
- 2) von der Höhe des Frachtsatzes,
- 3) von der Höhe des Selbstversorgungsgrades.

Sind diese drei Größen gegeben, ist auch die Lage der Gefährdungsgrenze bestimmt. In Figur 18 a-d waren für alle drei Größen bestimmte Werte angenommen worden. Demgemäß lag diese Grenze in Höhe von $\overline{A_2G}$ (Figur 18 c und d) oder um $\overline{A_2E_0}$ unter dem Mindestpreinsniveau.

Auf Grund der analytisch-geometrischen Beziehungen der drei Größen untereinander ist die Höhe der Gefährdungsgrenze (g) auch allgemein bestimmbar. Danach gilt, wobei der "Marktpreis für Inlandsbraugerste im Produktionsgebiet" mit p_b , der Frachtsatz (annahmegemäß für jede Entfernung gleich hoch) mit f und der Selbstversorgungsgrad mit s sowie der Unterversorgungsgrad mit u bezeichnet sei (1) :

$$g = f (s - u) + p_b$$

Der Gleichung ist zu entnehmen, daß die Gefährdungsgrenze um so höher (niedriger) liegt,

- 1) je höher (niedriger) ceteris paribus der inlandspreis p_b ist;
- 2) je höher (niedriger) ceteris paribus der Frachtsatz f ist;
- 3) je höher (niedriger) ceteris paribus der Selbstversorgungsgrad s ist.

(1) Ableitung s. Anhang, S. 229 - Voraussetzung für die exakte Formulierung der Zusammenhänge mit Hilfe dieser Gleichung ist die Annahme 5) auf Seite 153.

Variieren wir nun *ceteris paribus* den Selbstversorgungsgrad (Figur 19 a : s_1 bis s_4), dann ist die Kurve DD' der geometrische Ort aller Punkte, deren Abstand von der Grundlinie ("Abzisse") anzeigt, wie große jeweils g ist (Figur 19 a) (1).

In unserem Zusammenhang von Bedeutung ist dabei g im Vergleich zum Mindestpreisniveau $p_d (= \overline{EG})$. Aus der Figur 19 a ist ohne weiteres zu ersehen, daß es drei mögliche Beziehungen gibt :

$$\begin{array}{ll} g > p_d & (\text{z.B. bei } s = s_4) \\ g = p_d & (\text{z.B. bei } s = s_2) \\ g < p_d & (\text{z.B. bei } s = s_1) \end{array}$$

Wann liegt welche Beziehung vor ? Mittels einfacher analytischer Rechnung ergibt sich, daß g und p_d dort zusammenfallen, wo

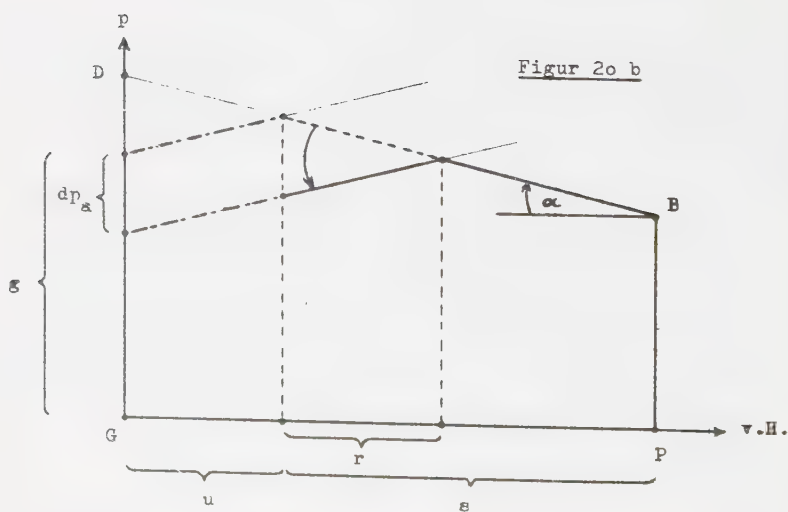
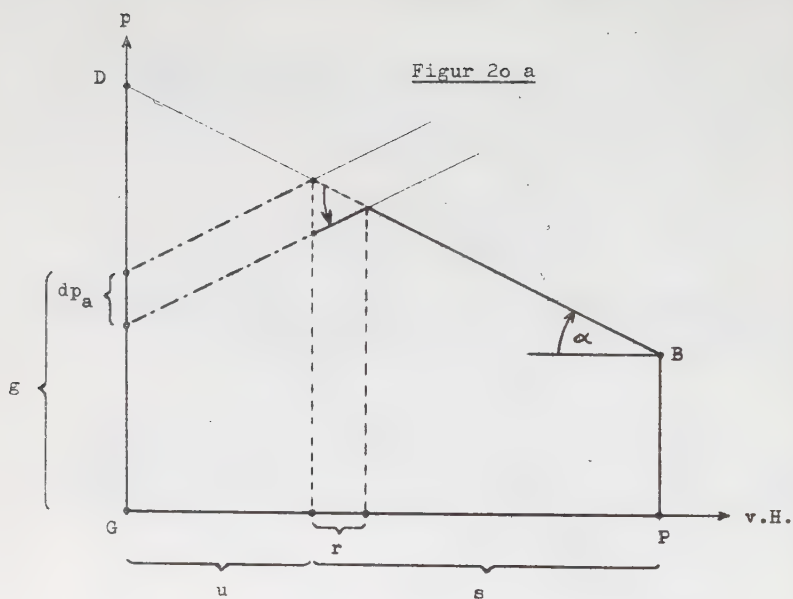
$$u = \frac{s + u}{4}$$

ist (2). Dieser Zusammenhang trifft auch dann zu, wenn sich DD' dadurch verschiebt, daß sich p_b verändert (Figur 19 b), oder dadurch, daß sich f ($= tg \angle$) verändert (Figur 19 c). Zu erkennen ist dabei dies :

- 1) wenn $u > \frac{s + u}{4}$ dann ist $g < p_d$
- 2) wenn $u = \frac{s + u}{4}$ dann ist $g = p_d$
- 3) wenn $u < \frac{s + u}{4}$ dann ist $g > p_d$

In Worten : Bei einem Selbstversorgungsgrad von 75 v.H. des Braugerstenbedarfs (Fall 2) geraten die Preise für inländische Braugerste unter Preisdruck sobald der Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste unter das Mindestpreisniveau fällt. Ist der Selbstversorgungsgrad kleiner als 75 v.H. (Fall 1),

-
- (1) Zu betonen ist, daß diese quantitativen Beziehungen nur deswegen so exakt formulierbar sind, weil die Annahme 5) gilt (vgl. S. 153).
 - (2) Ableitung der Gleichung s. Anhang, S. 330 f. - Die Gefährdungsgrenze fällt also immer dann mit dem Inlandspreisniveau zusammen, wenn der Unterversorgungsgrad 25 v.H., bzw. der Selbstversorgungsgrad 75 v.H. beträgt. Dies deswegen, weil die Grundlinie $\overline{GP}$ als 100 v.H. des Braugerstenbedarfs definiert wurde (vgl. S. 153. Diese Definition ist mit der Annahme 5) auf Seite 153 ermöglicht worden.



kann der Preis-ab-Grenze sogar u n t e r das Mindestpreisniveau fallen, o h n e auf die inländische Braugerste einen Preisdruck auszuüben. Liegt der Selbstversorgungsgrad höher als 75 v.H. (Fall 3), kann der Preis-ab-Grenze schon dann zu einem Preisdruck führen, wenn er noch oberhalb des Mindestpreisniveaus sinkt.

Nun zu der zweiten Frage : Wieviel des inländischen Braugerstenangebots oder welche Inlandsmärkte werden von einem solchen Preisdruck betroffen ? Wie groß ist der "Gefährdungsraum", wenn der Preis-ab-Grenze sinkt ?

Daß immer nur ein Teil des Inlandsangebots unter jenen Preisdruck gerät, wurde schon gezeigt (vgl. dritte Variation auf S.154). Und daß es sich dabei zwangsläufig um den grenznahen Teil dieses Angebots handelt, leuchtet unmittelbar ein. Angenommen nun, der Preis-ab-Grenze p_a sänke um dp_a unter die Gefährdungsgrenze g (vgl. Figur 20 a und b). Das bedeutet : Im Bereich r (Gefährdungsbereich) liegen die Preise für Auslandsgerste unter denen für Inlandsgerste. Und um in diesem Bereich wettbewerbsfähig zu bleiben, müßten die Anbieter von Inlandsgerste ihre Preise mindestens bis auf die Preise für Auslandsgerste senken.

Der jeweilige Umfang des Bereiches r läßt sich auf geometrisch-analytischem Weg unschwer ermitteln. Danach ergibt sich allgemein (1) :

$$r = \frac{1}{f} \cdot \frac{dp_a}{2}$$

So ist r allein abhängig von der Höhe des Frachtssatzes und vom Ausmaß der Senkung des Preises-ab-Grenze, dagegen unabhängig von g , p_b und s . So ist, wenn f gegeben, für jede mögliche Preissenkung von p_a unter g der Umfang von r exakt bestimmbar. Und wenn $s = 100$ v.H. des Inlandaufkommens ist, dann gibt der Quotient

$$\frac{r \cdot 100}{s}$$

an, wieviel v.H. des Inlandaufkommens durch jenen Preisdruck betroffen wird (2).

-
- (1) Ableitung der Gleichung s. Anhang, S. 232 f. - Beachte auch hier die Anmerkung in Fußnote 1 auf Seite 159.
 - (2) Beispiel: p_a sinke um 12 DM/t unter g ; f betrage 0,50 DM/tkm; s sei 60 v.H. des Braugerstenbedarfs. Dann wäre $r = 12$ v.H. des Braugerstenbedarfs, und 20 v.H. des Inlandaufkommens würden dem Preisdruck ausgesetzt sein (oder : 20 v.H. jener Inlandsmärkte, an denen bisher nur Inlandsgerste abgesetzt wurde).

Fassen wir zusammen :

- 1) Je weiter ein inländischer Handelsplatz vom Einfuhrort entfernt ist, desto weniger können Importe preisregulierend wirken, wenn die Marktpreise an diesen Plätzen steigen. Darum werden die Marktpreise an relativ grenzfernen Handelsplätzen nicht selten höher sein als an relativ grenznahen Handelsplätzen.
- 2) Wenn der Preis-ab-Grenze für ausländische Braugerste sinkt, dann muß das Mindestpreisniveau nicht schon darum beeinflußt werden, nur weil der Preis-ab-Grenze u n t e r dieses Niveau sinkt. Jenes Niveau gerät erst dann unter Druck, wenn der Preis-ab-Grenze eine kritische Schwelle (Gefährdungsgrenze) unterschreitet.
- 3) Diese kritische Schwelle liegt immer dann unterhalb des Mindestpreisniveaus, wenn der Selbstversorgungsgrad des Inlands geringer als 75 v.H. des inländischen Braugerstenbedarfs ist.
- 4) Wenn der Preis-ab-Grenze tatsächlich unter jene kritische Schwelle fällt, wird immer nur ein Teil der inländischen Anbieter auf den gewünschten Mindestpreis verzichten müssen, und zwar jener Teil, der die g r e n z n a h e n Inlandsmärkte beschickt, der also im "Gefährdungsraum" liegt.
- 5) Weil und insofern der Selbstversorgungsgrad, der Frachtsatz wie auch jener gewünschte Mindestpreis gegeben ist, läßt sich genau bestimmen, wie tief der Preis-ab-Grenze sinken darf, o h n e daß er dabei jenen Mindestpreis unter Druck setzt.

Soweit die Überlegungen an Hand des Modells ! Daß ihr Ergebnis nicht unmittelbar auf die wirtschaftliche Wirklichkeit übertragbar und anwendbar ist, versteht sich. Dies insbesondere im Hinblick auf jene fünfte Annahme (vgl. S. 153), die lediglich eine formelhafte Kurzfassung der Zusammenhänge ermöglichen sollte. Grundsätzliche Erkenntnisse aber für das Wirken relativ preisgünstiger Einfuhren auf die Inlandspreise vermitteln die Überlegungen dennoch.

So bilden die Frachtkosten für derartige Einfuhren zweifelsohne ein natürliches Hindernis : Relativ günstige Preise importierter Braugerste kommen auf marktiernen Handelsplätzen nicht oder nicht voll zur Wirkung, zumal es sich immer nur um nach Zeit und Menge begrenzte Angebote handeln wird. Im übrigen ist es keineswegs selbstverständlich, daß der Importhandel niedrigere Einkaufspreise an den Markt weitergibt.) (1)

1) So schreibt auch der Nordwestdeutsche Mälzerbund e.V., daß "Differenzen vom Handel ... gern selbst mitgenommen werden" (Schreiben vom 24. Vobember 1965).

Ein Vergleich empirischer Werte zeigt sogar, daß die Marktpreisbildung von derartigen Einfuhren offenbar gar nicht berührt wird : In Tabelle 28 sind die monatsdurchschnittlichen Differenzen zwischen Preis-frei-Grenze für drittländische Braugerste und cif-Preis für drittländische Standardgerste berechnet. Stellt man die laufende Entwicklung dieser Differenzen den monatsdurchschnittlichen Braugerstenpreisnotierungen deutscher Börsenplätze aus Tabelle 24 gegenüber, läßt sich nicht nur erkennen, daß sich diese Notierungen offensichtlich unabhängig von der Höhe jener Differenzen entwickeln, sondern auch, daß sie in der Regel sogar eine gegenläufige Bewegung aufweisen.

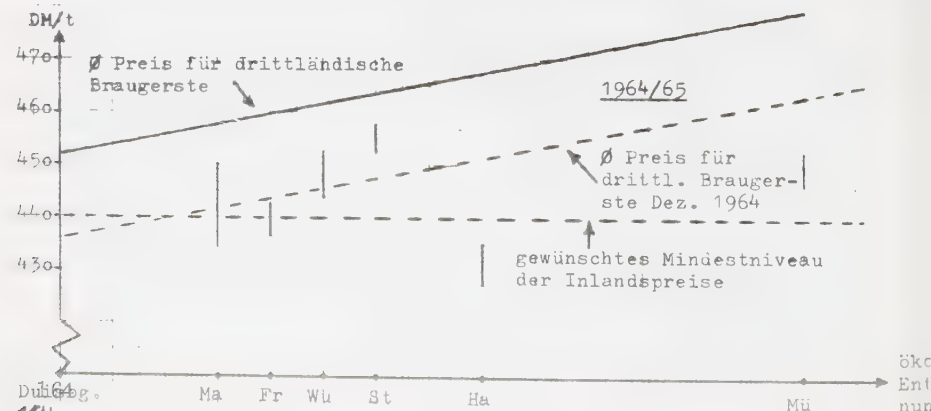
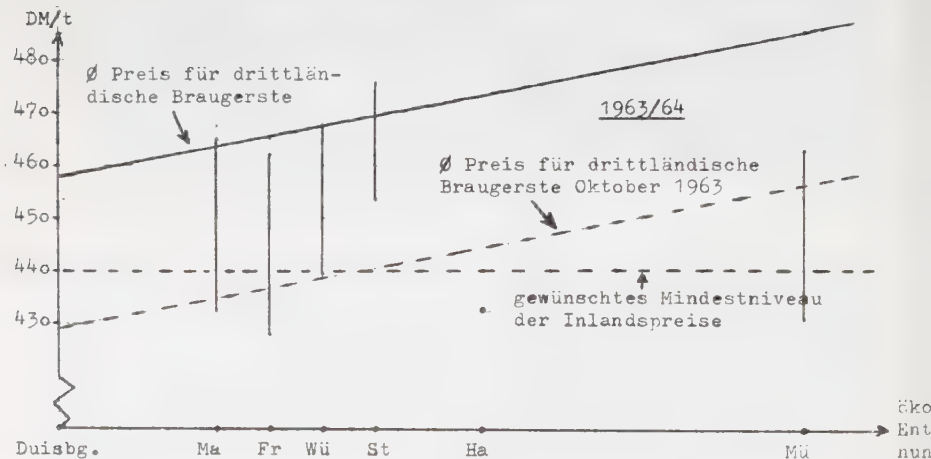
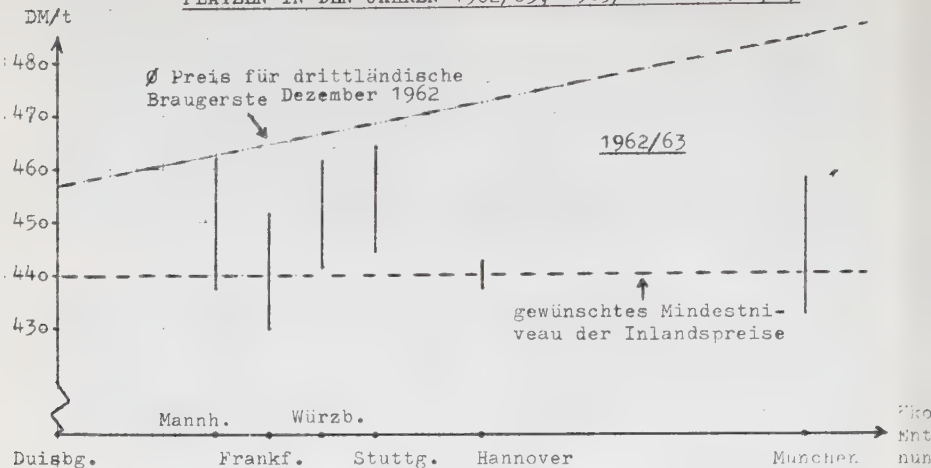
Aber noch mehr läßt sich zeigen : In Figur 21 ist eingetragen, in welchem Ausmaß die monatsdurchschnittlichen Marktpreise für Braugerste im jeweiligen Wirtschaftsjahr an einzelnen deutschen Börsenplätzen geschwankt haben (1). Die Lage dieser Börsenplätze ist auf der Abzisse abgetragen, und zwar gemäß ihrer ökonomischen Entfernung von Duisburg, gemessen an den Richtpreisdifferenzen.

Die von Duisburg ansteigende (2) und durchgezogene Gerade gibt die jahresdurchschnittliche Höhe des Preises für drittländische Braugerste an den einzelnen Handelsplätzen an (3). Genau so die von Duisburg ansteigende gestrichelte Gerade, aber nur für einen Monat des jeweiligen Getreide-

- (1) Es liegen die Angaben aus Tabelle 24 zugrunde.
 (2) Die Steigung entspricht dem Richtpreisgefälle.
 (3) Für 1962/63 aus Platzmangel nicht eingetragen. Denn der jahresdurchschnittliche Preis für drittländische Braugerste 1962/63 betrug ab Duisburg (genau genommen : ab Emmerich) 486 DM/t. - Quelle : Berechnet aus den Angaben der Tabelle 28 und der jahresdurchschnittlichen Drittlandsabschöpfung für Gerste. Die letztgenannte ist entnommen den Berichten über die Auswirkungen der EWG-Marktorganisationen auf dem Agrargebiet (Bundestagsdrucksachen Nr. IV/2640 und V/29). Berechnung :

(in DM/t)	1962/63	1963/64	1964/65
Ø Preis-frei-Grenze für drittländische Braugerste	273	264	268
Ø Abschöpfung	213	194	184
Ø Preis-ab-Grenze für drittl. Braugerste	486	458	452

PREISNOTIERUNGEN FÜR BRAUGERSTE AN EINIGEN DEUTSCHEN BORSEN-
PLÄTZEN IN DEN JAHREN 1962/63, 1963/64 UND 1964/65



wirtschaftsjahres (1). Ausgewählt wurde dabei derjenige Monat, in dem die in Tabelle 28 ausgewiesene Differenz besonders niedrig war, die "Gefahr" für das inländische Preisniveau also besonders groß gewesen sein mußte. Die waagerechte gestrichelte Gerade bezeichnet das, wie unterstellt, gewünschte Mindestpreisniveau für inländische Braugerste in Höhe von 440 DM/t.

Figur 21 zeigt nun einmal, daß die Marktpreisnotierungen in der Regel und in allen drei Wirtschaftsjahren oberhalb dieses Mindestpreisniveaus geschwankt haben (2). Die Preisbewegungen darunter waren (vgl. Tabelle 24) unerheblich und fanden, wenn überhaupt, immer nur in den ersten beiden Monaten nach der Ernte statt (3).

Zum anderen ist der Figur zu entnehmen, daß der durchschnittliche Inlandspreis für importierte Braugerste (hier: aus Drittländern) immer und nicht unerheblich sogar am Grundrichtpreisort über jener 440-DM/t-Grenze gelegen hat, im allgemeinen also keine Gefahr für das gewünschte Mindestpreisniveau bedeuten konnte.

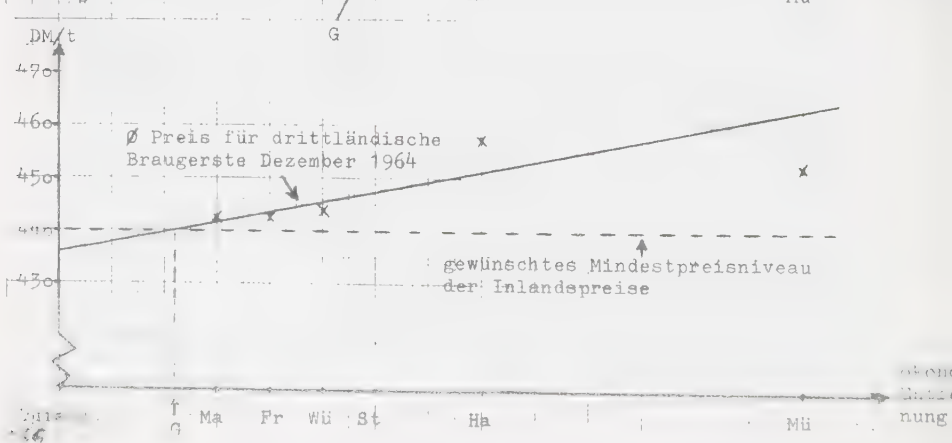
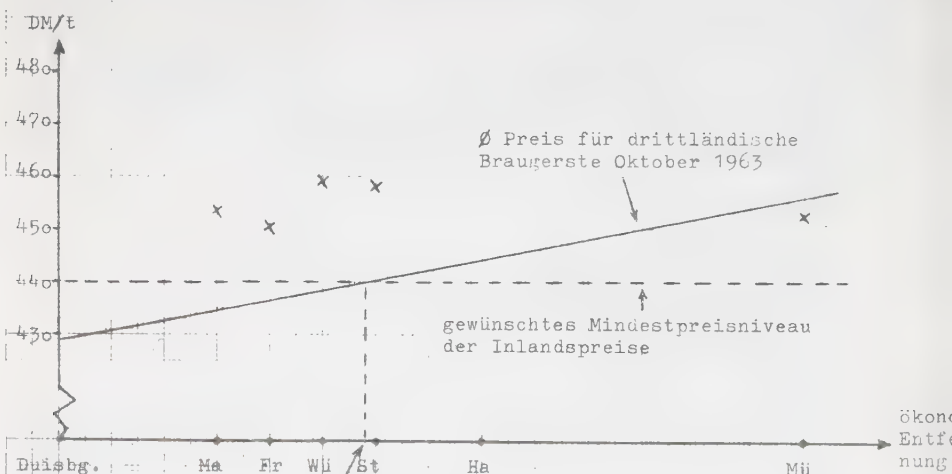
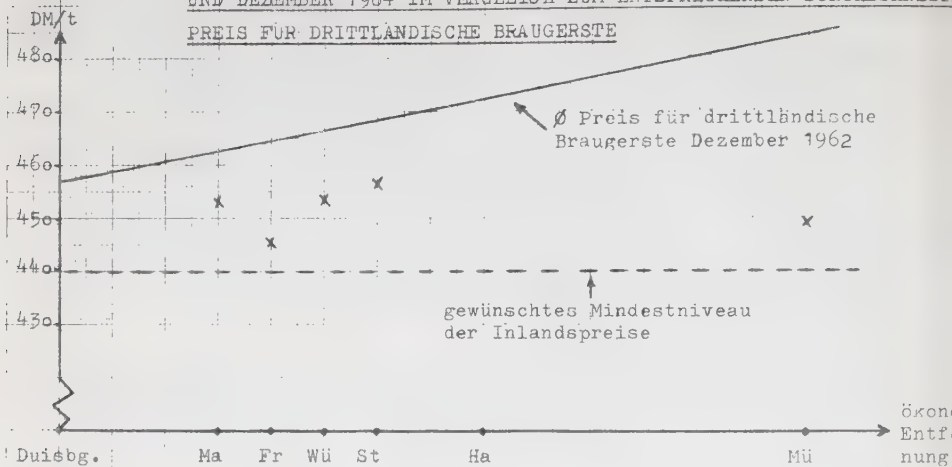
- (1) Berechnet nach Angaben der Tabelle 28 und der monatsdurchschnittlichen Drittlandsabschöpfung für Gerste (= rechnerische Differenz zwischen Gerstenschwellenpreis und cif-Preis für Gerste). - Berechnung: (in DM/t)

	Dez. 62	Okt. 63	Dez. 64
1. Ø Preis-frei-Grenze f. drittl. Braugerste	261	249	259
2. Gerstenschwellenpreis	429	423	431
3. Ø Gersten-cif-Preis	243	243	254
4. Ø Abschöpfung (2-3)	196	180	177
5. Ø Preis-ab-Grenze für drittl. Braug. (1+4)	457	429	436

(Genau genommen, wäre noch die Frachtkostenpauschale Duisburg-Emmerich in Höhe von 3,50 hinzuzurechnen. Das gilt auch für die unter Fußnote 3 auf Seite 163 vorgenommene Berechnung. Zwecks Vereinfachung jedoch wurde von der Berücksichtigung der Pauschale abgesehen.

- (2) Die Notierungen an der Börse Hannover sind nicht relevant, da Hannover kein ausgesprochener Handelsplatz für Braugerste ist; Braugerstenpreise werden hier nur für höchstens drei Monate notiert (vgl. Tabelle 24).
- (3) Angemerkt sei, daß sich diese Notierungen wie auch die durchschnittlichen Inlandspreise für drittländische Braugerste nicht auf eine einheitliche Qualität beziehen, sondern daß sie für alle angebotenen, also für unterschiedliche Qualitäten gelten. Dann nämlich lassen sich relativ starke Preisabweichungen vom Jahresmittel u.ä. auch damit erklären, daß die angebotene Ware qualitativ ungewöhnlich gut oder ungewöhnlich schlecht gewesen sein kann.

Figur 22: DIE MARKTPREISNOTIERUNGEN FÜR BRAUGERSTE AN EINIGEN DEUTSCHEN
BORSENPLÄTZEN IM MONATSDURCHSCHNITT DEZEMBER 1962, OKTOBER 1963
UND DEZEMBER 1964 IM VERGLEICH ZUM ENTSPRECHENDEN DURCHSCHNITT
PREIS FÜR DRITTLÄNDISCHE BRAUGERSTE



Und zum dritten läßt sich erkennen, daß die Marktpreise an den relativ marktfernen Handelsplätzen, wenn auch mit Ausnahmen, nach oben stärker ausschlugen als die an relativ marktnahen Handelsplätzen. Insofern werden die am Modell gewonnenen Aussagen von der wirtschaftlichen Wirklichkeit, da vergleichbare Bedingungen vorliegen, bestätigt.

Bestätigt wird auch dies : Wenn der Preis-ab-Grenze für importierte (drittländische) Braugerste (vgl. Figur 22) (1) unter das gewünschte Mindestpreisniveau sinkt (so beispielsweise im Oktober 1963 und Dezember 1964, dann müssen die inländischen Braugerstenpreise keineswegs ebenfalls unter dieses Niveau sinken. Figur 22 wie auch Figur 23 (2) zeigen sogar, daß dieser Fall (im betreffenden Monatsdurchschnitt gesehen) selbst dann nicht eingetreten ist, wenn die in Tabelle 28 berechneten Differenzen zwischen Preis-frei-Grenze für drittländische Braugerste und cif-Preis für drittländische Standardgerste extrem niedrig waren.

In vier von den sechs herausgegriffenen Monaten (nämlich Oktober, November, Dezember 1963 und Februar 1965) lagen die Notierungen an fast allen ausgewählten Börsenplätzen sogar *über* dem Preis für drittländische Braugerste, eine Erscheinung, die sich nur mit einem begrenzten Mengenangebot drittländischer Braugerste und Qualitätsdifferenzen erklären ließe.

Anders im Dezember 1964 (Figur 22) : Hier sind die Preisnotierungen von Mannheim, Frankfurt und Würzburg mit dem Preis für Drittlandsgerste so gut wie identisch. Hier also haben sich die mengenmäßig unbeschränkten Einfuhrmöglichkeiten offensichtlich voll ausgewirkt, aber ohne dabei die Inlandspreise unter jenes Mindestpreisniveau zu drücken.

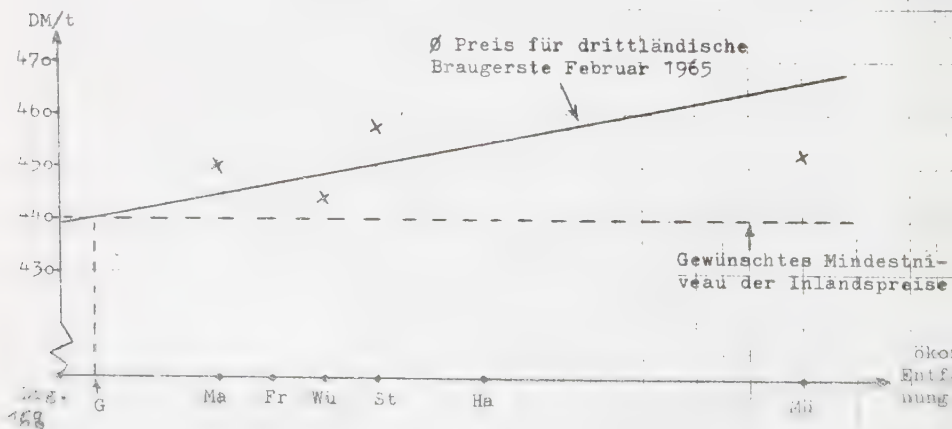
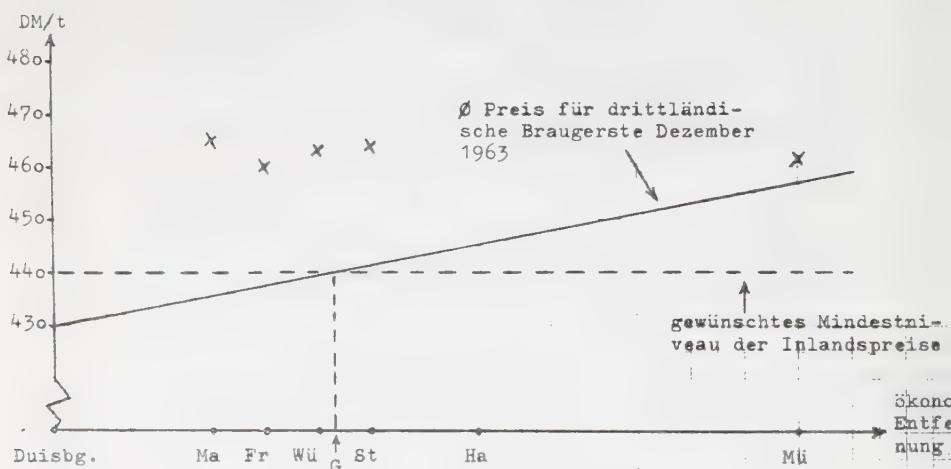
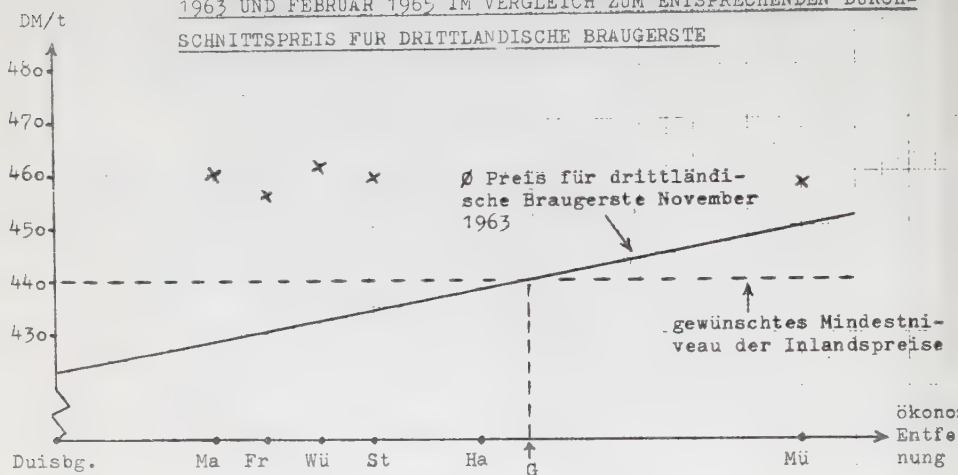
Wenn also in unserem Denkmodell von "Gefährdungsgrenze" und "Gefährdungsraum" die Rede war, dann deutet das (an Hand von Figur 21 - 23 beobachtete) Verhalten der Inlandspreise ohne Zweifel auf dieses hin :

(1) Quelle und Berechnung wie in Fußnote 1 auf Seite 165

(2) Quelle und Berechnung wie in Fußnote 1 auf Seite 165. - Berechnung des monatsdurchschnittlichen Inlandspreises für drittländische Braugerste :

(in DM/t)	Nov. 63	Dez. 63	Febr. 65
1. Ø Preis-frei-Grenze			
f. drittl. Braugerste	246	258	262
2. Gerstenschwellenpreis	427	430	434
3. Ø Gersten-cif-Preis	250	258	257
4. Ø Abschöpfung (2-3)	177	172	177
5. Ø Preis-ab-Grenze für			
drittl. Braugerste (1+4)	423	430	439

Figur 23: DIE MARKTPREISNOTIERUNGEN FÜR BRAUGERSTE AN EINIGEN DEUTSCHEN
BORSENPLÄTZEN IM MONATSDURCHSCHNITT FÜR NOVEMBER 1963, DEZEMBER
1963 UND FEBRUAR 1965 IM VERGLEICH ZUM ENTSPRECHENDEN DURCH-
SCHNITTSPREIS FÜR DRITTLÄNDISCHE BRAUGERSTE



- 1) Beide Termini sind auch für die wirtschaftliche Wirklichkeit aktuell, folglich auch verwendbar. Dabei läßt sich der Gefährdungsraum nahezu eindeutig bestimmen. So ist er in den Figuren 22 und 23 durch den Abstand des Punktes G zum Punkt Duisburg gekennzeichnet.
- 2) Zwar ist die Gefährdungsgrenze weniger exakt bestimmbar, aber dafür ist um so eindeutiger zu erkennen, daß sie trotz der ausgesuchten extremen Verhältnisse offensichtlich in keinem der sechs Fälle erreicht wurde. Man darf vermuten, daß diese Tatsache (in Anbetracht der modelltheoretischen Überlegungen) nicht zuletzt auf den noch relativ geringen Selbstversorgungsgrad in der Bundesrepublik zurückzuführen sein wird (1).
- 3) Obwohl mittels mathematischer Formel nicht bestimmbar, ließen sich doch genügend Anhaltspunkte finden, die zeigen, wo die Gefährdungsgrenze unter den bisherigen Bedingungen offenbar nicht liegt, nämlich nicht bei einem Preis-ab-Grenze für (drittländische) Importware von 439, 436, 430, 429 oder 423 DM/t. Oder mit anderen Worten: Die Gefährdungsgrenze kann danach mit ziemlicher Sicherheit nur unterhalb eines Preis-ab-Grenze von 423 DM/t liegen. Aber so tief ist dieser Preis bisher noch nicht gesunken.

Alle diese Beobachtungen und Schlüsse berechtigen zusammenfassend somit zu folgender Aussage: Die Möglichkeit, relativ preisgünstige Auslandsware zu importieren, und das Wahrnehmen dieser Möglichkeit haben das gewünschte Mindestniveau der Inlandspreise bisher nicht beeinträchtigt. Die theoretischen Überlegungen stützen diese Beobachtung und zeigen, daß eine solche Beeinträchtigung nur begrenzt möglich ist.

Die Aussage gilt unter den derzeitigen Bedingungen. Man wird sie dann abwandeln müssen, wenn sich zumindest eine dieser Bedingungen ändert: wenn der Selbstversorgungsgrad mit Braugerste in die Nähe von 100 v.H. des Bedarfs steigt. Dieser Fall dürfte, so ließ sich zeigen (2), innerhalb der EWG ab 1967 akutell werden.

f. Die Sonderregelung ist technisch entbehrlich und ökonomisch verfehlt

Wenn, wie es geschieht, die Sonderregelung für Braugerste damit begründet wird, ohne Sonderinterventionspreis und ohne Sonderschwellenpreis werde

- (1) 1962/63 = 74, 4 v.H. und 1963/64 = 67, 4 v.H. des deutschen Braugerstenbedarfs (vgl. Tabelle 5). 1964/65 = 58 v.H. des Bedarfs (vgl. U. Paulsen, Getreidepolitik und Braugewerbe, a. a. O., S. 654).
- (2) Vgl. S. 142 f.

das gewünschte Mindestpreisniveau gefährdet, dann ist - so ergab sich - dieses Argument

- hinsichtlich des Sonderinterventionspreises praktisch nicht stichhaltig ("natürliche" Preisgarantien !),
- hinsichtlich des Sonderschwellenpreises zumindest für die bisherige Situation nicht stichhaltig.

Technisch-organisatorisch also ist die Sonderregelung überflüssig. Daneben ist sie, was schwerer wiegt, ökonomisch bedenklich.

Daß die derzeit praktizierte Sonderregelung in absehbarer Zeit aufgehoben wird, ist unwahrscheinlich. Im Gegenteil, der deutsche Sonderinterventionspreis ist vom Ministerrat bereits sanktioniert worden, und zwar als Kann-Vorschrift für die Phase des gemeinsamen Agrarmarktes auch für die übrigen Partnerländer (1).

Die Vertreter der deutschen Landwirtschaft versuchen außerdem, einen Sonderschwellenpreis durchzusetzen. Darüber hinaus sind sie seit langem bemüht, den Interventionspreiszuschlag von 40 auf bis zu 60 DM/t zu erhöhen.

Bestehende wie angestrebte weiterreichende Sonderregelungen legen es nahe zu fragen, mit welchen versorgungswirtschaftlichen und sonstigen Konsequenzen zu rechnen wäre. Denn zweifelsohne durchbricht sie ein wesentliches Prinzip der Marktordnung.

Der Marktverlauf in der Bundesrepublik seit 1962 hat die Entbehrlichkeit des Sonderinterventionspreises im Grunde bestätigt. Der Marktpreis für Braugerste bildete sich auf einem Niveau, das jene Grenze von 440 DM/t im allgemeinen erheblich überschritt (2), nicht zuletzt gerade für das Haupterzeugungsgebiet (3).

Interventionskäufe auf dem Braugerstenmarkt hat es so gut wie nicht gegeben (4). Die deutschen Verarbeiter haben die inländische Braugerste durchweg voll aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß der Unterversorgungsgrad von etwa 30 v.H. des Bedarfs an diesem Verlauf nicht unbeteiligt war. Die

(1) Vgl. Fußnote und auf Seite

(2) Vgl. Figur 21 (S. 164) und Tabelle 24.

(3) Vgl. ebenda.

(4) 1962/63 : "Nur knapp 5 000 t Braugerste, die außerdem nicht aus Bayern kamen, wurden interveniert." (2. Halbjahresbericht über die Auswirkungen der EWG-Marktorganisationen auf dem Agrargebiet, Bundestagsdrucksache Nr. IV/1548, S. 5). - 1963/64 : Keine Interventionen (3. Bericht über die Auswirkungen ..., Bundestagsdrucksache Nr. IV/2640, S. 9). - 1964/65 : 1 % des Jahresaufkommens (4. Bericht ..., Bundestagsdrucksache Nr. V/29, S. 14).

These also, der Sonderinterventionspreis habe dennoch eine Daseinsberechtigung, sein Vorhandensein habe den günstigen Marktverlauf überhaupt erst ermöglicht, ließe sich allenfalls mit "psychologischen" Argumenten vertreten (1).

Es steht zu erwarten, daß sich an diesem Sachverhalt bis zur Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarkts nichts Wesentliches ändern wird. Erst mit dem gemeinsamen Getreidepreis dürfte eine Sonderregelung für Braugerste die Situation grundlegend wandeln. Außer der Bundesrepublik nämlich ist dem Vernehmen nach (2) kein anderes Mitgliedsland zu einer solchen Sonderregelung bereit. Aber selbst wenn die übrigen EWG-Länder auf den Gebrauch jener Kann-Vorschrift nicht verzichten würden, wären die Folgen darum nicht weniger beachtlich. Insofern scheint es ratsam, die Überlegungen an Hand von drei möglichen Verhaltensweisen zu systematisieren :

- 1) Die Sonderregelung wenden **a l l e** Partnerländer an, und zwar in Form eines einheitlichen Sonderinterventionspreises und mit einheitlichem Braugerstenstandard.
- 2) Zwar führen alle Partnerländer einen Sonderinterventionspreis ein, aber seine Höhe und der Standard, für den er gelten soll, sind in nationales Belieben gestellt.
- 3) Lediglich die Bundesrepublik wendet den Sonderinterventionspreis an, sei es mit einem Standard, der unter dem EWG-Standard liegt, sei es mit einem Standard, der dem der EWG entspricht.

Zur ersten Möglichkeit : Da die Bundesrepublik für Braugerste derzeit einen Zuschlag von 40 DM/t auf den Gersteninterventionspreis festgelegt hat und als Minimum beibehalten will, wird der künftige Interventionspreis für Braugerste in der EWG voraussichtlich 380 DM/t betragen (3). Abgesehen von dem ohnehin höheren Preisniveau, würde nunmehr in den übrigen EWG-Ländern ein Mindestabstand zum Futtergerstenpreis garantiert, was dort (ausgenommen die belgische Qualitätsprämie) bisher nicht der Fall war. Darin läge für die Gerstenerzeuger in den Partnerländern ein zusätzlicher Produktionsanreiz.

-
- (1) Vgl. z. B. R. Biergans, Braugerste und Braumalz im Zwielficht nationaler und übernationaler Marktordnung, Tfb (1962) Sonderausgabe zu Nr. 99/100, S. 624.
 - (2) Vgl. U. Paulsen, Der gegenwärtige Stand der Getreide- und Zollpolitik, Brauwelt (1965) Nr. 20/21, S. 348.
 - (3) Für den Grundrichtpreisort (voraussichtlich Rotterdam) zu Beginn der Saison.

Daß die technischen Möglichkeiten zur Produktionsausweitung innerhalb der EWG vorhanden sind und die einzelnen Länder auch schon begonnen haben, sie wahrzunehmen, ließ sich zeigen; ebenso, daß insbesondere Frankreich erhebliche Produktionsreserven bereithält. Beides - Anreiz und vorhandene Reserven - spricht dafür, daß es innerhalb der EWG zu einer Braugersterzeugung großen Ausmaßes kommen wird. Neben einem Weizen- und Roggenberg, so warnte Morsink (1) schon vor einigen Jahren, drohe auch ein Braugerstenberg zu wachsen, zumal der Preisanreiz auch zur Bebauung von Grenzböden verleite.

Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die EWG innerhalb relativ kurzer Zeit eine Versorgungssituation erreicht, in der sie dann auch bei Braugerste das Überschußproblem zu lösen hat. Sinkende Marktpreise werden die Braugerste in die staatlichen Interventionslager treiben, vor allem die Grenzqualitäten, wie Morsink folgert (2). Und diese würden bei längerer Lagerung, die ohnehin nicht qualitätssteigernd wirkt, in der Beschaffenheit derart abfallen, daß sie sich allenfalls nur noch als Futtergerste verwerten ließen.

Im übrigen : Da es für Braugerste keinen besonderen Richtpreis gibt, darf - so ein weiteres Argument (3) - die Interventionsstelle die Braugerste nur zum Richtpreis für Futtergerste wieder an den Markt abgeben, was zu folgendem führen würde (4) :

"Während normalerweise in den Überschußgebieten eher der Futtergersteninterventionspreis das tatsächliche Futtergerstenpreisniveau bestimmt, würde das nunmehr der Futtergerstenrichtpreis tun. Dadurch käme es zu einer erheblichen Vertreuung der gesamten landwirtschaftlichen Gerstenveredelungsproduktion."

Sollte in dieser Situation zudem der jetzige deutsche Braugerstenstandard als gemeinsamer Standard gelten, was die deutschen Verarbeiter zu befürchten scheinen, darf ein entsprechend stärkerer Produktionsimpuls erwartet werden. Doch kommt nach Ansicht des DBB ein weiteres hinzu : Wenn

-
- (1) G.H. Morsink, Markt- und Qualitätsprobleme in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brauwelt (1961) Nr. 6/7, S. 91. - Bemerkenswert ist, daß Morsink als Vertreter der niederländischen landwirtschaftlichen Genossenschaften gesprochen hat.
 - (2) Ebenda.
 - (3) Vgl. D. Kuhn, Kein Platz für Braugersteninterventionspreise, Brauwelt (1965) Nr. 68, S. 1242.
 - (4) Ebenda.

es zutrifft, daß - wie der DBB schreibt (1) - "normalerweise ein beachtlicher Teil der französischen Sommergerste die deutschen Anforderungen an Braugerste von durchschnittlicher Beschaffenheit erfüllen wird", muß es überdies zu Überschüssen solcher Gerste kommen, die preislich zwar als Braugerste gestützt wird, die aber, da in Wirklichkeit nicht als Braugerste ansprechbar, am Braugerstenmarkt nicht unterzubringen sein wird.

Die Gefahr, daß staatlicher Zwang nachhilft, diese Gerste dem Markt dennoch als Braugerste aufzudrängen, ist schwerlich von der Hand zu weisen. Die Geschichte der agrarpolitischen Marktinterventionen (2) (erinnert sei nur an die noch bis vor wenigen Jahren üblichen und in Verarbeiterkreisen berichtigten Koppelungsgeschäfte) spricht für sich selbst. Wenn daher der DBB befürchtet (3), auf politischen Druck Frankreichs hin könne die Versorgung mit Qualitätsgerste vor allem aus Dänemark und England unterbunden werden, so ist diese Besorgnis nicht unberechtigt. Auf die damit verbundenen Konsequenzen für die deutschen handelspolitischen Interessen wurde schon an anderer Stelle aufmerksam gemacht.

Und schließlich : Von einer bedarfsgerechten Produktion, von dem also, was ökonomisch rational und vertretbar ist, wird nicht die Rede sein können. Das Leistungsproblem wird unzureichend gelöst. Als Grundsatz wird aufgestellt, daß sich der Bedarf an die Erzeugung anzupassen habe - nicht umgekehrt. Am Markt wird vorbeiproduziert.

Es liegt auf der Hand, daß gerade den deutschen Braugerstenerzeugern, deren Vertreter auf die allgemeine Sonderregelung gedrängt haben und weiter darauf drängen, mit dieser Regelung nicht geholfen ist. Daß der Erzeuger in der Bundesrepublik bisher mit ausreichenden Braugerstenpreisen rechnen konnte, ist sicher kein Verdienst des Sonderinterventionspreises, sondern geht vor allem auf den Unterversorgungsgrad und den Importschutz zurück.

Der Importschutz gegenüber Mitgliedsländern fällt demnächst. Der Unterversorgungsgrad wird in Kürze noch mehr schrumpfen und sich bei Anwendung der Sonderregelung verstärkt in einen Überversorgungsgrad umkehren. Es kann nicht im Interesse des Erzeugers sein, sich auf die Dauer mit dem staatlichen Interventionspreis begnügen zu müssen, wenn er ohne die Sonder-

(1) Schreiben des DBB an das BML vom 31. Oktober 1963. Veröffentlicht u. a. im GeschBerDBB 1961-1964, S. 20.

(2) Vgl. z. B. U. Teichmann, Die Politik der Agrarpreisstützung, Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland, Köln-Deutz 1955.

(3) Schreiben des DBB an das BML vom 31. Oktober 1963, a. a. O.

regelung einen Preis erzielen könnte, der über diesem Interventionspreis liegt.

Wenn die Interessenvertreter der Landwirtschaft befürchten, ein Interventionsstandard für Braugerste, der höher ist als der jetzige deutsche, mache zumindest jenen Teil der deutschen Braugerstenerzeuger, der bisher Braugerste durchschnittlicher Qualität abgeliefert habe, nicht mehr wettbewerbsfähig und "degradiere" ihn zum Futtergerstenerzeuger, dann befürchten sie das ohne Zweifel mit Recht. Doch rechtfertigt das gesamtwirtschaftlich nicht die Beibehaltung des alten Standards, wenn dadurch die produktiven Kräfte zur Übererzeugung angeregt, also in Verwendungen gelenkt worden, wo sie unwirtschaftlich sind. Denn knappe Faktoren werden vergeudet, weil mit ihnen für einen Bedarf produziert wird, der nicht vorhanden ist.

Es wäre darum ratsamer gewesen, die Übergangszeit dafür zu nutzen, wofür sie vorgesehen war : zum Angleichen des Standards auf EWG-Niveau, zum Angleichen auch der Interventionspreisregelung (also allmählicher Verzicht auf den Sonderinterventionspreis). Beides ist ausgeblieben. Es empfiehlt sich, auf Sonderregelung und niedrigen Standard wenigstens im gemeinsamen Agrarmarkt zu verzichten. Wenn dabei ein Teil der deutschen Braugerstenerzeuger "weniger gut gerüstet" in diesen Markt geht, dann ist das ein Anpassungsversäumnis, dessen Folgen sich nicht dadurch aufhalten oder gar beiseiteräumen lassen, daß man an diesem Versäumnis auch künftig festhält, es möglicherweise sogar erweitert.

Zur zweiten Möglichkeit : Wie es bei Paulsen heißt (1), soll die Bundesrepublik der Auffassung sein, Höhe der Interventionspreiszuschläge für Braugerste und Braugerstenstandard könnten auf nationaler Ebene festgelegt werden. Sollte sich diese Interpretation des Braugerstenbeschlusses vom Dezember 1964 als richtig herausstellen, läßt sich unschwer voraussehen, daß in der Bundesrepublik der Sonderzuschlag ü b e r und der Braugerstenstandard u n t e r jenem der übrigen Mitgliedsländer liegen wird.

In diesem Fall träfe alles das, was zur ersten Möglichkeit gesagt wurde, grundsätzlich ebenfalls zu. Als weiteres wäre dies zu erwarten : Die Zollgrenzen sind beseitigt, der Verkehr mit Gerste innerhalb des EWG-Raums ist frei und unbehindert. Jetzt würde der Export von Braugerste in die Bundesrepublik gleich dreimal so attraktiv. Nicht nur wirkte die relativ hohe deutsche Bedarfslücke anziehend, sondern zweitens auch die relativ hohe

(1) U. Paulsen, Der gegenwärtige Stand der Getreide- und Zollpolitik, a. a. O., S. 347.

Preisgarantie mit ihrem vergleichsweise geringen Marktrisiko wie auch drittens schließlich die geringen Anforderungen an die Mindestqualität.

Es wäre unrealistisch anzunehmen, diese Tatsache würde beispielsweise auf den französischen Exporteur ~~keinen~~ unwiderstehlichen Anreiz ausüben. Und was für den französischen Exporteur lukrativ ist, ist für den deutschen Importeur nicht minder reizvoll. Denn er könnte, so ließe sich mit dem DBB argumentieren (1), Braugerste zu Preisen importieren, die u.U. unter dem deutschen Grundinterventionspreis für Braugerste liegen. Man wird bei solchen Aussichten geradezu von einem "Importsog" (2) sprechen können. Damit würde das deutsche Mindestpreisniveau ohne Zweifel unterlaufen und "die Interventionsstellen zu gar nicht absehbaren Interventionen gezwungen" (3).

Diese Folgen, das ist ohne weiteres vorstellbar, können nicht im Interesse der deutschen Braugerstenerzeuger liegen, die auf "angemessene" Preise aus sind. Als angemessen werden sie die Preise aber so lange nicht empfinden, wie diese den Interventionspreis nicht übersteigen. Lassen sich solche Preise, wie zu erwarten, nicht erzielen, fehlt der Anreiz zur Qualitätserzeugung, von einem Anreiz zur Qualitätssteigerung ganz zu schweigen.

Eine Sonderregelung in Form der zweiten Möglichkeit wäre also gleichfalls nicht sinnvoll.

Zur dritten Möglichkeit: Wenn allein die Bundesrepublik einen Sonderinterventionspreis anwendet, werden sich alle Folgen der ersten beiden Möglichkeiten in der dritten vereinigen. Denn einem EWG-Grundinterventionspreis von 340 DM/t stünde ein deutscher Grundinterventionspreis von mindestens 380 DM/t gegenüber. Der Produktionsanreiz vor allem für den französischen Gerstenerzeuger wäre weiterhin gegeben; jener "Importsog" würde sich verstärken, beides sich potenzieren, wenn es überdies beim gegenwärtigen deutschen Braugerstenstandard bliebe, und das Problem, die Überschüsse zu verwerten, wäre dringlicher denn je und noch schwieriger zu lösen.

Fassen wir zusammen: Sollte eine der drei Möglichkeiten ab 1967 trotz der geschilderten Aussichten gewählt werden, trüge es dazu bei, die ohnehin angespannte Erzeugungssituation weiter zu verschärfen. Um so weniger auch kann es angebracht sein, den Sonderinterventionspreis um mehr als 40 DM/t

(1) Schreiben des DBB an das BML vom 31. Oktober 1963, a. a. O.

(2) Tfb (1963) Nr. 146, S. 959 in einem Bericht über einen Aufsatz von M. Göhler ("Braugerste und Marktordnung, Illusion und Wirklichkeit").

(3) Schreiben des DBB an das BML vom 31. Oktober 1963, a. a. O.

über den Interventionspreis für Standardgerste festzusetzen.

Zu einer weiteren möglichen Sonderregelung (1) : Neben dem Bestreben, den Sonderzuschlag zu erhöhen, steht die Forderung nach dem gesonderten Schwellenpreis. Es darf als sicher gelten, daß sie noch drängender vorge-tragen wird, wenn sich die oben aufgezeigten Folgen bemerkbar machen. Denn wenn das Überschußproblem droht, wird man fast zwangsläufig darauf verfallen, die Importe aus Drittländern noch weiter zu drosseln.

Mit einem Sonderschwellenpreis ließe sich das bewerkstelligen. Einmal, das versteht sich, könnte man ihn relativ hoch festsetzen. Den Produzenten von Importgerste wäre es dann erschwert oder unmöglich gemacht, die "Schwelle" zu überspringen. Zum anderen wäre die obere Preisbegrenzung für inländische Braugerste nicht mehr beweglich, sondern starr wie bei Standardgerste. Dann würde man gerade das aufgeben, was an anderer Stelle (2) als Positivum der Marktordnung vermerkt wurde. Die Preise-ab-Grenze für importierte Braugerste können dann nicht mehr unter diesen Schwellenpreis sinken. Eine etwaige Verringerung des Preisniveauabstandes zwischen Futtergerste und Braugerste am Weltmarkt würde sich dann nicht in einer entsprechenden Senkung der Preis-ab-Grenze äußern können. Damit aber entfielen die ohnehin schon reichlich begrenzte Regulierungsfunktion der Importgerste, potentiell Dämpfungsinstrument für ein allzu starkes Steigen der Inlandspreise zu sein. Oder mit anderen Worten : Der immerhin mögliche, wenn auch sehr abgeschwächte Leistungszwang, der von Importangeboten ausgehen kann, würde gänzlich unwirksam. Das wäre, da auch sonst von einem strengen Leistungszwang nicht die Rede sein kann (3), ökonomisch wenig sinnvoll; abgesehen davon, daß der internationale Handel noch um einiges mehr behindert würde.

Im übrigen wäre der Sonderschwellenpreis wenig geeignet, über die oben genannten Folgen des Sonderinterventionspreises hinwegzuhelfen. Er vermag - kurzfristig gesehen -, die Folgen vielleicht zu verzögern, nicht aber ihrer Herr zu werden. Es wäre nur ein zeitweiliges Hilfsmittel, einem System zu begegnen, ohne die Ursache zu beseitigen.

Es läßt sich voraussehen, daß es zu einem Sonderschwellenpreis nahezu notwendigerweise kommen muß : Gibt es für Braugerste einen Sonderinterventionspreis (z.B. in Höhe von 380 DM/t), während der Gerstenschwellenpreis

(1) Zu den seinerzeit diskutierten weiteren Vorschlägen s. D. Kuhn, Sonderregelung für Braugerste ? Tfb (1963) Nr. 19, S. 98.

(2) Vgl. S. 117.

(3) Vgl. das folgende Kapitel in diesem Abschnitt.

360 DM/t beträgt, dann wäre es vorstellbar, daß der Preis-ab-Grenze für drittländische Braugerste infolge bestimmter Preisbewegungen am Weltmarkt den Braugersteninterventionspreis unterschreitet.

Figur 24 veranschaulicht den Vorgang : Im Zeitraum F_2 bis F_6 reichen einerseits die Abschöpfungen (A_2D_2 , A_3D_3 ... usw.) nicht aus, um den Preis für drittländische Braugerste mindestens auf das inländische Interventionspreisniveau zu bringen. Und andererseits sind, da die inländischen Verarbeiter mindestens den Interventionspreis zahlen müssen, die Ausfuhrerstattungen (ebenfalls : A_2D_2 , A_3D_3 ... usw.) zu gering (1), um Malz und Bier auf das Weltmarktpreisniveau herabzuschleusen (2).

Der Fall, daß Abschöpfungen und Erstattungen nicht ausreichen, wird um so eher eintreten und sich um so stärker auswirken, je mehr sich die Braugerstenerzeugung des EWG-Raums ausweitert und die Selbstversorgungsgrenze erreicht und überschreitet. Denn es ließ sich die Regel aufstellen, daß die Inlandspreise durch die Einfuhrmöglichkeiten um so eher gefährdet sind, je höher der Selbstversorgungsgrad ist. Um so weniger ist es gesichert, daß sich die EWG-Gerste voll im EWG-Raum absetzen läßt. Wegen der sehr begrenzten Exportmöglichkeiten müßten dann die Überschüsse in die staatlichen Vorratslager aufgenommen werden. Und um das zu vermeiden, wird man wie selbstverständlich nach dem Sonderschwellenpreis greifen; gleichzeitig aber auch zum gesonderten Richtpreis und cif-Preis.

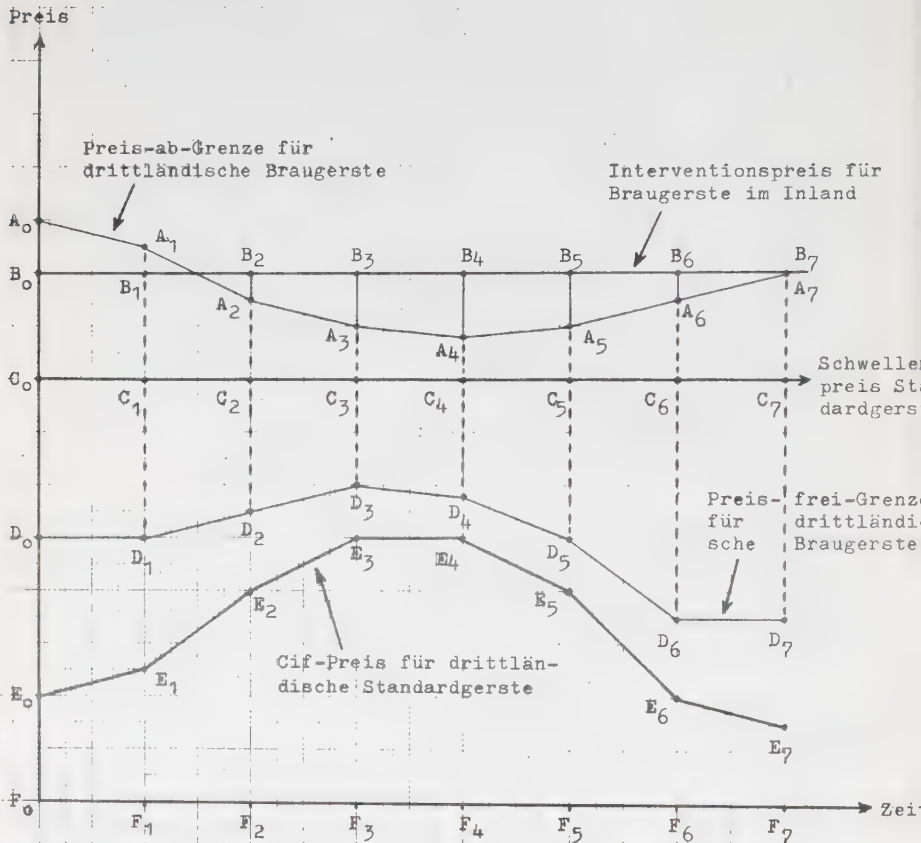
Das bedeutet Verzicht auf das bißchen Freiheit, das die Marktordnung bisher gewährt : Verzicht auf die freie Bildung der Preisrelation Braugerste/Futtergerste. Dieses bißchen Freiheit ist nicht Selbstzweck : Wenn schon ein manipuliertes Preisniveau zur Faktorfehllenkung führt, wäre es wenig sinnvoll, die Fehllenkung durch eine Manipulation auch der Preisrelation zusätzlich voranzutreiben. Im übrigen hieße es, weiteren Verwaltungsaufwand treiben, eine EWG-Norm für Braugerstenqualität festlegen und möglicherweise entsprechende Ausgleichskoeffizienten bestimmen o.ä.

Der zwangsläufige Schwellenpreis - das ist die letzte Gefahr des Sonderinterventionspreises. Die voraussichtlichen Folgen einer solchen Sonderregelung widersprechen dem, was als ökonomisch sinnvoll gilt. Darum ist die Sonderregelung verfehlt.

(1) Und zwar um A_2B_2 , A_3B_3 ... usw.

(2) Nur bei der Verarbeitung inländischer Gerste.

Figur 24



Anmerkung: Das Verhältnis der Preise ist der besseren Anschaulichkeit halber willkürlich gewählt, entspricht den tatsächlichen Relationen in dieser Form also nicht.

3. Beschränkter Leistungswettbewerb verhindert die optimale Braugerstenversorgung

Zweck des Wettbewerbs ist die ständige Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung. Wirtschaftliche Leistung äußert sich in der Gütermenge, in der Güterqualität und in der Bereitstellung von Menge und Qualität an bestimmtem Ort zu bestimmter Zeit. Wichtigster Gradmesser für die Leistungsfähigkeit ist, da sich mit seiner Hilfe Leistung am ehesten vergleichen läßt, der Preis. Die Leistungsfähigkeit offenbart sich im Preiswettbewerb. In ihm entstehen und wirken Anreiz und Zwang, Leistung zu zeigen und Leistung zu steigern.

Ist der Preiswettbewerb staatlicherseits bewußt und aus bestimmten Gründen beschränkt oder ausgeschaltet, werden Leistungsanreiz und Leistungszwang vermindert oder gehen verloren. Will man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mithin erhalten und fördern, müssen Anreiz und Zwang auf eine andere Weise herbeigeführt, also ersetzt werden: Bei Braugerste beispielsweise durch staatlich vorgeschriebene Mindestqualitätsnormen einschließlich preislicher Zu- und Abschläge für Besser- oder Minderbeschaffenheit. (Auch mengenmäßig unbeschränkte Importmöglichkeiten, die zur Anpassung an die Leistung ausländischer Produzenten zwingen können, gehören hierher).

Bei staatlicher Preissetzung sind Qualitätsnormen ohnehin unumgänglich. Ein staatlich gesetzter Mindestpreis ist unwirksam, wenn nicht zugleich definiert ist, für welche Qualität er gelten soll. So sind also auch Standardqualitäten für Futter- und Braugerste festgelegt worden.

Diese Qualitäten hat die Bundesrepublik relativ niedrig angesetzt: Der Standard für Futtergerste (Hektolitergewicht: 62-63 kg; zulässiger Fremdgetreideanteil: bis zu 10 v.H.) liegt erheblich unter dem EWG-Standard (Hektolitergewicht: 67 kg; zulässiger Anteil nicht einwandfreien Grundgetreides: 3 v.H.). Der Braugerstenstandard ist sogar derart niedrig, daß Handel und Verarbeiter bei einer Gerste, die diese Merkmale aufweist, von nicht-braufähiger Ware sprechen (1).

Es steht außer Zweifel, daß bei Wettbewerbspreisbildung beide deutsche Standards als Mindestqualität am Markt nicht durchsetzbar wären, oder wenn, dann nicht zu dem für sie bestimmten Preis. Da dieser Preis staatlich garantiert ist, enthält der Anbau solcher Mindestqualitäten für den Erzeuger keinerlei wirtschaftliches Risiko.

(1) Weltmarktstandard für Braugerste s.S. 23
Deutscher Standard für Braugerste s.S. 61

Er stellt auch dann kein Risiko dar, wenn die EVSt beim Unterschreiten der Mindestqualität Abschläge vom Interventionspreis vornimmt. Zwar sollen diese Abschläge bewirken, daß nicht auch schlechteste Qualitäten angebaut und mit jenem Garantiepreis belohnt werden; aber sind diese Qualitäten einmal angefallen, muß die EVSt sie abnehmen, und das zu feststehenden Sätzen, die somit eine sichere Kalkulationsgrundlage abgeben und möglicherweise so gewählt sind, daß sie wenigstens die Produktionskosten decken.

Das wirtschaftliche Risiko unter Wettbewerbsbedingungen besteht in der Möglichkeit, als Grenzbetrieb verdrängt zu werden. Das geschieht bekanntlich spätestens dann, wenn der Preis das Minimum der variablen Stückkosten unterschreitet. Unterstellt man, daß die Produktionskosten der Grenzqualitäten auch vom verminderten Interventionspreis mindestens in Höhe dieses Minimums gedeckt werden, liegt jene Möglichkeit nicht vor. Die Befürchtung, aus dem Produktionsprozeß ausscheiden zu müssen, fehlt.

Das wirtschaftliche Risiko besteht nicht einfach darin, daß geringere oder keine Gewinne eintreten können; es besteht in der fehlenden Verdrängungsgefahr. Die staatlichen Qualitätsnormen und Preisgarantien beseitigen diese Gefahr. Die Marktordnung hebt das wirtschaftliche Risiko des Erzeugers im wesentlichen auf.

Freilich geht es nicht um das fehlende Risiko "an sich"; es ist nicht nur zwangsläufige Folge einer Mindestpreissetzung, sondern praktisch auch eines ihrer Ziele. Es geht darum, wie sich das fehlende Risiko äußert, wenn die Qualitätsnormen niedriger festgesetzt sind, als ein freier Markt sie fordern würde. Wirtschaftliches Risiko ist nicht Zweck seiner selbst, sondern hat eine ökonomische Funktion: die Funktion, das einzelne Wirtschaftssubjekt zur Leistung und Leistungssteigerung zu **zwingen**. Je niedriger die Mindestqualität unter derjenigen festgelegt wird, die sich am freien Markt ergeben würde, desto geringer ist dieser Zwang zur Leistung, während der Zwang zur Leistungssteigerung ohnehin unterbunden ist.

Die Marktordnung verlangt vom Erzeuger eine relativ geringe Mindestleistung. Über das fehlende Risiko bewirkt sie, daß der Zwang zur Leistung und Leistungssteigerung stark eingeschränkt wird oder ganz zum Erliegen kommt. Von einem ökonomisch sinnvollen Leistungswettbewerb kann nicht die Rede sein (1). Die Marktordnung fördert nicht die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern behindert den Leistungszwang. Weil und insofern

(1) Ergänzend hierzu vgl. auch G. Gutmann, H. -J. Hochstrate und R. Schlüter, a. a. O., S. 55 f., S. 57-59 und S. 211.

dem Markt die Kontrollfunktion genommen ist, die mangelhafte Leistungsfähigkeit des Einzelnen wirksam zu korrigieren, bedeutet die geringe Leistungsfähigkeit des Einzelnen auch eine verminderte gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Daran ändern auch die Zuschläge nichts, die die EVSt für Besserbeschaffenheit zahlt. Anreiz zur Leistung durch derartige Zuschläge ist kein Leistungszwang.

Der Leistungszwang wird auch nicht dadurch ersetzt, daß Einfuhren von qualitativ hochwertiger Gerste möglich sind. Die Ausgleichskoeffizienten erschweren oder behindern das, weil sie die Importware verteuern (1). Bei unzulänglicher qualitativer Leistungsfähigkeit der Inlandserzeugung ist eine qualitative Besserversorgung der Nachfrage mit Hilfe der Auslandsgerste nur zu einem vergleichsweise hohen Preis möglich. Qualitativ hochwertige Importware zwingt also die Inlandserzeugung nur sehr begrenzt zur gleichen Leistungsfähigkeit. So verhindern die zu niedrigen staatlichen Qualitätsnormen eine optimale Versorgung.

Aber sie tun nicht nur das. Der fehlende Zwang, sich an eine Leistung anpassen zu müssen, die die Nachfrage vom Angebot verlangt, die Möglichkeit, für eine relativ geringe Mindestleistung einen garantierten, kalkulierbaren Preis zu erhalten, fordert zur Produktion heraus, ermuntert zum Braugerstenanbau auch auf Böden, die sonst zur Produktion nicht herangezogen worden wären. Es kommt zu Angebotsmengen, die nicht absetzbar wären, würde die Mindestqualitäten der Markt bestimmen. Über den Bedarf wird nicht nur hinaus, sondern es wird auch an ihm vorbeiproduziert. Den bei Wettbewerb wirksamen Leistungszwang zu ersetzen, gelingt mit der Marktordnung nicht. Der infolge dieses unzureichenden Zwangs beschränkte Leistungswettbewerb wird die Versorgung der Braugerstenverarbeiter um so mehr beeinträchtigen, je stärker die Braugerstenerzeugung im Schutz der Marktordnungsinstrumente über den mengenmäßigen Bedarf hinaussteigt, ohne dabei den Bedarf qualitativ voll befriedigen zu können; denn um so eher sind Folgemaßnahmen in Form einstiger Interventionen zu erwarten.

Erinnert sei nur an die Importbehinderungen unter der ehemaligen Marktordnung, nämlich daran, daß Importe häufig nur auf ständiges Drängen der Verarbeiter hin zugelassen wurden; daß derartige Zulassungen in der Regel verspätet erfolgten; daß wegen regelmäßiger Überzeichnung der Kontingentmenge Repartierungen notwendig wurden; daß bei Ankündigung von Ausschreibungen die Auslandsgerste mit Preissteigerungen reagierte; daß das Ein-

(1) Zwischen 5 und 16 DM/t (vgl. S. 67).

fuhranrecht mit der Abnahmeverpflichtung von Inlandsware gekoppelt wurde.

In diesem Zusammenhang ist es nicht ohne Reiz, die Vorschläge Schneiders (1) durchzugehen, die er für sinnvoll hält, wenn die Marktordnung eine Überschußsituation zu regulieren hat, und die sich angesichts der auf anderen Märkten geltenden Ordnungsprinzipien als "Katalog des Schreckens" lesen :

Gerade in Überschußländern könne die Marktordnung "unter keinen Umständen wegfallen, da ihre Aufgabe, unter Ausgleich der Interessen von Anbietern und Nachfragern der Ernährungssicherung (sprich : der Versorgung. Anm.d.Verf.) zu dienen" (2), bestehen bliebe. Die Antwort, wie sich dieser Interessenausgleich vollzieht oder vollziehen kann, bleibt Schneider schuldig (3). Desgleichen warum bei Überversorgung die Versorgung noch mehr zu sichern ist. Offenbar scheint er der Vorstellung nachzugehen, die "Ernährung" sei um so "gesicherter", je voller die staatlichen Interventionslager sind. Gleichwohl gibt er Anregungen, wie man der Überschußsituation begegnen könne : So müsse man auf eine Erweiterung der Nachfrage hinwirken (auf unseren Fall übertragen, hieße das : staatliche Förderung des Bierkonsums mittels Werbung und Subventionsgroschen je Glas Bier); so könne man sozialpolitische Maßnahmen anwenden (und er verweist auf die Schulmilchspeisung und "verbilligte Einkaufsscheine für Minderbemittelte"; eine Übertragung wird man sich versagen dürfen); so ließe sich die Ausfuhr durch ein Exportprämiensystem fördern (also Bierpreis-dumping in Drittländern); und schließlich könne man, wenn die Maßnahmen zur Nachfrageerweiterung nicht ausreichen, Eingriffe in die Produktion vornehmen (z. B. Anbaubeschränkungen für Braugerste, um nur einen von Schneiders Vorschlägen zu nennen) (4).

Art, Umfang und Begründung dieses Katalogs sprechen für sich selbst. Sie sprechen aber auch dafür (und deshalb dieses Beispiel), wie leicht es zu derartigen Interventionen kommen kann, wenn sie teilweise schon in der Literatur als für eine Überschußsituation selbstverständliche Maßnahmen hingestellt und vertreten werden. Werden sie angewandt, wird die so bereicherte Marktordnung die optimale Braugerstenversorgung noch weniger sichern.

-
- (1) W. Schneider, Die Marktordnung als Grundlage der Agrarpolitik. (Dissertation aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Hochschule München in Weihenstephan). München-Bonn-Wien 1959, S. 52 f.
 - (2) Ebenda.
 - (3) Wie sich dieser Interessenausgleich durch die Marktordnung tatsächlich vollzieht, dazu s. das folgende Kapitel.
 - (4) Alle Beispiele bei W. Schneider, a. a. O., S. 53.

4. Mangelhafter Interessenausgleich beeinträchtigt die wirtschaftliche Sicherheit und Handlungsfreiheit der Braugerstenverarbeiter

Die Marktordnung samt Sonderregelung für Braugerste entzieht die Erzeuger, so läßt sich zeigen, weitgehend dem wirtschaftlichen Risiko, nimmt sie dadurch vom Leistungszwang aus und verhindert die bestmögliche Versorgung der Verarbeiter. Zugleich setzt sie die Verarbeiter auf ihren Absatzmärkten einem erheblichen Risiko aus und schafft Wettbewerbsverzerrungen. Das gilt vor allem für die deutschen Brauereien, die infolge Gerstenpreissetzung und Zollabbau einem höheren Risiko und einem stärkeren Leistungszwang ausgesetzt sind als ihre Konkurrenten aus den übrigen EWG-Ländern, die durch Preissetzung und Zollabbau begünstigt werden, also einem schwächeren Leistungszwang unterliegen.

Offensichtlich benachteiligt die Marktordnung die Verarbeiter-Interessen zugunsten der Erzeuger-Interessen. bewirkt mithin keinen Interessenausgleich. Das aber sollte ihre Aufgabe sein :

"Da immer damit gerechnet werden muß, daß sich Einzelinteressen (auch Gruppeninteressen, Anm.d. Verf.) zu Lasten der Partner- und Sozialinteressen durchsetzen, ist die Kontrolle der Einzelinteressen und der Interessenausgleich ordnungspolitisches Problem auch der Marktverfassung." (1)

Dem Artikel 39 in Verbindung mit Artikel 40 des Romvertrages ist andeutungsweise zu entnehmen, daß auch die landwirtschaftliche EWG-Marktordnung auf einen solchen Ausgleich hinwirken, also nicht allein die landwirtschaftlichen Interessen (Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens) zum Inhalt haben soll :

"Ziel der gemeinsamen Agrarpolitik ist es, ... d) die Versorgung sicherzustellen; e) für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen." (2)

Und : Bei den agrarpolitischen Methoden sei u.a. die Tatsache zu berücksichtigen, "daß die Landwirtschaft ... einen mit der gesamten Volkswirtschaft eng verflochtenen Wirtschaftsbereich darstellt." (3)

- (1) G. Gutmann, H. -J. Hochsträte und R. Schlüter, a. a. O., S. 55/56. Zur Bedeutung der Interessenkontrolle s. insbesondere auch K. P. Hensel. Marktordnung, HdSW, a. a. O., S. 161 ff.
- (2) Art. 39, Abs. 1 EWG-V.
- (3) Art. 29 Abs. 2 EWG-V.

Das scheint zu heißen : Die Marktordnung soll die Tatsache der Interdependenz allen wirtschaftlichen Geschehens nicht außer acht lassen, also auch nicht die Wirkungen der Marktordnung auf dem Malz- und Biermarkt. Oder anders : Nur um ihrer positiven Wirkung auf dem Braugerstenmarkt willen darf sie nicht zu negativen Wirkungen auf dem Malz- und Biermarkt führen.

Wie sich zeigen ließ, liegen solche Wirkungen dennoch vor. Man denke an die billigen Bierimporte aus einigen Mitgliedsländern, an die ungleichen Bedingungen auf den Bierexportmärkten oder an die mehr oder minder willkürliche Reportregelung. Insofern hat die Marktordnung jene "enge Verflochtenheit" augenscheinlich nicht hinreichend berücksichtigt, die Interessen zwischen Braugerstenerzeugern und Braugerstenverarbeitern nicht ausgeglichen.

Überdies ist der Interessenausgleich künftig noch mehr erschwert. Mit dem Beginn des gemeinsamen Agrarmarkts steht eine Überversorgung mit Braugerste bevor. Vor allem die Sonderregelung läßt befürchten, daß mit einer Reihe von Folgemaßnahmen die Braugerstenversorgung um einiges mehr beeinträchtigt wird, z. B. durch mengenmäßige Importbeschränkungen oder durch zusätzliche Verteuerung der Importe.

Wie wirkt sich der mangelhafte Interessenausgleich im einzelnen aus ? Derzeit ist er dafür verantwortlich, daß auf einem Teil ihrer Absatzmärkte die Leistungsfähigkeit der deutschen Verarbeiter vermindert und ihr Absatzrisiko erhöht wurde; künftig wird er dazu beitragen, daß die Verarbeiter mit zusätzlichen Interventionen rechnen müssen, die das Risiko bei der Rohstoffbeschaffung erhöhen werden. In beiden Fällen beeinträchtigt der mangelhafte Interessenausgleich die wirtschaftliche Sicherheit der Verarbeiter. Der beeinträchtigten wirtschaftlichen Sicherheit hier steht eine einseitig erhöhte wirtschaftliche Sicherheit auf der Erzeugerseite gegenüber.

Hinzukommt dies : Wenn künftig infolge der Überschußsituation die Drittländerimporte zugunsten der EWG-Erzeugung verteuert, kontingentiert oder verhindert werden, wenn gleichzeitig Interventionen auf dem Binnenmarkt die Lage "stabilisieren" sollen, wird es dem Verarbeiter erschwert oder unmöglich gemacht, frei über den für ihn vorteilhaftesten Rohstoffbezug zu disponieren und infolge der ständig drohend bevorstehenden Neuinterventionen längerfristige Wirtschaftspläne aufzustellen. Beides engt seine wirtschaftliche Handlungsfreiheit ein.

Die Handlungsfreiheit deutscher Brauereien ist in gewisser Weise auch derzeit beschränkt : Auf einem Teil ihrer Absatzmärkte sind sie preislich we-

niger leistungsfähig als ihre dortigen Konkurrenten. Da dieser Zustand kraft staatlicher Autorität herbeigeführt wurde, können sich die Brauereien von dieser geringeren Leistungsfähigkeit nicht aus eigener Kraft befreien, es sei denn, es gelänge ihnen, solche Leistungsvorteile herauszukehren, die die Wirkungen des Preisnachteils kompensieren könnten (1).

Mit einer beschränkten wirtschaftlichen Handlungsfreiheit aber wird zugleich ein Stück wirtschaftlicher Selbstbestimmung aufgegeben, also ein wirtschaftliches Freiheitsrecht beeinträchtigt. Und das rührt schließlich an die Frage, inwieweit die Marktordnung jene Ziele berücksichtigt, die sich aus der allgemeinen Sozial- und Wirtschaftsordnung als "höhere" (Hoppmann) (2) Ziele ergeben, eine Frage allerdings, die sich hier nicht entscheiden läßt, da sie eine ganze Reihe auch wohlfahrtstheoretischer Überlegungen voraussetzte. Gerade im Hinblick auf die mögliche Transformationsgefahr der Marktordnung in der kommenden Zeit sollte dieser Aspekt nicht übersehen werden.

5. Zusammenfassung und Ergebnis

Für den Braugerstenmarkt (vor allem für den künftig gemeinsamen der EWG) läßt sich zeigen :

- 1) Die Marktordnung fördert nicht den Leistungswettbewerb, sondern beschränkt ihn. Sie führt zur Überproduktion, einer Gefahr, die bereits aktuell ist. Sie beeinträchtigt die Anpassung der Erzeugung an den Bedarf. Sie verhindert mit all dem die bestmögliche Versorgung der Braugerstenverarbeiter.
 - 2) Die Marktordnung bewältigt nicht den Ausgleich der Interessen : Ein höheres Maß wirtschaftlicher Sicherheit für die Interessengruppen
-
- (1) Das scheint bis jetzt (1965) gelungen zu sein. Immerhin sind die Exporte gerade in EWG-Länder seit 1956 ohne Unterbrechung gestiegen (s. Tabelle 30). Dagegen verliefen die Drittländerexporte uneinheitlicher (vgl. ebenda).
 - (2) E. Hoppmann. Wettbewerbspolitik und Exportkartelle. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Hrsg. von F. Lütge und E. Preiser. Bd. 173. H. 4. Sept. 1961, S. 345. - Hoppmann nennt "größtmögliche volkswirtschaftliche Güterversorgung", "wirtschaftliche Freiheit" und "wirtschaftliche Gerechtigkeit". - Überdies ließe sich auch an den Grundsatz der allgemeinen Gleichberechtigung denken.

pe "Landwirtschaft" bedeutet ein geringeres Maß wirtschaftlicher Sicherheit und wirtschaftlicher Handlungsfreiheit für die Interessengruppe "Malz- und Brauwirtschaft".

- 3) Der Marktordnung ist der Hang zu ständig neuen Interventionen in das Marktgeschehen immanent. Ihr Ziel (Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens) ließe sich mit weniger nachteiligen Wirkungen auf den Wirtschaftsprozess und mit weniger aufwendigem Mittelapparat realisieren (1).

Die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik ist es, "jene Ordnung des Marktverkehrs zu realisieren, welche es erlaubt, daß die Märkte ihre ... gesamtwirtschaftlichen Funktionen in zureichendem Maße zu erfüllen vermögen." (2) Diese Aufgabe, das Ordnungsproblem, löst die Marktordnung, weil sie sich vorwiegend prozeßpolitischer Mittel bedient, nicht überzeugend.

Wie am Beispiel des Braugerstenmarktes zu sehen ist, sind prozeßpolitische Mittel als Dauerlösung ökonomisch nicht brauchbar. Sie beeinträchtigen, indem sie auf andere Märkte übergreifen, die Wettbewerbsordnung der Nicht-Ausnahmebereiche und behindern dort einen reibungslosen Wirtschaftsablauf.

Überdies wird mit derartigen Mitteln die Wirtschaft anderer Länder beeinflusst: Die Einfuhren von Braugerste und Malz aus Drittländern sind in ihrer Bedeutung zusehends zurückgegangen. Ob aber dieser Wechsel die internationale Arbeitsteilung erhöht hat, ist nicht gewiß. Das hängt davon ab, inwieweit die Handelsverlagerung mit ihren negativen Wirkungen von einer gleichzeitigen Handelsausweitung mit ihren positiven Wirkungen kompensiert und überkompensiert wird (3).

Immerhin hat die Handelsverlagerung die Versorgungsmöglichkeiten der Braugerstenverarbeiter bestimmter Gebiete beeinträchtigt: Wenn die

- (1) Im übrigen ist es mehr als fraglich, ob sich das Einkommen der Landwirtschaft durch Preisstützungen wirksam und nachhaltig steigern läßt. Dazu s. H. Drinkuth, Interventionen als Ursache von Interventionen, Dargestellt an Agrarmarktregulierungen, Diss. Marburg 1960, S. 150 ff. und H. Stamer, Die Politik der Agrarpreisstützung, Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Kiel, Heft 30 (1961), Kiel 1961, S. 54 ff.
- (2) G. Gutmann, H. -J. Hochstrate und R. Schlüter, a. a. O., S. 56/57.
- (3) Vgl. A. Kruse, Außenwirtschaft, Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, Berlin 1958, S. 353.

norddeutschen Verarbeiter (vor allem in Schleswig-Holstein) dänische Braugerste bevorzugen, weil ihre Standortlage zu diesem Lieferland relativ günstig, der Bezug dänischer Braugerste also ökonomisch günstig und sinnvoll ist, jetzt aber preislich behindert werden, diese Importmöglichkeit voll wahrzunehmen, dann verliert nicht nur die Landwirtschaft Dänemarks ein natürliches Absatzgebiet, sondern auch die norddeutsche Malz- und Brauwirtschaft einen ökonomischen Standortvorteil.

Alle diese Erscheinungen zeigen, wie wenig die EWG-Markordnung eine für den Braugerstenmarkt ökonomisch zweckmäßige Ordnung ist.

Diese Feststellung läßt sich erweitern : Der Braugerstenmarkt ist mit anderen landwirtschaftlichen Märkten grundsätzlich vergleichbar. Die "Marktordnungen" dieser Märkte sind gleich oder ähnlich. Darum ist der Schluß zulässig, daß auf ihnen entsprechende Wirkungen auftreten können oder müssen.

Doch ist die Bedeutung dieser Wirkungen hier größer : Malz- und Brauwirtschaft sind nur ein relativ kleiner Bereich innerhalb der gesamten Ernährungsgüterwirtschaft. In deren übrigen Zweigen aber werden (wegen der relativ preisunelastischen Nachfrage vor allem nach Grundnahrungsmitteln) nicht nur die Verarbeiter, sondern auch und gerade die Masse der Verbraucher von den Marktordnungswirkungen betroffen. Darum besteht die Gefahr, daß die Interessen einer Mehrheit (Verbraucher) den Interessen einer Minderheit (landwirtschaftliche Erzeuger) weiterhin geopfert werden. Insofern tragen die landwirtschaftlichen Marktordnungen in der EWG kaum zu einer allgemeinen Wohlstandserhöhung bei.

IX. MÖGLICHE NEUORIENTIERUNG

1. Anstelle manipulierter Preise offene, zeitlich befristete Anpassungssubventionen : Verzicht auf Ausnahmeregelung

Alle nachteiligen Wirkungen der Marktordnung lassen sich unschwer auf einen einzigen Umstand zurückführen : Die landwirtschaftliche Marktordnung richtet sich nicht nach dem für die allgemeine Wirtschaftsordnung grundlegenden Ordnungsprinzip, dem der Wettbewerbspreisbildung, sondern ist eine Ausnahmeregelung, d.h. von diesem Prinzip bewußt ausgenommen.

Danach wäre, wollte man die nachteiligen Wirkungen der Ausnahmeregelung vermeiden, eine Neuorientierung der Marktordnungspolitik ökonomisch kein Problem. Denn in Anbetracht dieses einzigen Umstands liegt es nahe, die Ausnahmeregelung kurzerhand durch eine Wettbewerbsregelung zu ersetzen (1) und das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft statt indirekt über manipulierte Preise direkt mit Hilfe offener Subventionen zu erhöhen, eine Anregung, die unlängst von neuem vorgetragen und begründet wurde (2).

Es steht außer Zweifel, daß Subventionen den gleichen Zweck erfüllen können, unter Umständen sogar wirksamer, da man sie gezielter einsetzen kann, und daß damit die staatliche Preisgarantie entbehrlich wird.

Allerdings wären derartige Subventionen nicht als Erhaltungs-, sondern als Anpassungshilfe zu deklarieren, müßten also schrittweise und nach einem im voraus festgelegten Plan konsequent abgebaut werden, um den Zwang zur Anpassung und Umstellung allmählich wirksam werden zu lassen.

Daneben, das versteht sich, ist die Strukturpolitik weiterzuführen und zu

-
- (1) Allerdings : Inwieweit sich das derzeit ökonomisch sinnvoll durchführen läßt, ist eine andere Frage. Wollte man in der EWG sich den Getreidepreis frei bilden lassen, hieße das, eine Preisbildung auf dem Weltmarktpreisniveau vornehmen. Daß aber auch der Weltmarktpreis dem potentiellen Wettbewerbspreis kaum entspricht, also ebenfalls ein manipulierter Preis ist, daran wurde schon erinnert (vgl. S. 135, Fußnote 1). Wäre ein solcher Preis als ökonomischer Maßstab überhaupt brauchbar ?
- (2) Vgl. G. Gutmann, H. -J. Hochstrate und R. Schlüter, a. a. O., S. 213 ff.

intensivieren (1). Einkommenswirksame Senkungen der Erzeugungskosten infolge der Maßnahmen zur Produktivitätsverbesserung müssen mit dem Abbau der Subventionen entsprechend einhergehen. Nur so können die beabsichtigten Einkommenssteigerungen nachhaltig sein (2).

Auch dürfte die Verteilung offener Zuwendungen mit Sicherheit weniger aufwendig sein als ein System ständiger Marktinterventionen mit allen seinen Begleiterscheinungen. Wie unser Beispiel erneut bestätigt, drängen Marktinterventionen regelmäßig zu weiteren Interventionen, zu Folgemaßnahmen, zu weitergehender Kontrolle der Marktvariablen, zu jenem Anschwellen des Regulierungsapparats, zur Untergrabung des angestrebten Wirtschaftssystems und Störungen auch auf Märkten, die einer derartigen Ausnahmeregelung nicht unterliegen.

Eine Subventionierung dagegen, die, um soziale Härten zu vermeiden, Umstellung und Anpassung erleichtert, wirkt nicht in dieser fatalen Weise systemzerstörend, beeinflusst den Marktablauf nicht unmittelbar und verhindert nicht die Bildung von Knappheitspreisen, sondern macht den Preis wieder zu dem, was seine ökonomische Aufgabe ist ; zum wesentlichen und rationellen Instrument einer sich am ökonomischen Prinzip orientierenden Wirtschaftslenkung.

2. Zusätzliche Ordnungsmaßnahmen

Die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbsordnung kann durch ergänzende Maßnahmen, die speziell auf den Braugerstenmarkt abgestellt sind, gefördert werden. Dabei empfiehlt es sich, daß sie die Marktbeteiligten in den Einzelheiten selbst aushandeln. Private Selbsthilfe ist dem staatlichen Befehl vorzuziehen. Es müßte also genügen, wenn der Staat den

-
- (1) Zu den Möglichkeiten vgl. u. a. H. Stamer, Agrarpreisstützung als Mittel der Einkommenspolitik, a. a. O., S. 132-138.
 - (2) Die in Artikel 39 EWG-V formulierten agrarpolitischen Ziele verlangen sogar ausschließlich nach Strukturpolitik. Dort heißt es : Es sei durch Förderung des technischen Fortschritts, durch Rationalisierung und durch bestmöglichen Faktoreinsatz die Produktivität zu steigern (Abs. 1, Buchst. a) und "a u f d i e s e W e i s e " das Pro-Kopf-Einkommen zu erhöhen (Abs. 1, Buchst. b; Sperrung vom Verf.), also nicht durch direkte Preispolitik, sondern durch strukturpolitische Maßnahmen.

Anstoß gibt und die Beteiligten dazu anhält, diese Maßnahmen durchzuführen, im übrigen sich aber darauf beschränkt, seinen Rechtsschutz zu leihen und die Wettbewerbsordnung zu garantieren.

Beispielsweise und immer vorausgesetzt, daß eine entsprechende Strukturpolitik diese Maßnahmen sinnvoll unterstützt, ließe sich daran denken, eine Reihe von Qualitätsklassen zu schaffen, die innerhalb der EWG einheitlich sind.

Dabei könnte man an die Gedanken Morsinks (1) anknüpfen, der als Ansatz für eine diesbezügliche Diskussion fünf Standards vorschlägt, Standards, die die Höhe der Extraktausbeute zum Maßstab nehmen. Für jeden einzelnen Standard wird sich dann ein eigener Markt und ein eigener Preis bilden. So wird sich auch bald herausstellen, welchen Standard die Käufer im allgemeinen bevorzugen; so werden die Erzeuger eindeutige Anhaltspunkte für ihr Produktionspläne erhalten. Im ganzen gewinnt der Markt an Übersichtlichkeit, die durch eine regelmäßige und eingehende Berichterstattung über Preise und abgesetzte Mengen bei den einzelnen Standards zu erweitern wäre.

Anstelle einer Reihe von Standards wäre auch ein einheitliches Punktsystem denkbar. Der Bewertungsschlüssel für das Richtverfahren der Brauerstengemeinschaft im Bundesgebiet (2) gibt der Art nach bereits ein Beispiel dafür. Auch ließen sich Standard- und Punktsystem miteinander verbinden. Dabei braucht es sich keineswegs nur um eine Braugerstenklassifizierung zu handeln. Am sinnvollsten wäre eine allgemeine Gerstenklassifizierung. Welche Gerste braufähig ist, ergibt sich dann ohne Schwierigkeit aus Höhe der Punktzahl oder Standardbezeichnung.

Eine weitere Erhöhung der Markttransparenz und weitere Leistungsanreize könnten, wie es in der Bundesrepublik bislang schon geübt wurde, von Braugerstenwettbewerben und Verkaufsmusterschauen ausgehen (3). Beide fördern das Qualitätsstreben der Erzeuger und ihre Ausrichtung nach dem Bedarf.

Vereinheitlichte Handelsbedingungen können diese Ordnungsmaßnahmen ergänzen. Zu denken wäre z.B. an einheitliche Braugerstenaufnahmebe-

-
- (1) G.H.Morsink, Markt- und Qualitätsprobleme der Braugerste in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Brauwelt (1961) Nr. 6/7, S. 94 f.
 - (2) Vgl. E.Ulonska, Die Braugerste, Qualitätsforderungen für Anbau und Absatz, a. a. O., S. 49 ff.
 - (3) Einige Förderziele der Brauerstengemeinschaft, Vgl. ebenda, S. 28 ff.

dingungen und einheitliche Schlußscheine (1). Auch Anbauverträge zwischen Nachfrager und Erzeuger sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Den Abschluß solcher Verträge zu fördern wäre insofern sinnvoll, weil sie das vom Erzeuger gefürchtete Marktrisiko einschränken können, ohne den Leistungswettbewerb zu behindern. Schließlich sei nicht vergessen, an die Bildung von freiwilligen Erzeugergemeinschaften zu erinnern. Der Anbau von einheitlichen Sorten und die größeren Partien (vgl. S. 24) erhöhen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit.

3. Mögliche Ordnung, falls der Verzicht auf Ausnahmeregelung politisch nicht durchsetzbar ist

Sicher wäre die Ordnung durch Wettbewerb die sinnvollste Lösung.

Allerdings würde sie den allgemeinen Verzicht der Landwirtschaft auf die bisherige Ausnahmeregelung voraussetzen. Und da diese Regelung über Jahrzehnte bestanden hat, wird man die Abkehr von ihr als zu drastisch und darum als unzumutbar empfinden. Insofern wird die staatliche Führung, da ihre Willensbildung in aller Regel weniger durch ökonomische als durch politische Rücksichten beeinflusst wird, zu einer solchen Abkehr nicht ohne weiteres bereit sein.

Gewiß kann und soll die Ablösung der staatlich gesetzten Preise, will man Übergangsstörungen und damit politische Widerstände vermeiden, nicht von einem Tag zum anderen erfolgen. Auch hier wäre schrittweise zu verfahren. Beispielsweise durch eine jährliche Senkung der Grundrichtpreise um einen bestimmten Betrag, durch eine Änderung der Reportregelung, durch eine allmähliche Senkung der Zuschläge bei der Intervention für Besserbeschaffenheit und Erhöhung der Abschläge für Minderbeschaffenheit bis zu deren Aufgabe, durch Anhebung zu niedriger Standards an die von den Verbrauchern gewünschten Mindestqualitäten, durch Beseitigung der Ausgleichskoeffizienten gegenüber dem Weltmarkt u. a. m., Maßnahmen, die zu Beginn des vorzusehenden Anpassungszeitraums bekanntgegeben werden sollten, damit sich die Erzeuger rechtzeitig auf die neuen Bedingungen einstellen und umstellen können.

(1) Schlußscheine sind die im Getreidegeschäft abgeschlossenen Kaufkontrakte.

Sollte sich aber der Verzicht auf Ausnahmeregelung **n i c h t** durchsetzen lassen, wäre die Ausnahmeregelung so zu gestalten, daß die damit verbundene Beschränkung des Leistungswettbewerbs minimal bleibt und daß sich die Erzeugung ausschließlich am Bedarf orientiert, wie es unter Wettbewerbsbedingungen der Fall wäre.

Für den Braugerstenmarkt bedeutet das Verzicht auf Sonderregelung spätestens ab Beginn des gemeinsamen Agrarmarkts. Das Warum wurde eingehend erörtert. Damit entfielen vor allem der jetzige Interventionsstandard für Braugerste, und der Zwang zur Leistung und Leistungssteigerung würde zugunsten einer bedarfsgerechten Versorgung wesentlich wirksamer.

Gleichzeitig wäre der Standard für Futtergerste auf den am Weltmarkt gehandelten Standard anzuheben, nicht nur der deutsche, sondern auch der EWG-Standard. Das hieße auf die Ausgleichskoeffizienten bei der cif-Preis-Berechnung verzichten. Und daß der Schwellenpreis nicht auch während der Zeit des gemeinsamen Agrarmarkts um einen Pauschbetrag aufgestockt wird, versteht sich ebenfalls. So käme man immerhin jenem Leistungszwang näher, der wirksam wäre, bestünde die Ausnahmeregelung nicht. Erzeuger von Futter- und Braugerste, die diesem Zwang auf die Dauer nicht gewachsen sind, müssen ihre Produktion zwar einstellen und umstellen, aber für den leistungsfähigen Erzeuger sind die Absatzmöglichkeiten mehr denn je gesichert. Die Gefahr einer Überproduktion wird wesentlich eingeschränkt.

Sie wird weiter eingeschränkt, wenn es gelänge, den gemeinsamen Getreidepreis (und damit auch den für Gerste) statt auf das bisher vorgesehene Niveau auf das französische Niveau von 1962 festzusetzen. Damit entfielen der für die Erschließung der französischen Produktionsreserven wesentliche Anreiz und die gerade durch ihn drohenden Überschüsse. Zwar wäre diese Senkung mit verstärkten Ausgleichszahlungen verbunden, doch wäre es sinnvoller, sich mit höheren (offenen) Subventionen abzufinden, als die Folgen von Überproduktion auf sich zu nehmen. Die Höhe der Ausgleichszahlungen läßt sich abschätzen, die Folgen der Überproduktion, zumal in ihren finanziellen Auswirkungen für den öffentlichen Haushalt, sind weniger überschaubar.

Wichtig ist schließlich auch die Reportregelung. Sie sollte, das versteht sich, innerhalb der EWG einheitlich sein. Doch ist die Beibehaltung von Reports problematisch. Und die Meinungen über Anzahl und Höhe der Reports gehen weit auseinander (1).

(1) Vgl. S. 129

Deklariert man die Reports offiziell weiterhin als Ausgleich für die Lagerkosten, dann ist nicht einzusehen, warum sie den tatsächlichen (durchschnittlichen) Lagerkosten nicht entsprechen sollen. Insofern wäre es konsequent, sie für j e d e n Monat des Wirtschaftsjahrs und in g l e i c h b l e i b e n d e r Höhe dem Grundrichtpreis zuzuschlagen. So könnten sich jene Spekulationsmöglichkeiten von Handel und Genossenschaften (1) unterbinden lassen; die gleichmäßige Versorgung während des Wirtschaftsjahrs bliebe unbeeinträchtigt.

Aber: In den preislichen Genuß dieser Reports kämen weniger die Erzeuger - ihnen fehlt es in aller Regel an Lagerungsmöglichkeiten - als vielmehr Handel und Genossenschaften. Für beide Gruppen sind derartige Reports staatliche Preisgarantien für einen Teil ihrer wirtschaftlichen Leistung. Sie vermindern damit den Leistungszwang auf der Handelsstufe (2). Insofern erscheint eine solche Reportregelung wenig gerechtfertigt.

Nimmt man dagegen die Reports als das, was sie tatsächlich sind, nämlich als zusätzliches Instrument zur Marktbeeinflussung, dann ist es müßig, Höhe und Zahl der Reports an die tatsächlichen Lagerkosten zu binden, dann sind diejenigen Reports zu wählen, die "Massensubventionen namentlich in der Erntezeit verhindern" (3). Allerdings blieben die negativen Wirkungen (Spekulation !) bestehen.

Will man aber dennoch an den Reports festhalten, wäre der Vorschlag überlegenswert, sie lediglich im Schwellenpreis (also nicht im Interventionspreis) erscheinen zu lassen (4). Auf diese Weise hätte der Marktpreis für Inlandsgerste hinreichend Gelegenheit, um die Lagerkosten zu steigern, ohne daß dem Handel der Ersatz dieser Kosten staatlich garantiert wäre. Die Lagerkosten auf der Handelsstufe stünden insofern unter einem Wettbewerbsdruck, der zur Zeit nicht gegeben ist.

So weit die wesentlichen Möglichkeiten, die nachteiligen Wirkungen

(1) Vgl. S. 129

(2) Das gilt insbesondere dann, wenn die Reports in ihrer Höhe über die tatsächlichen (durchschnittlichen) Lagerkosten hinausgehen. "Die Kosten der Braugerstenlagerung ... dürften ... 2, 50 DM/t eher unter- als überschreiten." ("Zur Problematik der Gerstenreports". Tfb (1966) Nr. 53, S. 311).

(3) Ebenda, S. 312.

(4) Vgl. "Zur Problematik der Gerstenreports". Tfb (1966) Nr. 53, S. 312.

der Marktordnung zu begrenzen ! Eine Neuorientierung der Marktordnungspolitik ist nicht unmöglich und nach den verfolgten Zielen nicht unzumutbar, besonders dann nicht, wenn sie den Satz Herlemanns (1) beherzigen würde :

"Die Aufgaben und Methoden einer recht verstandenen landwirtschaftlichen Marktordnung unterscheiden sich in ihren Grundsätzen nicht von denjenigen anderer Wirtschaftsbereiche, d.h. im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft ist 'Landwirtschaftliche Marktordnung' letztlich identisch mit Wettbewerbsordnung auf den Agrarmärkten. "

(1) H.H.Herlemann. Landwirtschaftliche Marktordnung. HdSW. Band 6. Stuttgart-Rübingen-Göttingen 1959, S. 498.

A N H A N G

=====

TABELLE 1

SOMMERGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE JÄHRLICHEN ANBAUFLÄCHEN NACH
BUNDESLÄNDERN VON 1952 BIS 1964 (in 1000 ha)

Bundesländer	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bayern	293,8	326,8	339,3	321,5	348,1	343,5	334,2
Baden-Württ.	125,6	136,0	160,7	146,4	171,9	149,5	146,4
Rheinl.-Pfalz	55,2	65,7	54,8	63,7	77,0	77,4	62,3
Niedersachsen	13,2	20,5	38,1	29,2	28,5	28,3	38,5
Schl.-Holstein	12,1	16,5	13,2	19,6	17,8	24,3	40,2
Hessen	22,6	26,1	32,8	28,0	32,0	34,8	29,0
Nrh.-Westfalen	15,4	20,6	29,9	28,8	41,8	34,3	25,5
Saarland	.	.	.	.	7,3	3,3	3,1
Hamburg	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,2	0,4
Bremen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Bundesrepublik	538,3	612,4	669,1	637,5	724,6	695,7	679,7

Fortsetzung Tabelle 1

Bundesländer	1959	1960	1961	1962	1963	1964 ¹	Ø 1961-64 ²
Bayern	347,2	363,3	368,5	389,0	371,9	369,1	374,6
Baden-Württ.	149,1	143,2	145,9	177,6	148,1	145,3	154,2
Rheinl.-Pfalz	63,4	60,7	72,3	83,7	74,0	71,9	75,5
Niedersachsen	44,4	44,3	74,6	81,7	90,6	99,0	86,5
Schl.-Holstein	46,9	43,3	54,8	40,5	48,2	50,4	48,5
Hessen	30,4	30,3	42,5	60,6	47,9	48,3	49,8
Nrh.-Westfalen	27,6	27,9	47,6	48,6	50,3	44,5	47,7
Saarland	2,9	3,0	3,3	5,0	4,4	4,4	4,3
Hamburg	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Bremen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Bundesrepublik	712,3	716,6	810,1	887,0	835,9	833,3	841,6

Quelle: StatJbBRD und StatBerDBB

¹ Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB² Eigene Rechnung

TABELLE 2

SOMMERGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE JÄHRLICHEN ERNTEMENGEN NACH
BUNDESLÄNDERN VON 1952 BIS 1964 (in 1000 t)

Bundesländer	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bayern	693,5	820,2	814,2	774,8	894,7	922,2	862,8
Baden-Württ.	265,5	300,5	432,3	339,7	414,2	391,7	373,5
Rheinl.-Pfalz	146,9	187,3	180,3	197,3	228,0	197,3	171,1
Niedersachsen	32,7	55,3	115,9	80,6	82,9	78,8	109,3
Schl.-Holstein	35,8	49,4	37,3	66,1	57,4	81,9	115,5
Hessen	52,7	69,7	88,3	78,6	95,2	94,7	76,9
Nrh.-Westfalen	36,9	53,9	76,6	82,2	108,1	100,9	74,2
Saarland	.	.	.	.	.	7,8	6,9
Hamburg	0,2	0,3	0,2	0,6	0,4	0,6	1,0
Bremen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Bundesrepublik	1264,4	1536,8	1745,6	1620,3	1881,2	1876,2	1791,5

Tabelle 2 (Fortsetzung)

Bundesländer	1959	1960	1961	1962	1963	1964 ¹	Ø 1961-64 ²
Bayern	965,2	1169,9	877,8	1246,3	1095,6	1166,0	1096,4
Baden-Württ.	413,1	409,7	326,8	599,4	414,8	483,0	456,0
Rheinl.-Pfalz	177,4	207,8	152,7	242,0	250,8	203,5	212,2
Niedersachsen	120,2	147,1	167,5	282,3	286,4	347,9	271,2
Schl.-Holstein	136,9	138,7	137,7	134,5	152,4	186,9	152,9
Hessen	87,5	96,2	92,8	204,8	153,8	154,7	151,5
Nrh.-Westfalen	77,6	89,7	100,3	159,0	162,6	146,0	141,9
Saarland	7,0	7,7	6,2	10,8	11,8	9,8	9,4
Hamburg	0,9	1,1	0,9	1,1	1,0	1,1	1,0
Bremen	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Bundesrepublik	1986,1	2268,0	1863,0	2880,4	2529,3	2699,2	2743,0

Quelle: StatJbBRD und StatBerDBB

¹ Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB² Eigene Rechnung

TABELLE 3

**SOMMERGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE JÄHRLICHEN HEKTARERTRÄGE NACH
BUNDESLÄNDERN VON 1950 BIS 1964 (in dz/ha)**

Bundesländer	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958
Bayern	22,1	24,0	23,6	25,1	24,0	24,1	25,7	26,9	25,8
Baden-Württ.	.	23,6	21,1	22,1	26,9	23,2	24,1	26,2	25,5
Rheinl.-Pfalz	27,8	31,1	26,6	28,5	32,9	31,0	29,6	25,5	27,5
Niedersachsen	23,6	25,4	24,8	26,9	30,4	27,6	29,1	27,8	28,4
Schl.-Holstein	24,6	27,2	29,5	29,9	28,2	33,7	32,2	33,7	28,7
Hessen	23,4	27,5	23,3	26,7	26,9	28,1	29,8	27,2	26,5
Nrh.-Westfalen	24,2	26,4	23,9	26,2	25,6	28,5	25,9	29,4	29,1
Saarland	.	.	.	.	.	.	21,5	23,6	22,5
Hamburg	20,5	22,6	24,5	25,4	21,8	29,3	26,8	27,9	26,5
Bremen	19,4	20,1	21,1	22,2	23,9	22,0	23,4	25,3	27,7
Bundesrepublik	22,9	25,0	23,5	25,1	26,1	25,4	26,2	26,9	26,3

Fortsetzung Tabelle 3

Bundesländer	1959	1960	1961	1962	1963	1964 ¹	Ø 1961-1964 ²
Bayern	27,8	32,2	23,8	32,0	29,5	31,6	29,2
Baden-Württ.	27,7	28,6	22,4	33,8	28,0	33,2	29,3
Rheinl.-Pfalz	28,0	34,2	21,1	28,9	33,9	28,3	28,0
Niedersachsen	27,1	33,2	22,5	34,5	31,6	35,2	30,9
Schl.-Holstein	29,2	32,0	25,1	33,2	31,6	37,1	31,7
Hessen	28,8	31,8	21,8	33,8	32,1	32,0	29,9
Nrh.-Westfalen	28,1	32,1	21,1	32,8	32,3	32,8	29,7
Saarland	24,5	25,8	19,1	21,7	26,7	22,3	22,4
Hamburg	22,9	27,5	24,0	36,3	28,2	31,7	30,0
Bremen	24,7	27,5	23,9	28,7	29,2	32,1	28,5
Bundesrepublik	27,8	31,6	23,0	32,5	30,3	32,4	29,5

Quelle: StatJbBRD und StatBerDBB

¹ Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB

² Einfaches arithmetisches Mittel (eigene Rechnung)

TABELLE 4

BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - IHR ANTEIL AN DER SOMMERGERSTENERNTE
UND AM BRAUGERSTENBEDARF DER BUNDESREPUBLIK VON 1950/51 BIS 1964/65 (in
v.H.)

Getreidewirtschaftsjahr	v.H. des Braugerstenbedarfs	v.H. der Sommergerstenernte
1950/51	93	40
1951/52	87	47
1952/53	62	36
1953/54	84	45
1954/55	85	42
1955/56	69	41
1956/57	71	41
1957/58	63	40
1958/59	59	41
1959/60	62	44
1960/61	78	52
1961/62	48	43
1962/63	74	46
1963/64	67	50
1964/65 ¹	66	52

Quelle: 5. StatBerDBB, Tab. 59, S. 78 und 6. StatBerDBB, Tab. 53, S. 84.
Ab 1963/64 lt. Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB. -
Bundesrepublik einschl. Westberlin und ohne Saarland. Ab 1959/60
einschl. Saarland.

Über Zustandekommen und Aussagefähigkeit dieser Zahlen vgl. im
übrigen U. PAULSEN. Die Braugerstenbilanz des Bundesgebietes.
DIE BRAUEREI (1959) Nr. 79/80, S. 645 ff.

¹ Vorläufige grobe Schätzung unter der Annahme eines Ausstoßzuwachses
von knapp 5 v.H. Berechnungen und Schätzungen des DBB auf Grund amtlicher
Statistiken.

TABELLE 5

BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE JÄHRLICHEN VERSORGBILANZEN VON 1950/51 BIS 1963/64 (in v.H.)

	50/51	51/52	52/53	53/54	54/55	55/56	56/57
BEDARF	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
AUFKOMMEN							
Inlands- erzeugung	93,1	86,6	61,5	84,1	85,3	68,9	70,5
aus der Einfuhr	2,5	6,7	32,2	8,6	10,9	25,6	22,9
als Einfuhrmalz ¹	4,4	6,7	6,3	7,3	3,8	5,5	6,6
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Tabelle 5 (Fortsetzung)

	57/58	58/59	59/60	60/61	61/62	62/63	63/64
BEDARF							
zur Bier- herstellung	.	.	97,4	97,4	96,4	96,1	97,3
für die Ausfuhr	.	.	0,1	0,0	0,0	0,0	-
für Exportmalz	.	.	2,5	2,6	3,6	3,9	2,7
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
AUFKOMMEN							
Inlands- erzeugung	63,3	59,3	61,5	78,0	48,4	74,4	67,4
aus der Einfuhr	28,6	34,7	29,2	12,5	41,7	17,1	23,7
als Einfuhrmalz ¹	8,1	6,0	9,3	9,5	9,9	8,5	8,9
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnet nach 5. StatBerDBB, Tab. 59, S. 78 und 6. StatBerDBB, Tab. 53, S. 84. - 1963/64 lt. Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB.

Bundesrepublik einschl. Westberlin und ohne Saarland. Ab 1959/60 einschl. Saarland.

Über Zustandekommen und Aussagefähigkeit der Zahlen vgl. U. PAULSEN. Die Braugerstenversorgungsbilanz des Bundesgebietes. DIE BRAUEREI. (1959) Nr. 79/80, S. 645 ff.

¹ Umgerechnet in Getreidewert.- Bis einschl. 1958/59 lediglich als Einfuhr-
ü b e r s c h u B im Malzaußenhandel ausgewiesen.

TABELLE 6

SOMMERGERSTE UND BRAUGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - IHR ANTEIL AN DER JÄHRLICHEN GETREIDERENTE IM BUNDESGBEIT VON 1950 BIS 1964 (in v.H.)

Kalenderjahr	Getreide		Sommergerste		Braugerste ²	
	1000 t	v.H.	1000 t	v.H.	1000 t	v.H.
1950	10 206	100,0	1 115	10,9	447	4,4
1951	11 175	100,0	1 262	11,3	592	5,3
1952	11 485	100,0	1 264	11,0	449	3,9
1953	11 951	100,0	1 537	12,9	687	5,7
1954	12 590	100,0	1 746	13,9	726	5,8
1955	12 482	100,0	1 620	13,0	608	5,3
1956	13 134	100,0	1 881	14,3	770	5,9
1957	13 485	100,0	1 868	13,8	756	5,6
1958	13 083	100,0	1 785	13,6	736	5,6
1959	14 406	100,0	1 930	13,8	871	6,0
1960	15 528	100,0	2 268	14,6	1 183	7,6
1961	12 411	100,0	1 863	15,0	795	6,4
1962	15 227	100,0	2 880	18,9	1 313	8,6
1963	15 431	100,0	2 523	16,4	1 273	8,2
1964 ¹	.	100,0	2 631	.	.	.

Quelle: StatJbBLM (1963) Tab. 120, S. 85 f. - 5. StatBerDBB, Tab. 59, S. 78 und 6. StatBerDBB, Tab 53, S. 84. - Prozentzahlen eigene Berechnung.

Bundesrepublik einschl. Westberlin und ohne Saarland. Ab 1959 einschl. Saarland.

¹ Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBL.

² Genau genommen gelten diese Zahlen für das jeweilige Getreidewirtschaftsjahr. Doch da die Ernte eines Kalenderjahres so gut wie innerhalb des zugehörigen Getreidewirtschaftsjahres verwertet zu werden pflegt, dürfte die Vergleichbarkeit kaum darunter leiden.

TABELLE 7

GETREIDE, SOMMERGERSTE, BRAUGERSTE, BRAUGERSTENBEDARF, BIERAUSSTOSS SOWIE
EINFUHR VON BRAUGERSTE UND MALZ - MENGENINDEXENTWICKLUNG IN DER BUNDESRE-
PUBLIK VON 1950 BIS 1964 (1950 = 100)

Jahr	Getreide	Sommer- gerste	Brau- gerste	Braugersten- bedarf	Bierausstoß	Einfuhr von Gerste u. Malz
1950	100	100	100	100	100	100
1951	109	113	132	142	132	111
1952	112	113	100	152	150	441
1953	117	138	154	170	168	281
1954	123	157	162	177	176	335
1955	122	145	149	202	199	.
1956	129	169	172	227	217	120
1957	132	167	169	249	250	101
1958	128	160	165	258	263	117
1959	141	178	195	295	284	155
1960	152	203	265	316	296	183
1961	122	167	178	342	320	157
1962	149	258	294	368	342	231
1963	151	227	285	394	365	190
1964	.	242	.	.	398	220

Quelle: Eigene Berechnungen nach dem Zahlenmaterial aus Tabelle 5 und 6. -
 5. StatBerDBB, Tab. 59, S. 78; 6. StatBerDBB, Tab. 53, S. 84 und
 Tab. 12, S. 35. sowie weitere Angaben der StatBerDBB.

Bundesrepublik einschl. Westberlin und ab 1959 einschl. Saarland.

Die Angaben für 1963 und 1964 stützen sich z.T. auf Mitteilungen
 der Statistischen Abteilung des DBB.

Die Werte der Spalten "Braugerste" und "Braugerstenbedarf" beziehen
 sich auf das dem jeweiligen Kalenderjahr zugehörige Getreidewirt-
 schaftsjahr. Die Phasenverschiebung ist beim Vergleich zu berück-
 sichtigen.

Malz wurde in Getreidewert umgerechnet (Schlüssel: 100 kg Gersten-
 malz = 133 kg Braugerste).

TABELLE 8

EINFUHR VON BRAUGERSTE IN DIE BUNDESREPUBLIK NACH HERKUNFTSLÄNDERN
VON 1956 BIS 1964 (in v.H.)

Herkunft	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Belgien	0,1	0,1	-	-	-	-	-	0,0	4,5
Frankreich	12,3	38,5	3,8	3,2	15,7	26,4	38,0	47,0	62,0
Niederlande	6,8	4,4	10,0	4,4	15,2	22,3	7,8	16,0	4,5
EWG-LÄNDER	19,2	43,0	13,8	7,6	30,8	48,8	45,7	63,0	71,0
Dänemark	46,0	30,6	58,5	40,6	17,5	7,2	8,4	8,6	14,8
Großbritannien	17,6	2,5	11,5	14,3	40,0	25,9	36,5	7,6	3,8
Austral. Bund	14,5	17,8	7,8	23,0	1,9	1,4	0,4	0,8	0,1
Polen	0,3	2,2	2,6	7,7	8,3	10,7	2,5	2,0	2,5
Tschechoslowakei	2,1	3,1	2,5	1,9	0,4	3,8	2,0	1,2	0,8
USA	-	0,5	2,0	4,4	1,0	-	-	0,4	-
Schweden	0,3	0,3	1,4	0,4	-	2,2	4,4	1,9	4,5
Sonstige ¹	0,0	-	-	0,1	-	-	0,1	14,4	2,6
DRITTLÄNDER	80,8	57,0	86,2	92,4	69,2	51,2	54,3	37,0	29,0
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: 4. StatBerDBB, Tab. 58, S. 44 und 6. StatBerDBB, Tab. 52, S. 83.-
 Zahlen für 1963 und 1964 nach Angaben der Statistischen Abteilung
 des DBB.

Bundesrepublik einschl. Westberlin und ab 6.7.1959 einschl. Saar-
 land.

¹ 1956: Südafrikanische Union
 1959: Kanada
 1962: Norwegen
 1963: SBZ einschl. Ostberlin
 1964: Jugoslawien, Argentinien, SBZ

TABELLE 9

EINFUHR VON MALZ IN DIE BUNDESREPUBLIK NACH HERKUNFTSLÄNDERN
VON 1956 BIS 1964 (in v.H.)

Herkunft	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Belgien/Luxembg.	41,0	39,9	25,8	28,1	28,8	29,6	34,5	37,9	36,3
Niederlande	6,4	5,3	6,2	5,5	3,9	3,9	4,3	0,1	0,0
Frankreich	1,8	-	-	7,3	25,0	24,7	16,6	16,9	26,3
Saarland	-	0,6	0,7	0,6	.	.	.	.	.
EWG-LÄNDER	49,2	45,8	32,7	41,6	57,7	58,2	55,4	54,9	62,6
Großbritannien	18,6	14,8	23,5	22,5	17,3	15,0	14,6	10,8	8,8
Tschechoslowakei	21,7	21,7	18,4	12,8	7,3	9,5	14,2	15,9	13,8
Dänemark	7,0	11,4	15,1	10,0	6,2	6,8	5,1	3,2	1,9
Österreich	2,2	4,5	5,6	3,7	1,4	2,2	2,1	0,4	0,3
Polen	1,3	0,9	3,4	3,2	1,5	3,4	1,7	8,0	6,3
SBZ/Ostberlin	-	-	-	1,4	0,6	3,1	3,1	5,9	4,7
Sonstige ¹	0,0	0,8	1,3	4,8	7,8	1,9	3,8	0,9	1,7
DRITTLÄNDER	50,8	54,2	67,3	58,4	42,3	41,8	44,6	45,1	37,4
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: 4. StatBerDBB, Tab. 63, S. 46 und 6. StatBerDBB, Tab. 57, S. 87.-
 Zahlen für 1963 und 1964 nach Angaben der Statistischen Abteilung
 des DBB.

Bundesrepublik einschl. Westberlin und ab 6.7.1959 einschl. Saar-
 land.

¹ Irland, Schweden, Ungarn; ab 1959 auch Kanada.

TABELLE 10

DATEN DES BRAUGERSTENMARKTES IN DER GEGENÜBERSTELLUNG - ANTEILE DER BUNDES-
 LÄNDER AN SOMMERGERSTENERNTE, BRAUGERSTENBEDARF, ZAHL DER BRAUSTATTEN,
 BIERAUSSTOSS UND ZAHL DER HANDELSMÄLZEREIEN (in v.H.)

Bundesland	Sommergerste ¹ Ø 1961-1964	Braugersten- ² bedarf	Brau- ³ stätten	Bierausstoß ⁴	Handels- ⁵ mälzereien
Bayern	44,1	29,0	70,3	29,0	48,8
Bad.-Würt.	18,3	14,1	14,1	14,1	21,2
Nieders.	10,7	5,5	1,8	5,5	2,3
Rhl.-Pfalz	8,5	5,8	2,1	5,8	11,7
Schl.-H.	6,2	0,8	0,3	0,8	1,2
Hessen	6,0	7,5	2,7	7,5	4,2
Nrh.-West.	5,7	27,2	6,9	27,2	8,8
Saarland	0,4	2,0	0,6	2,0	0,6
Hamburg	0,0	2,8	0,3	2,8	1,2
Bremen	0,0	2,1	0,3	2,1	.
Westberlin	.	3,1	0,6	3,1	.
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: s. Fußnoten

¹ Tabelle 2

² Berechnet nach dem Bierausstoß von 1964 (Schlüssel: 1 hl Bier = 25,9 kg Braugerste). Zu beachten ist, daß diese Zahlen nur in der Größenordnung zutreffen, da die Berechnung in allen Bundesländern einen gleichen Stammwürzegehalt bzw. gleiche Schüttungsmenge sowie gleiche Sudhaustechnik voraussetzt.

³ Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB. Die Angaben beziehen sich auf das Kalenderjahr 1963 und die gewerblichen Braustätten.

⁴ Gilt für 1964. - Mitteilung der Statistischen Abteilung des DBB.

⁵ Schreiben des DEUTSCHEN MÄLZERBUNDES E.V. vom 19.2.1965. - Stand vom Februar 1965. Hinzukommen noch etwa zwanzig nichtorganisierte Betriebe. Die amtliche Industriestatistik weist nur die industriellen Mälzereibetriebe aus (30.9.1961 = 142). - Angaben über die jeweiligen Mälzungs-kapazitäten waren nicht zu erhalten.

TABELLE 11

GETREIDEPREISRELATIONEN IN DER BUNDESREPUBLIK VON 1950/51 BIS 1962/63 -
ERZEUGER-DURCHSCHNITTSPREISE AUSGEWÄHLTER GETREIDEARTEN IM VERHÄLTNIS
(Futterhafer = 100)

Getreideart	Ø 1935-38	50/51	51/52	52/53	53/54	54/55	55/56	56/57
Futterhafer	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Futtergerste	98,8	102,3	100,3	106,0	112,1	109,1	109,8	111,2
Roggen	104,0	93,8	109,4	115,1	124,0	122,8	115,7	113,9
Weizen	118,4	107,5	118,5	119,6	130,2	132,5	122,8	121,4
Braugerste	119,0	115,6	118,8	123,6	127,7	137,4	126,1	127,8

Tabelle 11 (Fortsetzung)

Getreideart	57/58	58/59	59/60	60/61	61/62	62/63
Futterhafer	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Futtergerste	109,6	107,5	108,5	109,8	108,7	110,9
Roggen	118,3	111,2	109,7	107,4	108,7	108,4
Weizen	125,4	121,0	120,8	120,8	120,9	117,5
Braugerste	126,9	122,7	120,5	124,3	122,3	118,1

Quelle: Berechnet nach Angaben der StatJbBLM (verschiedene Jahrgänge).

TABELLE 12

MALZ IN DER BUNDESREPUBLIK - MENGENINDEX-ENTWICKLUNG VON BEDARF, PRODUKTION, EINFUHR UND AUSFUHR VON 1956 BIS 1962 (1956 = 100)

Jahr	Malzproduktion	Malzbedarf	Malzeinfuhr	Malzausfuhr
1956	100	100	100	100
1957	109	113	158	120
1958	117	119	132	361
1959	129	131	150	432
1960	132	143	212	569
1961	145	149	185	726
1962	155	158	196	858

Quelle: wie Tabelle 13

TABELLE 13

MALZ IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE JÄHRLICHEN VERSORGENSBILANZEN VON 1956 BIS 1962 (in v.H.)

	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
BEDARF							
zur Bierherstellung	99,3	99,3	99,1	97,9	97,4	96,8	96,5
für den Export	0,7	0,7	0,9	2,1	2,6	3,2	3,5
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
AUFKOMMEN							
Inlandsproduktion	92,8	89,9	92,0	91,8	89,0	91,0	91,1
aus der Einfuhr	7,2	10,1	8,0	8,2	11,0	9,0	8,9
S u m m e	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: Berechnet nach den StatBerDBB. - Bis 1957: 5. StatBerDBB, Tab. 62-64, S. 80-82 (die Angaben dort beruhen teilweise auf Schätzungen). Ab 1958: 6. StatBerDBB, Tab. 56-58, S. 86-88.

TABELLE 14

GERSTENPREISE IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE STAATLICHEN MINDEST- UND HÖCHST-
PREISE VON 1951/52 BIS 1961/62 (in DM/t)

GWJ	Futtergerste		Industriegerste		Braugerste	
	MP	HP	MP	HP	MP	HP
1951/52	355,00	375,00	375,00	395,00	415,00	435,00
1952/53	355,00	375,00	375,00	395,00	415,00	435,00
1953/54	350,00	390,00	375,00	400,00	410,00	440,00
1954/55	350,00	390,00	375,00	400,00	410,00	440,00
1955/56	350,00	390,00	375,00	400,00	410,00	440,00
1956/57	350,00	390,00	375,00	400,00	410,00	440,00
1957/58	350,00	390,00	375,00	400,00	420,00	450,00
1958/59	360,00	400,00	375,00	400,00	420,00	450,00
1959/60	360,00	400,00	375,00	400,00	420,00	450,00
1960/61						
Juli-Sept.	360,00	400,00	375,00	400,00	420,00	450,00
Oktober	"	"	"	"	424,50	"
November	"	"	"	"	429,00	"
Dezember	"	"	"	"	433,50	"
Jan.-Juli	"	"	"	"	438,00	"
1961/62						
Juli-Sept.	360,00	400,00	375,00	400,00	420,00	450,00
Oktober	"	"	"	"	424,50	"
November	"	"	"	"	429,00	"
Dezember	"	"	"	"	433,50	"
Januar-Juli	"	"	"	"	438,00	"

Quelle: Die jährlichen Getreidepreisgesetze, veröffentlicht im Bundesgesetzblatt Teil I, Ausgaben 1951 - 1962.

Ab einschl. 1952/53 sind die Preise "frei Übergabeort oder frei Verladestelle" definiert; 1951/52 "frei Erzeugerstation".

Abkürzungen: GWJ = Getreidewirtschaftsjahr

MP = Mindestpreis

HP = Höchstpreis

TABELLE 15

DER DEUTSCHE MALZZOLL (EINFUHRZOLL) VON 1930 BIS 1962

Gültig ab	Zollsatz	
	EWG-Länder	Drittländer
25. Okt. 1930	34,66 DM/dz	34,66 DM/dz
1. Juli 1951	12,00 DM/dz	12,00 DM/dz
15. Aug. 1951	11,00 DM/dz	11,00 DM/dz
1. Okt. 1951	20 v.H. des Wertes	20 v.H. des Wertes
1. Jan. 1954	20 v.H. des Wertes mind. 60 DM/dz ./. 70 v.H. des Wertes	20 v.H. des Wertes mind. 60 DM/dz ./. 70 v.H. des Wertes
1. Jan. 1955	dto.	dto.
1. Jan. 1958	20 v.H. des Wertes mind. 60 DM/dz ./. 67 v.H. des Wertes	20 v.H. des Wertes mind. 60 DM/dz ./. 67 v.H. des Wertes
1. Jan. 1959 ¹	18 v.H. des Wertes mind. 54 DM/dz ./. 63 v.H. des Wertes	20 v.H. des Wertes mind. 60 DM/dz ./. 67 v.H. des Wertes
1. Juli 1960	16 v.H. des Wertes mind. 48 DM/dz ./. 56 v.H. des Wertes	20 v.H. des Wertes mind. 60 DM/dz ./. 67 v.H. des Wertes
1. März 1961 ²	Malz unterliegt Abschöpfung	Malz unterliegt Abschöpfung
1. Jan. 1962 ³	14 v.H. des Wertes mind. 42 DM/dz ./. 49 v.H. des Wertes Malz unterliegt weiterhin Abschöpfung	20 v.H. des Wertes mind. 42 DM/dz ./. 43 v.H. des Wertes Malz unterliegt weiterhin Abschöpfung
30. Juli 1962	Abschöpfungssystem der EWG tritt in Kraft	Abschöpfungssystem der EWG tritt in Kraft

Quelle: s. die im Text der Arbeit angegebenen Hinweise

¹ Gleichzeitig wurde ein spezifischer Mindestzoll von 65 DM/dz eingeführt. Ab 17. Juli 1959 wurde er aber wieder aufgehoben.

² Der Zoll bleibt noch in Kraft und wird auf die Abschöpfung angerechnet.

³ Der Zoll wird auf die Abschöpfung angerechnet.

TABELLE 16

DAS PREISNIVEAU FÜR MALZ INLANDISCHER ERZEUGUNG IN DER BUNDESREPUBLIK
VON 1950/51 BIS 1964/65 (in DM/t)

Getreide- wirtschaftsjahr	niedrigster Preis	höchster Preis	Mittelwert
1950/51 ¹	640	660	650
1951/52	800	840	820
1952/53 ²	800	920	860
1953/54	760	800	780
1954/55	800	840	820
1955/56	790	820	805
1956/57	790	820	805
1957/58	785	825	807
1958/59	785	825	805
1959/60	780	815	800
1960/61	780	810	795
1961/62	780	810	795
1962/63	780	815	797
1963/64	780	805	792
1964/65	770	800	785

Quelle: Schreiben des Nordwestdeutschen Mälzerbundes e.V. (Bonn) vom 10. September 1965. - Die Preise gelten ab Mälzerei. Abweichungen in einzelnen Fällen nach oben oder unten sind nicht ausgeschlossen. In der Quelle sind die Zahlen in DM/dz angegeben.

¹ Später 780 bis 800 DM/t

² Später 800 bis 820 DM/t

TABELLE 17EINFUHREN VON MALZ IN DIE BUNDESREPUBLIK NACH MENGE UND WERT SOWIE DAS
PREISNIVEAU FÜR AUSLÄNDISCHES MALZ FREI DEUTSCHE GRENZE VON 1951 BIS 1963

Kalender- jahr	Menge in t	Wert in 1000 DM	Ø Preis ¹ DM/t	Ø Preis im Eigen- ² veredelungsverkehr
1951	14 151	8 500	601	.
1952	42 608	30 713	720	.
1953	49 325	28 976	587	.
1954	19 004	10 490	552	536
1955	37 046	21 879	591	534
1956	55 217	31 881	577	515
1957	87 185	50 707	582	529
1958	72 205	41 362	573	520
1959	79 014	45 449	575	522
1960	107 884	60 971	565	502
1961	100 082	54 447	544	489
1962	103 972	57 260	551	473
1963	114 554	62 175	543	467

Quelle: H. F. Collignon. Verschiedene maschinenschriftliche Manuskripte von 1952 bis 1964. Darunter: Bier und seine Rohstoffe. Statistische Aufzeichnungen. Bonn 1956, 1958, 1960, 1962 und 1964. - Die in der Quelle angegebenen Werte sind hier auf- oder abgerundet wiedergegeben. Im übrigen scheinen diese Zahlen nicht a l l e Malzeinfuhren zu umfassen, so zB nicht die Lieferungen aus der SBZ.

¹ Eigene Berechnung (Spalte 3 dividiert durch Spalte 2).

² Nach einem Schreiben Herrn Dr. Collignons vom 8. September 1965 spiegeln diese Angaben das tatsächliche Preisniveau frei Grenze eher und echter wieder, weil wegen der Zollfreiheit im Veredelungsverkehr kein Anlaß zu Manipulationen am Zollwert bestand. "Die Durchschnittspreise ... entsprechen zwar den Angaben in den Zollpapieren, sind jedoch infolge der Wirkung des Gleitzolls und der seinerzeit praktizierten Zweithandverzollung, d.h. Einbeziehung der Frachten, Handelsspannen und sonstigen Unkosten in den Zollwert in den meisten Fällen keine echten frei-Grenz-Preise, also für einen Zahlenvergleich über die Preisentwicklung nicht brauchbar."

TABELLE 18

DAS PREISNIVEAU FÜR AUSLÄNDISCHES MALZ UNVERZOLLT UND UNVERSTEUERT FREI
DEUTSCHE GRENZE ODER CIF NORDSEEHAFEN NACH HERKUNFTSLÄNDERN VON 1952 BIS
1963 (in DM/t)

Kalenderjahr	Belgien	Frankreich	Niederlande	Drittländer ¹
1952	734	800	749	650 - 807
1953	570	800	661	570 - 674
1954	542	568	550	547 - 579
1955	600	587	653	557 - 644
1956	579	543	657	543 - 671
1957	564	-	665	548 - 772
1958	563	-	645	514 - 628
1959	582	581	613	505 - 625
1960	575	565	615	472 - 628
1961	555	543	589	507 - 591
1962	573	566	614	496 - 623
1963	607	580	625	420 - 580

Quelle: Wie Tabelle 17. - Zur Aussagefähigkeit der Angaben s. Fußnote 2
zu Tabelle 17.

¹ Höchster und niedrigster Durchschnittspreis

TABELLE 19

DAS PREISNIVEAU FÜR IMPORTMALZ VERZOLLT UND VERSTEUERT AB DEUTSCHE GRENZE ODER CTF NORDSEELÄFEN GEGENÜBER DEM DEUTSCHEN MALZPREISNIVEAU VON 1951 BIS 1962 (in DM/t)

Kalender- jahr	Ø Preis frei ¹ Grenze	Ø Zoll- belastung ²	UAST ³	Ø Preis verzollt u. versteuert	deutsches Preisniveau
1951 ⁴	601	120	29	750	800
1952	720	144	34	898	840
1953	587	117	28	732	820
1954	552	214	31	797	800
1955	591	186	31	808	812
1956	577	196	31	804	805
1957	582	193	31	806	806
1958	573	216	31	820	806
1959	575	178	30	783	802
1960 ⁵	565	184	30	779	797
1960 ⁶	565	164	29	758	797
1961 ⁷	544	175	29	748	795
1962 ⁸	551	150	28	729	796

Quelle: Zusammengestellt und berechnet nach Tabelle 15-17.

¹ Die Werte spiegeln das tatsächliche Preisniveau nur unvollkommen wider (vgl. Fußnote 2 zu Tabelle 17).

² Ab- bzw. aufgerundet auf volle DM.

³ Umsatzausgleichsteuer (4 v.H. von Zollwert + Zollbelastung). Auf volle DM ab- bzw. aufgerundet.

⁴ Ab 1. Oktober 1951

⁵ Bis 30. Juni 1960

⁶ Ab 1. Juli 1960

⁷ Ab 1. März 1961 unterlag Malz gleichzeitig der Abschöpfung. Ist sie größer als die Zollbelastung, wird der Zoll auf die Abschöpfung angerechnet.

⁸ Bis zum 30. Juli 1962

Tabelle 20 a

DIE BIEREINFUHR AUS DEN EWG-LÄNDERN IN DIE BUNDESREPUBLIK VON 1955 BIS 1962 - WERT, MENGE, DURCHSCHNITTLICHER PREIS FREI GRENZE UND ZOLLBELASTUNG

	Wert ¹ in 1000 DM	Menge ¹ in hl	durchschnittl. ² Preis frei Grenze in DM/hl	durchschnittl. ³ Zollbelastung in DM/hl
Flaschen- ⁴ bier:				
1955	131	2 719	48	9,60
1956	132	3 296	40	8,00
1957	229	5 361	43	8,60
1958	497	10 819	46	9,20
1959	963	24 562	39	7,02
1960	1 581	39 865	39	6,24
1961	2 011	50 985	39	5,46
1962	4 827	120 978	39	4,68
Faß- ⁵ bier:				
1955	344	11 723	29	5,80
1956	583	21 791	27	5,40
1957	628	24 183	26	5,20
1958	778	29 954	26	5,20
1959	1 793	73 270	24	4,32
1960	1 769	69 824	25	4,00
1961	1 718	66 956	26	3,64
1962	1 859	67 937	27	3,24

1 Quelle: 6. Statistisches Jahrbuch, Tab. 31, S. 61.

2 Wert durch Menge dividiert und das Ergebnis gerundet.

3 Folgende Zollsätze liegen zugrunde: 1955-1958 = 20 v.H.; 1959 = 18 v.H.; 1960 = 16 v.H.; 1961 = 14 v.H.; 1962 = 12 v.H.

4 Einschl. Dosenbier

5 Einschl. Bier im Tankwagen

TABELLE 2o b

DIE BIEREINFUHR AUS DRITTLÄNDERN IN DIE BUNDESREPUBLIK VON 1955 BIS 1962 -
 WERT, MENGE, DURCHSCHNITTLICHER PREIS FREI GRENZE UND ZOLLBELASTUNG

	Wert ¹ in 1000 DM	Menge ¹ in hl	durchschnittl. ² Preis frei Grenze in DM/hl	durchschnittl. ³ Zollbelastung in DM/hl
Flaschen- ⁴ bier:				
1955	385	5 377	71	14,20
1956	475	6 705	71	14,20
1957	570	8 180	69	13,80
1958	725	10 342	70	14,00
1959	984	14 414	68	13,60
1960	1 190	18 149	65	13,00
1961	1 515	24 363	62	13,14
1962	1 985	32 925	59	12,51
Faß- ⁵ bier:				
1955	425	8 729	48	9,60
1956	481	10 116	47	9,40
1957	620	13 403	46	9,20
1958	775	17 266	45	9,00
1959	897	19 102	47	9,40
1960	897	19 759	45	9,00
1961	997	21 930	45	9,54
1962	1 016	22 307	46	9,75

1 Quelle: 6. StatBerDBB, Tab. 31, S. 61. Zusammengestellt nach den dortigen Angaben.

2 Wert durch Menge dividiert und das Ergebnis gerundet.

3 Folgende Zollsätze liegen zugrunde: 1955-1960 = 20,0 v.H.
 1961-1962 = 21,2 v.H.

4 Einschl. Dosenbier

5 Einschl. Bier im Tankwagen

TABELLE 21 a

DIE BRAUGERSTENPREISE IN DER EWG (ERZEUGERPREISE AB HOF IM JAHRESDURCHSCHNITT) VON 1954/55 BIS 1960/61 (in DM/t)

	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59	59/60	60/61
BRD ¹	422	425	423	424	427	424	430
Belgien ²	276	277	279	261	346	327	297
Niederl.	291	285	283	296	303	312	302
Frankr. ³	.	.	314	282	265	294	294
Ø	.	.	325	316	335	339	331
Differenz zum deut- schen Preis	.	.	98	108	92	85	99
Differenz in v.H.	.	.	23,1	25,4	21,5	20,0	29,9

Quelle: Zusammengestellt aus CBMC-Bericht. Tabelle 47, S. 121 und 5.Stat BerDBB, Tabelle 118, S. 122 sowie U. PAULSEN, Wettbewerbsprobleme ..., a.a.O., S. 55. - In der Quelle in dz angegeben.

1 Gewogenes arithmetisches Mittel

2 Diese Preise enthalten noch eine Lizenzgebühr, die der belgische Staat seinen Brauereien und Mälzereien erstattet.

3 Höchstpreis

TABELLE 21 b

DIE DURCHSCHNITTliche WENIGER-BELASTUNG BEI DEN BRAUGERSTENKOSTEN DER BELGISCHEN, FRANZÖSISCHEN UND NIEDERLANDISCHEN GEGENÜBER DEN DEUTSCHEN MÄLZEREIEN VON 1954/55 BIS 1960/61 (in DM/t)

	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59	59/60	60/61
Belgien	194	197	192	217	108	129	177
Niederl.	174	186	187	170	165	149	170
Frankr.	.	.	145	189	216	173	181

Quelle: Berechnet nach Angaben der Tabelle 21 a. Es wurde davon ausgegangen, daß 133 kg Braugerste 100 kg Malz ergeben.

TABELLE 21 c

DIE DURCHSCHNITTLICHE WENIGER-BELASTUNG BEI DEN BRAUGERSTENKOSTEN DER
BELGISCHEN, FRANZÖSISCHEN UND NIEDERLÄNDISCHEN GEGENÜBER DEN DEUTSCHEN
BRAUEREIEN VON 1954/55 BIS 1960/61 (in DM/hl)

	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59	59/60	60/61
Belgien	3,75	3,80	3,70	4,19	2,08	2,49	3,43
Niederl.	3,36	3,60	3,60	3,29	3,19	2,88	3,30
Frankr.	.	.	2,80	3,65	4,16	3,35	3,50

Quelle: Berechnet nach Angaben der Tabelle 21 a. Es wurde davon ausgegangen, daß 25,7 kg Braugerste 1 hl Bier ergeben. Zu beachten ist überdies, daß der Vergleichbarkeit wegen unterstellt wird, daß die belgischen, niederländischen und französischen Brauereien ebenfalls nur Gerstenmalz verwenden und daß kein unterschiedlicher Stammwürzegehalt zwischen den betreffenden Bieren besteht. Vgl. hierzu auch U. PAULSEN. Wettbewerbsprobleme ..., a.a.O., S. 57f.

TABELLE 21 d

DIE RELATIVEN BRAUGERSTENKOSTENUNTERSCHIEDE BEI DER BIERHERSTELLUNG ZWISCHEN
BELGIEN, FRANKREICH UND DEN NIEDERLANDEN UND DER BUNDESREPUBLIK VON
1954/55 BIS 1960/61 (BRD = 100)

	54/55	55/56	56/57	57/58	58/59	59/60	60/61
BRD	100	100	100	100	100	100	100
Belgien	65	65	66	62	81	77	69
Niederl.	69	67	67	69	71	74	70
Frankr.	.	.	72	67	62	69	68

Quelle: Berechnet nach Angaben der Tabelle 21 a.

TABELLE 22

ROHSTOFFKOSTENVERGLEICH BEIM BIERIMPORT AUS EWG-LÄNDERN IN DIE BUNDESREPUBLIK 1964/65

Land	Durchschnittlicher Gerstenschwellenpreis			Fester Teilbe- trag der Malz- abschöpfung u. Gerstenpausch- betrag	Exportsub- ventionen	Rohstoffko- stendifferenz insgesamt
	Diff.zur BRD					
	DM/t	DM/t	DM/hl			
BRD ¹	428,75	-	-	-	-	-
Niedl.	343,91	84,84	2,12	0,54	2,27	4,93
Belg. ²	342,27	86,48	2,16	0,54	2,90 ³	5,60
Frankr.	338,12	90,63	2,27	0,54	-	2,81
Italien	268,80	159,95	4,00	0,54	-	4,54

1 Bundesrepublik einschl. West-Berlin

2 Belgien/Luxemburg

3 In der Quelle mit zwei Teilbeträgen angegeben: 0,80 + 2,10 DM.

Quelle: Memorandum "Die Brauwirtschaft und der Kommissionsentwurf vom 9. 6. 1964". Bad Godesberg, den 5. November 1964. Anlage. (Memorandum des DBB). - Zu dieser Tabelle finden sich dort folgende Bemerkungen: "Es wurde nach dem von der EWG-Kommission benutzten Verfahren (Schwellenpreisvergleich) vorgegangen. Der durchschnittliche Schwellenpreis stellt das einfache arithmetische Mittel der Schwellenpreise der 12 Monate des Wirtschaftsjahres 1964/65 dar. Bei der Umrechnung auf Hektoliter wurden 25 kg Gerste zugrunde gelegt. Das deutsche Malzpreisniveau bzw. der Preis des Importmalzes werden aber nicht nur durch den beweglichen Teilbetrag (einschlie. des Pauschbetrages in Höhe von 4,40 DM/t Gerste) der Malzabschöpfung, sondern auch durch den festen Teilbetrag bestimmt. Dieser beträgt 1964/65 22,60 DM/t Malz (= 16,99 DM/t Gerste) bei Einfuhr aus Mitgliedsländern. Pauschbetrag und fester Teilbetrag machen also zusammen 21,39 DM/t Gerste aus. - Die Niederlande gewähren eine Drittlandserstattung von pauschal (dieser Betrag wird jährlich neu festgesetzt) 2,27 DM/hl, die die im niederländischen Exportbier enthaltene Gerste auf das Weltmarktniveau hinabdrücken soll. Den gleichen Zweck verfolgen die Belgier, die diese Erstattung allerdings auch für das Inland gewähren. Ferner gewährt Belgien seinen Braugerstenerzeugern eine Qualitätsprämie von 1.000 bfrs/ha, das sind (bei einem ha-Ertrag von 25 dz) 32 DM/t Gerste oder 0,80 DM/hl Bier. Frankreich zahlt, um die erstgenannte belgische Maßnahme auszugleichen, beim Export nach Belgien für Bier mit mehr als 12 % StWG eine Subvention in Höhe von 1,90 DM/hl."

**TABELLE 23: MARKTPREISE FÜR FUTTERGERSTE - NOTIERUNGEN AUSGEWÄHLTER REGIONEN
SENPLATZE VON JULI 1962 BIS JUNI 1965 IM VERGLEICH (MONATSDURCHSCHNITTE IN DM/t)**

	Duis- burg	Köln	Mann- heim	Frank- furt	Würz- burg	Stutt- gart	Hanno- ver	Mün- chen
Richtpreis Juli/August 1964	412,00	409,10	409,00	408,40	407,00	405,80	404,50	384,00
1962 Juli	-	.	385,00	385,00	-	.	409,00	400,00
Aug	410,00	392,50	386,50	390,50	.	-	408,50	407,00
Sept	405,00	389,00	387,50	392,50	414,50	-	404,00	410,00
Okt	414,00	394,50	387,50	394,00	412,50	412,50	413,00	417,00
Nov	420,00	414,00	397,00	399,00	415,50	416,50	422,50	410,00
Dez	-	424,00	414,00	410,00	416,50	416,50	428,50	423,00
1963 Jan	-	430,00	423,00	423,00	417,50	425,00	435,00	431,00
Febr	-	432,50	423,00	425,00	419,00	435,00	435,00	435,00
März	-	430,00	424,50	417,50	416,50	434,50	429,00	427,00
April	-	424,50	415,00	410,00	407,00	432,00	418,00	415,00
Mai	-	422,50	402,50	399,00	400,00	429,00	419,00	405,00
Juni	-	420,50	397,50	397,50	396,50	420,00	395,00	386,00
Juli	375,50	393,00	378,00	374,50	381,50	419,00	381,50	377,00
Aug	380,00	381,00	371,50	370,50	372,00	387,50	386,50	367,00
Sept	404,50	392,00	378,00	397,50	378,00	391,50	399,00	367,00
Okt	416,50	402,50	382,00	379,00	381,50	396,50	407,00	370,00
Nov	429,00	413,00	382,50	380,00	381,50	404,00	400,00	375,00
Dez	-	416,50	392,50	384,00	381,50	406,50	411,50	381,00
1964 Jan	-	420,00	399,00	387,00	384,80	411,00	424,50	385,50
Febr	-	424,00	400,00	396,50	384,50	415,00	426,50	392,50
März	-	424,00	402,00	392,00	385,00	415,00	423,50	392,50
April	-	424,50	410,00	396,00	388,50	420,50	432,50	394,50
Mai	-	432,50	419,00	402,00	390,00	428,00	435,00	400,00
Juni	-	-	425,00	407,50	390,00	429,00	425,50	399,50
Juli	402,50	385,00	373,50	374,50	378,50	429,00	391,00	375,00
Aug	412,00	402,00	393,00	385,00	390,50	398,50	398,50	384,50
Sept	420,00	407,50	415,00	388,00	395,00	407,50	404,50	395,50
Okt	425,00	413,50	419,00	391,50	397,00	412,50	404,00	403,00
Nov	432,50	415,00	422,50	394,00	400,50	415,00	406,50	405,50
Dez	433,50	416,50	423,00	399,00	402,50	415,00	412,00	410,00
1965 Jan	438,00	424,50	426,50	414,00	402,50	417,00	417,00	412,00
Febr	440,00	431,50	432,00	424,00	408,50	420,50	416,50	412,50
März	440,00	432,50	434,00	425,00	415,00	422,50	416,50	417,50
April	437,50	433,00	434,50	432,00	417,00	423,50	415,50	417,50
Mai	-	440,50	436,50	439,00	417,50	427,50	427,50	417,50
Juni	-	442,50	-	441,50	417,50	-	428,00	420,00

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben der ZENTRALEN MARKT- UND PREISBE-
RICHTSSTELLE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT GMBH, Bad Godesberg.

TABELLE 24 : MARKTPREISE FÜR BRAUGERSTE - NOTIERUNGEN AUSGEWÄHLTER
BÖRSENPLÄTZE VON JULI 1962 BIS JUNI 1965 IM VERGLEICH
(MONATSDURCHSCHNITTE IN DM/t)

		Köln	Mann- heim	Frank- furt	Würz- burg	Stutt- gart	Hanno- ver	Mün- chen
Interv.preis Juli/August 1964		380,50 + 40,00	380,50 40,00	379,50 40,00	378,50 40,00	377,50 40,00	375,50 40,00	369,50 40,00
1962	Juli	-	-	-	-	-	-	-
	Aug	460,00	437,50	434,50	447,50	446,00	442,50	434,00
	Sept	443,00	437,50	430,50	441,50	444,50	439,00	432,50
	Okt	442,50	438,00	430,00	441,50	449,50	437,50	437,00
	Nov	442,50	445,50	437,50	448,50	454,50	-	449,50
	Dez	-	453,00	445,50	453,50	456,50	-	449,00
1963	Jan	-	460,50	449,50	454,50	459,50	-	457,00
	Febr	-	462,00	451,50	461,50	464,00	-	457,50
	März	-	457,00	451,50	455,50	463,50	-	457,50
	April	-	453,50	451,50	448,00	460,50	-	457,50
	Mai	-	445,50	445,00	444,00	459,00	-	456,00
	Juni	-	442,50	-	442,50	-	-	-
	Juli	-	432,50	-	-	-	-	-
	Aug	444,00	435,50	428,00	439,50	457,00	432,50	431,00
	Sept	451,50	442,50	441,50	450,50	453,50	432,50	442,00
	Okt	459,00	453,50	450,50	459,00	458,00	-	452,50
	Nov	466,50	460,00	456,00	461,50	459,50	-	458,00
	Dez	467,50	465,00	460,00	463,00	464,00	-	461,50
1964	Jan	467,50	465,00	462,00	467,50	473,50	-	462,50
	Febr	467,50	464,50	460,50	464,00	475,50	-	462,50
	März	-	458,00	453,00	461,50	474,00	-	462,50
	April	-	452,50	452,50	460,00	467,50	-	462,50
	Mai	-	-	-	459,00	-	-	462,50
	Juni	-	-	-	459,00	-	-	-
	Juli	-	434,50	436,50	452,50	452,50	427,50	-
	Aug	447,50	442,00	442,00	450,50	-	434,00	446,50
	Sept	449,50	443,50	442,50	447,50	457,50	435,00	450,00
	Okt	449,00	442,50	440,50	444,50	457,50	-	450,00
	Nov	446,00	442,50	440,00	444,00	457,50	-	450,50
	Dez	444,00	442,50	442,50	444,00	457,50	-	452,50
1965	Jan	443,00	447,50	-	444,00	457,50	-	452,50
	Febr	444,00	450,00	-	444,00	457,50	-	452,50
	März	-	-	-	444,00	457,50	-	452,50
	April	-	-	-	444,00	-	-	452,50
	Mai	-	-	-	444,00	-	-	-
	Juni	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Zusammengestellt nach Angaben der ZENTRALEN MARKT- UND PREIS-
BERICHTSSTELLE DER DEUTSCHEN LANDWIRTSCHAFT GMBH, Bad Godesberg.

TABELLE 25: FUTTERGERSTE IN DER BUNDESREPUBLIK - DIE DURCHSCHNITTlichen DIFFERENZEN ZWISCHEN ORTLICHEM RICHTPREIS UND ORTLICHEM MARKTPREIS VON AUGUST 1962 BIS JUNI 1965 (IN DM/t)

		Köln	Mann- heim	Frank- furt	Würz- burg	Stutt- gart	Hanno- ver	Mün- chen
1962	Aug	- 16,70	- 22,50	- 18,00	.	-	+ 4,00	+ 23,60
	Sept	- 20,20	- 21,50	- 16,00	+ 7,50	-	- 0,50	+ 26,00
	Okt	- 18,70	- 25,50	- 10,50	+ 1,50	+ 2,50	+ 4,50	+ 29,10
	Nov	- 3,20	- 20,00	- 17,50	+ 0,50	+ 2,50	+ 10,50	+ 26,10
	Dez	+ 2,80	- 7,00	- 10,50	- 2,50	- 2,20	+ 12,00	+ 27,10
1963	Jan	+ 4,80	- 2,00	- 1,50	- 1,50	+ 3,00	+ 14,50	+ 31,00
	Febr	+ 3,30	- 6,00	- 3,50	- 3,00	+ 9,00	+ 10,50	+ 31,10
	März	- 3,20	- 18,50	- 15,50	- 14,50	+ 4,50	+ 0,50	+ 19,00
	April	- 8,70	- 10,00	- 22,50	- 24,00	+ 2,00	- 10,50	+ 7,10
	Mai	- 9,70	- 31,00	- 33,50	- 31,00	+ 3,00	- 9,50	- 2,50
	Juni	- 12,70	- 35,50	- 35,00	- 34,50	- 10,00	- 33,50	- 21,40
	Juli	- 10,10	- 31,00	- 33,90	- 29,50	+ 13,20	- 23,00	- 7,40
	Aug	- 20,10	- 37,50	- 37,90	- 35,00	- 13,30	- 10,00	- 10,10
	Sept	- 19,20	- 32,50	- 13,00	- 31,10	- 16,40	- 7,00	- 19,00
	Okt	- 12,30	- 32,70	- 35,10	- 31,20	- 15,00	- 3,20	- 20,10
	Nov	- 5,40	- 35,00	- 37,70	- 34,00	- 11,10	- 5,00	- 18,10
	Dez	- 5,50	- 29,40	- 37,30	- 30,40	- 12,20	- 5,40	- 16,50
1964	Jan	- 5,60	- 26,50	- 37,50	- 30,70	- 11,30	+ 5,50	- 15,40
	Febr	- 1,00	- 25,50	- 20,40	- 30,00	- 5,30	+ 5,50	- 0,40
	März	- 1,60	- 25,50	- 32,30	- 30,50	- 7,30	+ 2,40	- 0,50
	April	- 1,10	- 15,50	- 20,50	- 30,00	- 1,30	+ 11,50	- 0,40
	Mai	+ 6,90	- 6,50	- 22,40	- 30,50	+ 5,70	+ 14,50	- 0,00
	Juni	-	- 0,50	- 17,40	- 30,50	+ 0,70	+ 4,50	- 1,40
	Juli	- 24,10	- 35,50	- 33,90	- 26,50	+ 23,20	- 15,50	- 9,40
	Aug	- 7,10	- 10,00	- 23,40	- 16,50	- 7,30	- 6,00	+ 0,10
	Sept	- 3,70	+ 3,90	- 22,50	- 14,10	- 0,40	- 2,10	+ 9,00
	Okt	- 1,30	+ 4,30	- 22,60	- 15,70	+ 1,00	- 6,20	+ 12,10
	Nov	- 3,40	+ 4,20	- 23,70	- 15,00	- 0,10	- 7,30	+ 11,00
	Dez	- 5,50	+ 1,10	- 22,30	- 17,40	- 3,70	- 5,40	+ 12,70
1965	Jan	- 1,10	+ 1,00	- 10,90	- 21,00	- 5,30	- 4,00	+ 11,10
	Febr	+ 5,90	+ 6,50	- 0,90	- 1,00	- 1,30	- 4,50	+ 11,00
	März	+ 6,90	+ 8,50	+ 0,10	- 0,50	+ 0,20	- 4,50	+ 16,00
	April	+ 7,40	+ 9,00	+ 7,10	- 0,50	+ 1,20	- 5,50	+ 16,60
	Mai	+ 14,90	+ 11,00	+ 14,10	- 0,00	+ 5,20	+ 6,50	+ 16,00
	Juni	+ 16,90	-	+ 16,60	- 0,00	-	+ 7,00	+ 19,10

Quelle: Berechnet und zusammengestellt nach den jeweils geltenden Richtpreisen und nach den Angaben aus Tabelle 23.

(-) = Marktpreis niedriger als Richtpreis

(+) = Marktpreis höher als Richtpreis

**TABELLE 26: SOMMERGERSTE IN DEN EWG-LÄNDERN¹ - JÄHRLICHE ANBAUFLÄCHEN,
HEKTARERTRÄGE UND ERNTEMENGEN VON 1957 BIS 1964**

	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964
Anbaufläche (in 1000 ha)								
Bundesrepublik	696	679	712	717	810	887	836	833
Frankreich	1291	1413	1624	1761	1958	1868	2348	2066p
Niederlande	64	73	64	59	95	92	93	80
Belgien/Luxbg. ²	67	73	82	76	100	104	111	107
EWG gesamt	2118	2238	2482	2613	2963	2951	3388	3086p
Anbaufläche (in v.H.)								
Bundesrepublik	32	30	29	27	27	30	25	27
Frankreich	61	63	65	67	66	63	69	67
Niederlande	3	3	3	2	3	3	3	3
Belgien/Luxbg.	3	3	3	3	3	3	3	3
EWG gesamt ³	100	100	100	100	100	100	100	100
HEKTARERTRÄGE (in dz/ha)								
Bundesrepublik	27,0	26,4	27,9	31,6	23,0	32,5	30,3	32,4
Frankreich	22,7	22,2	25,5	28,0	24,5	28,0	29,6	29,0p
Niederlande	40,5	38,9	36,8	42,2	37,8	43,4	38,6	43,3
Belgien	33,4	32,6	34,4	36,2	33,8	38,8	37,2	41,1
Luxemburg	21,6	22,4	24,3	25,6	25,7	25,9	27,1	20,5
EWG gesamt	25,0	24,3	26,7	29,7	24,8	30,2	30,2	30,7p
Erntemenge (in 1000 t)								
Bundesrepublik	1876	1791	1986	2268	1863	2880	2529	2699
Frankreich	2937	3141	4134	4991	4806	5239	6940	5997
Niederlande	261	284	235	247	360	400	358	345
Belgien/Luxbg. ²	228	233	275	266	332	393	407	423
EWG gesamt	5292	5449	6630	7772	7361	8912	10234	9464
Erntemenge (in v.H.)								
Bundesrepublik	35	33	30	29	25	32	25	28
Frankreich	55	58	62	64	65	59	68	63
Niederlande	5	5	3	3	5	4	3	4
Belgien/Luxbg.	4	4	4	3	4	4	4	4
EWG gesamt ³	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften. Reihe AGRAR-STATISTIK. Heft 2/1963, Heft 1/1964 und Heft 1/1965.

1 Ohne Italien, da dort kaum Anbau von Sommergerste.

2 Belgien und Luxemburg in der Quelle getrennt ausgewiesen.

3 Wegen Runden der Zahlen geringfügige Abweichungen in den Summenprozentzahlen eigene Rechnung.

**TABELLE 27 a: GERSTE IN DEN EWG-LÄNDERN - INLANDSAUFKOMMEN UND INLANDS-
BEDARF IN DER GEGENÜBERSTELLUNG VON 1959/60 BIS 1963/64**
(in 1000 t)

	1959/60	1960/61	1961/62	1962/63	1963/64
Bundesrepublik					
Inlandsaufkommen	2757	.	2640	3632	3454
Inlandsbedarf	4236	.	4470	4563	4518
Differenz	- 1479	.	- 1830	- 931	- 1064
Frankreich					
Inlandsaufkommen	4931	.	5413	6003	7384
Inlandsbedarf	4205	.	4776	4687	4621
Differenz	+ 726	.	+ 637	+ 1316	+ 2763
Italien					
Inlandsaufkommen	279	.	279	285	280
Inlandsbedarf	562	.	804	1086	1082
Differenz	- 283	.	- 525	- 801	- 802
Niederlande					
Inlandsaufkommen	268	.	385	431	387
Inlandsbedarf	621	.	470	504	472
Differenz	- 353	.	- 85	- 73	- 85
Belgien/Luxemburg					
Inlandsaufkommen	416	.	428	522	504
Inlandsbedarf	659	.	645	721	610
Differenz	- 243	.	- 217	- 199	- 106
E W G gesamt					
Inlandsaufkommen	8651	9765	9145	10873	12009
Inlandsbedarf	10283	9901	11165	11561	11303
Differenz	- 1632	- 136	- 2020	- 688	+ 706

QUELLE: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften. Reihe AGRAR-STATISTIK. Getreidebilanzen. Zusammengestellt aus den Heften 3/1961, 3/1963, 2/1964 und 1/1965.

Gerste = Sommergerste + Wintergerste

Inlandsaufkommen = Netto-Erzeugung = Brutto-Erzeugung ./.. Schwund

Inlandsbedarf = Inlandsverbrauch

Die Angaben für Belgien/Luxemburg sind in der Quelle teilweise getrennt ausgewiesen.

(+) = Überversorgung

(-) = Unterversorgung

TABELLE 27 b: DER BRAUGERSTENBEDARF IN DEN EWG-LÄNDERN VON 1957/58 BIS 1963/64 (in 1000 t)

	57/58	58/59	59/60	60/61	61/62	62/63	63/64
Bundesrepublik ¹	1170	1215	1364	1398	1524	1609	1758
Frankreich	309	351	405	292	312	295	262
Italien	64	54	56	70	80	85	82
Niederlande	50	53	63	65	67	70	81
Belgien/Luxbg.	.	.	.	.	.	.	219
E W G ²	1593	1673	1888	1825	1983	2059	2402

Quelle: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften. Reihe AGRAR-STATISTIK. Getreidebilanzen. Aufteilung des Industrieverbrauchs an Getreide. Zusammengestellt aus den Heften 3/1961, 3/1963, 2/1964 und 1/1965.

1 In den Braugerstenversorgungsbilanzen der Statistischen Berichte des DBB höher ausgewiesen.

2 Bis einschließlich 1962/63 ohne Belgien/Luxemburg.

TABELLE 28: CIF-PREIS-VERGLEICH ZWISCHEN STANDARDGERSTE UND BRAUGERSTE
ANHAND DER BRAUGERSTEINEINFÜHREN NACH MENGE UND WERT AUS
DRITTLÄNDERN VON AUGUST 1962 BIS JUNI 1965

	Braugerste			Stand.gerste	
	Menge ¹ in 100 kg	Wert ¹ in 1000 DM	Ø Cif-Preis ² in DM/t	Ø Cif-Preis ³ in DM/t	Differenz
1962 Aug	10 044	342	340	222	118
Sept	12 525	328	262	222	40
Okt	42 161	1 113	264	218	46
Nov	54 516	1 453	266	222	44
Dez	115 685	3 014	261	243	18
1963 Jan	63 485	1 725	268	246	22
Febr	58 091	1 601	276	240	36
März	104 617	2 007	268	233	35
Apr	60 423	1 636	271	210	53
Mai	71 476	2 254	315	215	100
Juni	20 520	511	249	209	40
GWJ zus.	613 543	16 704	273	226	47
Juli	4 997	122	244	202	42
Aug	28 393	697	245	205	40
Sept	48 624	1 129	232	222	10
Okt	133 625	3 312	249	243	6
Nov	108 171	2 666	246	250	4
Dez	229 581	5 919	258	250	0
1964 Jan	109 070	5 227	276	265	11
Febr	89 992	2 464	274	252	22
März	77 029	2 110	272	232	40
Apr	123 023	3 451	281	229	52
Mai	81 040	2 333	290	227	61
Juni	13 674	394	204	226	58
GWJ zus.	1 128 019	29 024	264	234	30
Juli	72 324	1 097	262	222	40
Aug	25 523	648	254	229	25
Sept	169 718	4 320	254	237	17
Okt	96 001	2 493	257	233	24
Nov	193 385	5 047	261	246	15
1965 Dez	227 572	5 905	259	254	5
Jan	190 646	5 293	266	256	10
Febr	309 640	8 137	262	257	5
März	357 194	10 325	269	253	36
Apr	207 727	5 594	264	248	16
Mai	116 766	3 200	275	249	26
Juni	58 911	1 659	281	253	28
GWJ zus.	2 034 207	54 526	268	245	23

¹ Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) Außenhandel. Reihe 2. Spezialhandel nach Waren und Ländern.

² Quelle: Berechnet aus Menge und Wert. Der Preis ist abgerundet.

³ Quelle: Schreiben der EWG-Kommission. Generaldirektion Landwirtschaft. Vom 19. November 1965. Dort in US-Dollar je MT angegeben.

**TABELLE 29: DIE MALZAUSFUHREN DER BUNDESREPUBLIK IN EWG-LÄNDER
UND DRITTLÄNDER VON 1956 BIS 1965**

	in EWG-Länder		in Drittländer		insgesamt
	1000 t ¹	v.H.	1000 t ¹	v.H.	1000 t ¹
1956	1,540	31,2	3,394	68,8	4,934
1957	1,129	19,0	4,797	81,0	5,926
1958	4,293	24,2	13,429	75,8	17,722
1959	4,070	19,2	17,092	80,8	21,162
1960	7,381	26,9	20,061	73,1	27,442
1961	13,157	36,9	22,428	63,1	35,585
1962	14,377	34,3	27,500	65,7	41,877
1963	12,964	28,9	32,090	71,1	45,054
1964	5,434	14,2	32,598	85,8	38,032
1965	10,072	29,9	23,549	70,1	33,621

Quelle: 5. StatBerDBB, Tab. 64, S. 82; 6. StatBerDBB, Tab. 58, S. 88; Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Außenhandel. Reihe 2. Spezialhandel nach Waren und Ländern. - Die relativen Zahlen sind eigene Berechnungen.

1 In der Quelle in dz angegeben.

TABELLE 30: DIE BIERAUSFUHREN DER BUNDESREPUBLIK IN EWG-LÄNDER
UND DRITTLÄNDER VON 1956 BIS 1965

	in EWG-Länder		in Drittländer		insgesamt
	1000 hl ¹	v.H.	1000 hl ¹	v.H.	1000 hl ¹
1956	168,9	25,5	493,4	74,5	662,3
1957	197,6	27,3	525,0	72,7	722,6
1958	235,5	31,8	505,7	68,2	741,2
1959	269,4	31,7	579,7	68,3	849,1
1960	292,6	32,0	622,3	68,0	914,9
1961	313,7	32,5	651,0	67,5	964,7
1962	329,4	34,7	620,1	65,3	949,5
1963	354,6	40,5	519,9	59,5	874,5
1964	383,7	40,3	567,1	59,7	950,8
1965	409,5	38,7	647,0	61,3	1056,5

Quelle: 5. StatBerDBB, Tab. 38, S. 61; 6. StatBerDBB, Tab. 34, S. 64; Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Außenhandel. Reihe 2. Spezialhandel nach Waren und Ländern. - Die relativen Zahlen sind teilweise eigene Berechnung. - Das Schiffsbier wurde den Drittländern zugerechnet.

¹ In der Quelle in hl angegeben.

BESTIMMUNG DER "GEFÄHRDUNGSGRENZE"

Preis im Punkt P	=	p_b	(Strecke BP)
Frachtsatz	=	f	($\text{tg } \alpha$)
Fracht im Punkt M	=	F	(Strecke FS)
Preis im Punkt M	=	p_m	(Strecke FM + FS = MS)
Selbstversorgungsgrad	=	s	(Strecke MP)
Unterversorgungsgrad	=	u	(Strecke GM)
Gefährdungsgrenze	=	g	(Strecke AG = EM)

Der Preis p_m setzt sich zusammen aus dem Preis p_b und der Fracht für die Strecke MP:

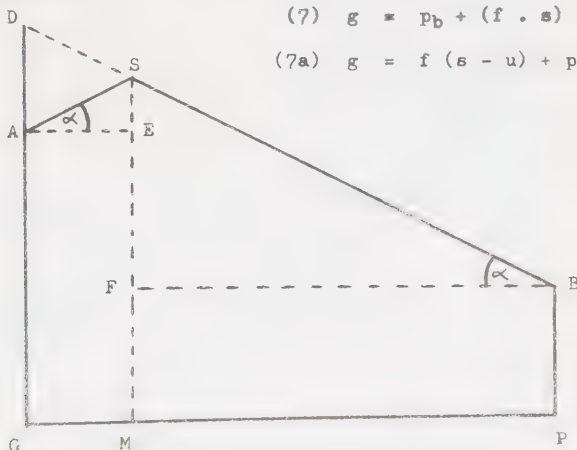
$$\begin{aligned} (1) \quad p_m &= p_b + F \\ (2) \quad F &= f \cdot s \\ (3) \quad p_m &= p_b + (s \cdot f) \end{aligned}$$

Die Gefährdungsgrenze g ist durch die Strecke AG (= EM) gekennzeichnet:

$$\begin{aligned} (4) \quad g &= \overline{EM} \\ (5) \quad \overline{EM} &= p_m - \overline{ES} \\ (6) \quad \overline{ES} &= f \cdot u \end{aligned}$$

Aus Gleichung (3), (5) und (6) ergibt sich dann für die Gefährdungsgrenze:

$$\begin{aligned} (7) \quad g &= p_b + (f \cdot s) - (f \cdot u) \\ (7a) \quad g &= f(s - u) + p_b \end{aligned}$$



BESTIMMUNG DES ABZISSENWERTES, BEI DEM DIE "GEFÄHRDUNGSGRENZE" DEM "INLANDSPREISNIVEAU" ENTSPRICHT

Preisgefälle für inländ. Gerste = Strecke DB

Höhe der Gefährdungsgrenze bei alternativen Interversorgungsgraden = Gerade DD'

Durchschnitt der Inlandspreise (Inlandspreisniveau) = p_d (Strecke RT)

Die bisher verwendeten Symbole gelten weiter.

Zusammenhang zwischen $\overline{DB}$ und $\overline{DD'}$: $\text{tg}\beta = 2 \cdot \text{tg}\alpha$

Gleichung von $\overline{DB}$: $y = -fx + p_b + f(s+u)$

Gleichung von $\overline{DD'}$: $y = -2fx + p_b + f(s+u)$

Gleichung von $\overline{RT}$: $y = p_b + \frac{1}{2}f(s+u)$

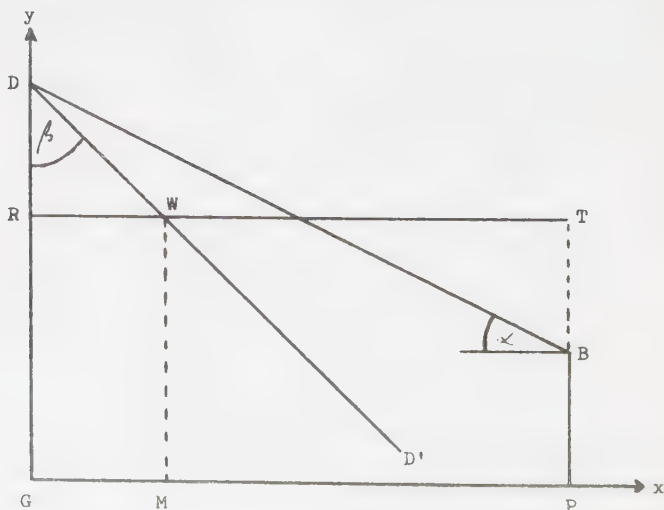
Addition der Gleichung von $\overline{DD'}$ und $\overline{RT}$:

$$(8) \quad y = -2fx + p_b + f(s+u)$$

$$(9) \quad y = p_b + \frac{1}{2}f(s+u)$$

$$(10) \quad 2y = -2fx + 2p_b + \frac{3}{2}f(s+u)$$

$$(10a) \quad y = -fx + p_b + \frac{3}{4}f(s+u)$$



Wenn aber (11) $y = p_d$ (Bedingungsgleichung)

und da (12) $p_d = p_b + \frac{1}{2}f(s + u)$ (Definitionsgleichg.)

dann gilt gemäß (10a):

$$(13) \quad p_b + \frac{1}{2}f(s + u) = -fx + p_b + \frac{3}{4}f(s + u)$$

$$(13a) \quad fx = \frac{1}{4}f(s + u)$$

$$(13b) \quad x = \frac{1}{4}(s + u)$$

$$(13c) \quad x = \frac{s + u}{4}$$

Zur Graphik:

$$\begin{aligned} s &= \overline{MP} \\ u &= \overline{GM} \\ s + u &= \overline{GP} \end{aligned}$$

Wenn $x = \overline{GM}$ (wobei x hier identisch ist mit u)
dann $g = p_d$

Oder anders: g ist dann gleich p_d , wenn

$$\text{entweder } u = \frac{s + u}{4}$$

$$\text{oder } s = 3u$$

BESTIMMUNG DES "GEFAHRUNGSBEREICHS"

Preis-ab-Grenze im Punkt G (p_{a1} bzw. p_{a2})	$= \overline{A_1G}$ bzw. $\overline{A_2G}$
Änderung des Preises-ab-Grenze (dp_a)	$= \overline{A_1A_2}$
Preisgefälle für Auslandsgerste vor Änderung	$= \overline{A_1S_1}$
Preisgefälle für Auslandsgerste nach Änderung	$= \overline{A_2S_2}$
Gefährdungsbereich (r)	$= \overline{M_1M_2}$

Die bisher verwendeten Symbole gelten weiter.

$$\text{Gleichung } \overline{A_1S_1}: \quad (14) \quad y = fx + p_{a1}$$

$$\text{Gleichung } \overline{DB}: \quad (15) \quad y = -fx + p_b + f(s + u)$$

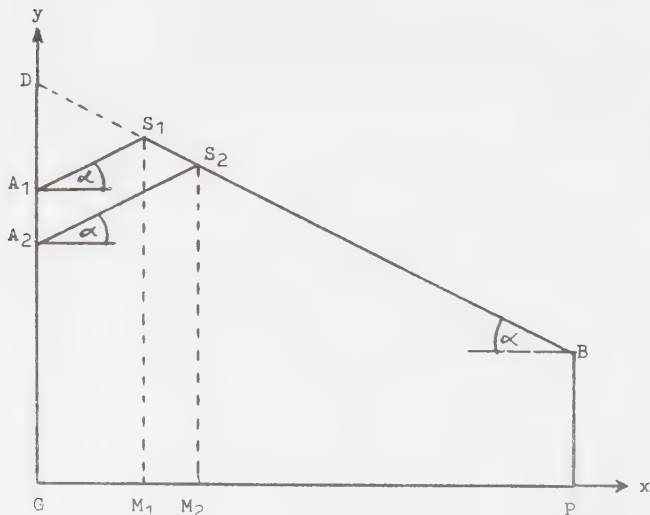
$$(16) \quad 2y = p_{a1} + p_b + f(s + u)$$

$$\text{Ordinatenwert } S_1: \quad (16a) \quad y = \frac{1}{2}(p_{a1} + p_b) + \frac{1}{2}f(s + u)$$

Gleichung (16a) in Gleichung (14) eingesetzt:

$$(17)fx + p_{a1} = \frac{1}{2}(p_{a1} + p_b) + \frac{1}{2}f(s + u)$$

$$\text{Abzissenwert } S_1: \quad (17a) \quad x = \frac{1}{2f}(p_{a1} + p_b) + \frac{1}{2}(s+u) - \frac{1}{f}p_{a1}$$



Gleichung $\overline{A_2S_2}$: (18) $y = fx + (p_{a1} - dp_a)$

Gleichung $\overline{DB}$: (19) $y = -fx + p_b + f(s + u)$

(20) $2y = p_{a1} - dp_a + p_b + f(s + u)$

Ordinatenwert S_2 : (20a) $y = \frac{1}{2}(p_{a1} - dp_a + p_b) + \frac{1}{2}f(s + u)$

Gleichung (20a) in Gleichung (18) eingesetzt:

(21) $fx + (p_{a1} - dp_a) = \frac{1}{2}(p_{a1} - dp_a + p_b) + \frac{1}{2}f(s + u)$

(21a) $fx = \frac{1}{2}(p_{a1} - dp_a + p_b) + \frac{1}{2}f(s + u) - (p_{a1} - dp_a)$

(21b) $x = \frac{1}{2f}(p_{a1} - dp_a + p_b) + \frac{1}{2}(s + u) - \frac{1}{f}(p_{a1} - dp_a)$
(= Abzissenwert S_2)

(22) $r = \text{Abzissenwert } S_2 - \text{Abzissenwert } S_1$

(22a) $r = \text{Gleichung (21b)} - \text{Gleichung (17a)}$

(22b) $r = \frac{1}{f} \cdot \frac{dp_a}{2}$

VERZEICHNIS DER LITERATUR

ZITIERT E SCHRIFTEN

- Abel, W. Der Landwarenhandel in der deutschen Volkswirtschaft. In : Franz-Abel-Cascorbig. Der deutsche Landwarenhandel. Hannover 1960.
- Bayrischer Brauerbund e. V., München. Geschäftsberichte von 1950 bis 1963/64.
- Biergans, Richard. Betrachtungen über aktuelle Probleme, die sich aus dem Vertrag zur Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für das bundesdeutsche Braugewerbe ergeben. Brauwelt (1958) Nr. 49/50.
- Biergans, Richard. Braugerste und Braumalz im Zwielficht nationaler und übernationaler Marktordnung. Tfb (1962) Sonderausgabe zu Nr. 99/100.
- Biergans, Richard. Die EWG-Marktordnung der Braurohstoffe in der Bewährung und Kritik. Tfb (1963) Nr. 99/100.
- Bilgert, Albert. Gerste und Malzzölle mit besonderer Berücksichtigung der Brauindustrie. Diss. München 1933.
- Boerckel, Werner. Einfuhr- und Vorratsstellen als Mittel der Agrarpolitik. Zweck, Methoden und Kritik. Diss. Mainz 1959.
- Brandenburger, Valentin. Der Einfluß verschiedener Düngungskombinationen auf Ertrag und Qualität der Braugerste unter besonderer Berücksichtigung von Klima und Jahreswitterung, Boden und Vorfrucht. Diss. Bonn 1961.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.). Gutachten des Ausschusses für Landwirtschaftliche Marktordnung. Bonn. März 1950.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Hrsg.). Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Berlin-Hamburg. Verschiedene Ausgaben.
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Berichte über die Auswirkungen der EWG-Marktorganisationen auf dem Agrargebiet. Insgesamt vier Berichte. Erschienen als Bundestagsdrucksachen (ausgenommen der erste Bericht) Nr. IV/1548, IV/2640 und V/29.
- Collignon, H. F. Verschiedene (vom Verfasser ausgeliehene) maschinenschriftliche Manuskripte von 1952 bis 1964. Darunter : Bier und seine Rohstoffe. Statistische Aufzeichnungen. Bonn 1956, 1958, 1960, 1962 und 1964.

- Communaute de Travail des Brasseurs du Marche Commun (CBMC). Die Braugersten- und Braumalzversorgung in den sechs Ländern und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Bearbeitet im Deutschen Brauer-Bund e. V., Bonn, von U. Paulsen. Als Manuskript vervielfältigt. Amsterdam 1960.
- Deutscher Brauer-Bund e. V., Bad Godesberg. Geschäftsberichte von 1950/51 bis 1961-64.
- Deutscher Brauer-Bund e. V., Bad Godesberg. Die deutsche Brauwirtschaft und der Kommissionsentwurf vom 9.6.1964. Maschinenschriftliches Manuskript vom 5. November 1964. Bad Godesberg.
- Deutscher Brauer-Bund e. V., Bad Godesberg. Statistische Berichte. Bis 1963. Bearbeitet und herausgegeben von der Statistischen Abteilung des Deutschen Brauer-Bundes e. V., Bad Godesberg.
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Gesamtherichte über die Tätigkeit der Gemeinschaft. Bisher acht Berichte (letzter Bericht: Juni 1965 o. O.).
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Vorschläge zur Gestaltung und Durchführung der gemeinsamen Agrarpolitik gemäß Artikel 43 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Brüssel, den 30. Juni 1960 (Dokument VI/Kom (60) 105).
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Verordnungsvorschläge der Kommission zur gemeinsamen Agrarpolitik. Als Broschüre veröffentlicht. Juli 1961 (o. O.).
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Bericht der Kommission an den Rat über die Durchführung seiner Entscheidung vom 4. April 1962, in dem für bestimmte Waren die Einführung eines Handelssystems vorgeschlagen wird, das sich auf die Anwendung der Inlandspreise gegenüber den Erzeugnissen stützt, die zu anderen Waren verarbeitet werden. Brüssel, den 14. Oktober 1963 (Dokument III/S/02913/63).
- Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Zweiter Bericht der Kommission an den Rat über die Durchführung der Entscheidung vom 4. April 1962 zur Erhebung von Ausgleichsabgaben auf bestimmte landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse. Brüssel, den 9. Juni 1964 (Dokument III/Kom (64) 178 endg. Orig.: F).
- Fundstellennachweis für das Recht der Europäischen Gemeinschaften. Zusammengestellt von E. Bülow und G. Langner. 1.-4. Auflage. Köln 1963, 1964, 1965 und 1966. Erschienen als Beilage zu verschiedenen Nummern des Bundesanzeigers.

- Gutmann, G., H.-J. Hochstrate und R. Schlüter. Die Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung und ordnungspolitische Grundlagen. Schriften zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme. Hrsg. von K. Paul Hensel. Heft 4. Stuttgart 1964.
- Haushofer, Heinz. Ideengeschichte der Agrarwissenschaft und Agrarpolitik im deutschen Sprachgebiet. Band II. Vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. München-Bonn-Wien 1958.
- Hensel, K. Paul. Die Funktionen der Preise in der Marktwirtschaft und in der zentralen Planwirtschaft. In : Handelsblatt. Sonderdruck aus "Europäische Volksrepubliken". Juli 1961 (o.O.).
- Hensel, K. Paul. Marktordnung. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Band 7. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1961, S. 161-169.
- Herlemann, Hans-Heinrich. Landwirtschaftliche Marktordnung. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Band 6. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1959, S. 493-498.
- Hördemann, Helmut. Die Arbeit der Einfuhr- und Vorratsstellen in der Bundesrepublik. Diss. Freiburg 1957.
- Hoppmann, Erich. Wettbewerbspolitik und Exportkartelle. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Hrsg. von F. Lütge und E. Preiser. Band 173. Heft 4. Stuttgart. September 1961.
- Ifo-Schnelldienst. Getreidemarkt neu geregelt. 15. Jahrgang. Nr. 31/32 vom 10. August 1962.
- Krauß, Georg. Welche Qualitätswünsche haben die Verarbeiter von Braugerste ? In : Braugersten-Fibel. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Qualitätsgerstenbaues im Bundesgebiet (Braugerstengemeinschaft). München (o.J.), S. 11-16.
- Krumhoff, Joachim. Die sechs Partner des Gemeinsamen Getreidemarktes. Hrsg. von A. C. Toepfer, Hamburg. Hamburg 1959.
- Kruse, Alfred. Außenwirtschaft. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Volkswirtschaftslehre von Adolf Weber. Dritter Band. Berlin 1958.
- Kuhn, Dieter. Sonderregelung für Braugerste ? Tfb (1963) Nr. 19.
- Kuhn, Dieter. Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1963. Tfb (1963) Nr. 106/107.
- Kuhn, Dieter. Reports für Gerste. Sonderdruck aus "Ernährungsdienst" (1963) Nr. 50.
- Kuhn, Dieter. Reports und Braugerstenpreise. Sonderdruck aus "Ernährungsdienst" (1964) Nr. 44.
- Kuhn, Dieter. Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1964. Tfb (1964) Nr. 99/100.

- Kuhn, Dieter. Der europäische Getreidepreis. Tfb (1964) Nr. 151/152.
- Kuhn, Dieter. Kein Platz für Braugersteninterventionspreise. Brauwelt (1965) Nr. 68.
- Kuhn, Dieter. Gerste und Malz in der Europäischen Getreidemarktordnung nach den Gesetzen und Verordnungen 1965. Tfb (1965) Nr. 101/102.
- Morsink, G.H. Markt- und Qualitätsprobleme in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Brauwelt (1961) Nr. 6/7.
- Olbrich, H. Melasse als Braustoff seit der Kolonisation Nordamerikas. Tfb (1965) Nr. 59/60.
- Paulsen, Uwe. Das Bier in der Ökonometrie. Die Brauerei (1959) Nr. 28/29.
- Paulsen, Uwe und W. Krone. Über die Einkommensabhängigkeit des Bierverbrauchs. Sonderdruck aus "Die Brauerei" (1959) Nr. 72/73.
- Paulsen, Uwe. Die Braugerstenbilanz des Bundesgebietes. Die Brauerei (1959) Nr. 79/80.
- Paulsen, Uwe. Die Grundzüge der neuen Gerstenmarktordnung. Brauwelt (1962) Nr. 49.
- Paulsen, Uwe. Zur staatlichen Regulierung des Gerstenmarktes. Brauwelt (1963) Nr. 48/49.
- Paulsen, Uwe. Durch staatliche Eingriffe ausgelöste Wettbewerbsprobleme der deutschen Brauwirtschaft im Gemeinsamen Markt. Schriftenreihe "Agrarpolitik und Marktwirtschaft". Hrsg. von W. Albers und H.H. Herlemann. Heft 1. Hamburg und Berlin 1963.
- Paulsen, Uwe. Aktuelle Gersten- und Zollprobleme des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Bier in der EWG- Brauwelt (1964) Nr. 1/2.
- Paulsen, Uwe. Getreidepolitik und Braugewerbe 1964/65. Mit einem Rückblick in Zahlen auf 1963/64. Tfb (1964) Nr. 99/100.
- Paulsen, Uwe. Der gegenwärtige Stand der Getreide- und Zollpolitik. Brauwelt (1965) Nr. 20/21.
- Paulsen, Uwe. Getreidepolitik und Braugewerbe. Unter Mitwirkung von F. Meyer. Tfb (1965) Nr. 101/102.
- Rusche, Günter und Dieter Grupe (Hrsg.). Agrarmarktgesetze und Verordnungen für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland. Texte und Kommentare. Teil I. Getreide. Unter Mitarbeit von X. Strzybny und H. Bartsch. Hannover 1962 (Stand vom 18. August 1965).
- Schade, Gerhard. Das Absatzproblem im deutschen Braugerstenbau. Diss. Jena 1932.

- Schneider, Werner. Die Marktordnung als Grundlage der Agrarpolitik. Dissertation aus dem Institut für Volkswirtschaftslehre der Technischen Hochschule München in Weihenstephan. München-Bonn-Wien 1959.
- Stamer, Hans. Agrarpreisstützung als Mittel der Einkommenspolitik. Schriftenreihe der Landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Kiel. Heft 30. Kiel 1961.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften. Reihe Agrarstatistik. Verschiedene Nummern.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Verschiedene Ausgaben.
- Steven, Alfred. Der deutsche Braugerstenbau. Ein Beitrag zur vergleichenden Geographie des deutschen Pflanzenbaues unter besonderer Berücksichtigung der notwendigen öffentlichen und privaten Maßnahmen zur Förderung des heimischen Braugerstenbaues. Diss. Berlin 1927.
- Teichmann, Ulrich. Die Politik der Agrarpreisstützung. Marktbeeinflussung als Teil des Agrarinterventionismus in Deutschland. Köln-Deutz 1955.
- Toepfer, Alfred C., Hamburg. Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG 1962/63. Hamburg 1962. Als Broschüre für die Kunden der Firma Toepfer veröffentlicht.
- Toepfer, Alfred C., Hamburg. Die deutsche Getreidemarktordnung in der EWG 1963/64. Hamburg 1963. Als Broschüre für die Kunden der Firma Toepfer veröffentlicht.
- Toepfer, Alfred C. Marktbericht vom 11. September 1964.
- Ulonska, Ernst. Die Braugerste. Qualitätsforderungen für Anbau und Absatz. Frankfurt am Main 1959.
- Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien e.V., Düsseldorf. Geschäftsberichte 1948/49 bis 1964 (außer 1950/51 und 1951/52).
- Weyermann, R. Aktuelle Probleme des Mälzereigewerbes. Brauwelt (1962) Nr. 72.
- Winkler, Karl. Welche betriebswirtschaftlichen Fragen ergeben sich für den Braugerstenbau in der Bundesrepublik ? In : Braugersten-Fibel. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Qualitätsgerstenbaues im Bundesgebiet (Braugerstengemeinschaft). München (o.J.).
- Wissenschaftlicher Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Gutachten 1948 bis Mai 1950. Hrsg. vom bundeswirtschaftsministerium. Göttingen 1950.

Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle der Deutschen Landwirtschaft GmbH (Hrsg.). Die Agrarmärkte in der Bundesrepublik und im Ausland. Getreide, Futtermittel und Kartoffeln. 1961/62 bis 1964/65 (o.O.).

Zimmermann, R. Zollbelastung im Veredelungsverkehr. Neuregelung ab 1. Januar 1961. Brauweit (1960) Nr. 69.

ERGÄNZENDE SCHRIFTEN

Abel, Wilhelm. Agrarpolitik. Grundriß der Sozialwissenschaft. Band 11. 2., neu bearb. Auflage. Göttingen 1958.

Buchardi, B. Gemeinsame Agrarpolitik und Veredelungswirtschaft in der EWG. Ein Beitrag zu den Ausführungen von Dr. G. Heinicke über Abschirmung von Marktordnungen. Die Ernährungswirtschaft (1960) Heft 5.

Communaute de Travail des Brasseurs du Marche Commun. Zweites Memorandum der Brauereien der sechs EWG-Länder hinsichtlich der Getreidepolitik des Gemeinsamen Marktes. Maschinenschriftliches Manuskript vom 17. Mai 1960 (o.O.).

Dietze, Constantin von. Gedanken und Bekenntnisse eines Agrarpolitikers. Gesammelte Aufsätze. Göttingen 1962.

Drinkuth, Heinrich. Interventionen als Ursache von Interventionen. Dargestellt an Agrarmarktregulierungen. Diss. Marburg 1960.

Engel, E. und H. Dansmann. Agrarpolitik und Agrarmärkte in der EWG. Lage - Probleme - Aussichten. Hamburg und Berlin 1959.

Eucken, Walter. Die Grundlagen der Nationalökonomie. 7. Auflage. Berlin-Göttingen-Heidelberg 1959.

Eucken, Walter. Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Hrsg. von E. Eucken und K. P. Hensel. 3., unveränd. Auflage. Tübingen-Zürich 1960. Mit einem Geleitwort von F. A. Lutz.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Kommission. Die erste Stufe des Gemeinsamen Marktes. Bericht über die Durchführung des Vertrages (Januar 1958 - Januar 1962). Brüssel 1962.

Heinicke, Günther. Abschirmung von Marktordnungen. Gemeinsame Agrarpolitik und Veredelungswirtschaft in der EWG. Die Ernährungswirtschaft (1960) Heft 3.

Hensel, K. Paul. Grundgesetz - Wirtschaftsordnungen. Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Begr. von W. Eucken und F. Böhm. Hrsg. von F. Böhm (u. a.). Band XIV. Düsseldorf-München 1963

- Herlemann, Hans-Heinrich. Grundlagen der Agrarpolitik. Die Landwirtschaft im Wirtschaftswachstum. Berlin und Frankfurt am Main 1961.
- Krohn, H. -B. und Schmitt, G. Agrarpolitik für Europa. Sonderheft 15 der Zeitschrift für Betriebswirtschaft und Marktforschung "Agrarwirtschaft". Hannover 1962.
- Küng, Emil. Der Interventionismus. Volkswirtschaftliche Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik, Bern 1941.
- Mehler, Franz. Zur Problematik der Agrarpreise. Ein Beitrag zur Theorie und Politik der Agrarwirtschaft. Arbeiten der Landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim. Band 10. Stuttgart 1962.
- Meinhold, H. Preis (III) Preispolitik. Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Band 8. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1964, S. 499-510.
- Mises, Ludwig. Kritik des Interventionismus. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsdeologie der Gegenwart. Jena 1929.
- Möller, Hans. Internationale Wirtschaftsorganisationen. Wiesbaden 1961.
- Niehaus, H. und H. Priebe. Agrarpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwigsburg 1956.
- Röpke, Wilhelm. Internationale Ordnung - heute. 2., veränd. u. vermehrte Auflage. Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1954.
- Röpke, Wilhelm. Die Widersprüche der EWG. Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe Nr. 99 und 100. Vom 11. und 12. April 1964.
- Röpke, Wilhelm. Die wirtschaftspolitische Tendenz der EWG. Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe Nr. 135 vom 17. Mai 1964.
- Röpke, Wilhelm. Die Zukunft der EWG und die Zukunft Europas. Antwort an einen Kritiker. Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe Nr. 232 vom 23. August 1964.
- Scheuerle, Fridolin. Agrarpreisbildung in Westdeutschland. Theorie und Praxis. Meisenheim (Glan) 1961.
- Schiller, Karl. Marktregulierung und Marktordnung in der Weltagrarwirtschaft. Mit einer Einführung von G. Mackenroth. "Probleme der Weltwirtschaft". Schriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Hrsg. von A. Predöhl. Band 67. Jena 1940.
- Schmidt, Fritz. Hat der Braugersten-Anbau eine Chance und wie können die Vermarktungsfragen gelöst werden? Vortrag vom 11. März 1964. Unveröffentlichtes maschinenschriftliches Manuskript. Hamburg-Eidelstedt, den 5. März 1964.
- Schmidt, Fritz. Braugerste - Heute und morgen. Unveröffentlichtes maschinenschriftliches Manuskript. Hamburg-Eidelstedt, den 4. März 1965.

- Schneider, Jakob. Dissertationen über das Bier und verwandte Gebiete. Eine bibliographische Titelerfassung deutscher und ausländischer Hochschulschriften. Jubiläumsgabe zum 50jährigen Bestehen der Gesellschaft für die Geschichte und Bibliographie des Brauwesens e. V. Berlin 1963.
- Strisch, Hilmar. Die Stellung der Landwirtschaft in der Marktwirtschaft. Diss. Erlangen 1956.
- Thünen, Johann Heinrich von. Ausgewählte Texte. Ausgewählt und kommentiert von Walter Brauer. Die großen Sozialökonomien. Band VII. Meisenheim (Glan) 1951.
- Tuchtfeld, Egon. Der gemeinsame Markt- Grundzüge und Probleme der EWG. Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. 3. Jahr. Tübingen 1958.
- Wächter, H. H. Entwicklung und Gestaltung der gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. Hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. N. F. Band XL (1962) Heft 4. Hamburg und Berlin. Dezember 1962.
- Weber, Adolf und Wilhelm Meinhold. Agrarpolitik. Neubearb. von W. Meinhold. Berlin 1951.

FACHBLÄTTER

- Die Ernährungswirtschaft. Organ der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie. Hamburg
- Ernährungsdienst. Deutsche Getreidezeitung. Hannover
- Brauwelt. Zeitschrift für das gesamte Brauwesen. Nürnberg.
- Tageszeitung für Brauerei. Mit Monatsschrift für Brauerei. Berlin.
(Bis einschließlich 1960 : Die Brauerei).

NACHTRAG ZU DEN ZITIERTEN SCHRIFTEN

- Beyer, Hans. Der Angebotsdruck blieb aus. Ernährungsdienst (1965) Nr. 137. Beilage "Braugerstenland Bayern".
- Drinkuth, Heinrich. Interventionen als Ursache von Interventionen. Dar- gestellt an Agrarmarktregulierungen. Diss. Marburg 1960.
- Schlotter, H. G. Die Erhebung von Abschöpfungsbeträgen bei der Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln. Diss. Göttingen 1956.
- Toepfer, Alfred C. Marktbericht vom 17. Februar 1966.
- Niehaus, Heinrich. Agrarpolitik (II). HdSW, Band 1. Stuttgart-Tübingen- Göttingen 1959, S. 87 ff.
- Schmidts, Hermann, Die Stellung der westdeutschen Landwirtschaft im System der sozialen Marktwirtschaft. Diss. Marburg 1957.

LEBENS LAUF

- | | |
|------------------|--|
| 1. Dezember 1936 | Geboren als ältester Sohn des Rechtsanwalts und Notars Hans Krause und seiner Ehefrau Charlotte, geb. Mundt, in Rostock. |
| 1957 | Reifeprüfung am Katharineum-Gymnasium in Lübeck. |
| 1957 - 1959 | Kaufmännische Lehre in einer Lübecker Brauerei. |
| 1959 | Kaufmannsgehilfenprüfung an der Industrie- und Handelskammer in Lübeck. |
| 1959 - 1960 | Studium der Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. |
| 1960 - 1963 | Studium der Volkswirtschaftslehre an der Philipps-Universität in Marburg. |
| 6. Februar 1964 | Diplomprüfung für Volkswirte in Marburg. |

